

KATER DEMOS



SCHWERPUNKT DEMOKRATIE

**MEHR DIREKTE
DEMOKRATIE WAGEN?**
WARUM WIR IM BUND
NOCH NICHT POLITISCH
MITENTSCHEIDEN
DÜRFEN.

NICHT ÖFFENTLICH!
DIE FARCE UM DIE
AUFKLÄRUNG DES
NSA-SKANDALS.

DYSTOPIE VORAUS!
WESHALB LOBBYISMUS
DIE DEMOKRATIE
GEFÄHRDET.



IN WELCHEM ZUSTAND BEFINDET SICH DIE DEMOKRATIE?

- S. 6** fragen wir uns in der ersten Ausgabe Kater Demos und starten mit einer Bestandsaufnahme des Status Quo (*Eine Reise nach Bielefeld*). Sind wir schon im postdemokratischen Zeitalter, wie es der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch vermutet? Also in einer Art Scheindemokratie, in der sich demokratische Strukturen langsam auflösen. Ist es so, dass private Unternehmen gegenüber der Politik vor allem ihre eigenen Interessen durchsetzen, wie bei TTIP (*Ausverkauf der Demokratie*) oder wie ein Spaziergang durch die Berliner Innenstadt zeigt (*Bitte nicht füttern*)?
- S. 48**
S. 56 Welche Auswirkungen hat die dauerhafte Überwachung durch die Geheimdienste und wer tut eigentlich etwas dagegen (*Nicht öffentlich*)? Sind wir, das Volk, der *demos*, zum Zaungast verkommen, der *verkatert*, politikverdrossen und blind als Wutbürger durch die Straßen tobt (*Zum Kotzen*) und der es nicht einmal mehr schafft, sein Kreuz alle vier Jahre auf dem Wahlzettel zu setzen (*XOXO*)? Dass Politik nicht immer nur für die Wähler frustrierend ist, zeigt der Fall von *Markus Nierth*, dem Ex-Bürgermeister der sächsischen Gemeinde Tröglitz, in der ein Streit um ein Flüchtlingsheim das Fass zum Überlaufen brachte.
- S. 30**
S. 82
S. 78
S. 89 Oder besteht doch Hoffnung für uns und all die engagierten Bürgern dort draußen, die gern etwas verändern würden, vorausgesetzt man lässt sie (*Mehr direkte Demokratie bitte!; Zeit ist Macht*)? Zumal das Bundesverfassungsgericht, die beliebteste Instanz der Deutschen, nicht alle Probleme alleine lösen kann (*Der schleichende Abbau der Freiheitsrechte*).
- S. 104**
S. 70
S. 36 Und was können wir lernen von den Ländern im hohen Norden, in Skandinavien, die regelmäßig bei fast allen Demokratieindizes auf den ersten drei Plätzen landen (*And the winner is...*)? Vorausgesetzt die kunterbunte Pippi-Langstrumpf-Demokratie der Schweden ist wirklich so utopisch, wie sie scheint (*Alter Schwede*)?
- S. 14**
S. 18 Der Spaß soll natürlich in dieser Ausgabe, trotz all der brennenden Fragen, nicht zu kurz kommen. Wir fragen uns nicht nur, welcher »politische Bart« Angela Merkel am besten steht, sondern auch, was Spaßparteien alles erreichen können, sogar wenn – oder gerade weil – sie eine Katze zum Parteivorsitzenden haben (*There are some funny parties going on...*).
- S. 74**
S. 92 Ganz am Ende ziehen wir in Katers Utopie Bilanz – ist doch alles gar nicht so dystopisch? Leben wir gar heute schon in paradiesischen Zuständen? Und sollten wir überhaupt utopisch sein, die stetige Verbesserung der Demokratie einfordern und diese aktiv mitgestalten oder müssen wir unsere Ansprüche den Realitäten beugen (*Citoyens Dornröschenschlaf*)?
- S. 112** Vielleicht ist Demokratie aber auch, wie es George Bernhard Shaw sagte: »(...) ein Verfahren, das garantiert, dass wir nicht besser regiert werden, als wir es verdienen.«

Viel Spaß mit unserer ersten Ausgabe!

Die Redaktion

info@katerdemos.de, katerdemos.de, facebook.com/katerdemos, twitter.com/katerdemos
Redaktion Kater Demos, Frankfurter Allee 43, 10247 Berlin

AGENDA SCHWERPUNKT DEMOKRATIE

4 GILT HEUTE WIE GESTERN

DEMOKRATIE, DIE SCHLECHTESTE ALLER STAATSFORMEN

5 GILT HEUTE UND MORGEN?

HAT SICH DEMOKRATIE VIELLEICHT ÜBERLEBT?

1 EDITORIAL

54 **WAS WURDE EIGENTLICH AUS...?**

120 DENKARIUM

122 **UND JETZT KOMMST DU!**

126 **WAR'S DAS JETZT?**

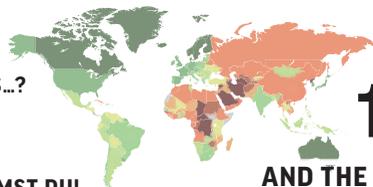
128 IMPRESSUM

DER ROTE FADEN

RAKETENSTART
IN WELCHEM ZUSTAND BEFINDET SICH DIE DEMOKRATIE?

Eine utopische Reise mit dem ICE nach Bielefeld durch die Gefilde der Demokratie unternimmt

ALEXANDER SÄNGERLAUB



14

AND THE WINNER IS...

Welches Land hat die beste Demokratie? Was Demokratie-indizes wirklich taugen, erklärt

THOMAS MAUTRICH

18

ÜBER DEN TELLERRAND GESCHAUT

ALTER SCHWEDE

Ob die heile Pippi-Langstrumpf-Welt der Schweden wirklich die beste aller Demokratien ist, klärt

CHOLEDA JASDANY

26

I. Unsere freiheitlich demokratische Grundordnung

36

DER SCHLEICHENDE ABBAU DER FREIHEITSRECHTE

bewegt Sascha Kneip vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung im Interview mit

ROMAN OBST

ZAHLEN, BITTE!

44

Die geringste Wahlbeteiligung, das größte Parlament, die wenigsten Volksentscheide zeigt

STEFFEN GORSKI



48

AUSVERKAUF DER DEMOKRATIE

Eine sehr spezielle Auffassung von Demokratie haben die Verhandler des Freihandelsabkommens TTIP, meint

RAIMON KLEIN

30

NICHT ÖFFENTLICH

Einen Besuch beim NSA-Untersuchungsausschuss des Bundestags wagt

CHRISTOPH ZEIHNER

74



POLITISCHE BÄRTE

für Angela Merkel zeichnet

RIBANNA CLEMENS

II. Die wehrhafte Demokratie: Eine Geschichte der fdGO

46





100

BIA BIA BIA
BIA BIA BIA
BIA

WAS ICH EIGENTLICH SAGEN WOLLTE
ÜBER DIE HOMO-EHE

Politiker-Sprech ins Deutsche
übersetzt für Euch

JOHANNES HEIM

WIR

102

SIND

AUF ENTZUG

Dass Meinungsforschung kein
Ersatz für wahre politische
Partizipation ist, findet

CHRISTOPH ZEIHNER

DAS

VOLK



70

ZEIT IST MACHT

Acht Jahre Kanzlerin, reicht doch,
oder? Obama muss auch schließlich
nächstes Jahr abtreten. Eine Laufzeit-
begrenzung für Politiker fordert

ALEXANDER SÄNGERLAUB

112

KATERS UTOPIE
CITOYENS

DORNRÖSCHENSCHLAF

Aufwachen, Prinz Citoyen! Wir
müssen die Welt retten. Und die
Demokratie natürlich. Ein
utopisches Märchen von

ALEXANDER SÄNGERLAUB

110

VI. Der Verfassungsschutz

78

XOXO

Die SPD holt sich Hilfe von
drüben. Obamas Wahlkampf-
manager Jim Messina soll es
richten. Ob das was wird, klärt

ARNE SIEGMUND

104

**MEHR DIREKTE
DEMORATIE BITTE**

Dass es nun aber mal
wirklich Zeit wird für mehr
direkte Demokratie in
Deutschland, findet

ROMAN OBST

92

**THERE ARE SOME FUNNY
PARTIES GOING ON...**

Spaßparteien in allen Farben
und Formen und, warum es
manchmal mit diesen ziemlich
ernst ist, verrät

SARA LIENEMANN

98

V. Extremismusforschung: Munitionsfabrik der Konservativen



56

BITTE NICHT FÜTTERN!

Auf Lobby-Safari durch Berlin
mit LobbyControl begibt sich
ein Teil der Redaktion

60

III. Definition: Was ist die fdGO?

76

IV. Kampf für die fdGO: Die unheilige Allianz

82

EINFACH ZUM KOTZEN

ist nicht nur die Politikver-
drossenheit, sondern auch der
Umgang einiger Deutscher mit
Flüchtlingen. Davon kann auch
Markus Nierth berichten,
zusammen mit

ELISA BILKO

66

FÜR

DIE REALE UTOPIE

UND

DIE REALE DYSTOPIE

REISEN WIR NACH BRASILIEN MIT

THAMY POGREBINSCHI

UND NACH BAYERN MIT

ELISA BILKO



68

62

**IN EINEM LAND
VOR UNSERER ZEIT**

In Thomas Morus' *Utopia* geht
es zu als hätten sich LINKE und
CSU endlich mal geeinigt, findet

CHRISTOPH ZEIHNER

Sir Winston Leonard Spencer Churchill war einer der bedeutendsten Staatsmänner Großbritanniens und von 1940-1945 sowie 1951-1955 Premierminister und hatte die schwierige Aufgabe das Vereinigte Königreich durch den 2. Weltkrieg zu führen.



» **DEMOKRATIE IST DIE SCHLECHTESTE ALLER REGIERUNGSFORMEN – ABGESEHEN VON ALL DEN ANDEREN FORMEN, DIE VON ZEIT ZU ZEIT AUSPROBIERT WORDEN SIND.** «

TEXT ALEXANDER SÄNGERLAUB

Churchill war nicht nur berühmt für sein Victory-Zeichen sowie für seinen genialen wie unsteten Charakter, sondern auch für seine bereits 1951 geäußerte Idee der »Vereinigten Staaten von Europa«. Sein Zitat stammt aus einer Rede von 1947 in seiner Rolle als Oppositionsführer vor dem britischen Unterhaus – und wird in der Regel nur unvollständig wiedergegeben, im Originalwortlaut sagt er:

»No one pretends that democracy is perfect or all-wise. Indeed, it has been said that democracy is the worst form of government except all those other forms that have been tried from time to time.«

Churchill definiert, in welcher Rolle er den Staat gegenüber dem Volk sieht, und führt weiter aus:

»(...) but there is the broad feeling in our country that the people should rule, continuously rule, and that public opinion, expressed by all constitutional means, should shape, guide, and control the actions of Ministers who are their servants and not their masters.«

In einem 1993 in Oxford erschienenen Werk namhafter Politologen und Politiker würdigte man Churchill als die wohlmöglich größte Gestalt des 20. Jahrhunderts.



DIE BEGRÜNDUNG
FÜR DIE
**ALTERNATIVLOSIGKEIT
DER DEMOKRATIE**
KAM NIE ÜBER

DIE BEMERKUNG HINAUS, DASS

*Demokratie die schlechteste
unter allen Staatsformen sei -*

ABGESEHEN VON SÄMTLICHEN ANDEREN.

TROTZ NACHLASSENDEN INTERESSES

DER BÜRGER AN DER POLITIK

WAGTE NIEMAND DEN GEDANKEN,

dass die Demokratie sich überlebt habe,

DASS DIE POLITIKVERDROSSENHEIT KEIN

VORÜBERGEHENDES PHÄNOMEN,

SONDERN EIN ZEICHEN DAFÜR SEI,

DASS DER WILLE AUFHÖRTE, VOM

Volke auszugehen.



JULI ZEH, DIE BEKANNT FÜR IHR GESELLSCHAFTLICH-POLITISCHES ENGAGEMENT IST, IST SCHRIFTSTELLERIN UND PHILOSOPHIN. DAS ZITAT ERSCHIEN IN IHREM 2006 VERÖFFENTLICHTEN BUCH »ALLES AUF DEM RASEN: KEIN ROMAN«. 2009 VERÖFFENTLICHTE SIE MIT ILJA TROJANOW DAS BUCH »ANGRIFF AUF DIE FREIHEIT: SICHERHEITSWAHN, ÜBERWACHUNGSSTAAT UND DER ABBAU BÜRGERLICHER RECHTE«.

»Haben wir eigentlich noch Tabus?« beginnt Juli Zehs Essay *Supranationales Glänzen*, der 2002 in der Stuttgarter Zeitung erschien. In einem fiktiven Dialog mit ihrem Partner für den Frieden beginnt Juli Zehs Einkaufstour im *Globus Europa* mit verblüffendem Ausgang: Während in der Werteabteilung »Alles für die Demokratie«, also Freiheit, Gleichheit, Menschenrechte, verfügbar ist, sind die Tabus im Einkaufsregal auf mysteriöse Weise verschwunden.

Es beginnt ein fast schon kriminologischer Akt auf der Suche nach den verschollenen Tabus made in Germany, bis am Ende der entscheidende Hinweis von einem geschassten ehemaligen Globus-Mitarbeiter kommt. Dem oben genannten Zitat geht der Gedanke voraus, dass »im Jahr 2002 [...] die Vernunft sogar Gegenkonzepte zur geltenden Staatsform verbot. Das fiel niemanden auf, obwohl in allen Epochen

Utopien existiert hatten.« Das fehlende Tabu ist das Infrage stellen der parlamentarischen Demokratie an sich, obwohl es zahlreiche Möglichkeiten z. B. von wirkungsvolleren plebiszitären Formen gibt. 13 Jahre später gibt es vorsichtige Tastversuche, beispielsweise das Prinzip, die Bürger online in Entscheidungsprozesse mit einzubeziehen, wie es die Piraten unter dem Stichwort liquid democracy versucht haben. Haben sich die anderen Parteien davon beeindruckt lassen? Kann eine stärkere Einbindung des Volkes in politische Entscheidungen den Trend zunehmenden politischen Verdrusses überhaupt stoppen? Und ist der blinde Ruf nach mehr Demokratie überhaupt auch sinnvoll? Welche politischen Utopien haben wir heute und wo begegnen uns – vielleicht sogar supranationale – neue Tabus? •



IN WELCHEM ZUSTAND BEFINDET SICH DIE DEMOKRATIE?

EINE REISE NACH BIELEFELD

TEXT ALEXANDER SÄNGERLAUB
ILLUSTRATION MARC HEINRICH

SITZEN SIE BEQUEM? DANN SCHNALLEN SIE SICH AN! IN JEDER AUSGABE DES KATERS BEGINNEN WIR MIT DEM RAKETENSTART INS SCHWERPUNKTTHEMA UND FLIEGEN EINMAL HINDURCH UND WIEDER ZURÜCK. SCHAUEN SIE ZUM RAKETENFENSTER HERAUS, SO ERGEBEN SICH DIE VERSCHIEDENEN PERSPEKTIVEN AUF DAS SCHWERPUNKTTHEMA DER JEWEILIGEN AUSGABE: MAL HISTORISCH, MAL AKTUELL, MAL FUTURISTISCH. BRINGEN SIE IHRE RÜCKENLEHNE IN EINE ANGENEHME POSITION UND KLAPPEN IHREN TISCH WOHN SIE MÖGEN:

WIR STARTEN.

ZUGLUFT

Während ich das hier schreibe, sitze ich am Boden eines ICE, der mich von Berlin nach Bielefeld bringt. Meine geschätzt zweieinhalb Quadratmeter Sitzfläche aus dunkelgrauem Industrietepich muss ich mir mit zwei weiteren Fahrgästen teilen: Der eine, nennen wir ihn Herr Dr. U., ist im mittleren Management eines Käsegroßhändlers aus der Schweiz. Der andere, nennen wir ihn M., ist Mechatroniker in Ausbildung. Der Zug ist rappellvoll, denn die Republik wird gerade von der GDL, der Gewerkschaft der Lokführer, bestreikt. Gut, dass es keine Sitzplatzreservierungen für den Fußboden gibt, der wäre sonst im Zweifelsfall auch schon reserviert gewesen. Es kann kaum einen besseren Zeitpunkt geben, um über den Zustand der Demokratie nachzudenken. Ich erkläre meinen Mitsitzenden, bevor ich sie in ein kleines Gespräch verwickle, dass ich gerade an einem Text für ein Politikmagazin schreibe.

»Ach, Politik?«, sagt Herr Dr. U., der Schweizer Käsehändler mit verwundertem Unterton. Herauszuhören ist ein wenig Überraschung ob des Themas, aber auch ein wenig Zerknirschtheit. »Worum geht es denn genau?«

»Um den Zustand der Demokratie.«, antworte ich.

»Ach, oh Gott!« resigniert er und verschwindet schnell mit dem Gesicht hinter einem Ordner mit Käsemuster. Mechatronik-Azubi M. dreht demonstrativ die Musik auf seinen Kopfhörern lauter.

Bevor ich bezüglich des plötzlichen Verdrusses über das Thema Politik nachhaken kann, kommt die Schaff-

nerin, Frau L. vorbei. Da sie etwas korpulenter ist, gestaltet sich ihr Weg durch den Zug über die am Boden sitzenden Passagiere wie ein Hürdenlauf in einer Kochnische. »Dit tu ma echt Leid, dass et heut so voll iss, aber dit is der eenzije Zuch heute noch nach Koblenz. Die Fahrkarten bitte!«

Seit Dienstag sind nur noch 30 Prozent der Züge auf den Gleisen, da die GDL bessere Löhne, eine Stunde weniger Arbeit in der Woche und weniger Überstunden fordert. Klingt erst einmal nachvollziehbar, vor allem wenn man weiß, dass Lokführer und Zugpersonal in Deutschland im europäischen Schnitt relativ wenig verdienen.¹

Während in anderen Branchen die Rolle der Gewerkschaften massiv abgenommen hat, funktioniert sie gerade in den Branchen, die vorrangig Menschen transportieren, ganz gut. Das Bestreiken von Zügen, Flugzeugen und Bussen ist nämlich öffentlichkeitswirksam und somit effektiv. Wenn PR-Berater in den Ausstand gehen, merkt man im Zweifelsfall eher nichts. Urdemokratisch ist so ein Arbeitskampf zudem auch, zumindest wenn Arbeitnehmer ihr Streikrecht gegenüber Arbeitgebern ungehindert von der Politik wahrnehmen können. Soweit ist doch der Zustand der Demokratie diesbezüglich ganz

gut, wäre da nicht die SPD, die kurzerhand den Einfluss der GDL und anderer kleinerer Gewerkschaften mittels Tarifautonomiegesetz einschränken will.² Seltsam, ist die Bahn doch zu 100 Prozent im Staatsbesitz und die GroKo³ auch noch der Chef »von dit Janze«. ►

¹ Eine von der GDL durchgeführte Vergleichsstudie aus dem Jahr 2007 verbannte Deutschland im europäischen Vergleich mit Abstand auf den letzten Platz, was das Gehalt von Lokführern betrifft. In den Niederlanden, Spanien, Italien, Frankreich und der Schweiz – ohnehin – verdient man in gleicher Position wesentlich mehr.

² Ein Gesetz, das vor allem Arbeitgeber freut: Kurz zusammengefasst soll das Gesetz kleinere Gewerkschaften daran hindern die Republik lahm zu legen, in dem es sie in eine »Koalitionspflicht« mit größeren Gewerkschaften zwingt. Ob das Gesetz vor dem Bundesverfassungsgericht Bestand hält, bleibt abzuwarten.

³ GroKo = Große Koalition und diese wird ergänzt, wie Volker Pispers sagt, durch die sogenannte KIOppo, die kleine Opposition.

ZU GROSSE SOZIALE UNGLEICHHEIT SOLLTE UNS
NACHDENKLICH STIMMEN. IST FRAU L.'S ARBEIT
WIRKLICH NUR 0,78% DESSEN WERT,
WAS HERR GRUBE VERDIENST?



FRAU L. GUCKT DEPRIMIERT

Utopische Geister in den USA hatten schon Mitte der 70er fest damit gerechnet, dass der technologische Wandel Wohlstand für alle bringt und Arbeiten über kurz oder lang überflüssig macht. Alternativ gibt es den Glauben daran, nur noch 15 Stunden in der Woche die Maschinen zu warten, die uns sonst automatisch Schnitzel zubereiten, von A nach B fahren oder den Nacken massieren. Doch weder das Eine, noch das Andere ist bisher eingetroffen.⁴

Der Mechatroniker, M. und ich sind uns mit der Schaffnerin Frau L. einig, dass wir zu viele Überstunden machen, besser bezahlt werden könnten und jeder von seiner Arbeit zumindest leben können sollte. Nur Herr Dr. U. grinst und sagt, dass er sich über sein Schweizer Gehalt nicht beschweren könne. Im Vergleich zu dem, was sein Chef im Top-Management des Käseimperiums verdient, sei es aber auch wiederum lächerlich. Soziale Ungleichheit ist ein großes Thema in Demokratien.

Der Theorie nach ist es einfach: große soziale Unterschiede führen zu großen gesellschaftlichen Verwerfungen, da sie ungleiche politische Teilhabe ermöglichen. Selbst ökonomisch machen sie wenig Sinn, wie Studien des Internationalen Währungsfonds (IWF) oder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) herausfanden: Staaten mit geringerer Ungleichheit hatten in der Regel ein höheres und ausdauerndes Wirtschaftswachstum. Der Wert von Arbeit muss deutlicher und demokratischer diskutiert werden und zwar über die Frage hinaus, ob es unanständig ist, dass Frau L. etwa 128 Jahre durcharbeiten müsste, um insgesamt ein Jahresgehalt von Bahnchef Rüdiger Grube zu verdienen.⁵ Selbst Bundeskanzlerin Angela Merkel (immerhin 220.000 Euro im Jahr) müsste etwa 77,3 Jahre im Amt sein, um insgesamt auf das Jahresgehalt von beispielsweise VW-Chef Martin Winterkorn zu kommen. Bei Frau L. wären es gleich 885 Jahre. Frau L. guckt deprimiert. Ob es im Jahr 2900 überhaupt noch die Strecke nach Koblenz gibt?

Und was ist, wenn wir eines Morgens aufwachen und die fröhliche Symbiose aus Digitalisierung und Automatisierung plötzlich einen Großteil aller Arbeitsplätze überflüssig gemacht hat, wie es Jeremy

Riffkin in seinem Buch *Das Ende der Arbeit* prognostizierte? Was wird eine Gesellschaft dann Frau L. an Lebensmöglichkeiten zugestehen, wenn ihr Job von R2D2 gemacht wird? Obwohl Riffkins Buch von 1995 ist, haben wir keine wesentlich neuen Antworten für diese Fragen entwickelt.

WESELSKY UND DAS MEDIUM

»Und dann noch diese Medien! Ick kann mir dit ja nich angucken, wie der Weselsky da ständig verunglimpft wird.«, fügt Frau L. leidend hinzu. Weselsky. Selten hat ein Name so die Gemüter der Republik erregt. Ein Mann, der mit zwei Mitarbeiterinnen in der Kommunikationsabteilung der GDL gegen den gigantischen PR-Corpus der Deutschen Bahn zu kämpfen versucht. Der sächselnde David gegen den eisernen Goliath.

Die Medien. Existenzielle Pfeiler einer demokratischen Grundordnung; sollen sie uns doch nicht nur objektiv informieren, sondern auch Politik und Wirtschaft kontrollieren. Blöd nur, dass sie gerade anderweitig beschäftigt sind. Der zweite große Strukturwandel der Öffentlichkeit passiert gerade online und gerade hier. Große Zeitungen (Frankfurter Rundschau, Financial Times Deutschland) kämpfen ums Überleben oder schließen Ihre Redaktionen aus Mangel an Lesern. Die bestehenden schauen über den Abgrund und suchen händeringend nach neuen Finanzierungs- und Bezahlmodellen und das im digitalen Zeitalter mit angelernter Kostenlosmentalität. Nicht alle schaffen es dabei die komplette Unabhängigkeit ihrer Redaktion zu gewährleisten und opfern diese mit »redaktionellem Umfeld für Anzeigenkunden« den Werbetreibenden. Während die mediale Sinnkrise wabert, bleiben Leser, Zuschauer und Zuhörer im gefühlten Informationschaos zurück. Zahlen aus dem März diesen Jahres, die in Bezug zur Ukraine-Berichterstattung von DIE ZEIT und Forsa erhoben wurden, zeigen, dass fast jeder zweite Deutsche die Medien für einseitig und politikgelenkt hält und ihnen damit mangelnde Glaubwürdigkeit unterstellt. Und daran kann nicht nur allein die BILD-Zeitung Schuld sein.⁶

QUALITATIV HOCHWERTIGE PRESSE IST DAS A UND O EINER FUNKTIONIERENDEN DEMOKRATIE. IN DEUTSCHLAND HERRSCHT ZWAR FORMELL LAUT FREEDOM HOUSE INDEX 2015 PRESSEFREIHEIT (DEUTSCHLAND LIEGT HIER ZUSAMMEN MIT BARBADOS, KANADA UND PORTUGAL AUF DEM 9. PLATZ), DIE FRAGE IST ABER AUCH, WAS MAN JOURNALISTISCH DARAUS MACHT.



WELTWIRTSCHAFTSKRISE ODER MARMELADE?

Die Philosophin und Harvard-Dozentin Carolin Emcke spricht »von der doppelten Krise der Repräsentation« und meint damit sowohl die Medien, als auch die Politik, die unter Glaubwürdigkeitsproblemen leiden. Die Folge dessen wird seit den 90ern öffentlichkeitswirksam unter dem Begriff »Politikverdrossenheit« diskutiert. Heute lässt sich das nachlassende Interesse an Politik vor allem mit schöner Regelmäßigkeit über neue Negativrekorde der gemessenen Wahlbeteiligungen nachweisen und das nicht nur in Hamburg, Brandenburg oder Bremen, sondern von Washington bis Tokio – ein weltweites Phänomen; zumindest dort wo es überhaupt freie Wahlen gibt. Haben wir mittendrin irgendwie vergessen die Demokratie zu schätzen zu wissen?

Von der Regel gibt es natürlich auch Ausnahmen: Beispielsweise hat es Präsident Obama geschafft bei seiner Wahl 2008 mehr Menschen an die Wahlurnen zu locken, als George W. Bush/Al Gore 2004, wodurch die zweithöchste Wahlbeteiligung bei einer Präsidentschaftswahl nach 1960 erreicht wurde. Doch von der anfänglichen Welle der fast schon hysterischen Euphorie ist heute nicht viel übrig. Ein Mann allein kann nicht die Welt von Grund auf neu definieren, auch wenn er der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika sein mag. Mit zu großen Ambitionen scheint das Scheitern in einer Welt mit komplexen, supranationalen Geflechten, in der tausende Interessensgruppen, Institutionen, multinationale Konzerne und nationale Akteure nach Einfluss und Macht ringen, vorprogrammiert. Andererseits erscheint Politik in kleinen Trippelschritten unpopulär. Oft hören wir, dass die Welt komplexer geworden ist, da politische

Probleme zunehmend keine regionalen, sondern weltweite Lösungen erfordern: Eurokrise, Weltwirtschaftskrise, Klimawandel, radikaler Islamismus, Russlandkonflikt, Überwachung, Flüchtlingsströme – das alles kann nicht lokal von der Bezirksbürgermeisterin in Berlin-Kreuzberg entschieden werden, sondern erfordert die Einbeziehung vielerlei Nationen und supranationaler Organisationen, sei es die UNO, NATO oder EU. Und das dauert zuweilen, falls man sich denn überhaupt einig wird.

»Da kriege ich einfach schlechte Laune, wenn ich zu viele Nachrichten lese.«, merkt Herr Dr. U., hinter seinem Käseordner versteckt, an.

Kein Wunder, dass sich die Wähler in Anbetracht dessen lieber ins Schneckenhaus des Biedermeier verziehen und mit Hilfe von Rezepten aus der »Landlust« Marmeladen einkochen, anstatt Parteien beizutreten oder scharenweise zu den Wahlurnen zu pilgern. Das häusliche Gegenprogramm zur global gefühlten Ohnmacht im Politikbetrieb heißt: Konfitüre.

Auf den Spuren nach Gründen finden sich bemerkenswerte Zahlen einer Wahl-Analyse von Infratest dimap aus dem Jahr 2014 zur Landtagswahl in Sachsen, bei der Nichtwähler gefragt wurden

warum sie nicht wählen waren: 85 Prozent sagten »Es gibt zwar viele Parteien, aber keine, die etwas verändert«, 77 Prozent, dass »Politiker nur ihre eigenen Interessen verfolgen würden«. Sind wir globalisierungsverdrossen? Politikverdrossen? Oder aber viel eher politiker- und parteiverdrossen? Darf, wer keine wirklichen Unterschiede mehr zwischen den Parteien wahrnimmt, auf seine Stimmabgabe verzichten? ►

4 *Wann es endlich soweit ist mit der 15 Stunden-Woche und dem automatischen Schmitzel – und wo es das schon gibt, verraten wir euch in Ausgabe 2 von Kater Demos mit Schwerpunkt Arbeit: »Wo bleibt die 15-Stunden Woche?«.*

5 *Der Durchschnittsverdienst einer Zugbegleiterin in Berlin liegt bei durchschnittlich 1.600 Euro brutto (2014). Rüdiger Grube verdient 2,46 Mio. Euro im Jahr (2013). Herr Winterkorn verdiente 2011 etwa 17 Mio. Euro bei VW.*

6 *Auch den lieben Medien wollen wir uns im Kater widmen und das direkt in der dritten Ausgabe. »Lügenpresse« war 2014 nicht nur Unwort des Jahres, viel wurde über journalistische Qualität – mal mehr, mal weniger konstruktiv – gestritten. Wir wagen uns für euch in die Höhle des Löwen und sprechen mit Medienmachern, -kritikern und -wissenschaftlern, um zu klären: »Alles gelogen oder was?«*



MAN MAG JA SO EINIGES IM POLITISCHEN HEUTE ZURECHT KRITISIEREN, DOCH IST DIE WELT IN JEDEM FALL BUNTER UND EIN STÜCK TOLERANTER GEWORDEN. MIT DEN ENTSCHEIDUNGEN IN IRLAND, ABER AUCH DES SUPREME COURTS IN DEN USA, SIND GLEICHGESCHLECHTLICHE EHEN HEUTE EHER DIE REGEL, ALS EINE AUSNAHME. ZUMINDEST IN DEN WESTLICHEN DEMOKRATIEN – AUCH WENN DEUTSCHLAND HIER ETWAS HINTERHERHINKT.

Wer als Nichtdeutscher von außen zuordnen soll, ob die Abschaffung der Wehrpflicht, die Entfesselung der Finanzmärkte, der Austritt aus der Atomenergie, das Aufweichen der gesetzlichen Rentenversicherung, Hartz IV oder vermutlich bald auch noch die rechtliche Gleichstellung von Lebenspartnerschaften von SPD- und CDU-geführten Bundesregierungen entschieden worden sind, wird noch mal genau nachfragen müssen, was sozialdemokratisch bzw. links und christdemokratisch bzw. konservativ wohl genau im Deutschen bedeuten mag. Demokratie heißt heute scheinbar: Parteienbrei. Wer dabei politische Entscheidungen immer als nationale Kategorien sieht, muss über den Tellerrand schauen und wird überrascht sein: die Auflösung des Sozialstaats, die Entfesselung der Finanzmärkte, aber auch die zunehmende gesellschaftliche Akzeptanz unterschiedlicher persönlicher Lebensformen sind globale Phänomene. Politik endet schon lange nicht mehr an den eigenen nationalen Grenzen und das macht Prozesse, wie die Regulierung der Finanzmärkte schwierig. Die Folge: Zunehmender Verdruss des Wählers.

»Und denken se nur an diesen komischen Pofalla, der is jetzt' ooch bei der Deutschen Bahn! Dit war ein Riesenrummel, wie der da janz fix vom Kanzleramt einfach rüberjewechselt is. Unmöglich!« merkt Frau L. beipflichtend an.

Müssen wir uns wundern, wie Wähler auf Politiker reagieren, wenn diese als eher zweifelhafte moralische Vorbilder, wie Ex-Bundeskanzleramtsminister Ronald Pofalla, direkt vom Kanzleramt in den Vorstand der Deutschen Bahn wechseln? Auch Philipp Rösler, ehemaliger FDP-Chef und Bundeswirtschaftsminister hoffte »schnellstmöglich eine Anschlussverwendung selber zu finden.« Ex-Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel, auch FDP, fand sich in Geschosses Schnelle beim Rüstungskonzern Rheinmetall. Unnötig zu erwähnen, dass Niebel als Mitglied des geheim tagenden Bundessicherheitsrates bei Waffenlieferungen der Bundesregierung mitentschieden hat. Die Liste ist endlos. Um es kurz zu machen: In Kanada gibt es beispielsweise seit 1989

eine teilweise sogar 5-jährige Karenzzeit zwischen Politik und Wirtschaft. Hierzulande hat der Bundestag erst nach der Pofalla-Affäre im Januar 2015 eine 12–18-monatige Karenzzeit beschlossen, die auch noch allerlei Umgehungsmöglichkeiten zulässt. Die mangelnde professionelle Distanz zwischen Politik und Wirtschaft ist ein riesiges Problem.

So kommen Prof. Martin Gilens (Princeton) und Prof. Benjamin I. Page (Northwestern University) in ihrer 2014 veröffentlichten Studie, in der sie herausfinden wollten wer wirklich in den USA regiere, zu dem fatalen Ergebnis, dass Amerika schon lange keine Demokratie, sondern eine Oligarchie ist: *»I'd say that contrary to what decades of political science research might lead you to believe, ordinary citizens have virtually no influence over what their government does in the United States. And economic elites and interest groups, especially those representing business, have a substantial degree of influence. Government policy-making over the last few decades reflects the preferences of those groups – of economic elites and of organized interests.«*

Colin Crouch, britischer Politikwissenschaftler, beschreibt das Phänomen, in dem der Wähler nur noch zum Zaungast verkommt, politische Themen vor allem von konkurrierenden PR-Trupps bestimmt und Politik und Wirtschaft viel zu nah zusammen stehen, in seinem Buch *Postdemokratie*. Das dystopische Werk, das 2003 erschienen ist und noch heute allgemein hin als »the shit« im politikwissenschaftlichen Diskurs gilt, ist eine Mischung aus Abgesang und Mahnung und wünscht sich vor allem den aufgeklärten Bürger zurück, sofern es ihn denn jemals gab.

FRISCHLUFTZUFUHR

Die Hitze im ICE macht den Leuten zu schaffen. Der Klassiker: Die Klimaanlage sind ausgefallen. Menschen rinnt der Schweiß von der Stirn, verzweifelnde Blicke suchen nach Wasser oder gleich nach Erlösung. Es fehlt an Frischluft. Überall.

DASS AUSGERECHNET WELTPOLIZIST AMERIKA, IMMER SINNBILD FÜR DIE VERKÖRPERUNG DER FREIHEIT, MASSIV BÜRGERLICHE FREIHEITSRECHTE EINSCHRÄNKT, WÄRE VOR 9/11 SO NICHT DENKBAR GEWESEN. DAMIT VERBUNDEN WAR EINE MASSIVE AUSDEHNUNG DER ARBEIT DER GEHEIMDIENSTE. DIES IST SICHER EIN GRUND, WARUM AMERIKAS ANSEHEN, VOR ALLEM IN DEUTSCHLAND, MASSIV GELITTEN HAT.



Frischlufft, die auch der Demokratie nicht schaden könnte: Wo sind die neuen Utopien, wirkliche und machbare Alternativen? Wo ist der Geist des frischen demokratischen Windes statt der Aktenstau der Bürokratie? Wohin kann sich Demokratie positiv entwickeln? Gibt es eine sozialere Form des Wirtschaftens, als die, die der Neokapitalismus uns anbietet? Wie schaffen wir es mehr sozial zu sein, ohne dabei Freiheit oder Rechtsstaatlichkeit abzugeben? Die ausprobierten Alternativen der derzeitigen Wirtschaftsordnung sind bisher alle – zurecht – gescheitert. Doch welche Antworten und welchen echten Willen, die Probleme auch anzugehen, haben wir auf die brennendsten Fragen unserer Zeit: den Klimawandel, die zunehmende soziale Ungleichheit, das rasante Bevölkerungswachstum, den kommenden Peak Oil, die Automatisierung der Arbeit?

Der Frust, geimpft von Ängsten, sucht sich bei manchen seine Kanäle in merkwürdigen Zusammenschlüssen mit diffusen politischen Wünschen, wie bei PE-, LE-, DÖ oder SONSTWIE-GIDA. Zarte Versuche das Netz als Multiplikator politischer Initiativen oder Kampagnen zu nutzen, gibt es beispielsweise über Webseiten wie change.org, bei der jeder Petitionen formulieren und online Unterstützer akquirieren kann. Zwar ist »liquid democracy«⁷ bisher ein feuchter Traum geblieben, der mit den Piraten zerplatzt ist, doch sind wir mit der Diskussion zu mehr partizipativen Möglichkeiten der Demokratie dies- und jenseits des Neuland Internets noch lange nicht durch.

»Aber all die Daten, die da von einem gesammelt werden!«, prustet es aus M., der zu meiner rechten

auf dem ICE-Boden sitzt, plötzlich heraus, während er sich seine Kopfhörer von den Ohren reißt.

»Wie meinen?«, fragt Herr Dr. U. und legt den Käseordner beiseite.

»Wie soll ich mich heute noch frei politisch im Netz bei Facebook oder Twitter äußern, wenn ich immer den Eindruck habe, dass irgendwer mitliest. NSA, CIA, FBI, BND, MAD, ADAC, was weiß ich?!«

»Warum denn all die Aufregung um angebliche Überwachung, wenn man doch selbst gar nichts zu verbergen hat?«, fragt Herr U.

»Na dit' is' ja immer dit' Todschlagargument!«, poltert Frau L. dazwischen und erntet beipflichtendes Nicken von M. und mir.

Da war ja noch was. Der NSA-Skandal. Den hat Pofalla zwar bereits 2013 für beendet erklärt, doch das brachte ihm, neben einer Menge Ärger, vor allem einen Riesenkübel Spott ein. Online kann man nun unter pofallabeendetdinge.de den Ex-Kanzlerminister beim Für-Beendet-Erklären von Schuberts 8. Sinfonie oder schlechtem Wetter beobachten. Während das Bundeskanzleramt sich bis heute nicht Willens gibt bei der Aufklärung immer neuer bekannt werdender Spionageaktivitäten aus Übersee, auch auf deutschem Boden,

zu helfen, ist politischen Beobachtern klar, dass sich seit den Anschlägen vom 11. September 2001 alle amerikanischen Geheimdienstaktivitäten noch einmal intensiviert haben, nicht nur, wie beispielsweise durch den PATRIOT Act⁸, im eigenen Lande.

Überspitzt gilt erst einmal jeder Einwohner dieser Erde als verdächtig und muss ohne Zweifel abgehört und überwacht werden – alles im Dienste der ►

⁷ Der Begriff bezeichnet eine Mischung aus repräsentativer und direkter Demokratie, bei der jeder Bürger im Einzelfall bei der Abstimmung von politischen Gesetzen entscheiden kann, ob er seine Stimme (an einen Mandatsträger oder eine Partei) delegiert, oder er selbst abstimmen möchte. Der Begriff »liquid democracy« kommt von der Idee, dass der Bürger seine Stimme »im Fluss« halten kann, weil er nicht nur einmal für vier Jahre (oder längere Legislaturperioden) seine Stimme abgibt, sondern er regelmäßig an politischen Entscheidungen partizipieren kann.

⁸ Der 2001 durch die Bush-Administration verabschiedete USA PATRIOT Act (auf Deutsch steht das Akronym in etwa für »Gesetz zur Einigung und Stärkung Amerikas durch Bereitstellung geeigneter Instrumente, um Terrorismus aufzuhalten und zu blockieren«) schränkt massiv die Rechte der US-Bürger zu Gunsten der Geheimdienste ein.



9 *Das Thema kann und sollte einem den Angstschweiß auf die Stirn treiben. Wer sich hier gelassen über seine Kollegen lustig macht, welche die Kamera ihres Rechners abkleben oder ihren Facebook-Account löschen, sollte sich schon mal auf Ausgabe 4 des Katers »Überwachung!« freuen: »Hallo DU, ich weiß, was Du gerade denkst und was Du letzten Sommer getan hast. HDGDL, deine NSA.«*

UNPOLITISCH ZU SEIN, WÜRD EIGENTLICH BEDEUTEN KEIN INTERESSE AM EIGENEN LEBEN ZU HABEN ODER NOCH SCHLIMMER, BEREITS SICH DIE RADIESCHEN VON UNTEN ANZUGUCKEN. NEHMEN WIR UNS DOCH WIEDER ZEIT UNS MIT POLITIK ZU BESCHÄFTIGTEN. ES MUSS JA AUCH NICHT SO DRÖGE SEIN, WIE EINE TALKRUNDE BEIM JAUCH.

BIELEFELD

Terrorbekämpfung. Was mit 1984 als dystopisches Werk seiner Zeit galt, wird heute peut-à-peut Realität. Und Bescheid wissen wir nur Dank eines einzelnen Mannes, der quasi für die Demokratie und das amerikanische Volk sein ganzes Leben aufgegeben hat: Edward Snowden.¹⁰

Dass dieser Mann ausgerechnet im urdemokratischen Russland (Platz 132 von 167 im Demokratie-Index des The Economist) wohl seinen Lebensabend fristen muss, sollte einem vor allem was die Beziehungen zwischen Europa, den USA und deren Geheimdiensten (und vor allem den politischen Einfluss letztgenannter auf ersteres) betrifft, stutzig machen. Ganz zu schweigen von deren Demokratieverständnis, wenn es um die grenzenlose Überwachung geht.

Bevor mir im Zug mein bodennaher Sitzplatz oder gar der Platz hier zum Schreiben von Pofalla »für beendet erklärt wird«, ist da noch Wendy Brown. Die amerikanische Professorin für Politikwissenschaft aus Berkeley sagt, dass Demokratie inzwischen ein leerer Signifikant sei. Damit meint sie eine Art leere Worthülse, die jeder füllen und lebendig werden lassen kann, wie es ihm gefällt. Demokratie als das Grund auf Gute befindet sich damit in fast schon ähnlich metaphysischen Sphären wie die Liebe, Gott oder die Hoffnung. Wer irgendwie demokratisch ist, kann sich mit diesem Label offensichtlich als Nation entweder politisch zur Ruhe setzen und seine Zeit abregieren oder ungestraft militaristisch in undemokratischen Weltregionen intervenieren. Wissenschaft und Öffentlichkeit verpassen sich diesbezüglich sowohl einen selbsterwählten Maulkorb, wenn es darum geht, das Dinge »im Namen der Demokratie« geschehen, als auch bei der Suche nach Alternativen.

»Wir erreichen nun Bielefeld. Allen aussteigenden Fahrjäten wünsch' ick' einen zauberhaften Tach und ene sichere Heimreise. Thank you for travelling wiss Deutsche Bahn.«, ertönt Frau L. über die Lautsprecher.

Zeit für einen letzten Gedanken. Ob wir es mögen oder nicht, sind politische Fragen viel tiefer in unserem Alltag verwurzelt, als wir es manchmal zugeben wollen. Müssen jederzeit und überall meine Daten abgegriffen und gespeichert werden? Kann ich mir meine Miete leisten? Warum gibt es immer so elendig lange Laufzeiten von Handyverträgen? Lassen sich meine Überstunden abbummeln? Warum ist der Nahverkehr schon wieder teurer geworden? Und: Kann man den nicht umsonst nutzen? Sollte gegenüber ein Flüchtlingsheim gebaut werden? Können wir in zehn Jahren noch mit dem Euro zahlen? Warum ist die Steuererklärung so verdammt kompliziert und warum lernt man nicht in der Schule wie das geht? All das sind politische Fragen, auf die die Politik Antworten parat hat – oder haben sollte.

Politik beginnt dort, wo das Zusammenleben von Menschen gestaltet werden soll – im Bestfall konstruktiv und vor allem: vom Menschen aus gedacht. Demokratie ist dabei eine Möglichkeit politisch zu gestalten: allerdings die bisher freieste, sozialste, Minderheiten schützendste, gleiches Recht durchsetzendste und die Würde des Menschen erhaltendste.

Carolin Emcke fragte in ihrer Veranstaltungsreihe »Streitraum – Auf der Suche nach Demokratie«, wo der Ort sei »an dem unsere politischen, sozialen, ästhetischen Nöte, Sehnsüchte und Rechte verhandelt und eingeklagt werden können?« Wahrscheinlich in der Staatsform, die vielleicht die Schlechteste ist, aber immer noch die beste die wir kennen: die Demokratie. Achten wir also auf ihren Zustand.

Und der Ort all das zu diskutieren? Ist hier. Im Kater Demos. Frau L. überlegt kurz und winkt aus dem abfahrenden ICE in Bielefeld: »Na hier im Bordrestaurant janz sicher nich'!« •



EUER NEUER BEGLEITER FÜR POLITISCHE FRAGEN: DER KATER. UTOPISCH. PRAKTISCH. GUT.

LESEEMPFEHLUNGEN

***COLIN CROUCH:**

POSTDEMOKRATIE (2008)

***STEFAN MARSHALL:**

DEMOKRATIE (2014)

***WENDY BROWN, ALAIN BADIOU,**

SLAVOJ ŽIŽEK UVM.:

DEMOKRATIE? EINE DEBATTE (2012)

***MARTIN GILENS & BENJAMIN I. PAGE:**

TESTING THEORIES OF AMERICAN POLITICS:

ELITES, INTEREST GROUPS, AND AVERAGE

CITIZENS (2014 IN PERSPECTIVES ON

POLITICS 12(03))



ALEXANDER SÄNGERLAUB HAT BEREITS MIT 11 JAHREN SEINE ERSTE ZEITUNG MIT FINELINER GEMALT. DIE WICHTIGSTE HEADLINE WAR DAMALS »MONSTER GREIFEN BERLIN AN«. AUCH WENN SICH IM KATER DIESE SCHLAGZEILE (VERMUTLICH) NICHT VERWIRKLICHEN LÄSST, SCHREIBT ALEX NOCH IMMER, STUDIERT »WAS MIT MEDIEN« UND DACHTE SICH »VERDAMMTE AXT! ICH GRÜNDE JETZT MEIN EIGENES MAGAZIN. OHNE FINELINER!«

AND THE WINNER IS...

Welches Land hat die beste Demokratie?

Unzählige Studien wollen genau das herausfinden.

Aber was taugen Demokratieindizes wirklich?

TEXT THOMAS MAURICH

Länder wie Schweden, Norwegen oder Dänemark gelten gemeinhin als besonders demokratisch, anders als China, Angola oder Saudi Arabien. Es gibt also Länder, die demokratischer sind als andere, deren Demokratie »besser« ist als die der anderen. Wenn sich die Qualität der Demokratie von Ländern tatsächlich vergleichen lässt, könnten wir auch ein Ranking erstellen mit dem demokratischsten Land an der Spitze und der größten Diktatur als Schlusslicht. Stellt sich nur die Frage, woran man das denn erkennt. Wie genau lässt sich der Demokratiegrad eines Landes bestimmen?

Um Demokratie messen zu können, muss man sich erst einmal damit auseinandersetzen was das ist, diese Demokratie. Und das ist gar nicht so einfach. Das Wort »Demokratie« kommt aus dem Griechischen, setzt sich aus den Wörtern »Demos« für das »Volk« und »Kratia« für die »Herrschaft« zusammen. Die Herrschaft des Volkes also. Bei den alten Griechen hieß das, dass wirklich alle herrschen (nun ja, abgesehen von Frauen, Sklaven und Fremden). Jeder war mal dran. Und um zu entscheiden, wer der nächste Volksvertreter werden sollte, gab es das Los.

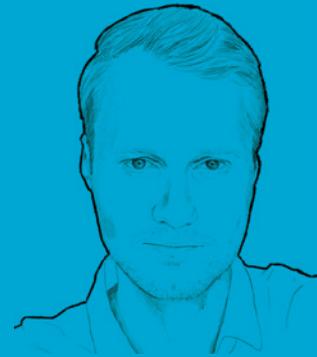
Das Auslosen der Ämter und der Mitgliedschaft in der Volksversammlung war das zentrale Element der attischen Demokratie. Somit wurde gewährleistet, dass wirklich alle über alle herrschen, egal ob reich und gut vernetzt oder arm und politikverdrossen. Und genau da liegt das Problem: Im Zentrum unserer heutigen »modernen« Repräsentativdemokratien steht nicht mehr das Los sondern die Wahl. Die gute Wahl, die dafür sorgen soll, dass nur die besten und hellsten Köpfe die Ämter besetzen. Ich herrsche nicht mehr selbst, nein, ich lasse mich repräsentieren, denn zum Herrschen habe ich keine Zeit mehr. In der modernen Demokratie hat das Volk seine Herrschaft outgesourct und in die Hände einiger weniger gegeben. Alle vier Jahre darf es nun entscheiden, ob es das Management im Amt bestätigen oder feuern möchte. Mit der Herrschaft Aller wird es also vorerst nichts. Dann aber doch wenigstens eine Herrschaft der Vielen?

So sieht es zumindest der Politikwissenschaftler und emeritierte Professor der Yale Universität Robert Dahl. Um der Misere zu entkommen, dass unsere heutigen Demokratien nicht mehr viel mit ihrem antiken Vorbild gemein haben, hat er das Konzept der »Polyarchy« erschaffen. Demokratie ist demnach ein Ideal, das bisher von keinem Staat erreicht wurde. Um die modernen Repräsentativdemokratien zu beschreiben, nutzt er daher den Begriff der Polyarchie, was in etwa so viel bedeutet wie die »Herrschaft der Vielen«. Die Wahl ist hier das vorherrschende Element.

Die zentralen Dimensionen dieser Herrschaftsform sind für Dahl die Partizipation und der Wettbewerb. Je besser diese funktionieren, desto näher befindet sich der Staat am unerreichten Ideal der Demokratie. Und nun folgt das eigentlich Revolutionäre: Diesen zwei Dimensionen hat Dahl acht Institutionen zugeordnet, die sie repräsentieren, nämlich:

1. DIE FREIHEIT, ORGANISATIONEN ZU GRÜNDEN UND IHNEN BEIZUTRETEN (ALSO PARTEIEN),
2. DIE MEINUNGSFREIHEIT,
3. AKTIVES WAHLRECHT (MAN SELBST DARF WÄHLEN)
4. PASSIVES WAHLRECHT (MAN SELBST DARF GEWÄHLT WERDEN),
5. DAS RECHT POLITISCHER FÜHRER, UM UNTERSTÜTZUNG ZU WERBEN,
6. DIE INFORMATIONSFREIHEIT,
7. FREIE UND FAIRE WAHLEN,
8. SOWIE DIE TATSACHE, DASS INSTITUTIONEN FÜR DIE POLITIKGESTALTUNG DER REGIERUNG (EXEKUTIVE) WAHLEN UND ANDERER MÖGLICHKEITEN, PRÄFERENZEN AUSZUDRÜCKEN, UNTERLIEGEN.

THOMAS MAUTRICH HATTE SCHON IMMER EIN FAIBLE FÜR NACHRICHTEN, WELTGESCHEHEN UND SEINE HEIMATSTADT BERLIN. DARUM HAT ER MERKWÜRDIGE FÄCHERKOMBINATIONEN STUDIERT UND BESCHÄFTIGT SICH NUN MIT POLITIK, MENSCHENRECHTEN UND MACHT NEBENBEI NACHRICHTEN. ES VERSCHLÄGT IHN ÖFTER MAL IN DIE FERNE, WIE NEW YORK, WIEN, KENIA ODER IRLAND, DOCH KOMMT ER IMMER WIEDER IN SEINE LIEBLINGSSTADT ZURÜCK.



Diesen Institutionen können wir nun real beobachtbare Zustände aus der Wirklichkeit zuordnen. Ist das aktive und passive Wahlrecht in der Verfassung des Staates verankert? Gibt es Informations- und Meinungsfreiheit? Sind die Wahlen frei und fair? Wenn ein Land all diese Voraussetzungen erfüllt, ist es eine besonders gute Polyarchie bzw. nach unserem Verständnis besonders demokratisch. So wird das abstrakte Konstrukt der Demokratie endlich messbar!

Genau diese Vorgehensweise ist die Grundlage einer Subdisziplin der Politikwissenschaft, der Demokratie-messung. Erst überleget man sich einen Demokratie-begriff, dann Institutionen, die diesen ausmachen, und zu guter Letzt sucht man nach real beobachtbaren Zuständen, denen man diese zuordnen kann. Und tada: Wir haben einen Demokratie-index! In der Tat existiert schon eine bunte Auswahl solcher Demokratie-Indizes. Manche von ihnen scheinen Demokratie relativ gut zu messen und kommen zu plausiblen Ergebnissen. Andere wiederum sind etwas fragwürdig, aber seht selbst:

INDEX OF DEMOCRACY VON TATU VANHANEN

Der Index of Democracy des finnischen Politikwissenschaftler Tatu Vanhanen lehnt sich stark an das Polyarchie-Konzept Dahls an. Vanhanen, Vater des ehemaligen finnischen Ministerpräsidenten Matti Vanhanen, hat in den letzten Jahren leider eher mit umstrittenen Theorien von sich reden gemacht: Er versuchte einen Zusammenhang zwischen dem IQ der Bevölkerung und dem BIP eines Landes herzustellen.

Dahls Dimension des Wettbewerbs ermittelt er anhand des prozentualen Anteils, welchen die Regierungspartei bei der letzten Wahl erhalten hat. Je kleiner dieser Anteil ist, desto mehr Parteien sind im Parlament vertreten und desto eher muss die Regierungspartei Koalitionen eingehen. Wenn mehr Stimmen bei der Entscheidungsfindung einbezogen

werden müssen und ein Konsens gefunden werden muss, ist ein Land demokratischer. Klingt einleuchtend. In einem Land wie den USA, die ein de facto Zwei-Parteien-Staat sind, werden bei einem Sieg der einen Partei bei der Präsidentenwahl die fast 50% der Verliererpartei nicht berücksichtigt. Das ist undemokratischer, weil hier fast die Hälfte der Bevölkerung nicht ihre »Herrschaft« ausübt.

Die Dimension der Partizipation deckt Vanhanen mit der Wahlbeteiligung ab. Eine höhere Wahlbeteiligung ist eine größere Partizipation der Bevölkerung an ihrer jeweiligen Demokratie. Da der Index sich auf Zahlen beschränkt und auf Expertenmeinungen verzichtet, ist dieser relativ objektiv. Nordische Länder sowie Belgien und die Niederlande belegen bei Vanhanen oft Spitzenwerte.

FREEDOM HOUSE

Die vielleicht bekanntesten Demokratieindizes, wenn auch nicht explizit als solche konzipiert, sind die »Freedom in the World Reports« der amerikanischen Nichtregierungsorganisation (NGO) Freedom House. Sie bestehen aus zwei separaten Indizes, dem Political Rights Index und dem Civil Liberties Index.

Das primäre Ziel ist das Messen der Freiheiten als notwendige Bestandteile einer Demokratie. Demokratie ist in diesem Verständnis ein System, »in dem das Volk seine entscheidungsbefugten Führungen frei aus miteinander konkurrierenden Gruppen und Individuen, die nicht von der Regierung bestimmt wurden, auswählt«, wie Manfred G. Schmidt in seinem Buch über Demokratietheorien schreibt. Die seit 1973 veröffentlichten Berichte dienten anfangs als Waffe im Kampf gegen den Kommunismus. Da liegt die Kritik nahe, Freedom House propagiere die liberale Ausprägung der Demokratie der Vereinigten Staaten von Amerika und ergreife einseitig dafür Partei, wie Susanne und Gert Pickel in ihrem Werk zur politischen Kultur- und Demokratieforschung anmerken. ►

DEMOKRATIEINDEX 2014

VOLLSTÄNDIGE DEMOKRATIEN

- 9 BIS 10
- 8 BIS 8,9

UNVOLLSTÄNDIGE DEMOKRATIEN

- 7 BIS 7,9
- 6 BIS 6,9

HYBRIDREGIME

- 5 BIS 5,9
- 4 BIS 4,9

AUTORITÄRE REGIME

- 3 BIS 3,9
- 2 BIS 2,9
- 0 BIS 1,9
- KEINE DATEN



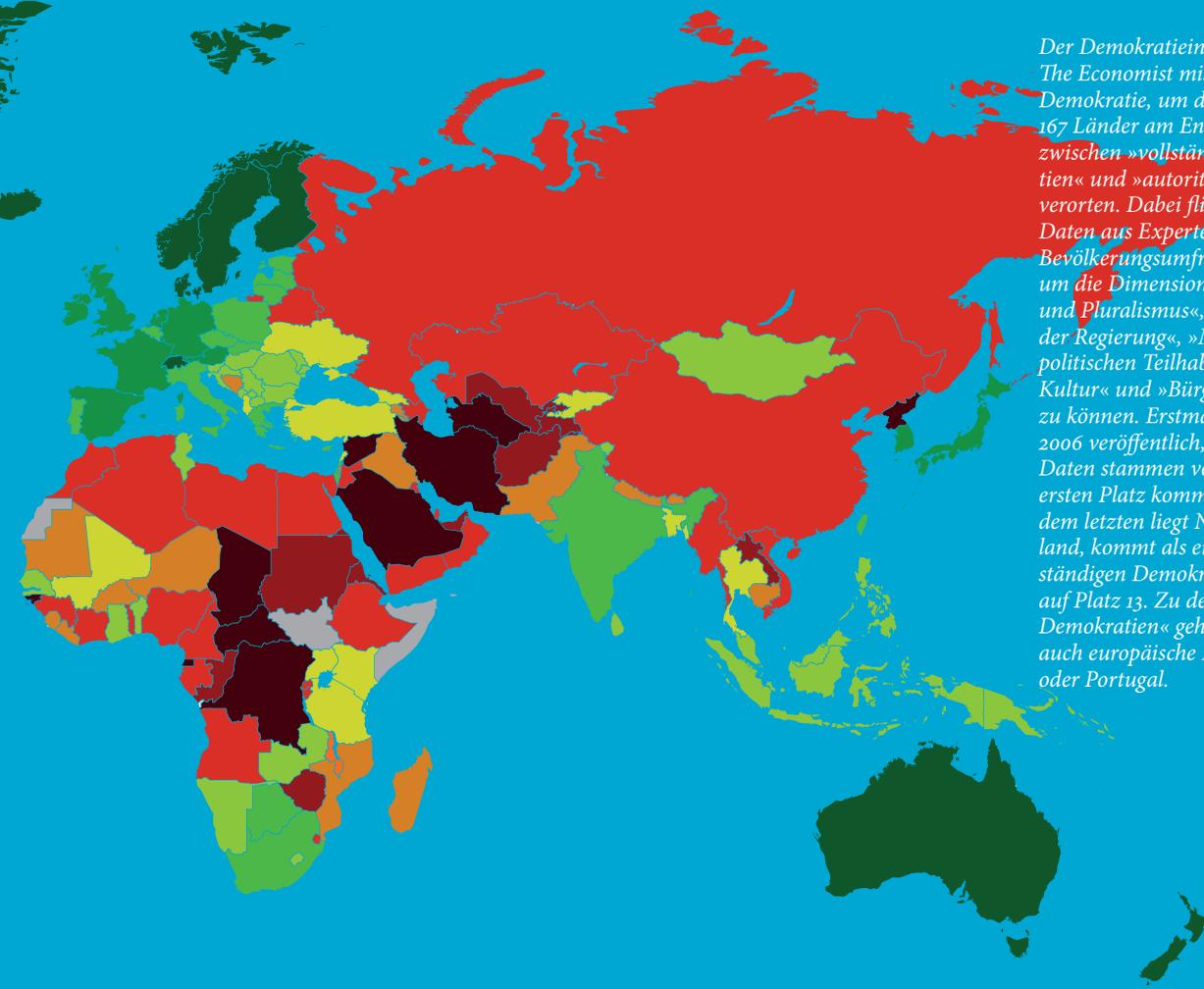
Um den Grad der Bürgerfreiheit, beziehungsweise den der politischen Rechte, zu ermitteln, wurden Fragenkataloge entworfen, welche von Experten beantwortet werden. Die Auswahl dieser Experten ist leider sehr intransparent und das Verwenden von Expertenmeinungen »hochgradig subjektiv«, kritisieren die beiden oben genannten Demokratieforscher. Zu den erfragten Sachverhalten gehören unter anderem Meinungs- und Glaubensfreiheit, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit oder das Vorhandensein und die Qualität des Rechtsstaates. Die politischen Rechte werden mit der Qualität und dem Vorhandensein von Wahlen, politischem Pluralismus und der Funktionsweise des politischen Systems erfragt.

INDIZES DER BERTELSMANN STIFTUNG

Die »unabhängige« Bertelsmann Stiftung, die der Politik gerne unter die Arme greift um ein wirtschaftsliberales Weltbild zu propagieren, hat sich auch an der Erstellung von Demokratie-Indizes versucht. Da gibt es zum einen den Bertelsmann Transformation Index (BTI) und zum anderen die

Sustainable Governance Indicators (SGI). Ersterer bewertet den Entwicklungsstand von Ländern, nicht nur in politischer, sondern auch in wirtschaftlicher Hinsicht, während letzterer auf ähnliche Weise nur die entwickelten Länder der OECD untersucht. Dabei beantworten pro Land jeweils zwei »anerkannte« Experten Fragen aus einem festgelegten Katalog.

Die Indizes, welche nach Angaben der Stiftung auch gerne von der Bundesregierung und internationalen NGOs zur Planung ihrer Entwicklungshilfemaßnahmen herangezogen werden, repräsentieren bei genauerem Hinsehen ein sehr merkwürdiges Bild davon, was eine »gute« Demokratie beziehungsweise ein entwickelter Staat ist. Man ahnt es schon: Länder mit hoher Staatsquote, das heißt, die viel in die Wirtschaft eingreifen oder in denen Gewerkschaften oft streiken, werden abgestraft. Wenn Konzerne ohne große Eingriffe und Regulationen walten und schalten können, ist das hingegen ein Zeichen auf dem Weg zu einem entwickelten Land. Hier werden also die wirtschaftlichen und politischen Dimensionen eines Landes vermischt und nicht mehr nur der Demokratiegrad gemessen, sondern auch die Performance eines Staates.



Der Demokratieindex der Zeitschrift *The Economist* misst den Grad der Demokratie, um die untersuchten 167 Länder am Ende auf einer Skala zwischen »vollständigen Demokratien« und »autoritären Regimen« zu verorten. Dabei fließen verschiedene Daten aus Expertenbefragungen und Bevölkerungsumfragen zusammen, um die Dimensionen »Wahlprozess und Pluralismus«, »Funktionsweise der Regierung«, »Möglichkeiten zur politischen Teilhabe«, »Politische Kultur« und »Bürgerrechte« bewerten zu können. Erstmals wurde der Index 2006 veröffentlicht, die aktuellsten Daten stammen von 2014. Auf dem ersten Platz kommt Norwegen, auf dem letzten liegt Nordkorea. Deutschland, kommt als eine von 24 »vollständigen Demokratien« auf der Welt, auf Platz 13. Zu den »unvollständigen Demokratien« gehören beispielsweise auch europäische Länder, wie Italien oder Portugal.

DAS VOLK KANN AUCH DUMM SEIN

Was ist jetzt also Demokratie? Die meisten Indizes scheitern genau an dieser Frage. Muss ein Land wirtschaftlich erfolgreich sein? Wenn ein Land besonders demokratisch ist, also das Volk selbst viel Herrschaft ausübt, ist es dann auch ein gut regierter Staat, in dem Wohlstand herrscht?

Demokratie und ein guter »Outcome« der Herrschaft ist nicht das Gleiche. Das Volk kann auch »dumme« Entscheidungen treffen, wie beispielsweise in der Schweiz Minarette verbieten oder die NSDAP wählen. China, die bald größte Wirtschaftsmacht der Welt, hat es in relativ kurzer Zeit geschafft, Weltmarktführer auf vielen Gebieten zu werden und einen gewissen Wohlstand für große Teile seiner Bevölkerung zu generieren (auch wenn viele noch in Armut leben). Trotzdem heißt das im Umkehrschluss nicht, dass es die Menschenrechte achtet oder gar besonders demokratisch wäre. Demokratie ist die Herrschaft des Volkes. Wer sie messen möchte, sollte nur untersuchen wie sehr das Volk herrscht und nicht, ob das, was dabei rumkommt, immer zu guten Ergebnissen führt.

Kann man also Demokratie messen? Jein. Die meisten Indizes kommen alle zu ähnlichen Ergebnissen. Sie scheinen also tatsächlich das zu messen, was wir heute als Demokratie bezeichnen und Robert Dahl »Polyarchy« nannte. Ob denn aber in den besten Ländern das Volk nun auch am meisten herrscht und ob unsere modernen Repräsentativdemokratien das überhaupt zulassen, diese Frage vermögen sie nicht zu beantworten. Vielleicht sollten wir, mit dem Worten von Willy Brandt, mal wieder »mehr Demokratie wagen«, mehr selber herrschen oder, wie die alten Griechen, ein bisschen öfter lösen. •

LESEEMPFEHLUNGEN:

***HUBERTUS BUCHSTEIN:**

DEMOKRATIE UND LOTTERIE. DAS LOS ALS POLITISCHES ENTSCHEIDUNGSMITTEL VON DER ANTIKE BIS ZUR EU (2009)

ÜBER DEN TELLERRAND GESCHAUT

ALTER SCHWEDE

TEXT CHOLEDA JASDANY
FOTOS SIMA EBRAHIMI, ME CHUTHAI



Einmal über den Tellerrand geschaut, besuchen wir das Land, in dem fröhliche Kinder aufwachsen, transparente Gehälter bezahlt werden und sowieso keine Diskriminierungen vorkommen. Nur die Erwähnung von Namen wie Lillebror, Tommy und Annika löst bei uns schon eine wohlige Zufriedenheit aus. Wir erinnern uns an die Kindheit, die wir von Astrid Lindgren kennen und längst als unsere eigenen Kindheitserinnerungen verbucht haben. Pippi und Karlsson vom Dach, das sind kleine alte Schweden, wie wir sie lieben. Dass Schweden in Deutschland auf diese Weise so idealisiert wahrgenommen wird, bezeichnet Bertholt Franke als »Bullerbü-Syndrom«. Der ehemalige Leiter des Goethe-Instituts in Schweden meint damit eine Vorliebe für alles Schwedische sowie eine verklärte Sicht, geprägt von Astrid Lindgrens Kinderbücher-Figuren.

Doch wie empfinden Schweden selbst diese idealisierte Darstellung des Landes, in dem sie wohnen? Tineska Magalhães wuchs im nördlichen Östersund und Linköping auf. Nach dem Gymnasium zog es die heute 25-jährige nach Irland, Brasilien und Libanon und sie verbrachte fast drei Jahre nicht in Schweden. Doch sie begann, das Land zu vermissen und die Sicherheit, zu wissen, wie alles funktioniert sowie dass es funktioniert. Jetzt lebt sie in Göteborg. Sie ist überzeugt davon, dass im Ausland das Klischee einer schwedischen Gesellschaft vorherrscht, die sich um jeden Einzelnen kümmert. »Das tut sie nicht.«, sagt sie. »Besonders seitdem wir der EU beigetreten sind, sind wir nicht gerade gut darin, die Menschen zu integrieren, die jetzt hier leben können. (...) Auch der Abstand zwischen arm und reich, Arbeitern und Managern wächst schnell. Darum verschwindet meiner Meinung nach dieser Stereotyp einer Demokratie, in der alle wirtschaftlich gleich sind.«

EINE DEMOKRATIE AUF DEM DRITTEN PLATZ

Der gute Ruf der schwedischen Verhältnisse liegt zum einen darin begründet, dass die Arbeitgeber Frauen und Männer vermeintlich gleichberechtigt behandeln. Das liegt nicht daran, dass Männer und Frauen gleich hohe Löhne erhalten, sondern daran, dass systematisch für eine Transparenz bei den Gehältern gesorgt wird. Zumindest alle drei Jahre müssen sich Unternehmen für mögliche Differenzen in Gehältern rechtfertigen.

Zum anderen schneidet Schweden im Global Democracy Ranking ziemlich gut ab und steht auf Platz

drei, unter Norwegen auf Platz eins und der Schweiz auf Platz zwei. Deutschland findet sich in dieser Liste übrigens auf Platz acht wieder. Bei dem Global Democracy Ranking werden verschiedene Kriterien betrachtet. Politische Rechte, Bürgerrechte, Pressefreiheit und Korruption, um nur einige von ihnen zu nennen. Auf die Frage hin, wie die Schweden selbst es bewerten, dass sie auf Platz drei des Democracy Rankings stehen, sagt Patrick Schmitt, der ein Jahr in Schweden gelebt hat: »Sie fragen sich, wer auf Platz zwei und eins ist. Die Wahrnehmung von Schweden als sehr offenes, liberales und demokratisches Land ist den Schweden selbst sehr wichtig.«

»SCHÖN, DASS DU DA BIST. BLEIB DOCH EINFACH.«

Was aber wiederum unsere Wahrnehmung von Schweden angeht, können es ja nicht nur Astrid Lindgrens Bücher sein, die unser Bild prägen. Aber was vom schwedischen Leben kennen wir hier in Deutschland sonst noch? Selbst wenn wir zu den Glücklichen gehören, die dort regelmäßig in idyllischen Sommerhäusern Urlaub machen, heißt das noch lange nicht, dass wir die dortigen Verhältnisse wirklich ausmachen können. Wahrscheinlich wird man zuerst an Ikea denken. Aber wer an Ikea denkt, dem kommen gleichzeitig Erinnerungen an den Wahnsinn, vor dem man nicht gefeit war, als man das letzte Mal in diese blau-gelbe Welt eintrat. Selbst wenn man den großen Rundgang meidet und damit die kleinen Versionen heiler Welten, die dort ausgestellt werden, muss man eine Menge Willensstärke unter Beweis stellen, um an der Kasse nicht mit der doppelten Menge Artikel, als man eigentlich braucht, dazustehen. Man geht ins Erdgeschoss, um die Knoblauchpresse, zwei Gläser und einen Duschvorhang mitzunehmen und wandert an unendlich vielen kleinen Dingen vorbei, die man nicht braucht, die aber so praktisch wären. Was sollte denn eigentlich auch so schlecht daran sein, sich zu Hause so auszustatten wie es alle anderen auch tun? Dabei ertönen dann die Stimmen von Marie Fredriksson und Per Gessle mit: »Come on, join the joyride!«

Es gibt bereits zahlreiche Erklärungsversuche, wie der Erfolg des Unternehmens Ikea zustande gekommen ist. Beispielsweise *Elf Geheimnisse des Ikea-Erfolgs* von Rüdiger Jungbluth aus dem Jahre 2006. Dabei geht es nicht nur um die relativ niedrigen Preise oder die Tatsache, dass der Kunde ►

geduzt wird. Es spielt noch etwas anderes mit hinein in unsere Vorliebe für Köttbullar und den Saab 900 – und zwar unsere Träume und unsere Zuneigung für Träumer. Wir empfinden große Sympathie für eine Gesellschaft, die sich bemüht um ihre Mitglieder, die sozusagen als besonders demokratisch erachtet wird.

SCHWEDEN DEN RÜCKEN GEKEHRT

Patrick Schmitts erster Kontakt mit dem Land war eine Radiosendung auf Bayern 2, in der schwedische Musik gespielt wurde. Das war Mitte der 90er Jahre. Danach fing er an, sich für diesen Teil Skandinaviens zu interessieren. Er las Bücher, schaute Filme und belegte Schwedisch-Kurse. Seine damalige Freundin teilte diese Vorliebe für alles Schwedische. Im Jahre 2005, als das Studium abgeschlossen war, zogen sie zusammen nach Stockholm. Heute wohnt der 41-jährige mit seiner damaligen Freundin, mit der er jetzt verheiratet ist, in Berlin und kann viele Gründe aufzählen, weshalb sie Schweden den Rücken gekehrt haben. »Ich bin mir bei allem, was ich gesagt und getan habe, wie ein Elefant im Porzellanladen vorgekommen. Ständig das Gefühl, dass man nicht versteht, was von einem verlangt wird, man etwas falsch macht, es aber einem keiner sagt, weil jede Konfrontation, auch die kleinste, um jeden Preis vermieden wird.«

EINE KINDHEIT IN DER FOLKHEMMET

Auch Christopher Oberschmidt hat lange in Schweden gelebt. Mit seiner Familie ist er als Kind von viereinhalb Jahren nach Stockholm gezogen. Das war 1984 und hing mit dem Beruf seines Vaters zusammen. Zwei Jahre später im Jahre 1986 wurde der damalige Ministerpräsident Olof Palme auf offener Straße in Stockholm ermordet. Nach dieser »Zäsur in der schwedischen Nachkriegsgeschichte« sei seiner Meinung nach »ein bisschen diese Illusion dieses Selbstbilds einer friedlichen, offenen, gleichberechtigten Gesellschaft, in der es keine politische Gewalt gibt, ziemlich stark in ihren Grundfesten erschüttert« worden.

Tatsächlich haben die Schweden einen ganz eigenen Begriff für das, was in Deutschland als »Wohlfahrtsstaat« bezeichnet wird. Das schwedische Wort *Folkhemmet* prägte die schwedische Sozialdemokratie seit den 1920ern. Wie die Politikwissenschaftlerin Valeska Henze in ihrer Einleitung zu *Der schwedische*

Wohlfahrtsstaat – Zur Struktur und Funktion eines politischen Ordnungsmodells von 1999 beschreibt, sind »mit dem Volksheim Vorstellungen von der gerechten Gesellschaft verbunden, in der der Staat für die Sicherheit seiner Bürger sorgte und alle gemeinsam für die materielle Grundlage dieses auf Solidarität beruhenden Versorgungssystems verantwortlich waren.« Christopher Oberschmidt erzählt: »Wir zogen nach Schweden in einer Zeit, als das Volksheim sozusagen in voller Blüte war. Im Laufe dieser doch relativ langen Zeit, 10 Jahre, sind wir natürlich immer mehr hineingewachsen in die schwedische Gesellschaft und haben uns dort immer wohler gefühlt und sind dann am Ende mit sehr schwerem Herzen gegangen.« sagt er, »Wir wohnten in einer Dienstwohnung in der Altstadt von Stockholm, extrem privilegierte Situation. Mein Bild von Schweden war auch oft ein bisschen dadurch beeinflusst, was ich eben an der Schule mitbekommen habe. Eben von diesem Upper-Class-Umfeld. (...) Wir sind dann 1994 aus Schweden weggezogen und in den mittlerweile 21 Jahren hat sich die schwedische Gesellschaft seitdem wirklich grundlegend verändert. Also, das Land, aus dem ich weggezogen bin 1994, das gibt es heute so nicht mehr.«

ES IST OKAY, EIN ARSCHLOCH ZU SEIN

Eine der starken Veränderungen Anfang der 90er Jahre war die Banken- und Wirtschaftskrise, nach der die Stimmung im Land umschlug. Die Sozialdemokraten, die über viele Jahrzehnte ohne Unterbrechung an der Macht gewesen waren, wurden erstmals in den Jahren 1976 bis 1982 und dann zwischen 1991 und 1994 von einer bürgerlichen Koalitionsregierung abgelöst. Der Sozialstaat wurde infolgedessen zunehmend abgebaut. Bis dahin galt das ungeschriebene skandinavische Gesetz: *Jantelagen*, welches bereits seit den 1930ern vorgab, nicht besser oder klüger als andere zu sein. Einem Freund von Christopher Oberschmidt zufolge wurde es Ende der 1980er und Anfang der 1990er ersetzt durch: »Es ist okay, ein Arschloch zu sein!«

Bei der letzten Wahl zum schwedischen Reichstag lag die Wahlbeteiligung zwar bei satten 84,6%. Doch wurde bei der letzten Parlamentswahl im September die rechtsextremistische Partei der Schwedendemokraten die drittstärkste Kraft. Wenn Tineska Magalhães Berichte über das Erstarken der Rechten in Schweden liest, dann beunruhigt sie das ►





sehr. Doch als die Rechten in ihrer Heimatstadt Göteborg marschieren wollten, erschienen vielleicht zehn Leute, aber auf der Gegenseite ungefähr 2.000 Gegendemonstranten.

Auch Christopher Oberschmidt findet, dass es zumindest im schwedischen Reichstag funktioniert, die Schwedendemokraten im Parlament zu isolieren, da ein Konsens unter allen demokratischen Parteien herrsche, nicht mit ihnen zusammenzuarbeiten. Die rechtspopulistische Bewegung sei jedoch nicht aus dem Nichts entstanden, meint Christopher Oberschmidt. »Es gab schon in den 70er und 80er Jahren eine sehr militante und gefährliche Neonazi-Szene in Schweden, die auch international vernetzt war und es nach wie vor ist. (...) Was aber passiert ist in den letzten Jahren, ist, dass die Schwedendemokraten (...) sich den Nimbus einer politisch stubenreinen und politisch akzeptablen bürgerlichen Bewegung gegeben haben und ihre Radikalität zumindest in der Öffentlichkeit nicht mehr artikulieren.« Christopher Oberschmidt bezeichnet diese Entwicklung als eine »Normalitätsverschiebung«, bei der »frustrierte Wähler« von den etablierten zu rechtspopulistischen Parteien abwanderten. Die etablierten Parteien seien feige, griffen rechte Themen auf und hätten Angst, dagegenzuhalten.

WER VERKAUFT HAMBURGER UND U-BAHNTICKETS?

Die Zahl der Aufenthaltsgenehmigungen für Migranten in Schweden steigt jährlich. 2014 waren es 81.300 Asylanträge, die eingingen. Das bedeutet einen Anstieg von 50% im Vergleich zum Vorjahr. Zum Vergleich lag die Zahl der Asylanträge in Deutschland im selben Jahr bei 202.834. Bei einer Bevölkerung von 9.747.355 in Schweden lag die Zahl der Eingewanderten bei 127.000. Diese hohe Zahl ist allerdings nicht gleichbedeutend mit einer gut funktionierenden Integrationspolitik. Ist doch mittlerweile bekannt, dass unter anderem die zunehmende »Ghettoisierung« von Migranten in Randgebiete für große Unzufriedenheit sorgt. Das sind wie Christopher Oberschmidt beschreibt: »Am Rande der Städte ziemlich triste, ziemlich trostlose Plattenbausiedlungen, in denen fast ausschließlich nicht-weiße Einwanderer leben. (...) Mit hoher Kriminalität, sehr sehr hoher Arbeitslosigkeit, insbesondere Jugendarbeitslosigkeit, mit Perspektivlosigkeit, mit schlechten Schulen, mit schlechter Verkehrsanbindung.« Bei seinen sporadischen Besuchen in Schweden fällt ihm auf, dass es die Somalier und die

Syrer sind, die Klos putzen, Burger und U-Bahntickets verkaufen.

»Das Problem ist natürlich, was man mit Leuten macht, die anders sind«, fragt sich Patrick Schmitt, der sich der schwedischen Gesellschaft nie zugehörig fühlte. »Das betrifft nicht nur Ausländer, auch Behinderte. Natürlich werden sie nicht diskriminiert (das würde ein Schwede niemals tun), nein, die Ausländer bekommen ihren eigenen Stadtteil, wo sie mit anderen Ausländern zusammen sein können. Und die Behinderten bekommen eine Wohnung und alles und einmal die Woche treffen sie sich mit anderen Behinderten.«

Ganz entgegen dieser erschwerten Bedingungen für Einwanderer in Schweden, definiert sich das Land aber dennoch als Einwanderungsland und präsentiert auf seiner offiziellen Webseite zum Thema Migration in Schweden unter www.sweden.se/migration nicht nur aktuelle Zahlen und Daten, sondern auch viele Porträts verschiedener Einwanderer aus Syrien, aus dem Irak oder aus Palästina, die wie glückliche Vorzeige-Einwanderer wirken.

»Schweden sind Hippies, die Mitleid mit der ganzen Welt haben«, sagt Patrick Schmitt, »furchtbare Gutmenschen, denen aber gleichzeitig jedes Verständnis dafür fehlt, wenn Menschen, die zu ihnen kommen, die schwedische Normalität fremd ist. Schweden leben in ihrer eigenen Welt, das ländliche Schweden ist unglaublich konservativ. In der Zeitung stehen Dinge, wie dass am Vortag jemand ohne Helm auf dem Motorrad gesehen wurde, oder dass abends eine Gruppe von Jugendlichen auf dem Schulhof sehr laut war. Größere Artikel gibt es zu neuen Radwegen.«

Wie der schwedische Autor Jonas Gardell in seinem autobiographischen und bitter-witzigen Roman *Ein Komiker wächst heran* aus dem Jahre 1992 bereits feststellte: »Alle Erwachsenen haben einen Volvo. Die Kinder haben Bonanzafahrräder. Die Fünfzehnjährigen haben ein Mofa. So hat alles seine Zeit, und alles ist an seinem Platz. Jedes Alter hat seine Träume. Es gibt viele Träume: (...) Den Traum vom Schwenkgrill im Garten. Er handelt von gegenseitiger Sympathie und Gemeinsamkeit.«

ASTRID LINDGREN, EINE RADIKALE SYSTEMKRITIKERIN?

Wenn Schweden als das Heimatland von Karlsson vom Dach und Pippi Langstrumpf wahrgenommen wird – diesen beiden links-anarchistisch angehauchten Figuren – wie ►

kommt es dann zu dieser Entwicklung nach rechts in Schweden? Vielleicht muss man sich die guten alten Bücher von Astrid Lindgren doch noch einmal zu Gemüte führen. Fällt beim genaueren Hinsehen nicht auf, dass sowohl Karlsson vom Dach, als auch Pippi Langstrumpf beide Außenseiter der Gesellschaft waren? Wenn man mal ehrlich ist, bilden doch die braven Langweiler Lillebror, Tommy und Annika die schwedische Gesellschaft, die so homogen ist, dass alle aus ihr herausstechen, die nur eine andere Haarfarbe tragen oder meinetwegen verschiedenfarbige Strümpfe. Astrid Lindgren war den größten Teil ihres Lebens ein treues Mitglied der sozialdemokratischen Partei. Allerdings galt die gestandene Autorin als Systemkritikerin und als Gegnerin der so genannten »Gleichmacherei«. Ihr wurde nachgesagt, sie habe zum Wahlerfolg der Folkpartiet liberalerna, quasi der schwedischen FDP, beigetragen. Davon distanzierte sie sich jedoch.

»NUR NICHT ,RAUSRAGEN, NUR NICHT EXTREM SEIN«

Ein wichtiges Wort in Schweden ist *lagom*. In diesem Wort steckt eine Menge, wie beispielsweise die Abneigung gegen Extreme. Nicht zu viel, nicht zu wenig. Patrick Schmitt erinnert sich: »Nur nicht rausragen, nur nicht extrem sein, wie alle anderen sein, das ist das Ideal in Schweden. Sozialismus quasi.« Träumen die auf dem dritten Platz des Democracy Rankings rangierenden Schweden somit eigentlich vom Sozialismus? Tineska jedenfalls fühlt sich gut aufgehoben bei dem Begriff *lagom*. »Es ist der einfache Weg, um keine Seite beziehen zu müssen. Es kann auch als feige betrachtet werden, aber auch als sehr diplomatisch. Aber während wir alle Konflikte vermeiden wollen, in dem wir »neutral« bleiben wollen, wissen wir doch, dass es so etwas wie Neutralität nicht gibt.« Patrick Schmitt meint, dass in Schweden die Frage, ob etwas prinzipiell falsch laufe, gar nicht erst gestellt werde, da das Hinterfragen schon dazu führen würde, sich aus der bequemen homogenen Gemeinschaft zu lösen.

Wie bewertet man also die als ideale Demokratie wahrgenommene schwedische Gesellschaftsform? Welchen Wert hat die Demokratie überhaupt in einer absolut homogenen Gesellschaft? Oder braucht eine gut funktionierende Demokratie etwa ein gewisses Maß an gesellschaftlicher Homogenität? Was passiert dann aber mit den Minderheiten, die von dieser Homogenität ausgeschlossen werden?

Eine ideale Demokratie kann so oder so beschrieben werden. Eine der Definitionen lautet: eine ideale Demokratie ist eine weltoffene Gesellschaft mit sozialer Kohäsion. Das bedeutet, selbst das Wohlbefinden von Minderheiten muss gewährleistet sein. Ist die soziale Kohäsion letztendlich ein Preis, den die Schweden dafür zahlen, damit sie als Demokratieform hoch eingestuft werden wie z. B. beim Global Democracy Ranking? Patrick Schmitt meint, ein gewisses Sendungsbewusstsein der Schweden wurzele in der Überzeugung, dass Schweden die Welt in positiver Weise verändern könnte. Vielleicht handelt es sich dabei um ein Überbleibsel aus der Zeit vor der Wirtschaftskrise, als das Vertrauen in die Sozialdemokratie und das Folkhemmet noch größer waren. Damit einhergehe seiner Meinung nach aber »das Ideal der Konformität, das allgegenwärtig ist. Jeder ist gleich, niemand will rausstechen, weder positiv noch negativ. Wenn sich jemand außerhalb dieser Konformität bewegt, wird das mitleidig akzeptiert, aber eine Integration ist ausgeschlossen.«, resümiert Patrick Schmitt.

Astrid Lindgren hat mit ihren Figuren Pippi und Karlsson vom Dach versucht, gegen diese Konformität anzugehen. Auch ein Blick zurück auf den Roman von Jonas Gardell zeigt, dass die Sehnsucht nach einem Ausbruch existiert: »Und den Traum – der geheimste –, genug davon zu haben, seine Sachen zu packen und davonzureisen. Wovon handelt dieser Traum? Von einer Welt (...) ohne Schwenkgrill im Garten. Von einer ganz anderen Welt.« •



CHOLEDJA JASDANY HAT SICH BEREITS FRÜH GERN AN DEN HAMBURGER TELLERRAND GESETZT UND VON DORT DEN BLICK IN DIE FERNE SCHWEIFEN LASSEN. IN NEW YORK, MEXIKO-CITY UND BEI DEN JAPANSTUDIEN HABEN SIE STETS BLOCK UND KULI BEGLEITET UND NACH LEIPZIG ZUM LITERARISCHEN SCHREIBEN GEBRACHT. JETZT LEBT UND ARBEITET SIE ALS TEXTERIN UND AUTORIN IN BERLIN.



D E R

R O T

E F A

D E N

WILLKOMMEN BEIM ROTEN FADEN Die sechs Kapitel sind als Serie im Magazin verteilt. Du kannst jeden Teil für sich lesen, oder alle am Stück – dann musst du aber vorblättern. Weil Verfassungsgrundsätze immer gelebt werden müssen, haben wir Politiker parteiübergreifend nach ihrer Einstellung zur freiheitlich demokratischen Grundordnung befragt. Wir wollten von ihnen wissen, welche demokratischen Grundwerte ihre politische Arbeit leiten, und ob sie jemals Widersprüche dabei erfahren. Fünf ausgesuchte Antworten findest du in den anderen Kapiteln jeweils an dieser Stelle. Von der Union hat uns leider niemand geantwortet.



ROMAN OBST WÄRE AM LIEBSTEN
KLASSENKÄMPFER. IMMERHIN WAR ER
SCHON FABRIKARBEITER, BARKEEPER,
REDAKTEUR UND MEDIENFORSCHER.
ER MACHT DEN BESTEN MOSCOW MULE
DER STADT. DEADLINES SIND IHM EINE
QUAL. MIT SEINEM SINN FÜR GROSSE
ENTWÜRFE BEDEUTET KREATIVITÄT
VOR ALLEM ORDNUNG SCHAFFEN. IN
SEINER FREIZEIT SCHREIBT ER LIEBES-
GESCHICHTEN.

LESEEMPFEHLUNGEN:

***GEORGE KAPLAN:**

DAS DUNKLE KAPITEL – VERFASSUNGSFEINDLICHE
BESTREBUNGEN INLÄNDISCHER GEHEIMDIENSTE (2015)

***RICHARD STÖSS:**

KRITISCHE ANMERKUNGEN ZUR VERWENDUNG DES
EXTREMISMUSKONZEPTS IN DEN SOZIAL-
WISSENSCHAFTEN (2015)

***CLAUS LEGGEWIE UND HORST MEIER:**

VERFASSUNGSSCHUTZ – ÜBER DAS ENDE EINES
DEUTSCHEN SONDERWEGS (2012)

TEXT ROMAN OBST
RECHERCHE SILVA MODERZINSKI

I. UNSERE FREIHEITLICH DEMOKRATISCHE GRUNDORDNUNG	S. 28
II. DIE WEHRHAFTEN DEMOKRATIE: EINE GESCHICHTE DER FDGO	S. 46
III. DEFINITION: WAS IST DIE FDGO?	S. 60
IV. KAMPF FÜR DIE FDGO: DIE UNHEILIGE ALLIANZ	S. 76
V. EXTREMISMUSFORSCHUNG: MUNITIONSFABRIK DER KONSERVATIVEN	S. 98
VI. DER VERFASSUNGSSCHUTZ	S. 110

UNSERE FREIHEITLICH DEMOKRATISCHE GRUNDORDNUNG

Und in der SPD haben sie eigens eine Kommission, welche die sozialdemokratischen Grundwerte stets dem aktuellen Duktus anpasst.

DEMOKRATISCHER WANDEL

Als ich am Roten Faden dieser Ausgabe zu arbeiten begann, wollte ich mich noch mit der Wandlungsfähigkeit unseres politischen Systems beschäftigen. Mich interessierte, ob sich eine Demokratie nur personell und materiell ihrer Zeit anpassen kann. Ob sie nicht auch wie andere Regierungsformen an der Unbeweglichkeit ihrer Regime zu leiden beginnt.

Es heißt häufig, die Fähigkeit zur politischen Veränderung zeichne funktionierende Demokratien aus – gegenüber den starren Apparaten verkrusteter Autokratien. Demokratien brauchen eine stabile und zugleich flexible politische Kultur. Ich habe mich gefragt, wie weit sich eine Demokratie überhaupt verändern darf, ohne ihr freiheitliches Wesen aufs Spiel zu setzen. Um das zu beantworten, muss man zunächst die Grundlagen unserer freiheitlichen demokratischen Ordnung verstehen.

VON WERTEN UND MOTIVEN

Joachim Gauck redet eigentlich täglich darüber. Als Bundespräsident ist es auch seine Aufgabe, für die Demokratie zu werben. Angela Merkel betont zu jeder Gelegenheit, dass Deutschland mit der EU eine demokratische Wertegemeinschaft bildet.

Die verfassungsrechtliche Idee der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (kurz fdGO) umschließt unseren politischen Betrieb wie ein fester Rahmen. Es ist richtig, dass ihn niemand ungestraft durchbrechen darf. Aber diese Ordnung kommt mit einem Preis. Denn insbesondere radikale Linke und konservative Kräfte ringen miteinander – unter Beobachtung der Neuen Rechten –, was als Kritik unserer Demokratie noch salonfähig ist und was als extremistisch, also verfassungsfeindlich, gilt.

ERST AUF DIESER GEMEINSAMEN BASIS ENTSTEHT UNSER PLURALISTISCHES WERTESYSTEM

Sie sprechen dazu bevorzugt vor geneigtem Publikum von demokratischen Werten, betonen ihre freiheitlichen Grundsätze und schwadronieren bisweilen von Normen oder Leitmotiven. Das wirkt irgendwie immer staatstragend. Schließlich zielen alle diese Floskeln auf den Kern unserer Demokratie, auf jene überparteilichen Qualitäten, die immer währen und dank derer endlich Konsens herrscht – dort wo niemand Nein sagen kann. Aber mit einem Blick in die Redemanuskripte bleibt häufig unklar, was genau drin steckt. Gauck spricht gerne über Freiheit und vom allgemeinen Miteinander.

Mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gibt es einen Begriff im Grundgesetz, der die unteilbaren Elemente unserer Demokratie festschreibt. Erst auf dieser gemeinsamen Basis entsteht unser pluralistisches Wertesystem. Diesen verfassungsrechtlichen Grundwerten (Menschenrechte, Volkssouveränität, Rechtsstaatlichkeit und Pluralismus etc.; genaueres dazu im Roten Faden #3: *Was ist die fdGO?* auf Seite 60) fügen gesellschaftliche Gruppen, Parteien und Verbände eigene weltanschauliche Punkte hinzu.

DER ROTE FADEN

- I. **Unsere fdGO** S. 46
- II. Geschichte der fdGO S. 60
- III. Definition S. 76
- IV. Kampf für die fdGO S. 98
- V. Extremismusforschung S. 110
- VI. Der Verfassungsschutz

UNTER GENERALVERDACHT

Allerdings fristet diese Grundordnung ein kurzes Schattendasein. Dass selbst Politiker sie so selten erwähnen und lieber von Synonymen wie Grundwerten sprechen, liegt nicht am sperrigen Wortlaut, sondern an ihrer Geschichte und ihrem Zweck (siehe Roter Faden #2: *Die wehrhafte Demokratie* auf Seite 48). Ausgerechnet die freiheitliche demokratische Grundordnung dient dem Verfassungsschutz als Legitimation seiner Geheimdienstarbeit. Von Verfassungsschützern liebevoll fdGO abgekürzt, ist sie hier tatsächlich ein »Kampfbegriff«. Sie wird eingesetzt gegen »Extremisten« und beim Aufspüren von Verfassungseinden hier im Inland. Dabei reicht schon der bloße Verdacht, gegen die fdGO zu sein, um im Verfassungsschutzbericht erwähnt zu werden.

Nach dem NSU-Komplex musste der Verfassungsschutz viel Vertrauen einbüßen. Doch in den letzten Jahren wurden insbesondere Kapitalismuskritiker, Antifas und Bündnisse gegen Rechts unter Generalverdacht gestellt, verfassungsfeind-

liche Einstellungen zu vertreten. Der Vorwurf des Verfassungsschutzes reicht bisweilen soweit, aktive »Zellen« von Linksextremisten wollten unsere freiheitliche demokratische Grundordnung im offenen oder verdeckten revolutionären Kampf gegen einen Einheitsstaat kommunistischer bzw. real-sozialistischer Prägung ersetzen - als hätte es die Lehren aus dem Stalinismus nie gegeben. Mitverantwortlich dafür ist eine politisch motivierte Extremismusforschung (siehe *Roter Faden #5* auf Seite 98), die von den meisten Sozialwissenschaftlern als unwissenschaftlich abgelehnt wird.

DER VERFASSUNGSSTAAT IST FÜR ALLE DA

Höhepunkt der letzten Jahre ist das heftig kritisierte Präventionsprogramm gegen Linksextremismus von Kristina Schröder, der ehemaligen CDU-Familienministerin (siehe *Roter Faden #4* auf Seite 76). Deren Nachfolgerin, Manuela Schwesig (SPD), äußerte sich dazu: »Ideologisch ranzugehen bringt

gar nichts«. Der Linksextremismus sei dadurch nur »aufgebauscht« worden.

UNSERE DEMOKRATISCHEN GRUNDSÄTZE SIND ZU RECHT FÜR DIE EWIGKEIT GEDACHT.

Doch alle - auch ewige - Rechtsgüter werden immer nur von den Menschen ihrer Zeit gelesen und gelebt. Unter persönlicher Freiheit verstehen wir heute viel mehr als noch in den Fünfzigerjahren. An der Auslegung dieser Verfassungsgrundlagen müssen alle politischen Akteure beteiligt werden, solange sie diese teilen und an einem Fortschritt der Gesellschaft interessiert sind. Leider musste ich feststellen, dass die freiheitliche demokratische Grundordnung unseren Staat weit weniger offen macht für politische Gestaltung, als ich zunächst vermutete.

Geht Ihr gerne in Sneak Previews? Seht ihr, ich auch nicht. Sneak Previews sind diese Kinovorstellungen, bei denen man vorher keine Ahnung hat, welcher Film gezeigt wird. Das kann zwar ganz unterhaltsam und spannend sein. Mann kann aber auch den neuen Til-Schweiger-Film erwischen.

Bei einem Besuch im NSA-Untersuchungsausschuss verhält es sich ganz ähnlich. Da weiß man vorher auch nicht, was einen erwartet. Und spannend ist es bei Gott nicht immer. Dennoch lohnt es sich, das Risiko einmal einzugehen. Wird doch an kaum einem anderen Ort so sehr darum gerungen, in was für einer Gesellschaft wir eigentlich leben wollen – und vor allem noch können.

Pessimistische Naturen würden sagen, hier kann man der Demokratie beim Sterben zusehen. Man könnte aber auch sagen: Hier verteidigt sich unsere Gesellschaft mit allem, was sie hat. Und das ist ganz schön viel. Nur leider: Ihre stärkste Waffe ist im Moment nicht geladen.

WORUM GEHT ES EIGENTLICH?

Den NSA-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages gibt es seit April 2014. Er besteht aus Bundestagsabgeordneten aller Parteien, deren Auftrag es ist, »die Ausmaße der NSA-Affäre konsequent aufzuklären.«* In mittlerweile 43 Sitzungen haben die Parlamentarier dazu BND-Mitarbeiter, Whistleblower und andere Experten befragt. Sie alle sollten Auskunft darüber geben, was wirklich hinter dem Überwachungsskandal steckt.

Dabei geht es im Wesentlichen um das Speichern und Auswerten von SMS, Chats, E-Mails und Suchanfragen normaler Bürger. Um das Anzapfen transatlantischer Glasfaserkabel und über die voll-

ständige, einmonatige Speicherung und inhaltliche Auswertung von Telefongesprächen. Alles durchgeführt durch die Geheimdienste der Five-Eyes-Staaten** und deren verbündeter Dienste.

Von den Erkenntnissen des Ausschusses dringt so gut wie nichts nach draußen. Und wenn, dann nur aus Versehen. Abgesehen davon, hat der Cyber-Angriff auf das Netz des Bundestages wieder einmal die fehlende Kompetenz und Sicherheit des Parlaments bei diesem Thema auf peinliche und gefährliche Art offengelegt.

Dennoch, alle zwei bis drei Wochen trifft sich in Berlin ein Häufchen Abgeordneter dieses Parlaments im Europasaal 4.900 des Paul-Löbe-Hauses, mitten im Regierungsviertel. Ein wenig sieht es hier aus wie in einem Gerichtssaal. Auf der riesigen, verglasten Stirnseite sitzen die Parlamentarier vor einem halbrunden Tisch. Ihnen gegenüber die Befragten. An diesem Tag ist das Zeuge E. B., Leiter der BND-Stelle in Schöningen, Sachsen-Anhalt. Sein voller Name bleibt in der öffentlichen Sitzung geheim.

MAN SCHERZT MITEINANDER

»Ich stelle fest, die Öffentlichkeit ist hergestellt.« Patrick Sensburg sagt diesen Satz mit schockierender Ernsthaftigkeit. Sichtlich zufrieden über das große öffentliche Interesse blickt er nach oben zur Besuchergalerie. Rund 30 Leute sind an diesem Tag gekommen. Trotz strahlenden Sonnenscheins. ▶

* Website des Deutschen Bundestags.

** »Five Eyes« bezeichnet jene Staaten, die auf Geheimdienstebene eng zusammenarbeiten (USA, Großbritannien, Kanada, Australien, Neuseeland).



Zu Beginn ist die Stimmung noch ausgelassen. Man scherzt miteinander. So geheimnisvoll und bedrohlich wie gedacht sieht der Mann vom BND gar nicht aus. Irgendwie auch verständlich. Die Eingangsfragen der Abgeordneten von CDU/CSU und SPD sind nicht besonders unangenehm. Mit anderen Worten: Die Große Koalition bleibt in der Befragung erschreckend harmlos.

Vorsitzender Sensburg befragt E. B. zu dessen Biografie und umschiffet so gekonnt die heiklen Themen. Der Zeuge ist nach eigener Aussage Soldat, irgendwie aber ausgeliehen an den Bundesnachrichtendienst. »Ich bin Dauerverwender«, sagt er. Es bleibt sein Geheimnis, was er damit meint. Nicht sein letztes an diesem Tag.

»IRGENDWANN WÄREN SIE GEKOMMEN«

Auf der Besuchergalerie werden die Laptops aufgeklappt. Die Sticker auf den Geräten verateten es: Hier sitzen Netzaktivisten. Leute, die wissen, was es heißt, sich einem übermächtigen Gegner zu stellen. Kein Wunder, ist Berlin doch mittlerweile zum Zentrum der weltweiten Hackerbewegung geworden.

Mit der c-base, einem unterirdischen, raumschiffartigen Gebilde, befindet sich in Berlin einer der größten Hackerspaces der Welt. Wie der Name schon sagt, sind Hackerspaces Räume, in denen sich Hacker, Künstler und Wissenschaftler treffen, arbeiten und organisieren können.

Auch die Stars der Szene wie Laura Poitras, die Regisseurin des Oscar-prämierten Snowden-Films *Citizen Four* und Jacob Appelbaum, SPIEGEL-Autor und Entwickler des anonymen Browsers TOR, leben in Berlin. »Die Privatsphäre ist in Deutschland einfach besser geschützt,« erklärt Poitras. »In den USA hätte ich nicht weiterarbeiten können. Irgendwann wären sie gekommen und hätten mein Material beschlagnahmt.«

Diesen Standortvorteil haben wir zwei Dingen zu verdanken. Zum einem dem CCC, dem Chaos Computer Club. Er ist eine Instanz in der Szene und macht Berlin so attraktiv. Zum anderen die deutschen Gesetze. Trotz vieler Probleme genießen Journalisten in Deutschland immer noch besseren rechtlichen Schutz als beispielsweise ihre Kollegen in Großbritannien.

Sowohl das Spiegel-Urteil im Jahr 1962 also auch das Cicero-Urteil von 2007 haben die Stellung der

Journalisten gegenüber den Strafverfolgungsbehörden nachdrücklich gestärkt. Darüber hinaus zeigen auch Einrichtungen wie der Untersuchungsausschuss, dass es in Berlin Politiker gibt, die sich ernsthaft mit diesem Thema auseinandersetzen. Leider sind diese meist aus der Opposition.

SO KANN DAS JA NICHTS WERDEN!

Die wirklich bohrenden Fragen stellen im Untersuchungsausschuss nur die Abgeordneten der Linkspartei und der Grünen. Dann gerät Herr E. B. auch mal ins Schwimmen. Seine Finger beginnen plötzlich zu zittern. Die Sitzposition wird sichtlich verkrampfter. Gesprächiger macht ihn das allerdings nicht.

**GRÜNEN-ABGEORDNETER
KONSTANTIN VON NOTZ
FRAGT E. B.**

»Können Sie etwas darüber sagen, ob der BND Software oder Hardware von der NSA bezogen hat?«

E. B. Nicht öffentlich!«

Darauf folgt – wie so oft an diesem Tag – der fragende Blick nach hinten, zum Herrn aus dem Kanzleramt. E. B. versichert sich, alles richtig gesagt zu haben. Gut gemacht, E. B., sagt der Blick aus dem Kanzleramt.

Die Geheimdienste sind offiziell der Exekutive unterstellt. Das führt zu einer paradoxen Situation: Wenn wir die Parlamentarier als »Ankläger« betrachten und die Berater, die im Rücken des BND-Beamten sitzen und ihm Weisungen erteilen, als dessen »Verteidiger«, wird die Sache klarer. Auch wenn das natürlich weder im juristischen noch im politischen Sinne zutrifft, verdeutlicht es doch schön die Verhältnisse.

Die »Ankläger« sind zum Großteil Parlamentarier der CDU/CSU und SPD. Ihnen gegenüber sitzen Vertreter aus dem Bundeskanzleramt, dem Innenministerium und dem Verteidigungsministerium. Die

»Verteidiger« gehören also zur gleichen Partei wie die »Ankläger«. Mit anderen Worten: Die Bundesregierung behindert, trotz öffentlicher Empörung über den Abhörskandal, die Arbeit der Abgeordneten, wo es nur geht. So kann das ja nichts werden, denken Sie? Ganz recht!

Grünen-Abgeordneter Konstantin von Notz befragt E.B. zur Vorlage der Akten aus der BND-Stelle Schöningen. Herr Wolff, Mitarbeiter des Bundeskanzleramts, gibt darüber Auskunft:

VON NOTZ Sie haben alles vorgelegt?

E. B. Ja.

VON NOTZ Darf ich Herrn Wolff fragen, ob wir alles bekommen haben? Unser Aktenbestand aus Schöningen ist sehr schmal.

WOLFF Davon gehe ich nicht aus. Schöningen als Dienststelle ist ja nicht Untersuchungsgegenstand. [...] Außerdem entscheidet das nicht Schöningen.

NOTZ [...] Unsere Aktenlage ist dünn. Wie viel Prozent des Materials von dort haben wir denn?

WOLFF Das kann ich nicht sagen. [...] Die Entscheidung treffen andere. [...]

NOTZ Bei uns kamen vier dünne Seitchen an. Der Zeuge weiß genau, worum es im Ausschuss geht und antwortet auch so. Wie viele Seiten haben Sie geschickt? [...]

E. B. Einen dick gefüllten Ordner.

NOTZ So 300 Seiten?

E. B. Ja. Das war alles, quasi wahlfrei genommen, was wichtig sein könnte. Wir hatten keinen juristischen Beistand, um zu entscheiden, ob das dazu gehört.

NOTZ Bei uns kam also ein Prozent an. [...]

Hier kommunizieren zwei Systeme, die nicht miteinander kommunizieren können – oder wollen. Zum einen das parlamentarische, öffentliche, demokratische System. Und zum anderen ein System, das nicht nach demokratischen Prinzipien funktioniert. Paradoxerweise gehört zu diesem zweiten System auch die Bundesregierung.

EIN STAAT IM STAAT – OHNE DEMOKRATIE

In den USA ist diese Entwicklung noch deutlicher zu beobachten als in Deutschland. Unmittelbar nach den Anschlägen vom 11. September 2001 erweiterte die NSA ihre Machtbefugnisse in einer nie dagewesenen Art und Weise. Die Folge: Eine zunehmende Entkopplung des Geheimdienstapparates von jeglicher staatlicher Kontrolle.

Stefan Aust beschreibt dies mit Berufung auf das US-Strategiepapier »SIGINT Strategy 2012-2016« in seinem Buch *Digitale Diktatur*: »Beunruhigend ist, dass sich die NSA für diese Aufgabe selbst eine Vollmacht ausstellt, denn die Behörden, so die Einschätzung des Strategiepapiers, könnten mit ihren Richtlinien und Vorschriften für die Arbeit der Dienste »nicht Schritt halten«, mit der »Komplexität der Technologie in dem neuen Zielgebiet« oder mit den »operativen Erwartungen, die sich an den Auftrag der NSA« richteten. Im Zweifel sollte man sich also nicht um rechtliche Regularien oder Beschränkungen kümmern, so die unverhohlene Botschaft dieser Vorlage für die Strategie bis zum Jahr 2016.«

Durch das Sammeln von Informationen beanspruchen Geheimdienste eine immer zentralere Stellung in unserer Gesellschaft. Wir haben es im Falle der deutschen Dienste mit einem System zu tun, das außerdem mit ausländischen Organisationen zusammenarbeitet, die nachweislich deutsche Bürger illegal überwachen – inklusive der Bundeskanzlerin. Der Untersuchungsausschuss des Bundestages ist

der verzweifelte Versuch einer Demokratie, diesen gefährlichen Fremdkörper in die Schranken zu weisen. Einerseits muss der Staat – auch ein demokratischer – das Recht haben, gewisse Geheimnisse zu schützen. Andererseits ist es nahezu unmöglich, den Missbrauch dieser Geheimhaltung – mit Ausnahme einiger weniger Fälle – zu verhindern oder überhaupt festzustellen. Mit einer verheerenden Konsequenz: Die demokratische Kontrolle der Regierung wird zunehmend erschwert.

Die politische Theorie kennt drei Kontrollmechanismen in einer Demokratie: Wahlen, öffentliche Debatten und die aktive Partizipation. Für alle drei ist der uneingeschränkte Zugang zu Informationen notwendig. »Staatsgeheimnisse verwehren Bürgern dieses Recht zweifellos – mit den zu erwartenden Folgen,« schreibt Marcel Rosenbach in seinem Buch *Staatsfeind Wikileaks*. »So kommen Benjamin Page und Robert Shapiro in ihrer Studie über 50 Jahre demokratischer Öffentlichkeit in den USA zu dem Ergebnis, dass die zentrale Entscheidungsgewalt über Informationen, die die Außenpolitik betreffen, diverse Regierungen in die Lage versetzt hat, »der Öffentlichkeit ein vereinheitlichtes, sorgfältig konstruiertes Bild der Ereignisse vorzulegen, mit der Folge, dass sich die Öffentlichkeit an den Auffassungen der Regierung orientiert hat, nicht die Regierung an denen der Öffentlichkeit.«



CHRISTOPH ZEIHNER WOHNT UND ARBEITET IN BERLIN. SEIN THEMA IST DER KAMPF FÜR MENSCHEN- UND BÜRGERRECHTE. VOR ALLEM DIE PRIVACY-AKTIVISTEN HABEN ES IHM ANGETAN. WAS ER GELERNT HAT WÄHREND DER RECHERCHE: HACKER HABEN EINEN VOLLKOMMEN UNGESUNDEN TAGESRHYTHMUS. UND UM DREI UHR NACHTS SINNVOLLE GESPRÄCHE ZU FÜHREN, IST ECHT ANSTRENGEND.

UND WAS FANGEN WIR JETZT DAMIT AN?

Einige Parlamentarier im Untersuchungsausschuss kämpfen wacker für Freiheit und Demokratie in unserer Gesellschaft. Doch was bleibt eigentlich nach einem solchen Anhörungstag? Was kommt wirklich dabei rum?

Der Erkenntnisgewinn der öffentlichen Befragung von E. B. ist im Grunde recht erhellend: Bundesregierung und BND behindern noch immer die Aufklärung der Arbeit des NSA-Ausschusses. Nur vier klägliche Seiten der BND-Außenstelle wurden dem Ausschuss vorgelegt. Laut E. B. wurden in Schöningen bereits im Jahr 2006 »eine Millionen Metadaten pro Tag« und bis zu 500.000 Mitschnitte von Telefongesprächen gespeichert. Er bezeichnet dies als eine »gigantisch kleine« Menge. All diese Daten wurden an die BND-Zentrale in Pullach sowie teilweise an die Bundeswehr weitergeleitet.

Das ist doch was! Und was passiert nun mit dieser Erkenntnis? Nichts.

Und genau das führt uns wieder an den Anfang unserer Geschichte. Sie erinnern sich? Die stärkste Waffe, mit der sich die Gesellschaft zur Wehr setzen könnte, ist zur Zeit leider nicht geladen. Diese Waffe, das sind die Bürger. Die demokratische Gesellschaft ist die Waffe. Ja allein, sie müsste sich einmal regen, diese verfluchte Gesellschaft. Oder besser: Sie müsste sich einmal aufregen. Und zwar nicht nur über die Islamisierung des Abendlandes, die Lügenpresse und neue Flüchtlingsheime. Sondern, darüber, dass

ihnen Stück für Stück Grundrechte abhanden kommen.

Die Veröffentlichung der Snowden-Dokumente im Jahr 2013 hat für Aufregung gesorgt. Wie jede andere öffentliche Empörungswelle hatte auch sie nur eine kurze Halbwertszeit. Man sieht sie nicht, riecht sie nicht, spürt sie nicht: die Überwachung. Warum soll man sich also dagegen wehren? Diese Lethargie zu überwinden, ist schwierig. Doch am Ende reichen vier Oppositionspolitiker nicht aus, um etwas zu verändern. Sie können dabei helfen und an Fassaden rütteln. Umschmeißen müssen sie andere.

Und Zeit wird es. Die Demokratie ist in Gefahr. Der französische Wirtschaftswissenschaftler und Schriftsteller Jacques Attali bringt es so auf den Punkt: »Die Überwachungstechniken werden dazu führen, dass man ausspähen kann, wie jemand wählt. [...] Den Konsum kann man beeinflussen, warum nicht auch das Wahlverhalten. Hier sehe ich eine große Gefahr. Die Gefahr, dass sich die Demokratie in eine Scheindemokratie verwandelt.«

Der zweite Teil der Ausschusssitzung findet übrigens unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Die Parlamentarier stimmen darüber ab: keine Gegenstimmen. Nur auf der Besuchertribüne hebt ein junger Mann mit Laptop die Hand und stimmt dagegen. Bringt nichts. Für heute zumindest. •

DER SCHLEICHENDE ABBAU DER FREIHEITSRECHTE

Dr. Sascha Kneip ist Demokratieforscher am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) – einem außeruniversitären Forschungsinstitut für Sozialwissenschaften. Wir haben mit ihm über die Krise der Demokratie gesprochen. Warum die Deutschen ausgerechnet das Bundesverfassungsgericht zu ihrer beliebtesten politischen Einrichtung wählen. Was Demokratieforscher von der Politik so halten und ob es den klassischen Staatstheoretiker alter Schule überhaupt noch gibt.

TEXT ROMAN OBST
FOTOS ME CHUTHAI

KATER DEMOS *Herr Dr. Kneip, Sie haben kürzlich am WZB unter ihrem Chef, Wolfgang Merkel, ein Buch herausgegeben, mit dem Titel »Demokratie und Krise«. Nun hat der Abgang an unsere politische Ordnung im Buchhandel durchaus Konjunktur. Können wir aber wirklich davon sprechen, dass wir uns mit der Politik in einer einzigen großen Krise befinden?*
SASCHA KNEIP Nein. So allgemein lässt sich das glücklicherweise nicht sagen. Die Demokratie selbst befindet sich in den meisten westlichen Ländern insgesamt in einem recht guten Zustand. Das belegen auch die hohen Zustimmungsraten zur Demokratie als Regierungsform. Die Leute halten sie weiterhin für wünschenswert. Sie ist von dieser Seite also nicht in Gefahr.

KD *Wie kommt es dann zum Titel ihres Buches?*

SK Das ist zum Einen natürlich der Verkaufsförderung geschuldet. Aber eben auch weil wir klarmachen wollten, dass es diese Wahrnehmung einer Krise durchaus gibt. Das muss man ernst nehmen. Unser Anliegen ist es, diesem Empfinden einer möglicherweise bröckelnden Demokratie wissenschaftlich nachzugehen.

KD *An unserer Wahrnehmung ist also etwas dran, nur unsere Schlüsse daraus sind nicht ganz klar?*

SK Was nur vage spürbar bleibt, führt oftmals zu vorschnellen Urteilen. Zwar hält der Vorwurf einer Demokratiekrise einer genaueren empirischen Betrachtung nicht stand. Aber Demokratien können an bestimmten Stellen durchaus krisenhafte Züge annehmen.

KD *Viele denken da sicher sofort an das gegenwärtige Russland unter Präsident Putin.*

SK Russland ist für uns keine vollständige Demokratie. Da es aber auch keine halben Demokratien gibt, sprechen wir hier von einer Autokratie. Die Regierung lässt ja Wahlen zu, da sie aber unter anderem die Opposition unterdrückt, verliert sie einen großen Teil ihrer demokratischen Legitimation. Aber Italien wäre etwa ein Beispiel einer solchen krisenhaften Demokratie.

KD *Was machen sie hier am WZB überhaupt, wie können wir uns ihre Arbeit als Demokratieforscher vorstellen?*

SK Wir vergleichen demokratische Systeme untereinander, um zu sehen wie gut sie funktionieren, wenn es zu wirtschaftlichen und sozialen Problemen kommt. Erst dann kann man etwas über deren Zustand aussagen, was über die rein normativen Ansprüche an Demokratie hinausgeht. Aber das tun wir leider meistens nur von unseren Schreibtischen aus.

KD *Woher nehmen sie die Informationen und Daten, die sie später in ihren Studien publizieren?*

SK Wir nehmen häufig vorhandene Daten aus den jeweiligen Ländern. Aber wir erheben auch selbst Daten vor Ort. Wir sind hier am WZB sehr international aufgestellt. Eine meiner Kolleginnen¹ forscht zu innovativen Demokratiekonzepten in Brasilien. Sie betreibt dort auch Feldforschung, wenn Sie so wollen. ►

¹ DIESE KOLLEGIN IST PROF. DR. THAMY POGREBINSCHI, DIE EINEN GASTBEITRAG FÜR DIE REALE UTOPIE IN DIESER AUSGABE GESCHRIEBEN HAT (SIEHE S. 66).



KD *Sie meinten gerade, Italien sei bisweilen eine krisengeschüttelte Demokratie. Woran machen sie das fest?*

SK Unsere Vorstellung ist, dass Demokratien als Herrschaftssystem aus miteinander verzahnten Teilbereichen bestehen. Dazu gehören beispielsweise das Wahlsystem, politische Teilhaberechte, Grundrechte, Gewaltenteilung und eine effektive Regierungsgewalt. Die wirken alle aufeinander.

KD *Sie nennen das in ihrem Buch »embedded democracy«.*

SK Ja, in der Tat, denn diese Teilbereiche sind nicht nur untereinander eingebettet, sondern auch in eine bestimmte politische Kultur. Wenn ein oder zwei der Teilbereiche beschädigt sind, weil beispielsweise durch korrupte Politiker das Vertrauen in die Institutionen schwindet, heißt das nicht, dass gleich die Demokratie zusammenbricht. Aber man kann von einer defekten Demokratie sprechen.

KD *Was passiert dann mit einer solchen defekten Demokratie und ihrem krisenhaften Teilbereich?*

SK Einige Zeit können die anderen Teilbereiche bestimmte Defizite ausgleichen. Bei einer Regierungskrise funktioniert die Verwaltung ja noch eine ganze Weile weiter. So etwas passiert übrigens häufiger als Sie vermuten und nicht nur in Italien.

**»MANCHMAL WERDEN
DINGE IN DER
POLITIK ENTSCIEDEN,
VON DENEN MAN
SCHON VORHER WEISS,
DASS SIE VERFASSUNGS-
WIDRIG SIND.«**

Sascha Kneip ist Experte für Verfassungspolitik am Arbeitsbereich »Demokratie und Demokratisierung« des WZB. Sein Chef ist der bekannte Politologe und Professor an der Berliner Humboldt Universität Wolfgang Merkel. Hier betreiben insgesamt 140 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verschiedenster Disziplinen »problemorientierte Grundlagenforschung« zu ausgewählten sozialen und politischen Themen aus einem meist globalen Blickwinkel.

Aber erst wenn langfristig kein neuer Haushalt beschlossen wird, und die Gehälter ausbleiben, kommt es zu merklichen Störungen.

KD *Wie bei der Haushaltskrise in den USA vor zwei Jahren, die zum sogenannten »government shut-down« geführt hat.*

SK Ganz genau. Hier kam das demokratische System an einen Punkt, wo es nicht mehr weiterkam, weil es sich selbst blockierte. Aber die Krise wurde ja behoben.

KD *Was passiert, wenn die Krise in dem Teilbereich nicht gelöst wird?*

SK Dann werden die Krisenmomente auch auf andere Bereiche übergehen. Häufig entwickelt sich das System dann zu einer zu einer defekten Demokratie oder gar zu einer Autokratie. Entweder bröckelte im Land schon lange zuvor das Vertrauen in die demokratischen Institutionen. Oder es fehlte von vornherein eine stabile demokratische Kultur, wie es häufig bei noch jungen Demokratien der Fall ist.

KD *Wie erfolgreich sind sie bisher mit dieser Idee?*

SK Nun ja. Das Modell ist mittlerweile recht bekannt. Aber viele stoßen sich am Begriff der defekten Demokratie, weil sie ihn zu abwertend finden. Wenn wir also sagen würden, Italien sei eine defekte

Demokratie, weil die Teilbereiche ABC nicht richtig funktionieren, kriegen wir gleich einen riesigen Gegenwind.

KD Dabei ist es gar nicht ihr Ziel, die EU-Staaten gegeneinander aufzuwiegen.

SK Das Modell ist erst einmal rein analytisch. Wir wollen differenzieren zwischen besser und schlechter funktionierenden Demokratien. Vorher konnte man immer bloß sagen: Das ist eine Demokratie und das ist eine Autokratie. Man konnte aber nicht sagen, wie gut einzelne Demokratien eigentlich funktionieren.

KD Wo liegen ihrer Meinung nach gegenwärtig die größten Krisen-Baustellen?

SK Das enorme Demokratiedefizit der Europäischen Union muss endlich gelöst werden. Aber auch über den schleichenden Abbau der Freiheitsrechte scheinen sich die meisten Menschen gar nicht bewusst zu sein. In Spanien wurde die Demonstrationsfreiheit drastisch eingeschränkt. Frankreich hat seine Anti-Terrorgesetze nun weiter verschärft.

KD Wie stehen wir dagegen in Deutschland da?

SK Deutschland liegt bei den Freiheitsrechten etwa im Mittelfeld nach den skandinavischen Länder. Aber ohne das Bundesverfassungsgericht wäre

**»WIR LASSEN UNS DOCH
VON DEN ACHT
ARSCHLÖCHERN IN
KARLSRUHE NICHT
UNSERE SCHÖNE
OSTPOLITIK
KAPUTTMACHEN.«.**

auch Deutschland bereits eine andere Demokratie. Sehen sie sich nur einmal an, wie viele Gesetze das Bundesverfassungsgericht zur inneren Sicherheit kassiert oder nachgebessert hat. Es schützt unsere Freiheitsrechte im Sinne des Grundgesetzes.

KD Eines ihrer persönlichen Forschungsobjekte ist das Bundesverfassungsgericht. In Umfragen zum Vertrauen in die politischen Institutionen liegt es meistens über 70 Prozent. Stets weit vor dem Parlament und der Bundesregierung. Woher kommt dieser

Vertrauensvorsprung der Deutschen an ihr oberstes Verfassungsgericht?

SK Weil die Leute die Möglichkeit haben, mit einer Verfassungsbeschwerde direkt nach Karlsruhe zu gehen. Das sind immerhin mehr als 6000 im Jahr. Die Bürgerinnen und Bürger haben das Gefühl, dass ihre Fragen dort auch ernst genommen werden. Das Bundesverfassungsgericht hat sich sehr viel mehr noch als der Bundesgerichtshof etabliert als Anwalt der kleinen Leute. Obwohl nur etwa 2,5 Prozent aller Beschwerden überhaupt positiv beschieden werden. Trotzdem werden alle Ablehnungen begründet. Selbst wenn es manchmal absurde Klagen sind. ►

KD *Politiker werfen den Richtern immer wieder vor, sie überschritten zu häufig ihre Kompetenzen. Bisweilen heißt es sogar, die Richter hätten eine eigene politische Agenda, die sie demokratiewidrig durchsetzen wollten.*

SK Es wäre tatsächlich ein Problem, wenn die Politik immer weniger machen könnte, weil das Gericht immer stärker in die Politik eingreift. Aber trotz steigender Fälle, die das Gericht pro Jahr auf den Tisch bekommt, bleibt die Quote der kassierten Gesetze relativ konstant über die Zeit. Also ist dieser Vorwurf schon rein statistisch Quatsch.

KD *Woher kommt dann diese Streitlust?*

SK Manchmal werden Dinge in der Politik entschieden, von denen man schon vorher weiß, dass sie verfassungswidrig sind. Beispielsweise das Betreuungsgeld, das ist ja nun kassiert worden. Häufig beschwerten sich bestimmte Parteien oder Politiker, wenn das Gericht entgegen ihrer Interessen entscheidet. Es passiert aber auch, dass die Politik Entscheidungen einfach nach Karlsruhe verlagert, die sie nicht selbst treffen will.

KD *So wie die Gesetze zur Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften mit der Ehe. Da hat das Gericht im letzten Jahr zweimal für die Große Koalition entscheiden müssen, einmal zum Adoptionsrecht und dann noch einmal zur steuerlichen Gleichstellung.*

SK In der Tat. Das Lebenspartnerschaftsgesetz hatte einst Rot-Grün auf den Weg gebracht. Die Unionsfraktion verschleppte nun vorsätzlich die gebotene

Angleichung der Rechtsbereiche, weil sie Unmut in den eigenen Reihen befürchtete. Bis das Gericht für die Politik entschied. Und anschließend beklagten sich die Unionsabgeordneten, dass Karlsruhe eine unbotmäßige Liberalisierung der Gesellschaft vorantreibe. Dabei schieben sie den Richtern bloß den schwarzen Peter ihrer eigenen Verschleppungspolitik zu.

KD *Wie häufig kommt es zu einer solchen Instrumentalisierung des Bundesverfassungsgerichts durch die Politik?*

SK Dass die Opposition das Gericht zur Blockadepolitik benutzt, das hat in der Tat eine gewisse Tradition bei allen Parteien. Zwar ist diese Strategie selten erfolgreich, aber Regierungen müssen mitunter Klagen in Karlsruhe fürchten. Es gibt ja nicht umsonst diesen berühmten Spruch von den »acht Arschlöchern in Karlsruhe«.

KD *Wer sagt denn sowas?*

SK Das hat angeblich Willy Brandts Kanzleramtsminister Horst Ehmke gesagt, als es in den Siebzigern um die Ostverträge ging. Gegen den Grundlagenvertrag mit der DDR hatte damals die bayerische Staatsregierung geklagt. Aber statt gegen die CSU zu wettern, soll Ehmke gesagt haben: »Wir lassen uns doch von den acht Arschlöchern in Karlsruhe nicht unsere schöne Ostpolitik kaputt machen«. Aber man muss sich natürlich im Klaren sein, dass diese Schiedsrichterfunktion eine zentrale Aufgabe des Gerichts ist. Gewisse Kritik muss es daher auch aushalten können.

KD *Die Richter werden von der Politik nominiert und gewählt. Woher nehmen diese sich dann ihre Unabhängigkeit?*

SK Hauptsächlich weil sich Koalition und Opposition zur notwendigen Zweidrittel-Mehrheit auf die Kandidaten einigen müssen. Deswegen haben wir im Richteramt stets relativ neutrale Kandidaten und selten starke Parteigänger.

KD *Aber Peter Müller war bis 2011 saarländischer Ministerpräsident der CDU und wurde dann recht schnell Verfassungsrichter.*

SK Der ist natürlich sehr parteinah. Er galt aber bei den anderen Parteien nicht als Hardcore-Konservativer und war schon früher Richter, insofern war er tragbar. Dafür hat die Union dann Susanne Baer akzeptiert – offen lesbisch, Grünen-nah und genderorientiert. Dass die Union so jemanden als Verfassungsrichterin akzeptiert, hätte man vorher nicht unbedingt erwartet. Es zeigt aber, dass juristische Qualifikation und die Persönlichkeit den entscheidenden Ausschlag geben.

KD *Die Richter sollen im Laufe ihrer zwölfjährigen Amtszeit ein recht elitäres Berufsverständnis entwickeln.*

SK Sie sind nun einmal die höchsten Richterinnen und Richter der Bundesrepublik. Wichtiger ist aber



die Art und Weise, wie das Gericht funktioniert. Die führt dazu, dass die Richter unabhängiger werden. Es urteilt ja nicht jeder im stillen Kämmerlein. Sie setzen sich an einen Tisch und dann werden die Fälle auf hohem Niveau diskutiert. Zumindest berichten das die ausgeschiedenen Richter, wenn da jemand mit parteipolitischen Argumenten auftritt, wäre der sofort unten durch.

KD *Im April dieses Jahres forderte der Bundestagspräsident Norbert Lammert von der CDU den Einfluss der Richter einzudämmen. Wäre so etwas überhaupt möglich?*

SK Denkbar wäre es. Die Kompetenzen sind nicht nur im Grundgesetz, sondern auch im Verfassungsgerichtsgesetz festgelegt. Letzteres kann mit einfacher Mehrheit im Bundestag geändert werden. Man könnte an der Richterwahl drehen, sodass nur noch genehme Richter ins Amt kämen. Man könnte dem Gericht die Zuständigkeit bestimmter Fälle entziehen. In Ungarn ist genau das passiert. Die Richter selbst beschwerten sich ja auch immer wieder über ihr hohes Arbeitspensum, man könnte also den Zugang der Kläger zum Gericht einschränken. Am französischen Verfassungsgericht dürfen beispielsweise nur Abgeordnete klagen. In der Bundesrepublik wäre das zum Glück nicht möglich. ►

Der öffentliche Aufschrei wäre riesig, und auch die SPD würde das nicht mitmachen.

KD *Wie häufig kommt das Gericht der Politik denn entgegen?*

SK Das Gericht versucht in der Regel, allen beteiligten Streitparteien gerecht zu werden. Bei den Gesetzen zur inneren Sicherheit versucht es einen schonenden Mittelweg, die Freiheitsrechte zu schützen, aber die Befugnisse der Exekutive nicht zu weit einzuschränken, um sie handlungsfähig zu halten. Nehmen wir die verdeckte Ermittlung durch die Polizei, Handyüberwachung, GPS-Daten zur Strafverfolgung, E-Mail-Beschlagnahme. Aber das Luftsicherheitsgesetz hat es kassiert, weil der Abschuss von Passagiermaschinen mit dem Artikel 1 des Grundgesetzes schlicht nicht vereinbar war.

KD *Wie groß ist eigentlich ihr Einfluss als Demokratieforscher auf die Politik? Das WZB wurde 1969 auf Initiative des Bundestages gegründet. Wir befinden uns hier am Reichpietschufer hinter dem Potsdamer Platz und somit in bester Nachbarschaft zum Regierungsviertel. Gibt es denn noch so etwas wie die klassische Staatstheorie?*

SK Das ist schwierig und auch nicht unser erstes Ziel. Uns interessiert als Wissenschaftler erst einmal nur, wie etwas funktioniert. Zweiter Schritt kann in der Tat sein, so etwas wie Handlungsempfehlungen abzugeben. Aber da reagieren die Politiker nicht besonders drauf. Wenn ich dem Bundestagspräsidenten sagen würde, lasst mal eure Diskussion mit dem Bundesverfassungsgericht, das schadet der

Demokratie, würde das vermutlich keinen großen Effekt haben. Die sind halt anderen Zwängen ausgesetzt. Wirklichen Einfluss hat offenbar nur noch die Meinungsforschung.

KD *Aber Journalisten rufen doch hin und wieder an. Ihr Chef Wolfgang Merkel gibt relativ häufig Interviews.*

SK Das schon. Insofern haben wir natürlich einen gewissen indirekten Einfluss. Wir veröffentlichen ja auch unser Demokratiebarometer, wo wir die Qualität von Demokratien vergleichen. Wenn wir dann erzählen, dass die Schweizer mit ihrer direkten Musterdemokratie gar nicht so gut dastehen, gibt es stets ein großes Medienecho. Dann steht immer in den Schweizer Zeitungen, dass diese deutschen Politikwissenschaftler wieder nicht verstanden haben, wie das Schweizer System funktioniert. Solche Art von Resonanz gibt es natürlich schon. •

Die Demokratieforscher vom WZB sind skeptisch gegenüber bundesweiten Volksentscheiden. Deswegen schneidet die Schweiz bei ihrem Demokratiebarometer auch nicht besser ab. Kater Demos schaut trotzdem utopisch und optimistisch auf das Thema direkte Demokratie. Den Text dazu findest du auf Seite 104 in »Mehr Demokratie bitte!«.



LESEEMPFEHLUNG:
WOLFGANG MERKEL (HERAUSGEBER):
DEMOKRATIE UND KRISE – ZUM SCHWIERIGEN
VERHÄLTNISS VON THEORIE UND EMPIRIE (2015)

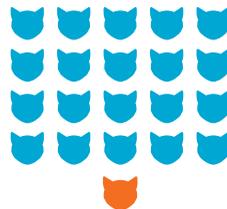
ZAHLEN, BITTE... DEMOKRATIE.

TEXT ELISA BILKO, ROMAN OBST, ALEXANDER SÄNGERLAUB
GRAFIKEN STEFFEN GORSKI

Anzahl der landesweiten Plebiszite in der **Schweiz***: 477
Anzahl der landesweiten Plebiszite in **Liechtenstein***: 77
Anzahl der landesweiten Plebiszite in **Aserbaidschan***: 40
Anzahl der landesweiten Plebiszite in **Deutschland***: 0

*seit 1945

Deutschland ist das einzige Land in Europa,
in dem seit 1945 kein einziger landesweiter
Volksentscheid stattfand.



Anzahl der **Lobbyisten** auf **einen**
Abgeordneten des Europäischen
Parlaments: **20**



Älteste Republik:
San Marino, seit dem **3. September 301 n. Chr.**
(seit diesem Zeitpunkt unabhängig)

Älteste Demokratie:
USA (als erste moderene Demokratie seit 1776)



Jüngste Republik:
Republik Südsudan, seit dem **9. Juli 2011**
(unabhängig vom Sudan)

Jüngste Demokratie:
Bhutan seit **2008**

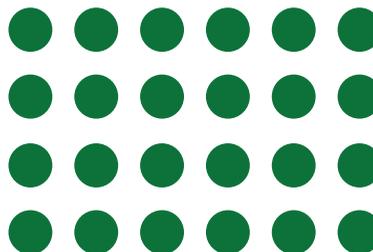
Ältestes bestehendes Parlament:
der **Althing in Island** (seit dem Jahr 930)



Ältestes durchgehend bestehendes Parlament:
der **Tynwald der Isle of Man** (seit dem Jahr 979)

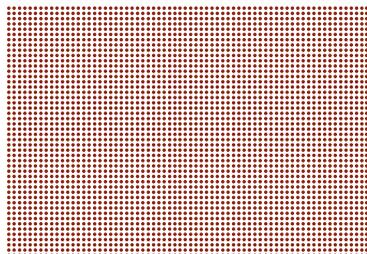


Kleinstes Parlament: **Monaco**



24 Abgeordnete

Größtes Parlament: **China**



2987 Abgeordnete

Höchstes Einkommen eines Regierungschefs:
Lee Hsien Loong, Premier- und Finanzminister
 Singapurs mit umgerechnet etwa **1.400.000 €**

Niedrigstes Einkommen eines Regierungschefs: **0 €**
Papst Franziskus I, Staatsoberhaupt des Vatikan

Jahresgehalt von VW-Chef **Martin Winterkorn** im Jahr 2011 **17.000.000 €**

Jahresgehalt von Bundeskanzlerin **Angela Merkel** im Jahr 2014 **220.000 €**

Anzahl der Bundeskanzler in Deutschland (seit 1945):

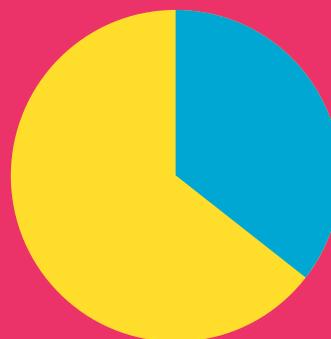


Anzahl der Premierminister in Japan (seit 1945):



Niedrigste Wahlbeteiligung in Deutschland:
24% bei einer Kommunalwahl in Franken-
 heim in der Rhön in Thüringen 2012

Höchste Wahlbeteiligung in Deutschland:
93,4% Volkskammerwahl
 1990 in der DDR



Anteil des **geltenden Rechts** in
 Deutschland, welches auf EU-Ebene
 geprägt wurde: etwa **35%**

1990 Anzahl der Verfassungsbeschwerden (Verfahrenseingänge)
 im Jahr 1990 beim Bundesverfassungsgericht: **3.400**

Anzahl der im Jahr 1990 durch das Bundesverfassungsgericht
 beanstandeten bzw. annullierten Gesetze: **10**

2014 Anzahl der Verfassungsbeschwerden (Verfahrenseingänge)
 im Jahr 2014 beim Bundesverfassungsgericht: **6.811**

Anzahl der im Jahr 2014 durch das Bundesverfassungsgericht
 beanstandeten bzw. annullierten Gesetze: **8**

DIE WEHRHAFTEN DEMOKRATEN: EINE GESCHICHTE DER FDGO

Unsere Verfassung entstand im Geiste der Menschenrechte, aber auch im Wissen, dass zu viel Toleranz gegenüber den Feinden der Freiheit tödliche Konsequenzen haben kann. Das war die Lektion aus dem Scheitern der Weimarer Republik. Der neue Staat der Bundesrepublik sollte sich mit seiner freiheitlichen demokratischen Grundordnung (fdGO) zur Wehr setzen können, wenn Einzelne oder politische Gruppen seine Grundlagen aktiv bekämpfen.

WOHIN MIT DEN GANZEN NAZIS?

Man muss sich zunächst in Erinnerung rufen, dass die Mütter und Väter des Grundgesetzes tatsächlich erlebt hatten, wie ihre politischen Freunde und Gegner in den Konzentrationslagern der Nazis verschwunden waren. Noch lange nach ihrer Gründung im Mai 1949 gestaltete sich die westdeutsche Demokratie als ein politisches Projekt mit ungewissem Ausgang. Durch die eingeschränkte Entnazifizierung kamen unzählige ehemalige NS-DAP-Mitglieder auf Positionen und in Ämter des neuen Staates. Ihre gewissenhafte Rechtspflege und Verwaltungsfähigkeiten waren gefragt. Sie wurden eingegliedert in Justiz und Behörden.

Der Rechtssoziologe Johannes Feest stellte bereits Jahrzehnte vor der amtlichen Aufklärung fest, dass Mitte der Fünfzigerjahre bis zu 80 Prozent der Bundesrichter zuvor in der NS-Justiz tätig waren. Entsprechend häufig kam es zu Freisprüchen ehemaliger Nazi-Kader und nicht jeder geäußerte Beamte war plötzlich Vollzeit-Demokrat. Konrad Adenauer soll dazu einmal zähneknirschend geäußert haben:

**»MAN SCHÜTTET KEIN
DRECKIGES WASSER AUS, WENN
MAN KEIN REINES HAT.«**

DIE DOPPELTE BEDROHUNG

Das war kein ungefährliches Spiel. Die Affäre um den Naumann-Kreis ist ein bemerkenswertes Beispiel. Ein neo-nazistischer »Geheimbund« (um Goebbels letzten Staatssekretär Werner Naumann) versuchte spätestens seit 1952 die wirtschaftsliberale FDP zu unterwandern. Für eine geheime Gesellschaft geschah dies vergleichsweise offen im Blickfeld der deutschen Behörden. Die Alliierten griffen schließlich ein und warfen der Gruppe vor, den Sturz der Bonner Regierung betrieben und damit die alliierten Truppen gefährdet zu haben. Adenauer musste persönlich vor dem britischen Unterhaus sein großes Ehrenwort abgeben, dass die deutsche Regierung ganz bestimmt gegen jeden Nationalsozialismus sei.

Doch auch aus einer anderen Richtung fühlte man sich bedroht. Im Osten war ein zweiter deutscher Staat entstanden – mit realsozialistischer Prägung. Durch ihn rückten die Ausläufer des Sowjetimperiums direkt an die hessische Grenze. Die stand zu der Zeit noch weit offen. Die 85.000 Genossen der westdeutschen kommunistischen Partei (KPD) unterhielten einen regen Kontakt zur ostdeutschen Einheitspartei SED. Schon das galt damals als Hochverrat. Doch die außerparlamentarische Agitation der westdeutschen Kommunisten verschärfte sich zum »revolutionären Sturz des Regimes Adenauer«. Das ging der Regierung zu weit.

JENS KUHLEMANN DIE PIRATEN



**Demokratie-Beauftragter im
Bundest, promovierter
Historiker, engagiert sich für den
bundesweiten Volksentscheid**

DIE »WEHRHAFTE« DEMOKRATIE

Ein Instrument musste her, die unliebsamen politischen Strömungen loszuwerden und gleichzeitig ehemaligen Nazi-Schergen einen einfachen Weg zu bieten, sich auf die neue Ordnung einzuschwören. Damit trat die *freiheitlich demokratische Grundordnung* erstmals auf den Plan¹. Mit ihrer Hilfe wurden die zwei einzigen bisher erfolgreichen Parteienverbote durchgesetzt. Erstmals 1952 gegen die offen neo-nazistische Sozialistische Reichspartei (SRP) und erneut 1956, als das Bundesverfassungsgericht nach fünf-jähriger Auseinandersetzung auch die KPD verbot.

Politiker und Verfassungsrechtler hatten im Entschließen antidemokratischer Bewegungen die Notwendigkeit zur frühzeitigen Sicherung der jungen Bundesrepublik gesehen. Bereits mit dem Grundgesetz war die Idee entstanden, dass Deutschland eine »streitbare« Demokratie sein solle. Damit meinten sie nicht den Schutz gegen äußere Feinde. Sondern die Abwehr politischer Gegner nach innen. Der Staat und seine Bürger sollten sich verteidigen können.

¹ Programmatische Teile davon befinden sich bereits im Grundgesetz im Rahmen der Grundrechtserweiterung. In den fünfzigern kamen erste Ausformulierungen durch das Bundesverfassungsgericht hinzu. Heute ist es vor allem die sogenannte Extremismusforschung, die in Zusammenarbeit mit den Verfassungsschutzämtern den ideologischen Background liefert.

DER ROTE FADEN

- I. Unsere fdGO S. 28
- II. Geschichte der fdGO S. 60
- III. Definition S. 76
- IV. Kampf für die fdGO S. 98
- V. Extremismusforschung S. 110
- VI. Der Verfassungsschutz

FÜR DIE EWIGKEIT

Wer am politischen Geschehen teilhaben möchte, muss die Bestandteile der fdGO anerkennen, und darf sie nicht Grundlage politischer Auseinandersetzungen machen. Die sogenannte Ewigkeitsklausel im Grundgesetz (Art. 79 Abs. 3 GG) nimmt sie sogar von jeglicher Verfassungsänderung aus, sonst entstände *verfassungswidriges Verfassungsrecht*. Dagegen dürften wir laut *Widerstandsrecht* (Art. 20 Abs. 4 GG) ganz wörtlich auf die Barrikaden gehen.

Aber über die Inhalte der fdGO wird auch verfassungsfeindliches Handeln definiert. Wer sich gegen die fdGO ausspricht, wer sie ganz oder in Teilen abzuschaffen versucht, der gilt als Verfassungsfeind. Die Idee der fdGO war also kurioserweise auch die Geburtsstunde des deutschen Inlandsgeheimdienstes – dem Verfassungsschutz. Der bezieht aus ihr die Legitimation seiner Arbeit.

» Der demokratische Geist ist in Deutschland heute viel stärker als zur Nachkriegszeit.

Unsere Verfassungsprinzipien sind Grundlage eines friedlichen Miteinanders und Ausgangspunkt verbreiteten Wohlstands.

Gleichwohl ist es umso wichtiger, dass die Menschen in die politischen Entscheidungen eingebunden werden, um die Identifizierung und Verbundenheit mit den demokratischen Grundwerten dauerhaft zu gewährleisten.

Herausragende Themen sind heute daher eine direktere Demokratie, der Schutz persönlicher Daten, sowie mehr Transparenz von staatlichem und wirtschaftlichem Handeln.«

AUSVERKAUF DER DEMOKRATIE

Wie viel Kapitalismus verträgt unsere Demokratie?

Wo hört legitime Interessensvertretung auf und wo

**fängt Politik an? Wo dient Politik, statt dem Gemeinwohl,
nur noch partikulärem Konzernwohl?**

TEXT RAIMON KLEIN

FOTOS ME CHUTHAI, SIMA EBRAHIMI



»Big Business mit TTIP« (FAZ.net), »5 Gründe, warum TTIP gut für uns ist« (Bild.de), »Freihandel für Wohlstand« (Zeit Online) oder doch eher »Schreckgespenst TTIP?« (NDR), »In der Freihandels-Kampfzone« (Spiegel Online) und »Ein Angebot, das Sie ablehnen können« (SZ.de)?

Wie viel Angst und Schrecken, wie viel Vorfreude und Glorifizierung, wie viel Optimismus und Pessimismus kann ein Wirtschaftsabkommen gleichzeitig hervorrufen? Nun, wir erleben es gerade mit dem Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP), einem Freihandels- und Investitionsschutzabkommen in Form eines völkerrechtlichen Vertrags zwischen der Europäischen Union und den USA. Kaum ein Tag vergeht, ohne dass ein Befürworter aus Politik und Wirtschaft nicht den künftigen Chancen auf mehr Wachstum und Wohlstand huldigt. Genauso häufig sind die Prophezeiungen der TTIP-Gegner zu hören: Von mehr ökonomischen Nach- als Vorteilen bis hin zur Aufweichung bestehender europäischer Regelungen bei Umwelt- und Verbraucherschutz, Gesundheits-, Bildungs- und Lebensmittelstandards reichen die Unkenrufe. Thilo Bode, Geschäftsführer von Foodwatch und einer der größten Kritiker, geht sogar noch weiter: »Es gibt ein ganz großes Risiko: TTIP wird unsere demokratischen Rechte einschränken. Denn in Zukunft werden die Konzerne noch mehr Einfluss darauf haben, wie die Gesetze geschrieben werden«, warnt er.

Damit bezieht sich Bode auf die geplanten Bestimmungen über Investitionsschutz und Investor-Staat-Gerichtbarkeit, die Unternehmen ermöglichen, ausländische Regierungen vor ein Schiedsgericht zu bringen und sie im äußersten Fall auf Schadensersatz zu verklagen. Eigentlich sollen die Schiedsgerichte Investoren davor schützen, von Regierungen enteignet oder Opfer lokaler parteiischer bzw. korrupter Rechtsprechung zu werden. Kritiker fürchten nun, dass multinationale Konzerne ihr Klagerecht beanspruchen, wenn ihnen die Politik des Vertragsstaates nicht mehr passt. Etliche solcher Klagen gab es in der Vergangenheit im Zuge ähnli-

cher Abkommen zum Investitionsschutz. Betroffen waren vor allem süd- und mittelamerikanische Länder wie Guatemala, El Salvador, Ecuador oder Peru.

Exemplarisch dafür lässt sich die peruanische Andenstadt La Oroya betrachten. Die Stadt gilt nicht nur als das Bergbauzentrum des Landes, hier werden seit Jahrzehnten Blei, Kupfer, Zink und Silber abgebaut. La Oroya wurde zudem 2006 und 2007 von der US-Umweltschutzorganisation Blacksmith Institute als einer der zehn am stärksten verschmutzten Orte der Welt ausgewählt. Die seit 1997 dort tätige Tochterfirma des US-Bergbaukonzerns Doe Run hatte es über Jahre hinweg versäumt, die vertraglich vereinbarten Umweltschutzmaßnahmen vorzunehmen. Bei Blutuntersuchungen wiesen die Anwohner deutlich zu hohe Blei-, Kadmium- und Arsenwerte auf und klagten zunehmend über Bronchialerkrankungen sowie Nieren- und Nervenleiden. Der Staat Peru entzog Doe Run schließlich die Betriebserlaubnis. Als Reaktion darauf baute der Konzern nicht etwa dringend benötigte Entschwefelungsanlagen, um die beim Metallabbau freigesetzten giftigen Schwefeldämpfe aus der Luft zu filtern. Stattdessen strengte er eine Schadensersatzklage in Höhe von 800 Millionen US-Dollar wegen getrübler Gewinnaussichten an – und konnte sich dabei auf ein wenige Jahre zuvor beschlossenes Freihandelsabkommen zwischen Peru und den USA berufen.

Aber auch europäische Länder werden immer häufiger von Unternehmen verklagt, die sich um ihre Investitionen geprellt fühlen. Im Jahr 2013 wurden laut der Handelsbehörde der Vereinten Nationen (UNCTAD) 57 neue Klagen zum Investitionsschutz initiiert, 24 davon gegen EU-Staaten und damit doppelt so viele wie im Jahr davor. In Deutschland dreht sich der prominenteste Fall um den 2011 beschlossenen Atomausstieg und die politische Entscheidung für ein Atom-Moratorium. Danach sollten alle 17 deutschen Atomkraftwerke einer Sicherheitsprüfung unterzogen und die sieben ältesten Kraftwerke sowie das AKW Krümmel drei Monate lang stillgelegt werden. Als Betreiber bzw. Mitbetreiber dreier AKWs verklagte der schwedische Energiekonzern Vattenfall im Jahr darauf Deutschland auf Schadensersatz in ►



**TTIP – Für die Wirtschaft ein
Segen, für viele Bürgerrechtler
eine Riesenschweineerei**

Höhe von 4,7 Milliarden Euro. Vattenfall beruft sich auf seine Rechte aus dem Energiecharta-Vertrag, einem internationalen Handels- und Investitionsabkommen im Energiebereich. Zwei weitere vom Atomausstieg betroffene Energiekonzerne haben ebenfalls auf Schadensersatz geklagt, jedoch auf etwas »bescheidenere« Summen: E.ON fordert vom Bund 380 Millionen Euro, RWE will 235 Millionen Euro für entgangene Gewinne haben. Bei Vattenfall rechnet die Bundesregierung mit einer mündlichen Verhandlung im Sommer 2016, in den anderen Fällen gibt es dafür noch kein Datum.

Die TTIP-Gegner sehen dies als Beleg für die Gefahr von Investoren-Schutzklauseln. Obwohl der Atomausstieg sicher nicht mehr rückgängig gemacht wird, können die Schadensersatzforderungen doch als eine Warnung an die Bundesregierung verstanden werden, bei weitreichenden Entscheidungen in Zukunft auch an die Interessen von Investoren zu denken. Dies gilt erst recht, wenn TTIP dann einmal in Kraft getreten ist. Der Einsatz von Schiedsgerichten ist insofern

problematisch, da diese Form der Rechtsfindung an die Stelle von regulären nationalen Gerichten tritt. Im Gegensatz dazu ist sie jedoch weder demokratisch legitimiert, noch kann sie von höheren Instanzen kontrolliert werden. Kritiker sprechen daher von einer Art neuer »Schattenjustiz«. Sind solche Klagen nun berechtigt, weil den Energiekonzernen ja Geld durch die Lappen gegangen ist ohne ihre gewinnbringenden AKWs? Oder haben Vattenfall und Co. schlicht die Entwicklung verschlafen, rechtzeitig auf erneuerbare Energien zu setzen? Oder sind die Klagen ein Versuch, auf die demokratische Gesetzgebung Einfluss zu nehmen bzw. daraus Kapital zu schlagen?

DIE MACHT DER LOBBYISTEN

Einfluss auf die Gesetzgebung zu nehmen, etwa in Form von Lobbyarbeit, ist völlig legitim und in Deutschland, der EU und den USA fester Bestandteil des politischen Systems. Da Politiker und Abgeordnete viele komplexe Themen in kurzer Zeit bearbeiten müssen, sind sie dafür empfänglich und oft auch angewiesen auf das Fachwissen und die Argumente der Lobbyisten. Es besteht jedoch ein Unterschied zwischen einem offenen und transparenten Informationsgespräch, das Politiker mit Verbänden, Interessens- und Wirtschaftsvertretern über die verschiedenen Aspekte eines Sachverhalts führen und intransparenter Einflussnahme, die sich nach den finanziellen Mitteln der Auftraggeber richtet. Der gemeinnützige Verein Lobbycontrol kritisiert etwa, dass Lobbyismus in Deutschland in seiner gegenwärtigen Form diejenigen benachteiligt, die über weniger Ressourcen oder Zugänge wie etwa finanzielle Mittel, Lobbyagenturen, Anwaltskanzleien, Beratungsunternehmen oder Denkfabriken verfügen. Wegen dieser ungleichen Ausgangsbedingungen würden große und einflussreiche Akteure begünstigt und damit einen demokratischen, am Gemeinwohl orientierten Interessenausgleich gefährden.

Untergräbt der Kapitalismus in Form von Unternehmen und ihren Lobbyisten nun das demokratische Gesetzgebungsverfahren? Eine Antwort darauf liefert die Automobilindustrie, die recht fleißig mithalf, das europaweit einzigartige Modell der Energieeffizienzklasse für deutsche Autos zu erfinden. Der stern-Reporter Hans-Martin Tillack schildert in seinem Buch *Die Lobby Republik*, wie der Verband der Automobilindustrie (VDA) auf Bitte von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) an der Novellierung des Gesetzes zur »PKW-Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung« (ja, das Gesetz heißt wirklich so, Anm. d. Red.) mitschreiben sollte. Nun, der VDA ließ es sich nicht nehmen, einen so aberwitzig industriefreundlichen Vorschlag zur »relativen« Energieeffizienz zu machen, dass man an seinen Bestand bis zum heutigen Tag kaum glauben mag. Relativ bedeutet nämlich, dass bei der Berechnungsformel zur Effizienzklasse nicht nur der reine CO₂-Ausstoß eines Wagens ausschlaggebend für die Umweltfreundlichkeit ist, sondern die Relation zum Fahrzeuggewicht. Die Wirtschaftswoche titelte dann auch recht treffend »So umweltfreundlich wie ein kleiner Panzer« und gab ein paar anschauliche Beispiele für die ganze Absurdität der Einstufung: Ein 2,5 Tonnen schwerer Porsche Cayenne S Hybrid wird in die zweitniedrigste Klasse B eingestuft, ein Kleinwagen wie der Toyota Aygo bekommt trotz wesentlich geringeren CO₂-Ausstoßes nur die Klasse D. Selbst ein Panzer Marke Leopard 2 kommt so vergleichsweise gut weg: Obwohl er pro gefahrenem Kilometer 1.500 Gramm CO₂ ausstößt, würde er dank seines Gewichts von 62 Tonnen in der Logik der Effizienzklassen direkt neben einem VW Golf 1.4 landen.

Verbrauchern dient die Kennzeichnung des Energieverbrauchs etwa bei Haushaltsgeräten wie Kühlschrank oder Waschmaschine als Orientierung bei der Kaufentscheidung. Die PKW-Energieeffizienzklassen erscheinen jedoch wie eine Werbemaßnahme für Geländewagen, die durch ihren hohen Spritverbrauch zwar klimaschädlich, jedoch für die Autohersteller gewinnträchtiger als vergleichbare klassische Personenwagen oder gar Kleinwagen sind. »Das hohe Gewicht dieser Autos wirkt wie eine Art Bonus«, sagte der Greenpeace-Autoexperte Wolfgang Lohbeck nach dem Inkrafttreten des Gesetzes im Dezember 2011. »Der eigentliche Sinn des Labels, über die Energieeffizienz eines Fahrzeuges zu informieren, wird damit ausgehebelt«, sagte Technikexperte Christian Buric vom ADAC. Michael Müller-Görnert vom umweltorientierten Verkehrsclub Deutschland VCD vermutete, »dass die deutsche Politik immer wieder auch ihrer heimischen Autoindustrie den Rücken stärkt und letztendlich Verkaufsförderung betreibt«.

Solche Stärkungen sind jedoch keine Einbahnstraße. Vielmehr prägen gegenseitige Abhängigkeiten die Beziehung von Politik und Wirtschaft. So gehören die Automobilhersteller zu den großzügigsten Unternehmen, wenn es um Parteispenden und Wahlkampffinanzierung geht. Nach Angaben des deutschen Bundestags rangierten die BMW-Eigentümerfamilie Quandt/Klatten und die ►



Nicht nur wir haben Angst vor Produkten made in America, die Amerikaner haben eine starke Phobie vor Milch. Diese muss abgekocht werden, bis keine Kultur mehr darin lebt. Rohmilchkäse, ein absoluter Albtraum.



Verschiedene Verbände fürchten durch TTIP Wettbewerbsnachteile. So wünscht sich der deutsche Bauernverband Zollkontingente, um weniger strenge Tierschutz- und Umweltauflagen in den USA abzufedern.

Daimler AG an zweiter bzw. vierter Stelle unter den Top-10-Spendern des Jahres 2013. Interessant ist auch, wie viel Spenden die einzelnen Parteien in diesem Jahr bekommen haben: Während die CDU 10,74 Millionen Euro einnahm, waren es bei der SPD lediglich 2,91 Millionen Euro, Grüne und Linke lagen bei unter einer Million Euro.

LESEZIMMER ALS LEGISLATIVE

Dieser im Berliner Politikbetrieb alltäglichen Intransparenz beim Zustandekommen von Gesetzen wird von der Geheimniskrämerei der TTIP-Verhandlungen jedoch noch übertroffen. Neben den anfangs beschriebenen möglichen Folgen steht die Art und Weise der Erarbeitung des Freihandelsabkommens bereits für eine sehr spezielle Art von Demokratieauffassung. Weder gibt es eine parlamentarische Diskussion über die Inhalte, noch

haben Abgeordnete freien Zugang zu den Verhandlungstexten. Bereits Ende 2013 kritisierte der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) »eine mit demokratischen Prinzipien nicht zu vereinbarende Begünstigung von Wirtschaftsinteressen«. Während einiges dafür spreche, dass Unternehmen ihre Wünsche, bis hin zu konkreten Textvorschlägen in den Prozess einbringen würden, hätten Vertreter der Zivilgesellschaft nicht einmal Zugang zu den Verhandlungstexten. »Die werden derzeit noch geheim gehalten – übrigens auch vor den Parlamenten der Länder«, sagte Marianne Henkel, Sprecherin des Arbeitskreises Internationale Umweltpolitik beim BUND.

Als Pseudo-Zugeständnis an eine funktionierende Legislative wurde lediglich ein »Lesezimmer« im EU-Parlament eingerichtet, in dem jedoch nur bestimmte Parlamentarier Zugang zu einer sehr rudimentären Version der Verhandlungsinhalte haben. Dort werden maximal zwei EU-Regierungsbeamten gleichzeitig an maximal zwei Tagen der Woche Einsicht in TTIP-Dokumente gewährt – jedoch nach vorheriger Anmeldung und Zulassung. »Es war eine sehr negative Erfahrung. Sie haben mir den Kugelschreiber abgenommen, das Papier, um mir Notizen zu machen, und das Mobiltelefon«, berichtet der spanische Europarlamentarier Ernest Urtasun über seinen Besuch im sechs Quadratmeter großen Leseraum. Andere Abgeordnete wie der Österreicher Michel Reimon erzählen von ähnlich schaurigen Restriktionen: Die Lesezeit sei auf zwei Stunden beschränkt, man werde die ganze Zeit überwacht und müsse eine Sicherheits- und Vertraulichkeitserklärung unterzeichnen. Wer die Vertraulichkeit breche, müsse mit einer Haftstrafe rechnen, wurde etwa die Finnin Heidi Hautala gewarnt. Ernest Urtasun spart dann auch nicht mit Kritik am Verfahren: »Wir sind Parmentar-

rier und gewählt, um die Bürger zu vertreten und zu informieren. Und im Fall eines so grundsätzlichen internationalen Vertrags werden wir wie Kriminelle oder Spione behandelt.«

Solche Äußerungen reihen sich ein in das beinahe täglich geäußerte Lamento von Opposition, NGOs, Wissenschaftlern oder Journalisten über die fehlende Transparenz. Auch die europäische Bevölkerung drückt ihre ablehnende Haltung in zahlreichen Demonstrationen gegen TTIP aus. Die handelnden Akteure aus der Bundesregierung fabulieren jedoch weiter von »mehr Arbeitsplätzen« (Angela Merkel) und über ein Abkommen, das »für unsere Wirtschaft und für das Wachstum unschätzbar wertvoll« ist (SPD-Fraktionsvorsitzende Thomas Oppermann). Auf den zunehmenden öffentlichen Druck wird sich jedoch nur minimal bewegt: Es sollen in europäischen US-Botschaften weitere Lesezimmer eingerichtet werden, zudem werden ausgewählte Verhandlungsdokumente veröffentlicht. Mittlerweile wurden jedoch zahlreiche Dokumente auf diversen Online-Kanälen geleakt, so dass ohnehin jeder Interessierte sich ein Bild davon machen kann.

Ungeachtet dessen stehen die nächsten Verhandlungsrunden in Brüssel, Washington und New York an. Auch die Proteste gegen TTIP werden weiter gehen, ebenso die öffentliche Debatte. Dabei sollte sich jeder Europäer fragen: In was für einer Demokratie möchten wir zukünftig leben? Wollen wir uns nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch den Vereinigten Staaten von Amerika annähern? Wo anonyme Großspender mit Milliarden von Dollar Wahlkämpfe finanzieren, um sich Einfluss auf Politiker zu sichern, die dann in Naturschutzgebieten Ölbohrungen und Fracking genehmigen? Wollen wir eine Regierung, die sich sehenden Auges multinationalen Mega-Konzernen ausliefert, die mit undemokratischen Schiedsgerichten im Rücken jederzeit klagen können, wenn sie um ihre Gewinne fürchten? Dieser drohenden Herrschaft der Konzerne können und müssen wir Bürger der europäischen Demokratien entgegentreten, indem wir uns mit unserer Wählerstimme und allen anderen Mitteln der Zivilgesellschaft wie Demonstrationen, Petitionen oder Protest-Aktionen zur Wehr setzen, um damit einen Ausverkauf der Demokratie zu verhindern. •

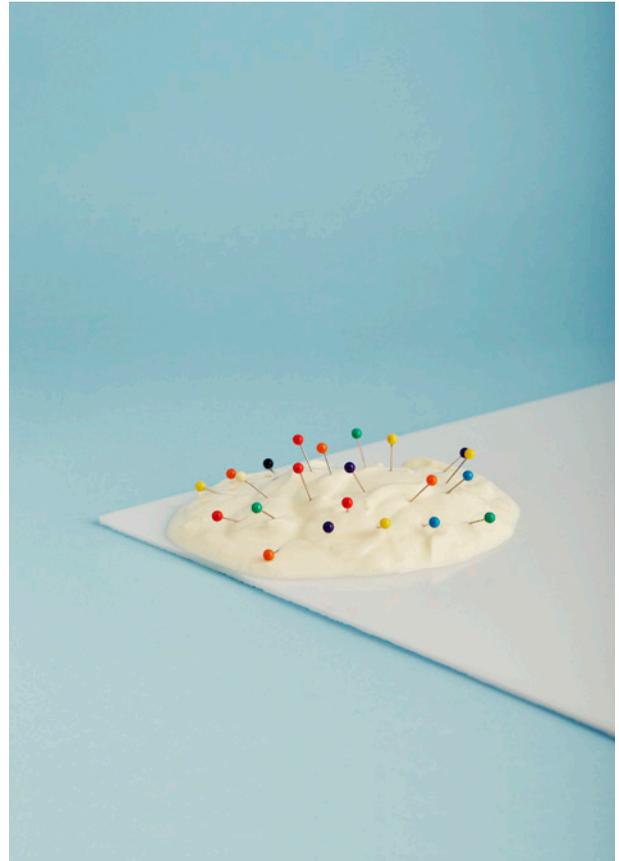
LESEMPFEHLUNGEN:

*THILO BODE:

DIE FREIHANDELSLÜGE: WARUM TTIP NUR DEN KONZERNEN NÜTZT - UND UNS ALLEN SCHADET (2015)

*HANS-MARTIN TILLACK:

DIE LOBBY-REPUBLIK: WER IN DEUTSCHLAND DIE STRIPPEN ZIEHT (2015)



In Amerika beliebt, in Europa verboten: Wachstumshormone.



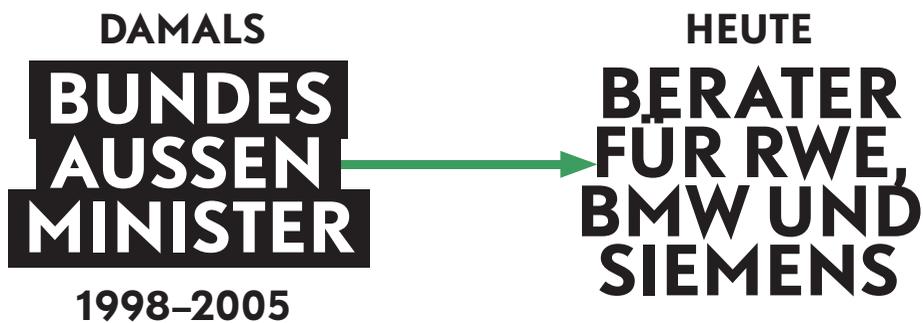
RAIMON KLEIN ARBEITET ALS JOURNALIST UND REDAKTEUR IN BERLIN. SEIN SCHAFFENSSPEKTRUM REICHT VON POLITISCHER KOMMUNIKATION FÜR DIE GROSSKOPFERTEN DER WIRTSCHAFT ÜBER REPORTAGEN ZU NEONAZIS, DIE SICH ALS BIOBAUERN AUSGEBEN, BIS HIN ZU JOURNALISTISCHEN RETTUNGSMASSNAHMEN FÜR KLEINE KIEZLÄDEN VOR DER GENTRIFIZIERUNG. SEINE FEDER IST SEHR MÄCHTIG, AUCH WENN ER GERNE MAL EIN ZAUBERSCHWERT ZUR HAND HÄTTE.

TEXT CHRISTOPH ZEIHNER



»Das ist mehr oder weniger das Gleiche, was ich vorher gemacht habe. Nur arbeite ich jetzt für ein Unternehmen.«

Joschka Fischer, Bündnis 90/Die Grünen



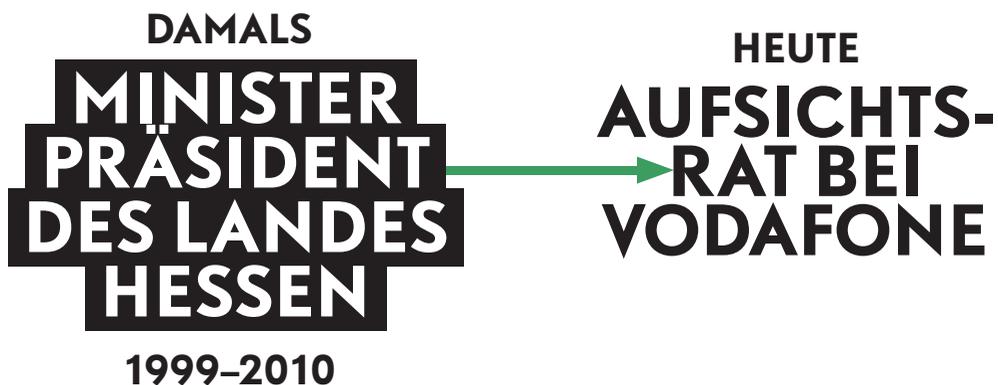
Im Wahlkampf 2002 war Joschka Fischer Spitzenkandidat der Grünen. Damaliger Slogan: »Außen Minister, innen grün.«

WAS WURDE



»Ich habe den Hessen nie angedroht, mein Leben lang Ministerpräsident sein zu wollen.«

Roland Koch, CDU



Im Jahr 2009 sorgte Roland Koch im ZDF-Verwaltungsrat für die Absetzung des unliebsamen Intendanten Nikolaus Breder. Das Vorgehen wurde von führenden Verfassungsrechtlern kritisiert.



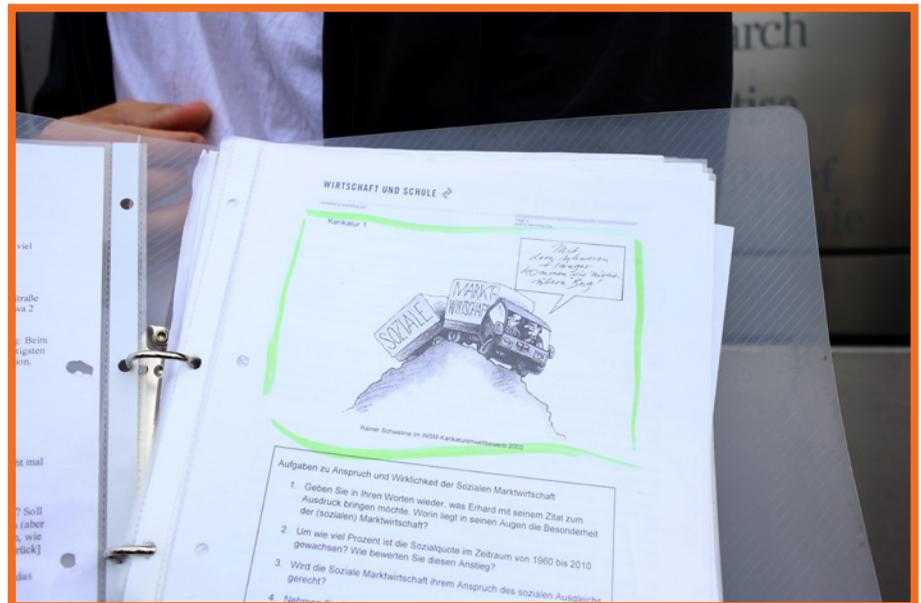
BITTE NICHT FÜTTERN!

Lobbyisten sind recht kamerascheu. Wir haben uns auf die Suche gemacht und waren auf Safari im Berliner Polit-Dschungel – natürlich mit passendem Outfit.





UNSER TOUR-GUIDE ARNE WEISS GENAU, WO DIE DICKEN FISCHE SITZEN: ZUM BEISPIEL DER WAFFENHERSTELLER KRAUSS-MAFFEI WEGMANN DIREKT AM BRANDENBURGER TOR. ARNE ARBEITET FÜR LOBBY CONTROL, EINEN GEMEINNÜTZIGEN VEREIN, DER DEN LOBBYISTEN AUF DIE FINGER SCHAUT – FÜR MEHR TRANSPARENZ UND DEMOKRATIE.



NICHT NUR POLITIKER, AUCH KINDER SIND HEUTE INS VISIER DER LOBBYISTEN GERATEN. DIE »INITIATIVE NEUE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT«, EIN LOBBY-VERBAND DER METALL-INDUSTRIE, PRODUZIERT UNTER DEM DECKMANTEL DER INITIATIVE »WIRTSCHAFT UND SCHULE« KOSTENLOSE UNTERRICHTSMATERIALIEN. DAS SOZIALE BLEIBT DABEI LEIDER AUF DER STRECKE.



MERCEDES, BMW UND CO.: AUF DEM PRACHT-BOULEVARD »UNTER DEN LINDEN« SIND SIE ALLE VERSAMMELT. KEIN WUNDER, DASS »UDL.« EIGENTLICH ALS ABKÜRZUNG FÜR »UNTER DEN LOBBYISTEN« GILT. DAS VIELE GOLD UND DER MARMOR SCHLÄGT UNS DANN DOCH ETWAS AUF DEN MAGEN.



»WISST IHR EIGENTLICH, WELCHE ENERGIEKLASSE EIN LEOPARD-PANZER THEORETISCH HÄTTE? EINE BESSERE ALS EIN FIAT 500!« ZUMINDEST WENN ES NACH DER AUTO-LOBBY GEHT, DIE FLEISSIG AN DEN GESETZEN MITSCHREIBT.



PHARMAKONZERNE, BIERBRAUER UND BÄCKER: SO GUT WIE JEDER, DER IN DIESEM LAND ETWAS GELD VERDIENT UND WEITER VERDIENEN WILL, HAT SICH RUND UM DEN BUNDESTAG EINGENISTET. AUF 631 ABGEORDNETE KOMMEN MEHR ALS 5.000 LOBBYISTEN.



NACH ZWEI STUNDEN HEISST ES ENDLICH:
RAUS AUS DEM LOBBY-DSCHUNDEL UND
VOR ALLEM RAUS AUS DEN ALBERNEN
KLAMOTTEN. WER AUCH MAL SELBST AUF
SAFARI GEHEN WILL: JEDEN SAMSTAG UM
14:00 UHR STARTET DIE TOUR. UND KEINE
ANGST: IHR DÜRFT AUCH OHNE
VERKLEIDUNG MITMACHEN.



WAS IST DIE FDGO – EINE DEFINITION

DER ROTE FADEN

- I. Unsere fdGO S. 28
- II. Geschichte der fdGO S. 46
- III. Definition
- IV. Kampf für die fdGO S. 76
- V. Extremismusforschung S. 98
- VI. Der Verfassungsschutz S. 110

Für unsere obersten Grundwerte gibt es keine knappe Definition. Erklärungen zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung (fdGO) finden sich in verschiedenen Quellen. Die sind immer normativ. Also nicht jeder ist mit ihnen gleich zufrieden. Hier folgt eine Annäherung.

ZUR QUELLENLAGE

Das Grundgesetz bleibt ausgerechnet bei der fdGO überraschend undeutlich. An insgesamt sieben Stellen wird sie weder definiert, noch inhaltlich geklärt. Stattdessen zieht man sie heran zur sogenannten Grundrechteverwirkung.

Wer die Grundrechte zum Kampf gegen die fdGO missbraucht, der kann sie verlieren. Das klingt fair. Ist aber in dieser negativen Definition problematisch, weil nicht deutlich wird, gegen was du nicht kämpfen darfst. Weiterhin hält sie den Einsatz der Bundeswehr offen, falls die Polizei beim »inneren Notstand« überfordert sein sollte. Und sie ermöglicht das Verbot verfassungswidriger Parteien.

Die erste ordentliche Definition liefert das Bundesverfassungsgericht 1952 in seinem Urteil zum Verbot der Neo-Nazi-Partei SRP¹. Dort stehen bereits alle unveränderlichen Prinzipien der fdGO:

Menschenrechte, Volkssouveränität, Gewaltenteilung, Verantwortlichkeit der Regierung, Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, Unabhängigkeit der Gerichte, Mehrparteienprinzip, Chancengleichheit der Parteien und Oppositionsfreiheit.

Unsere Grundlagen von Freiheit und Demokratie gesetzlich zu verankern, überlassen wir trotzdem

ausgerechnet dem »politischen Strafrecht« (ja, so etwas gibt es auch in Deutschland; siehe § 92 StGB) und dem Gesetz zum Verfassungsschutz.

MENSCHENRECHTE

Zur fdGO gehören selbstverständlich die Menschenrechte nach den ersten 19 Artikeln des Grundgesetzes. Insbesondere das individuelle Recht auf Leben und Entfaltung der Persönlichkeit. Die Freiheit der Meinungen und Informationen, jeglicher Bekenntnisse und der Berufe. Immer mehr in den Vordergrund rückt für uns die Gleichberechtigung.

VOLKSSOUVERÄNITÄT UND WAHLPRINZIPIEN

Die *Volkssouveränität* drückt sich am ehesten in der Lincoln-Formel aus, die der US-Präsident in einer seiner legendären Ansprachen prägte. Aus einer reinen *Volksherrschaft* wird hier die Regierung des Volkes, *durch* das Volk und *für* das Volk. Sie ist unser Recht, die Staatsgewalt soweit auszuüben, dass wir uns durch gleiche, freie und geheime Wahlen vertreten lassen. Sie beinhaltet aber auch selbst an dieser Vertretung teilzunehmen!

DR. DIETMAR KÖSTE SPD



Mitglied des Europäischen

Parlaments seit 2014

Professor für Soziologie an der
FH Dortmund

RECHTSSTAATLICHKEIT: GESETZMÄSSIGKEIT DER VERWALTUNG UND UNABHÄNGIGKEIT DER GERICHTE

Die *Rechtsstaatlichkeit* versichert uns gegen Gewalt- und Willkürherrschaft. Nicht nur die Leute auf den Straßen sollen sich an Recht und Gesetz halten, sondern auch jene in der Regierung, den Behörden und der Justiz. Hierunter fallen also auch Begriffe wie *Gesetzmäßigkeit* der Verwaltung und die *Unabhängigkeit* der Gerichte von der Politik. Über allem steht die Verfassung, gegen das auch kein Parlament einfach ein Gesetz erlassen darf.

PLURALISMUS GEWALTENTEILUNG, MEHRPARTEIENPRINZIP UND OPPOSITIONSFREIHEIT

Zur *Gewaltenteilung* gehört heute viel mehr als nur die klassische Trennung von Exekutive, Judikative und Legislative, wie sie der Staatstheoretiker Montesquieu 1748 prägte. In der pluralistischen Demokratie ist die Macht verteilt auf zahlreiche Instanzen. Verschiedene Einflussgruppen verhandeln gesellschaftliche Entscheidungen zu gemeinsamen Kompromissen.

In der Regierung gibt die Kanzlerin zwar die Richtung vor, aber sie muss dabei sehr genau auf ihre Minister achten, genauso auf ihre Fraktion und auf die Stimmung in der Partei und in der Bevölkerung. Kompetenzen gliedern sich auf Bund, Länder und Kommunen. Als vierte und fünfte Mächte

haben sich längst die Medien und Interessengruppen etabliert. Sie helfen unsere komplexe Welt zu organisieren und zu verstehen.

Das *Mehrparteiprinzip* steht im Gegensatz zum Einparteienstaat, welcher heute bspw. noch unter der Kommunistischen Partei in China existiert. Bei uns ist die Chancengleichheit für alle politischen Parteien verfassungsrechtlich garantiert. Im Parlament gibt es ein Wechselspiel von Koalition und Opposition. An der Regierungspolitik können sich mehrere Parteien beteiligen. Eine politische Opposition darf nicht unterdrückt werden.

VERANTWORTLICHKEIT DER REGIERUNG

Mit der *Verantwortlichkeit* der Regierung ist deren mögliche Entlassung gemeint. Damit stellt sich für uns aber die Frage, vor wem sie verantwortlich ist. Erst einmal ist da das Volk zu nennen, dessen Willen in unserer repräsentativen Demokratie das Parlament vertritt. Wenn eine Politik der Bundesregierung nicht zu den versprochenen Ergebnissen führt, muss sie dafür vor den Abgeordneten des Bundstags einstehen. Bekannte Instrumente sind parlamentarische Untersuchungsausschüsse und das Misstrauensvotum. Aber auch unabhängige Kontrollen wie der Bundesrechnungshof.

» Für mich ist von zentraler Bedeutung der Artikel 1 im Grundgesetz: ‚Die Würde des Menschen ist unantastbar‘. Nach Kant besteht die Würde in der Fähigkeit des Menschen, die Menschheit in seiner eigenen Person zu achten.

Nur im Einklang mit sozialer Gerechtigkeit können Demokratie und Rechtsstaatlichkeit das politische Gemeinwesen festigen.

Viele Europäer, die sich von der wachsenden sozialen Ungleichheit bedroht fühlen, wenden sich nationalkonservativen Gruppen zu.

Da immer mehr Bereiche des gesellschaftlichen Lebens dem Markt unterworfen werden, ist es heute umso wichtiger, auch die grundlegende ‚Sozialpflichtigkeit des Eigentums‘ zu betonen«

1 Darn orientierten sich alle weiteren Formulierungen. Die fdG »im Sinne der Freiheit und Gleichheit darstellt.« (BVerfGE 2, 1, 12)
der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage des Art. 21 III GG ist eine Ordnung, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt und

IN EINEM LAND VOR UNSERER ZEIT

Ein utopisches Magazin wollen wir sein. Und ihr fragt euch zu Recht:

Was zur Hölle ist das? Wir wollten Guido Knopp fragen, haben uns
aber nicht in seinen Atom-Bunker getraut.

Deshalb hier nun unsere Antwort (fast genauso gut).

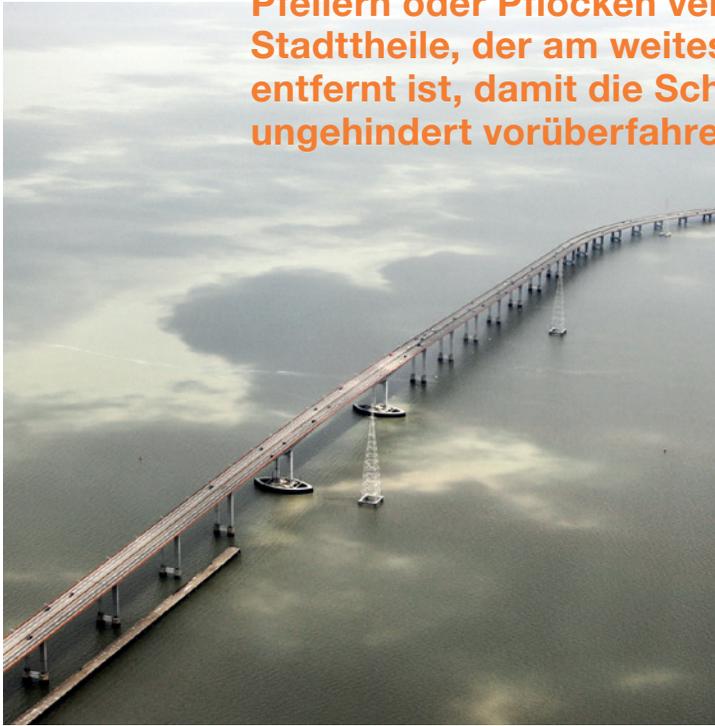
TEXT CHRISTOPH ZEIHNER

BILDER SUPERFAMOUS

»Auf der andern Seite (der Insel) sind lebhaft besuchte Häfen. Aber die Landungsplätze sind überall durch Natur oder Kunst so geschützt, daß riesige Truppenmassen von einer geringen Anzahl Vertheidiger abgewehrt werden können.«



»Die Stadt ist mit dem gegenüberliegenden Ufer durch eine herrlich gewölbte Brücke von Steinwerk, nicht etwa bloß von hölzernen Pfeilern oder Pflöcken verbunden in jenem Stadttheile, der am weitesten vom Meere entfernt ist, damit die Schiffe dort ganz ungehindert vorüberfahren können.«



Auf der Insel Utopia geht es zu, als hätten sich CSU und LINKE endlich mal auf etwas geeinigt: monogame Ehe, patriarchalische Gesellschaft und die Alten haben das Sagen. Dafür aber auch: Abschaffung des Privateigentums, Planwirtschaft und gemeinsame Speisungen in der Volkküche. Außerdem: Bildung und Krankenversorgung für alle.

Die Geschichte des Romans *Utopia* von Thomas Morus gestaltet sich im Grunde ein wenig wie die Erzählungen des Käpt'n Blaubär: ein alter Seemann, der ordentlich Garn spinnet und uns vom Leben des Inselvolks der Utopier berichtet.

Utopia ist eine Insel und zugleich eine demokratische Republik. Das heißt aber nicht, dass für die Utopier alle Menschen gleich sind. »Diese Art von Sklaven halten sie nicht nur beständig in Arbeit, sondern auch in Fesseln [...]«, so Morus. Meistens sind das (oft zum Tode verurteilte) Straftäter aus dem Ausland, die sich die Utopier einkaufen.

Natürlich entspricht das nicht unserer Vorstellung einer perfekten Gesellschaft. Für damalige Verhältnisse aber ist das Buch durchaus beachtlich. Weil es eben nicht nur das Phantasiebild eines weit entfernten Landes zeichnet, sondern gleichzeitig Missstände der damaligen Gesellschaft wie die soziale Ungerechtigkeit anprangert.

»Wie groß ist doch die Zahl der Edelleute, die selber müßig wie die Drohnen von anderer Leute Arbeit leben, nämlich von den Pächtern auf ihren Gütern, die sie bis aufs Blut schinden,« so Morus im ersten Buch der Utopia. »Setzt Schranken gegen die Aufkäufe der reichen Besitzer und gegen die Freiheit gleichsam ihres Monopols.«

Auch zur Todesstrafe finden sich in der Utopia erstaunlich moderne Gedanken: »Gottes Gebot ist, niemanden zu töten, und wir töten so mir nichts dir nichts um eines gestohlenen Sümmchens willen? [...] Wenn ihr die Menschen in jämmerlicher Erziehung aufwachsen, ihren Charakter von zarter ▶



»... nichts destoweniger jedoch üben sie sich sehr eifrig in soldatischer Zucht, und zwar nicht nur die Männer, sondern an bestimmten Tagen auch die Frauen, damit im Falle der Noth auch sie zum Kriege nicht untüchtig sind.«

Jugend an verderben lasst, um sie dann hinterher zu bestrafen – wenn sie nämlich als Erwachsene eben die Laster an den Tag legen, für die sie von Kindheit an die besten Anlagen zeigten: ich bitte euch, was tut ihr anderes, als dass ihr selber sie erst zu Dieben macht und dann den Richter spielt?« Noch mal zur Erinnerung: Das Buch ist aus dem Jahr 1516!

Utopien waren nie nur bloße Wunschvorstellungen, sondern immer auch ein Mittel, um Missstände offen zu legen. Nehmen wir doch nur einmal die Zeit, in der Thomas Morus seinen Roman geschrieben hat, etwas genauer unter die Lupe.

Die Renaissance steht in voller Blüte. Es ist der Beginn einer neuen Epoche.

Der Mensch wird autonom und beginnt sich selbst »als geschichtsbildendes Subjekt« zu begreifen. Heißt: Das Denken verabschiedet sich von der christlich-jüdischen Tradition des statischen Menschenbildes. Mensch-Sein, das bedeutet nun vernunftbegabt sein. Und das wiederum bedeutet Handlungsspielraum.

Der Renaissancehumanismus gibt dem Menschen Freiheit und verlangt von ihm gleichzeitig Verantwortung. Genau das findet sich auch bei Thomas Morus wieder. Seine utopische Staatstheorie begreift die Bürger als vernunftbegabte Menschen. Der Staat der Utopier wird von ihnen selbst konzipiert und nach Vernunftprinzipien organisiert.

Wo wir grade dabei sind, machen wir doch noch einen weiteren Sprung in die Vergangenheit (es ist der letzte, versprochen). Und zwar in die Antike, genauer gesagt zu Platon ins fünfte Jahrhundert vor Christus.

Auch dort finden wir beispielsweise die Abschaffung des Privateigentums als Forderung. Ein Konzept, das Platon in der *politeia* als ein zentrales Instrument gesellschaftlicher Reformen sieht. Außerdem basiert der utopische Staat von Thomas Morus auf den vier Kardinaltugenden der platonischen Ideenlehre: Weisheit, Tapferkeit, Mäßigung und Gerechtigkeit, die alle in der menschlichen Vernunft wurzeln.

»Wer eine Stadt kennt, kennt die andern alle, so ähnlich sind sie untereinander, sofern nicht der Charakter der Oertlichkeit eine Aenderung bedingt.«



Wie wir sehen, steht die Utopia von Thomas Morus in einer langen Tradition. Und es wurde selbst zum Prototyp moderner Utopien. Das Buch, mit dem vollständigen Titel *Von der wunderbarlichen Innsul Utopia* genannt, das andere Buch, sollte das Tempotaschentuch unter den Science-Fiction-Romanen werden. Alles, was sich fortan in irgendeiner Weise mit positiven Phantasiewelten befasste, galt nun schlicht als »Utopie«. Was seinem griechischen Ursprung nach so viel bedeutet wie »Nicht-Ort«.

Im Laufe der Jahrhunderte macht die Utopie allerdings auch einen erstaunlichen Wandel durch. Beim Sprung in die Moderne wird sie von einer örtlichen zu einer zeitlichen Vorstellungswelt, zur Zukunftsutopie. Sie ist nun nicht länger ein unzugänglicher Ort, sondern ein Zustand in der Zukunft, den es zu erreichen gilt.

Dieser finale Schritt zur Realisierbarkeit trägt den Namen Karl Marx. Das Kommunistische Manifest ist nichts anderes als eine »konkrete Utopie« (Ernst Bloch), die sich zur Wissenschaft gemauert

hat und als solche auch realpolitische Ansprüche formuliert.

Das Entscheidende ist der Gedanke, dass Geschichte nicht mehr ertragen werden muss. Bei Platon bedient sich der Mensch seiner Vernunft, bei Thomas Morus wird er zum Subjekt, das seine Geschichte selbst in die Hand nehmen kann. Bei Karl Marx schließlich traut sich der Mensch den großen Wurf zu. Er wirft seine Utopien in die Zukunft, um nach ihnen streben zu können. Dieser Glaube an die Zukunft, an die Realisierbarkeit träumerischer Ideen, ist der Kern der Utopien. Wir müssen uns bloß trauen, sie in die Tat umzusetzen. •

LESEEMPFEHLUNGEN:

***THOMAS MORUS:**
UTOPIA (2009, AUSGABE VON 1964)

***ERIK ZYBER:**
HOMO UTOPICUS. DIE UTOPIE IM LICHT DER PHILOSOPHISCHEN ANTHROPOLOGIE (2013)

IN DER REALEN UTOPIE WERDEN MENSCHEN, ORTE, IDEEN ODER INSTITUTIONEN VORGESTELLT, DIE »REALE UTOPIEN« LEBEN. DABEI GEHEN WIR IMMER VON UNSEREM SCHWERPUNKTTHEMA AUS UND SCHAUEN UNS RUND UM DEN GLOBUS UM, OHNE SCHEU UND OHNE KLAPPEN. AM ENDE WARTET OFT EINE ÜBERRASCHUNG.

BETEILIGUNG VON BÜRGERN IN DEMOKRATIEN // EIN LATEINAMERIKANISCHES UTOPIA?

Ein Gastbeitrag von **THAMY POGREBINSCHI**, Professorin für Politikwissenschaft an der State University of Rio de Janeiro (UERJ), seit 2014 am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) Senior Researcher in der Abteilung »Demokratie und Demokratisierung«.

ÜBERSETZUNG AUS DEM ENGLISCHEN
VON **JOHANNES HEIM**

In den letzten Jahren ist Lateinamerika zu einem Versuchslabor für Demokratie geworden. Regierungen und NGOs beschäftigen sich mehr und mehr mit Prozessen, die die Beteiligung der Bürger am politischen Leben verbessern sollen. Nicht auf Wahlen basierende Formen der Beteiligung werden mehr und mehr formalisiert und oftmals einfach den jeweiligen Institutionen repräsentativer Demokratie einverleibt. Auf diese Weise werden Bürgern andere Möglichkeiten der Beteiligung als nur Wählen angeboten, um ihre Meinung einzubringen und selber eine Rolle im politischen Entscheidungsprozess zu spielen.

Diese Neuerungen im Bereich gesellschaftlicher Beteiligung, welche sich in mehreren lateinamerikanischen Staaten auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene finden, sind institutionell sehr unterschiedlich ausgestaltet: Beteiligung an der Aufstellung öffentlicher Haushalte, Bürgerversammlungen, kommunale und nationale Expertenräte und Konferenzen zu bestimmten politischen Sachfragen, Teilhabe an der Stadt- und Siedlungsplanung, an Landwirtschaftsprogrammen und an Verfahren zur Konfliktlösung, Gesetzgebung mit Hilfe von Crowdsourcing, mehr Transparenz in der öffentlichen Verwaltung, E-Parlamente, Stakeholder-Dialoge, Bürgerbefragungen, selbstverwaltete Schulen, Ausschüsse zur Ernährungspolitik und vieles mehr.

Diese neuen institutionellen Veränderungen wollen mehr erreichen als nur das Mitspracherecht von Bürgern zu verbessern. Sie sind bestrebt, demokratische Defizite zu korrigieren und die Leistung von repräsentierenden Einrichtungen zu verbessern. Und was vielleicht noch viel wichtiger ist: Sie beabsichtigen mehr politische und soziale Gleichheit herzustellen.

In vielen lateinamerikanischen Ländern können Bürger öffentliche Ausgaben beeinflussen, ihre Bedürfnisse und Prioritäten äußern. Es gibt Mitspracherecht bei der Zuteilung von Haushaltsbestimmungen und Verwaltung von lokalen Ressourcen. Zusammen mit Vertretern der jeweiligen Regierung können Bürger ihre Stimme bezüglich Definition und Implementation von Vorgehensweisen, Entwicklungsprojekten auf lokaler Ebene und Gesetzen einbringen. In manchen lateinamerikanischen Ländern können Bürger so ihren Beitrag im Prozess der Entstehung und Ausführung von öffentlicher Politik und Gesetzen leisten.



Durch die im größten Teil Lateinamerikas durchgeführte intensive Dezentralisierung ist die Zuführung von basalen sozialen Gütern wie zum Beispiel der Gesundheitsversorgung den Gemeinden übertragen worden. Dort also, wo neue Institutionen der politischen Teilhabe begannen, sich damit zu beschäftigen, zusammen mit Akteuren der Gesellschaft und der Politik soziale Rechte in fassbare Produkte umzuwandeln. Politische Räte wurden in tausenden von Städten eingerichtet, um Bürgern, gesellschaftlichen Organisationen, Dienstleistern und Regierungsbeamten Zusammenkünfte zu ermöglichen. So können Prioritäten diskutiert, Ressourcen verteilt und neue Richtlinien implementiert werden.

Durch die Ermächtigung von Bürgern, sie eine Rolle in der Lösung ihrer eigenen Probleme spielen zu lassen, schafft man eine Methode der partizipatorischen Regierungsführung, die Bürger und Minderheiten besser in den politischen Prozess einbindet und deren Wohl und das der Gemeinden verbessert. Teilhabende Regierungsführung ist eine effiziente Methode, um soziale und politische Ungleichheit zu bekämpfen.

Wie sich Bürgerbeteiligung jenseits von Wahlen auswirkt, um Ungleichheit zu beseitigen, kann man an zwei Dingen gut sichtbar machen: Umverteilung und Anerkennung. Zum Einen entstehen durch die Umverteilung dank neuer Beteiligungsverfahren fairere Zuweisungen von staatlichen Ressourcen. Öffentliche Güter gehen eher an diejenigen, die sie brauchen und der Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen in ländlichen und armen Gegenden verbessert sich. Des Weiteren werden dadurch Haushaltsmittel vorrangig im Niedriglohn- und Niedrigbildungsbereich verteilt und öffentliche Ausgaben konzentrieren sich nun mehr auf bedürftige Viertel. Zum Anderen erhöhen

neue Beteiligungsmöglichkeiten politische Gleichheit durch mehr Anerkennung. Diverse neue Verfahren dieser Art stärken Gemeinden und vor allem Minderheiten, so dass diese ihre Stimmen erheben können und in das politische Leben integriert werden. Als Resultat von intensiverer und engagierterer Bürgerbeteiligung sind Grundrechte und spezielle Gesetze erlassen worden, die neue kulturelle Gruppen anerkennen und auch historisch marginalisierte Gruppen wie indigene Menschen in die öffentliche Sphäre aufnehmen.

Sei es die Umverteilung von öffentlichen Gütern, die Verbesserung der Lebensumstände von benachteiligten Gruppen, die Erhöhung der Beteiligungsmöglichkeiten unter den weniger gebildeten und Niedriglohn-Schichten, die Ausweitung von Rechten auf Minderheiten oder die Reintegration von historisch unterrepräsentierten Gruppen in den politischen Prozess: Lateinamerikanische Regierungen nutzen neue Formen der Partizipation immer mehr, um Bürgereinbindung und soziale Gerechtigkeit voranzutreiben.

Die Effizienz dieser Maßnahmen ist umstritten. So unterscheidet sich auch der Erfolgsgrad von Land zu Land. Teilweise gibt es sogar deutliche Unterschiede innerhalb eines Landes. Inwieweit die Erweiterung bürgerlicher Beteiligung eine Verbesserung von sozialer und ökonomischer Gleichheit bedingt, wurde jedoch durch Studien schon bewiesen. Allerdings sind weitere systematische und vergleichbare empirische Beweise nötig. Es ist vielleicht noch zu früh zu bewerten, ob politische Partizipation und Experimente in Lateinamerika wirklich eine allgemeingültige Formel sind, um bessere und stärkere Formen von Demokratie zu erreichen. Wenn sie es aber sind, dann ist dieses Utopia real. •

DIE REALE DYSTOPIE SCHAUT NICHT NUR AN ORTE, AN DENEN GANZ OFFENSICHTLICH DESASTRÖSE ZUSTÄNDE HERRSCHEN. NEIN, WIR SCHAUEN AUCH DORT HIN, WO NACH AUSSEN HIN ALLES SCHÖN UND AUFGERÄUMT AUSSIEHT. DOCH DER TEUFEL VERSTECKT SICH OFT UNTER DEM TEPPICH. HINTER MANCH SCHÖNER FASSADE LAUERT EINE BÖSE ÜBERRASCHUNG, EINE GANZ REALE DYSTOPIE.



Mia san Mia

TEXT ELISA BILKO



Stell Dir vor, Du wohnst in einem kleinen Dorf. Ihr seid 50 Menschen, die alle eine gleichberechtigte Stimme haben. Es gibt in deinem Dorf ein wunderschönes Haus, das von einer wohlhabenden Familie bewohnt wird. Ihr gehören vier Mitglieder an. Nun geht es darum was in eurem Dorf in Stand gesetzt werden soll. Die Schule müsste grundsaniiert werden, das Dach leckt, das Inventar ist alt. Die Straße ist löchrig und muss neu geteert werden. Die Straße ist der reichen Familie wichtig. Gerne würde sie diese Straße umleiten lassen, da sie genau vor ihrem schönen Haus vorbeiführt und stört. Die Schule ist der Familie nicht so wichtig, dem Rest der Gemeinde schon. Die reiche Familie schlägt also vor die Schule zwar mit zu unterstützen, aber eben nur wenn die Straße, die nur hätte ausgebessert werden müssen, komplett umgeleitet wird. So bleibt dann aber nur genug Geld, um für die Schule neue Bücher, Tische und Stühle anzuschaffen, nicht aber das Dach zu reparieren. Die reiche Familie wirft ihren ganzen wirtschaftlichen Einfluss in den Ring: Sie finanziere hier schließlich viel mit. Sie betont nochmals die lange Tradition der Familie: Sie war doch schon viel länger hier als alle anderen. Und zum Schluss hält der Patriarch der Familie noch eine lange Rede, in der er all sein Charisma zu Tage fördert und die Wichtigkeit der Familie nochmals veranschaulicht. Lange streitet man sich und gibt dann der reichen Familie nach, um überhaupt etwas zu bewegen. Und jetzt stell dir vor das Dorf und die reiche Familie, die nur ihre Interessen, nicht aber die Interessen der Gemeinheit verfolgt, gibt es wirklich.*

**In Deutschland gab es 2013 61,8 Millionen Wahlberechtigte. Das entspricht etwa 76,49 Prozent der Gesamtbevölkerung. Von diesen sind 2013 bei der Bundestagswahl 71,5 Prozent wählen gegangen. In Bayern leben etwa 12,6 Millionen Bundesbürger. Davon waren 2013 etwa 9,3 Millionen wahlberechtigt. Tatsächlich sind davon ca. 70 Prozent auf Bundesebene wählen gegangen. Das entsprach 10,53 Prozent der gesamten deutschen Wahlberechtigten. Davon gaben wiederum 3.243.335 Bürger in Bayern für die CSU. Das sind etwa 49,3 Prozent der Stimmanteile in Bayern. Das entspricht 5,25 Prozent der Wahlberechtigten in ganz Deutschland. Durch die Enthaltung der Nichtwähler steigt der prozentuelle Anteil auf Bundesebene auf 7,4 Prozent aller abgegebenen Stimmen. Somit zog die CSU mit insgesamt 56 Plätzen in den Bundestag ein.*



Klar, die CSU ist nicht undemokratisch: Menschen gehen wählen, und immerhin, über fünf Prozent der Wahlberechtigten des Landes wählen einstimmig diese Partei, die sie dann in bestimmten Bereichen vertreten soll. Ein demokratisches Problem besteht darin, dass es die CSU nur in Bayern gibt und sie sich »Bayern zuerst!« auf die Fahnen schreibt. Eine kleine Anekdote kann das veranschaulichen: Die Koalitionsverhandlungen 1983 zwischen CDU, CSU und FDP. Franz Josef Strauß verlangt die Zustimmung der Bundesregierung zum Rhein-Main-Donaukanal. Es entsteht Aufregung: »Wissen Sie, wir können in den Koalitionsvertrag jetzt nicht allerlei regionale Forderungen aufnehmen«, heißt es empört aus der FDP. Ernst Albrecht, Ursula von der Leyens Vater, haut auf den Tisch und sagt, er komme sich ganz komisch vor, als würden hier zwei Parteien und ein Bundesland verhandeln. Strauß erwidert kühl: »Wenn Sie mit uns eine Koalition bilden wollen, dann werden Sie unsere Forderungen schon akzeptieren müssen.« Das sage sehr viel über Bayern und die CSU aus, sagt Edmund Stoiber, der diese Anekdote gegenüber dem Magazin *The European* zum Besten gibt, um das Selbstverständnis der urbayerischen Partei zu erläutern.

Dabei bekommt man das Gefühl, hier wird erpresst. Woher nimmt die CSU diese Macht? Die Deutsche Welle kommt in einem Artikel aus dem Jahr 2013 über die Sonderrolle der Christsozialen zum Schluss, dass die Wirtschaftskraft Bayerns, die historisch hervorgehobene Stellung des Bundeslandes sowie persönlich oft eindrucksvolle Minister-

präsidenten hier die Hauptrollen spielen. Ganz klar nutzt hier eine extreme Nischenpartei ihre ganze Macht aus, um dem Rest des Landes Ziele, die nur für ihr Herrschaftsgebiet wichtig sind, durchzusetzen. So wird europaweit über eine Maut gesprochen, die kein Mensch braucht – außer der CSU und deren Wählern. Der Minister, der sie anfangs eingebracht hatte, rudert sogar zurück, ob des Wissens das zwar nicht Deutschland aber doch die EU-Kommission das Gesetz einfach kippen kann – zum Missfallen seiner Parteigenossen. Doch die PKW-Maut ist nur eines von zahlreichen Beispielen für drollige Unsinnsideen aus dem Hause Christlich-Soziale Union: Das Betreuungsgeld, besser bekannt als Herdprämie, wurde gerade in Karlsruhe wegen Verfassungswidrigkeit einkassiert; zur besseren Integration von Ausländern wollte die CSU gerne das Singen der deutschen Nationalhymne im Unterricht und sogar einen IQ-Test für Einwanderer einführen; und jungen Kriminellen wollte man als Strafe das Handy wegnehmen. Man kann sich über viele dieser Vorschläge lustig machen oder sogar laut loslachen, doch leider waren sie alle ernst gemeint und wurden teilweise ja auch umgesetzt. Alle Beteiligten wissen zwar die Schule braucht ein neues Dach und doch wird die Straße umgeleitet? Das muss nicht so sein. Auch wenn die CSU am liebsten vor ihrer eigenen (Villa-)Tür kehrt, sollte sie dabei nicht den Blick für die Außenwelt verlieren. Denn wer weiß wie lange diese Außenwelt auf die bayerische Kleinfamilie noch Lust hat.



Die politische Führung Kubas unter Raúl Castro hat es, der amerikanische Präsident Barack Obama ebenfalls und sogar der deutsche Bundespräsident Joachim Gauck: Eine Art Laufzeitbegrenzung für Politiker. Alle drei üben hohe politische Ämter aus, die sie maximal eine gewisse Anzahl von Jahren bekleiden dürfen. Doch bringt es etwas, politische Amtszeiten zeitlich einzugrenzen?

TEXT ALEXANDER SÄNGERLAUB
ILLUSTRATION STEFFEN GORSKI



Kuba. Die Weltöffentlichkeit wurde 2012 mit einer Meldung des Staats- und Parteichefs Raúl Castro am Ende einer zweitägigen Parteikonferenz überrascht: Die wichtigsten Regierungsämter im karibischen Inselstaat sollen auf maximal zehn Jahre begrenzt werden. Eine politische Entscheidung wie ein Paukenschlag! Und das auf der Insel, auf der 49 Jahre lang sein Bruder Fidel Castro durchregiert hat. Ein Mächtiger begrenzt seine eigene Macht? Eine politische Seltenheit. Die Idee dahinter klingt charmant: Der politische Nachwuchs soll bessere Chancen haben.

Angela Merkel ist seit fast zehn Jahren Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland. Wahlen ermöglichen zwar auch die Vergabe von Ämtern auf Zeit, aber: Durch Wiederwahlen ist dies unbegrenzt möglich. Theoretisch könnte Merkel auch 14 Jahre durchregieren, wie Konrad Adenauer, oder sogar ihren Ziehvater Helmut Kohl »amtsperiodisch überdauern«, der ganze 16 Jahre lang an den Hebeln der Macht gesessen hat. Doch sind solche ständigen Wiederwahlen eines Regierungs- oder Staatschefs gesund für die Demokratie? Braucht Gestaltungsmacht Regeneration? Oder ist Quantität am Ende vielleicht doch ein Zeichen für Qualität?

WER HAT AN DER UHR GEDREHT?

Fragen, die auch die Hamburger CDU im Jahr 2000 beschäftigten. In einem als »geheim« eingestuften Reformantrag mit dem vielsagenden Titel »Modernisierung der Parteistruktur« erarbeitete ein vom Landesausschuss initiiertes Arbeitskreis Ideen für zeitliche Höchstgrenzen politischer Ämter in Deutschland – und zwar vom Kreisvorsitzenden bis zum Bundeskanzler. Die Idee war, die Dauer der Mitgliedschaft von Abgeordneten von Kommunal- bis zur Bundesebene auf 15 Jahre zu beschränken. Parteiämter, wie der Vorsitz, sollten auf maximal zehn Jahre begrenzt sein, das Amt eines Landeschefs sogar nur auf acht – damit die »notwendige Distanz zum Amt« nicht verloren ginge.

In dem Papier der Hamburger CDU kommen nachvollziehbare Argumente und Gedanken: »Ziel einer Reform der Parteiarbeit sollte sein, mehr Mitglieder in die Verantwortung zu führen« und »zugleich die Schlagkraft von Partei und Parlamentsfraktionen zu steigern«. Ein »institutionalisierter Wechsel« verhindere zudem »die mit der Anhäufung von Macht verbundene Versuchung, Macht zu missbrauchen«. Denn, so sind sich die Antragsteller sicher: »Eine Begrenzung der Amtszeiten bietet ▶



WOLFGANG SCHÄUBLE SITZT SEIT 1972 IM DEUTSCHEN BUNDESTAG. DAS MACHT INZWISCHEN 11 LEGISLATURPERIODEN, BZW. 43 JAHRE. IN DER ZEIT WAR ER IM GRUNDE SCHON ALLES. PARLAMENTARISCHER GESCHÄFTSFÜHRER, FRAKTIONSVORSITZENDER, BUNDESKANZLERAMTS-, INNEN- UND FINANZMINISTER.

NOCH LÄNGER SIND OFT STAATSOBERHÄUPTER IN AMT UND WÜRDEN. KÖNIGIN **ELISABETH II.** BRINGT ES BEREITS AUF STOLZE 63 JAHRE: SEIT 1952 IST SIE AMT – SO LANGE GEHÖRT NOCH NICHT EINMAL DAS SAARLAND ZUR BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND. DAMIT IST SIE DIE DAS ZWEITÄLTESTE STAATSOBERHAUPT DER WELT. NUR DER THAILÄNDISCHE KÖNIG **RAMA IX.** IST LÄNGER IM AMT: SEIT 1946.



Gewähr dafür, dass der Partei ständig neue Impulse gegeben werden«, zierte damals DIE WELT Auszüge aus dem unter »Geheimhaltungsstufe« stehenden Papier.

Das heißt im Umkehrschluss aber auch, dass hierfür die Notwendigkeit scheinbar erkannt wurde. In einer Partei, die 16 Jahre lang den gleichen Bundeskanzler und 25 Jahre den gleichen Parteivorsitzen hatte: Helmut Kohl. Kubanische Verhältnisse also in der CDU? Helmut Kohl wird zumindest von Mitstreitern ein ziemlich autokratischer und zutiefst machtgetriebener Stil nachgesagt. Machterhalt sei alles. Und man kann es sich schon denken: Aus dem CDU-Papier von 2000 ist nichts geworden. Abgelehnt.

Angela Merkel, seit 2005 Regierungschefin und immerhin seit 15 Jahren auch schon CDU-Vorsitzende, hat ihren Machtanspruch ebenfalls konsequent durchgesetzt. Die Liste ihrer möglichen Thronfolger hat sie Stück für Stück dezimiert, mal aktiv, mal haben sich verschiedene Kanzleranwärter auch selbst ins Aus katapultiert: Jürgen Rüttgers, Roland Koch, Karl-Theodor zu Guttenberg, Christian Wulff und Norbert Röttgen, alle sind sie von der großen politischen Bühne verschwunden. Angela Merkel scheint vielen, nicht nur in der CDU, völlig »alternativlos«. Auch die SPD hat mit den »Stones« als Kanzlerkandidaten (Steinmeier und Steinbrück) wenig Erfolg gehabt. Wäre es genauso gekommen, wenn Merkel einen Nachfolger nach zwei Amtsperioden hätte präsentieren müssen?

Eines steht fest: Demokratische Erneuerungsprozesse von Parteien werden durch lange Amtsdauern eher gebremst als gefördert. Oder anders gesagt: dem aufmerksamen Beobachter politischer Parteien wird die CDU weniger als bunter Reigen des Binnenpluralismus erscheinen, als die

SPD, die innerhalb der letzten zehn Jahre gleich fünf Parteivorsitzende hatte. Schaut man in die aktuelle große Koalition, ist die SPD mit Gesetzen wie dem Mindestlohn der Warkern, die CDU mit dem Wunsch nach Vorratsdatenspeicherung die Schubumkehr.

Auch aus der Riege der Altbundeskanzler gibt es starke Befürworter, so schrieb Helmut Schmidt 1997 im Hamburger Abendblatt: »Wir haben einen Fehler gemacht. Wir haben im Grundgesetz die Amtszeit des Bundespräsidenten, der kaum politische Macht besitzt, auf zweimal fünf Jahre festgelegt, während wir dem Kanzler unbegrenzte Amtszeit einräumen.«

Und die Liste guter Gründe geht weiter. So platt die Weisheit auch klingt: nach der Wahl ist vor der Wahl. Oder wie Peter Radunski, ehemaliger Wahlkampfmanager von Helmut Kohl sagte: »Wahlkampf ist immer«. Kaum ist man als Regierungschef wiedergewählt, macht man sich alsbald Gedanken, wie man seine Macht erhalten kann. Im letzten Amtsjahr, wenn nicht schon vorher, werden von einer Regierung fast nur noch Geschenke verteilt – man möchte ja wiedergewählt werden. Unangenehme Entscheidungen und mutige Gesetzesvorhaben bleiben auf der Strecke.

NO, HE CAN'T! BARACK OBAMAS AMTSZEIT ENDET – SO ODER SO – 2016

1947 wurde der 22. Verfassungszusatz im Kongress der Vereinigten Staaten eingebracht, aus Besorgnis darüber, dass das Amt eines Präsidenten sonst einem wohlwollenden Diktator auf Lebenszeit gleichkommen könnte, dessen Machtfülle die Gewaltenteilung gefährde. Seit dem gilt: Jeder amerikanische Präsident darf maximal zwei Legislaturperioden ran. Das

macht maximal acht Jahre, in denen er die Geschicke der größten Weltmacht lenken darf.

Die zweite Amtszeit erleben dabei die meisten Präsidenten oft als die produktivere, da sie sich keiner Wiederwahl mehr stellen müssen. Das gibt mehr Freiheiten, auch unbeliebte, aber notwendige, politische Entscheidungen zu treffen. Vorausgesetzt man lässt ihn, denn ohne die Mehrheiten in den beiden Kammern Senat und Repräsentantenhaus kann ein Präsident auch schon mal zu einer »lame duck« werden, die gar nichts mehr entscheiden kann ohne die Zustimmung der Opposition.

Die Tatsache, dass im amerikanischen Kongress Inhaber von Mandaten fast zu 100 Prozent wiedergewählt werden, hat eine Bewegung hervorgerufen, die gegen das so genannte »Homesteading« kämpft, womit das Besetzen politischer Ämter auf Lebenszeit gemeint ist. Die Initiative war zur Mitte der 1990er Jahre auch erfolgreich: In gleich 23 US-Staaten wurden Gesetze verabschiedet, welche die Amtszeiten der Kongressabgeordneten limitierten. Allerdings wurden diese Gesetze 1995 vom Supreme Court wieder einkassiert, da Bundesstaaten keine Befugnisse hätten, über die Zusammensetzung nationaler Kammern zu bestimmen. Dass das Gesetz vom Kongress der Vereinigten Staaten nicht selber eingebracht wurde, versteht sich fast von selbst.

In den europäischen Demokratien ist die Idee der Amtszeit-Begrenzungen über 2000 Jahre alt. Die attische Demokratie (5. Jh. v. Chr.) in Griechenland legte fest, dass Bürger nur zwei Amtszeiten dem so genannten Rat der 500, einer Art Parlament, angehören durften. Eine Amtszeit war sogar auf nur ein Jahr begrenzt und eine zweite konnte ihr nicht unmittelbar folgen. In der Römischen

Republik betraf das nicht nur die Parlamente, sondern auch Ämter in der Verwaltung oder anderen Institutionen.

Und noch ein Grieche: Platon bezeichnete die Herrschaft der Wenigen, und meinte damit eine politische Machelite, die nur auf ihren Eigennutz bedacht ist, als Oligarchie. Ihr Vorhandensein kann ermittelt werden, in dem man ihre Offenheit für Ergänzung aus dem Volk ihren Tendenzen zur Verkrustung gegenüberstellt. Schon Karl Loewenstein (1891–1973), einer der renommiertesten deutschen Staats- und Verfassungsrechtler, erkannte gewisse Tendenzen zur Oligarchie in repräsentativen Demokratien, die zu einem Hang zur Erbfolge neigen. Dass dies, auch in Staaten mit begrenzten Amtsperioden, nicht ausgeschlossen werden kann, belegen auch die USA. Wenn beide in den Vorwahlen erfolgreich sind, könnte es zu einem Duell zwischen Hillary Clinton und Jeb Bush kommen. Das nennt man dann demokratisch legitimierte Erbfolge.

WARUM NICHT AUCH »ABGEORDNETENLAUFZEITEN« BESCHRÄNKEN?

Doch wäre es für ein demokratisches System nicht gesünder, sich regelmäßiger zu erneuern? Wenn ein basaler Wesenszug von Demokratie Beteiligung bedeutet, sollten dann nicht möglichst viele Menschen die Chance haben, sich aktiv, auch in gewählten Funktionen, zu beteiligen? Eine Begrenzung der Amtsperioden, in allen politischen Funktionen, würde mehr frischen Wind ermöglichen und wahrscheinlich auch zu mehr Ehrlichkeit und weniger Orientierung an ständigen Umfragewerten und Wiederwahlen führen.

Die konstitutionelle Idee des Grundgesetzes, dass demokratisch



WÄRE NACH ZWEI AMTSZEITEN, WIE IN AMERIKA, SCHLUSS, WÄRE ANGELA MERKEL BEREITS SEIT 2013 NICHT MEHR IM AMT. DIE BUNDESKANZLERIN HIESSE HEUTE VIELLEICHT URSULA VON DER LEYEN, ODER DER BUNDESKANZLER PEER STEINBRÜCK, FALLS ER GEGEN VON DER LEYEN BESSERE CHANCEN GEHABT HÄTTE. HÄTTE, HÄTTE, FAHRRADKETTE.



legitimierte Machtausübung nur Herrschaft auf Zeit ist, kann also ohne Frage – und gar nicht mal so unutopisch – noch ein wenig weitergesponnen werden. Doch erst einmal muss man ja irgendwo anfangen: warum nicht gleich ganz oben? •

POLITISCHE BÄRTE

Hallo liebe Leser, hier kommt unser Beitrag zur politischen Entschleunigung für Euch: eine politische Nachdenk- und Entspannungsübung zugleich. Schnappt Euch zwei drei Filzmalstifte, den Aquarell-Malkasten oder den Multicolor-Kuli des Bürokollegen und dann geht es der

Kanzlerin sprichwörtlich an den Kragen. Wie wünscht Ihr Euch die zukünftige politische Arbeit unserer Bundeskanzlerin? Eher etwas Umweltgrün, oder doch lieber Liberalgelb? Darf es ein wenig Piratenorange oder gar Gysirot sein? Wem das Farbspektrum nicht

reicht, hat die Möglichkeit den ein oder anderen politischen Bart an Mutti anzuheften und sich zu überlegen, wie sich durch diesen ihr politisches Profil verändern würde. Seid utopisch, seid bunt und schickt uns Eure Arbeiten gern an redaktion@katerdemos.de.

TEXT ALEXANDER SÄNGERLAUB

ILLUSTRATION RIBANNA CLEMENS

OB **JESUS (1)** HEUTE CHRISTDEMOKRAT WÄRE, LÄSST SICH SCHWER SAGEN. ABER CDU-GRANDE HEINER GEISSLER HAT MAL IN EINEM BUCH VERSUCHT HERAUSZUFINDEN, WAS JESUS (WAHRSCHEINLICH 7-4 V. CHR.-30/31 N. CHR.) HEUTE AUF BASIS DES EVANGELIUMS SO ZUM SOZIALABBAU ODER RAUBTIERKAPITALISMUS SAGEN WÜRD. OB WOHL MERKEL SELIG GESPROCHEN WERDEN WÜRD FÜR IHRE BISHERIGE POLITIK?

HUCH, DAS IST JA GAR KEIN BART.. **FRIDA KAHLO (2)** (1907-1954) WAR NICHT NUR MEXIKOS BERÜHMTESTE MALERIN UND EINE WELTWEIT ANERKANNTE VERTRETERIN DES SURREALISMUS, SONDERN AUCH POLITISCH AKTIV. ZUSAMMEN MIT IHREM MANN DIEGO RIVIERA TEILTE KAHLO IHRE VORLIEBE FÜR POLITIK. BEIDE WAREN IN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI MEXIKOS AKTIV, WURDEN ALLERDINGS WEGEN IHRER KRITIK AN STALIN UND DEM SOWJETISCHEN SOZIALISMUS WIEDER RAUSGEWORFEN.

CHE GUEVARA (3) (1928-1967) IST BIS HEUTE NEBEN FIDEL CASTRO DIE GRÖSSTE IKONE DER KUBANISCHEN REVOLUTION. EINEN TIPP GIBT ER AN ALLE REVOLUTIONÄRE: »VOR ALLEM BEWAHRT EUCH STETS DIE FÄHIGKEIT, JEDE UNGERECHTIGKEIT, DIE IRGENDWO AUF DER WELT BEGANGEN WIRD, AUFS TIEFSTE ZU EMPFINDEN. DAS IST DER SCHÖNSTE CHARAKTERZUG EINES REVOLUTIONÄRS.«

WILHELM II (4) (1859-1941), LETZTER DEUTSCHER KAISER UND KÖNIG PREUSSENS, WAR KEIN GROSSER DEMOKRAT UND WÜRDTE REFORMUNWILLIG SCHLIESSLICH 1918 AUS DEM AMT GEJAGT. BIS ZU SEINEM TODE BLIEB ER IM NIEDERLÄNDISCHEN EXIL. SO WAR DAS URTEIL VON KAISER WILHELMS ERZIEHER GEORG HINZPETER SCHLIESSLICH VERNICHTEND: »ZUM REPRÄSENTANTEN TAUGT ER, SONST KANN ER NICHTS (...) ER HÄTTE MASCHINENSCHLOSSER WERDEN SOLLN.« KLEBE DIESEN BART, WENN MERKEL LIEBER BEI DER PHYSIK HÄTTE BLEIBEN SOLLN...

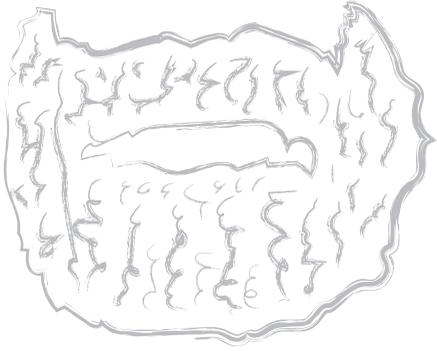
DER GEBURTIGE BAYER **TONI (ANTON) HOFREITER (5)** IST DEM SEMI-INTERESSIERTEN POLITISCHEN BEOBACHTER VERMUTLICH VOR ALLEM DURCH SEINE WALLENDE MAHNE AUFGEFALLEN. DER FRAKTIONS-VORSITZENDE DER GRÜNEN IM BUNDESTAG MACHT ABER SONST AUCH EINE RECHT GUTE FIGUR. SO LEHNT ER TTIP IN SEINER JETZIGEN FORM AB, IST EIN ERKLÄRTER GEGNER OFFENTLICH-RECHTLICHER-PARTNERSCHAFTEN UND KANN AUCH MIT DER VORRATSDATENSPEICHERUNG NICHT ALL ZU VIEL ANFANGEN. EINMAL MERKELS HAARE ALSO AUFHUBSCHEN, WENN IHR MEHR TONI WOLLT!

DER 16. PRÄSIDENT DER VEREINIGTEN STAATEN, **ABRAHAM LINCOLN (6)** (1809-1865), GILT ALS EINER DER BEDEUTENDSTEN ALLER AMERIKANISCHEN PRÄSIDENTEN, VOR ALLEM WEIL ER DIE SKLAVEREI ABSCHAFFTE. BERÜHMT IST SEIN ZITAT ÜBER DEMOKRATIE: "DEMOCRACY IS THE GOVERNMENT OF THE PEOPLE, BY THE PEOPLE, FOR THE PEOPLE." OB MERKEL MAL ÄHNLICH LEGENDÄR WIRD? LINCOLN SELBST FIEL EINEM POLITISCHEN ATTENTAT ZUM OPFER.

TRANSFORM MUTTI INTO **MARX (7)**! DARF ES EIN WENIG MEHR SOZIALISMUS SEIN, ODER GAR KOMMUNISMUS? WAS POLITISCHE UTOPIEN BETRIFFT, IST KARL MARX (1818-1883) OHNEHIN EINER DER GROSSEN VORDENKER - BIS HEUTE. ER SELBST IST SICH NUR NICHT SO SICHER MIT DEM REVOLUTIONÄREN POTENTIAL DES MENSCHEN: »ALLE REVOLUTIONEN HABEN BISHER NUR EINES BEWIESEN, NÄMLICH, DASS SICH VIELES ÄNDERN LÄSST, BLOSS NICHT DIE MENSCHEN.«

HIER KÖNNT IHR EUCH SELBER AUSTOBEIN. REISST EUCH ABER ZUSAMMEN! WIR WISSEN SCHON, AN WELCHEM BART IHR NUN AUSGERECHNET WIEDER DENKEN MÜSST. WIR HOFFEN, DAS SOLL CHARLIE CHAPLIN SEIN...

(7)



(5)



(3)



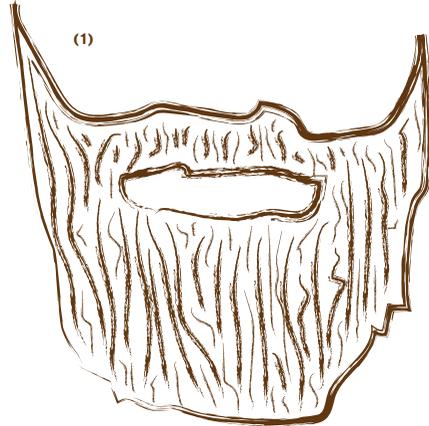
(4)



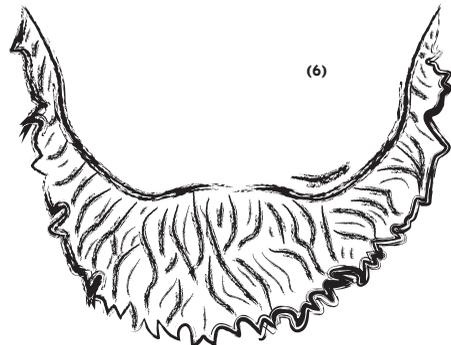
(2)



(1)



(6)



DER KAMPF FÜR DIE FDGO: EINE UNHEILIGE ALLIANZ

EINE FAMILIENMINISTERIN GEGEN LINKS

Vor fünf Jahren hat die damalige Familienministerin Kristina Schröder ein Präventionsprogramm gegen Linksextremismus eingeführt. Zur Erinnerung: Das war jene leicht deplatziert wirkende Familienministerin aus der CDU, die JA zur »Herdprämie« und NEIN zum Feminismus sagte. Bereits vor ihrem Amtsantritt hatte sie sich positiv zur Überwachung der Links-Partei geäußert und davor gewarnt, den »blinden Hass« extremistischer Linker zu unterschätzen. Als Ministerin nahm sie nun im Kampf gegen Links jährlich bis zu fünf Millionen Euro zur Hand. Die unterstützten Projekte sollten die linksautonome Szene erforschen, Expertentagungen veranstalten oder in Schulen aufklären.¹

Politiker der Linken, Grünen und SPD warfen Schröder vor, ihre Initiative setze Links- und Rechtsextremismus gleich. Das renommierte Deutsche Jugendinstitut e.V. stellte in mehreren Gutachten keinen Bedarf für ein solches Präventionsprogramm fest. Beim »Aussteigerprogramm für Linksextremisten« fand sich niemand, der aussteigen wollte. Den »Opferfond Linke Gewalt« versuchten verurteilte Nazi-Schläger als vermeintliche Opfer linker Gewalt zu beanspruchen – erfolglos. Selbst von Experten, die sich seit Jahren mit der extremen Rechten beschäftigten, ließ sich Schröder nicht beirren.

Angeblich zum Schutz unserer Grundordnung gehen konservative Politiker zusammen mit den Behörden des Verfassungsschutzes und unter wissenschaftlicher Begleitung bestimmter Extremismusforscher immer wieder eine unheilige Allianz ein. Indem sie linke Politik pauschal als verfassungseindlich, extremistisch und schädlich darstellen, verunglimpfen sie ihre politischen Gegner. Das geht nicht selten einher mit der Bagatellisierung extrem rechter Ideologie, sowie der Gleichsetzung von Antifaschismus und Kapitalismuskritik mit Anti-Demokratie und Gewaltbereitschaft.

DIE EXTREMISMUSKLAUSEL

Um »eine Unterstützung extremistischer Strukturen« zu verhindern, verlangte Schröder ab 2011 von allen staatlich geförderten Organisationen ein Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung, und dass sie diese Sorge auch für die als Partner ausgewählten Organisationen und Referenten tragen sollten. Diese sogenannte Extremismusklausel sahen viele Initiativen, die sich seit Jahren gegen rechte Strukturen einsetzten, als pauschale Diffamierung und Behinderung ihrer Arbeit. Wer ein demokratieförderndes Projekt starten wollte, musste den Aktivitäten sämtlicher Kooperationspartner nachgehen und diese dokumentieren. Um sicherzustellen, dass da nicht irgendwer eventuell doch verfassungseindlich eingestellt sein könnte. Die Initiativen hätten sonst ihre Fördergelder verloren.

Das ganze Programm wurde von Schröders Nachfolgerin Manuela Schwesig (SPD) im letzten Jahr gestrichen.

DER LINKSEXTREMISMUS IST AUFGEBAUSCHT WORDEN: »IDEOLOGISCH RANZUGEHEN BRINGT GAR NICHTS.«

Stattdessen sei der Linksextremismus in den vorigen Jahren »aufgebauscht« worden: »Ideologisch ranzugehen bringt gar nichts«. Es wurde ein neues Programm gegen Rechtsextremismus aufgesetzt und auch die Extremismusklausel gibt es in dieser Form nicht mehr.

MARIUS FELDKAMP GRÜNE



Mitglied der Bezirksverordneter-Versammlung Tempelhof-Schöneberg in Berlin seit 2011, Lokalpolitiker aus Überzeugung

ANTI-FASCHISTISCH ≠ ANTI-DEMOKRATISCH

Doch Schröders politischer Aktionismus hatte weitreichende Folgen. Einfache Mitglieder der Linkspartei konnten in einigen Ländern nicht mehr als Referenten zu rechtsextremen Organisationen eingeladen werden, da die Partei von manchen Verfassungsschutzämtern als teilweise linksextrem eingestuft wird. Doch es reicht bisweilen schon, sich gegen Neonazis zu positionieren, um als linksextrem zu gelten. Das mehrfach ausgezeichnete a.i.d.a-Archiv, ein Dokumentationszentrum zur extremen Rechten, musste jahrelang vor dem Bayrischen Verwaltungsgerichtshof dafür kämpfen, nicht ständig ungerechtfertigt im Verfassungsschutzbericht erwähnt zu werden.

Patrick Gensing, Fachjournalist zum Rechts-Extremismus, urteilt auf seinem Themen-Blog *publikative.org*: »In dem Maße, wie kommunistische Ideologie an politischer Relevanz verloren hat«, – zumindest ist sie in seiner Wahrnehmung weitestgehend irrelevant – »nahmen Geheimdienste zunehmend antifaschistische Gruppen ins Visier.«

1 Die Gelder gingen u.a. an die Konrad-Adenauer-Stiftung und die Junge Union, aber auch an das Archiv der Jugendkulturen in Berlin oder die Hamburger Evangelische Hochschule für Soziale Arbeit & Diakonie. Die Mittel gegen Rechts beliefen sich damals auf jährlich 24 Millionen Euro. Jedoch plante Schröder Ende 2011 eine umstrittene Kürzung, die erst nach dem Bekanntwerden des rechten Terrors des NSU wieder zurückgenommen wurde.
2 Eckhard Jesse: »Die NPD und die Linke: Ein Vergleich zwischen einer harten und einer weichen Form des Extremismus«-Jahrbuch Extremismus & Demokratie 2009.

»Es ist bei der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ja immer die Frage, was zuerst kommt. Nicht nur im Wortlaut sollte daher stets die Freiheit vorne stehen.

Demokratie zeichnet sich nicht nur dadurch aus, dass Mehrheiten politische Entscheidungen treffen. Sondern auch dadurch, wie sie mit den Freiheiten andersdenkender Menschen und mit ihren Minderheiten umgeht. Diese beiden Aspekte miteinander zu vereinbaren, das ist der Kern meiner politischen Grundwerte.

Doch um Freiheiten einzufordern, ist es wichtig, sich politisch zu äußern – nicht nur zu Wahlen.

Mein Rat an alle, die sich politisch engagieren wollen: bloß nicht abschrecken lassen!«

WISSENSCHAFTLICHE NÄHE ZUR POLITIK

Ideologische Ideengeber sind umstrittene Extremismusforscher wie Eckhard Jesse, ehemals Professor an der TU Chemnitz, der immer wieder für sein politisch genormtes Extremismusmodell kritisiert wird. Beispielsweise hält er den »weichen Extremismus« der Links-Partei für weniger »gesellschaftlich geächtet«, deswegen aber für gefährlicher als den »harten Extremismus« der NPD².

Die Links-Partei wirft ihm vor, er mische sich mit seiner »durch Steuergelder subventionierten und symbiotisch mit den Innenbehörden verknüpften Arbeit in konkrete Politik ein«. Unabhängige Wissenschaft werde hier demnach nicht betrieben. Stattdessen sei Jesse fest verankert bei der Union und der Sächsischen Landesregierung.

DER ROTE FADEN

- I. Unsere fdGO S. 28
- II. Geschichte der fdGO S. 48
- III. Definition S. 60
- IV. Kampf für die fdGO**
- V. Extremismusforschung S. 98
- VI. Der Verfassungsschutz S. 110



Wahlkämpfe sind heute auch nicht mehr das, was sie mal waren. Sie sind zu Dauerwerbesendungen und rituellen Inszenierungen der demokratischen Ordnung verkommen. 2017 steht die nächste Bundestagswahl an. Die SPD will dafür Obamas Wahlkampfmanager Jim Messina verpflichten. Was das Ganze mit X und O zu tun hat? Eins nach dem anderen...

TEXT ARNE SIEGMUND
ILLUSTRATION JANA VAN THIEL

Du stehst in der Wahlkabine und machst dein Kreuz. Du faltest den Zettel und schiebst ihn in den Urnenschlitz. Die Wahlhelfer wünschen dir noch einen schönen Sonntag und das war's. Am nächsten Morgen ist im Klassenzimmer, das gestern noch das Wahlbüro war, wieder Unterricht und der Wähler von morgen spielt X-X-O auf dem Tisch, auf dem du gestern ein X in ein O gemalt hast. Vielleicht tippt er auch gerade eine SMS zu Ende: XOXO. Ein Kuss, eine Umarmung, ein Kuss, eine Umarmung. Ein Pixelgruß, emotionsloser als ein Emoticon. Fast genauso emotionslos klingt die Wahl in ihrer Definition als der verfassungsrechtliche Legitimationsakt der politischen Beteiligung.

Um dein X in ihr O zu bekommen, versuchen dich die Parteien im Wahlkampf zu beeinflussen. Dass der Wahlkampf am Tag nach der Wahl beginnt, ist eine seit Jahrzehnten stehende Redensart. Erst mal aber beginnen die Koalitionsverhandlungen und die Zeit, in der sich die Parteien rechtfertigen müssen, warum sie nicht alle Versprechen einhalten können, die sie auf große Plakate gedruckt haben.

DER WAHLKAMPF VERKOMMT ZUR MARKETINGKAMPAGNE

Wahlkampfversprechen nennen sie dann Zielsetzungen, das klingt unverfänglicher. Ein bisschen ist es so wie mit den Servier-vorschlägen auf Lebensmittelpackungen: Was drauf steht, ist nicht unbedingt drin. Beim Kampf um Stimmen lehnen die Parteien ihre Kommunikation an die üblichen Marketingmethoden an. Stimmung, Konfetti und ganz wenig Inhalt. Der Wahlkampf nähert sich Werbekampagnen an, die auf manipulative Techniken setzen, um Waren zu verkaufen. Du bist der Kunde im Wa(h)l-Mart, in dem die PR-Experten der Parteien dich zum Kauf überreden wollen. Sie wollen keine Diskussion, sie wollen deine Stimme.

Politikern graust es bei dem Gedanken, dass du das Interesse an ihnen verlierst und sie nicht mehr wählst. Aufgrund der niedrigen Wahlbeteiligung und der schwindenden Mitgliederzahlen der Parteien haben sie auch allen Grund dazu.

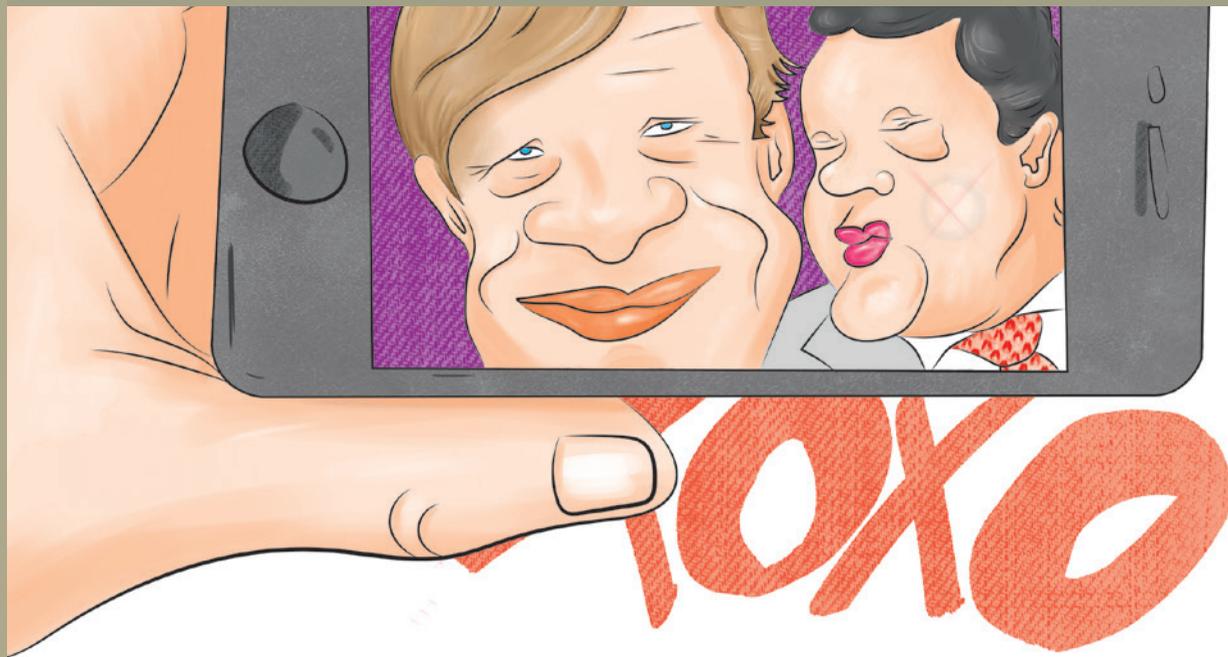
»MACHT DAS KREUZ AN DER RICHTIGEN STELLE, SONST HOLT EUCH DER TEUFEL!«

Wer hat schon noch ein Parteibuch in der Tasche? Seit Mitte der Neunziger haben die SPD und die CDU fast die Hälfte ihrer Mitglieder verloren. »Damals war das noch einfacher«, erklärt Parteienforscher Nils Diederich von der Freien Universität Berlin: »Es gab eine größere Parteienbindung und viele Stammwähler. Dazu waren die gesellschaftlichen Organisationen einseitig orientiert. Die Sozialdemokraten hatten grundsätzlich Gewerkschaftsunterstützung, der Beamtenbund und die Unternehmerverbände waren stark an die Union gebunden. Das hat sich weitgehend aufgelockert.« Die traditionelle Rekrutierung sei den Parteien abhandengekommen: »Die SPD war die Arbeiterpartei. In den Fabriken und Firmen wurden Jüngere von Älteren geworben: ›Hör mal, du bist so aktiv in der Gewerkschaft, bist du denn auch schon in der Partei?‹«, verdeutlicht Diederich. »Bei der Union war es ähnlich. Da waren es die Kirchen, vor allem die katholische. Der Pfarrer sprach von der Kanzel: ›Macht das Kreuz an der richtigen Stelle, sonst holt euch der Teufel!‹«

Heutzutage ist der Wahlkampf ein massenmediales Ereignis, eine politische Schlacht um kurzfristige Aufmerksamkeit in Zeitungen, auf Plakaten und an Glücksrädern in der Fußgängerzone. Und im Fernsehen, zum Beispiel bei den TV-Duellen unmittelbar vor der Wahl: Eine gute Figur machen, Händeschütteln, sich abgrenzen.

RÜCKBLICK: DER BUNDESTAGSWAHLKAMPF 2013

Peer Steinbrück, SPD-Kanzlerkandidat bei der Bundestagswahl 2013, hätte noch so viele dieser TV-Duelle machen können. Trotzdem wäre er nicht gegen Angela Merkel (CDU) angekommen. Eigentlich war Steinbrück gar nicht schlecht, aber seine Angriffe prallten entweder an ihr ab, oder endeten in einem Fettnäpfchen. Sie musste nichts tun, außer abwarten – typisch Merkel eben. ►



Der Wahlkampf war für die SPD zu jenem Zeitpunkt eigentlich schon verloren: »Da können Sie nichts mehr machen und nur noch in Würde zu Ende spielen«, offenbarte Steinbrück gegenüber dem Spiegel (11/2015). Das Ende der Geschichte ist bekannt: Merkel gewinnt die Wahl, die SPD holt nur etwas mehr als 25 Prozent der Stimmen. Steinbrück hatte sich selbst K.O. geschlagen. Die Große Koalition hat für die SPD fast Trostpriescharakter.

Für die Bundestagswahl 2017 fahren die Sozialdemokraten um Sigmar Gabriel schon jetzt große Geschütze auf. Wenn nicht das größte Geschütz, wenn es um Wahlkampf geht: Jim Messina, der mit seiner Wahlkampfstrategie US-Präsident Barack Obama 2012 zur zweiten Amtszeit verhalf. Im Mai dieses Jahres hatte er auch bei David Camerons Wahlsieg seine Finger im Spiel.

IST JIM MESSINA DER HOFFUNGSTRÄGER DER SPD?

Die SPD stehe mit Jim Messina in Verhandlungen, zumindest berichteten dies Spiegel Online und Süddeutsche.de im Februar. Messina zur SPD – das klingt fast so wie Messi zu Schalke. Ein Ausnahmekönner soll den Unterschied machen, um die übermächtigen Bayern, in diesem Fall die Bayern von der CDU/CSU, von der Spitze zu verdrängen. Schafft die SPD das mit Messina? Revolutioniert sie womöglich den deutschen Wahlkampf, wenn sie Obamas Wahlkampfmanager ins Boot holt? Und was sagt eigentlich die CDU dazu? Die CDU-Zentrale gibt sich in einer Stellungnahme unaufgeregt: »Der Bundestagswahlkampf findet 2017 statt. Unsere Aufgabe bis dahin ist es, Deutschland gut zu regieren. Das erwarten auch die Bürgerinnen und Bürger. Deshalb sehen wir zum jetzigen Zeitpunkt keinen

Anlass, solche Berichte zu kommentieren.« Freundliche Grüße vom Konrad-Adenauer-Haus. Nicht mal ein XOXO. Aber wer will schon eine Glasfassade knutschen.

Das Willy-Brandt-Haus, das SPD-Pendant, hüllt sich in Schweigen. Auf Nachfragen zur Rolle von Jim Messina als Wahlkampfmanager gibt es keine Reaktion. Nicht am Telefon, nicht per Email.

Nils Diederich sieht Jim Messina höchstens in einer beratenden Funktion. Er sei ein Wahlkampftechniker, ein Nerd für das spezielle Feld Internet und Big Data. Es wäre nicht das erste Mal, dass sich eine Partei Wahlkampfunterstützung aus den Vereinigten Staaten hole. »Konrad Adenauer war der erste, als er Elisabeth Noelle-Neumann beauftragt hat, um herauszufinden, wie der Wähler tickt und, wie er die Sozialdemokraten in die Pfanne hauen kann«, so Diederich. »Der Zweite war Willy Brandt, der Klaus Schütz 1960 nach Amerika geschickt hat, damit er dort den Wahlkampf studiert.«

BIG-DATA-WAHLKAMPF WIE IN DEN USA?

Aber Wahlen in den USA seien etwas grundsätzlich anderes als in Deutschland fügt Nils Diederich an: »In Amerika geht's um den Präsidenten. Um Personen, die unabhängig von der Partei Träger der Botschaft sind.« Wobei auch das mittlerweile in Deutschland aufgeweicht ist, wenn man sich die nach dem Willen von Angela Merkel geformte CDU ansieht. In jedem Fall aber gelten in Amerika andere Datenschutz- und Wahlrechtbestimmungen als in Deutschland, ein Big-Data-Wahlkampf à la Messina wird kaum möglich sein. Die meisten Datenerhebungen und -analysen widersprechen dem deutschen Datenschutzrecht.

Die Strategie von Messina im US-Präsidentenwahlkampf 2012 war es, große Datenmengen über einzelne Wähler zu sammeln und auszuwerten: Daten aus Wählerregistern, früheren Wahlkampagnen, angekauften Datenbanken, aus Social Media und dem Surfverhalten. So prognostizierte sein Team das Wahlverhalten der Wähler und versuchte es entsprechend zu beeinflussen. Solche Vorhersagen könnten in Deutschland sogar einen Bruch des Wahlheimnisses darstellen und die freie Wahl gefährden, wenn dutzende Analysten dem Wähler über die Schulter schauen und Profile erstellen.

DIE CDU MUSS KEINEN WAHLKAMPF MACHEN, SOLANGE SIE MERKEL HAT

Fast zwei Jahre sind es noch bis zur Bundestagswahl, bis dich die Parteien wieder bezirzen. Die Sozialdemokraten bräuchten dafür 2017 eine klare Strategie, ob nun mit oder ohne Jim Messina: »Sigmar Gabriel ist als Führungspersönlichkeit zwar rhetorisch gut, aber seine Linie ist schwer erkennbar«, sagt Nils Diederich. Die CDU müsse keinen Wahlkampf machen, solange sie Angela Merkel hat. Die SPD resigniert so langsam nach drei verlorenen Wahlen gegen die ewige Kanzlerin: Torsten Albig (SPD), Ministerpräsident in Schleswig-Holstein, fragte sich im Juli im Interview mit dem NDR, ob die SPD überhaupt noch mit einem Kanzlerkandidaten antreten solle. Steht uns also ein noch schnöderer Wahlkampf als 2013 bevor?

GEH' VERDAMMT NOCHMAL ZUR WAHL, LIEBER WAHLBERECHTIGTER!

Viele Wahlberechtigte sind deshalb frustriert, vielleicht auch du. Warum solltest du dich noch engagieren? Warum solltest du überhaupt noch wählen gehen, wenn doch eh wieder Merkel gewinnt? Weil es immer noch der Legitimationsakt deiner politischen Beteiligung ist! Das klingt vielleicht nicht besonders sexy, ist aber das Mindeste, was du tun kannst; eine Bringschuld, so wie damals in der Schule. Womit wir wieder im Klassenzimmer wären, das das Wahlbüro war. An einem Sonntag im September 2017 gehst du wieder dorthin und setzt dein Kreuz, das X ins O. Und auch, wenn du gar keine Partei wählen willst, mach wenigstens ein großes X über den gesamten Wahlzettel. Sonst holt dich wirklich der Teufel.

HOREMPFEHLUNG:
POLITISCHEN HIP HOP AUF DIE OHREN:
MAIN CONCEPT »TRICKNOLOGY«



ARNE SIEGMUND HAT FRÜHER IN DER SCHULE AUCH GERNE AUF DEN TISCH GEKRITZELT. DIE NOTEN HABEN DARUNTER EIN WENIG GELITTEN, ABER AUCH WENN EINE KLAUSUR MAL WIEDER »MANGELHAFT« WAR, HABEN IHN DIE LEHRER FÜR SEINEN AUSDRUCK GELOBT. NACH DEM ABITUR HAT ER JOURNALISMUS STUDIERT UND KONNTE WEITER AN SEINER AUSDRUCKSFERTIGKEIT FEILEN. DAS KRITZELN AUF DEM TISCH HAT ER SICH MITTLERWEILE ABGEWÖHNT.



EINFACH ZUM KOTZEN!

1992 wurde Politikverdrossenheit zum Wort des Jahres gewählt. Auf Platz zwei, drei und vier fanden sich Fremdenhass, Rassismus und Rechtsruck. Dabei ist Politikverdrossenheit ein schön-schwammiger Überbegriff für Verdrossenheit aller Art: politikerverdrossen, parteiverdrossen, systemverdrossen oder gar medienverdrossen ist der Deutsche – und das durchaus gerne. Alles Scheiße eben. Da darf man ruhig mal abkotzen, oder?

TEXT ELISA BILKO
FOTOS ME CHUTHAI

Aufregen gehört zum Leben dazu. Die Bahn ist zu voll, der Nachbar nervt mit zu lauter Musik, im Radio erzählen sie nur Schwachsinn. Die Wut steigt hoch! »Oft entsteht Wut dann, wenn man daran gehindert wird, das zu tun, was man gerade will,« so schreibt Dunja Voos, Fachärztin für Arbeitsmedizin in ihrem Blog. Wut verleiht Kraft, sich gegen Ungerechtigkeit zu wehren – aber sie macht auch blind. Wo der Wutbürger in Stuttgart noch gegen einen überbeuerten Bahnhof streikt, herrscht bei der Blablagida eine diffuse Wut gegen alles und jeden, der nicht man selbst ist – darunter Medien, Politiker und natürlich Ausländer.

Sobald diese blubbernde, brodelnde Wut etwas abebbt, durch Frustration und den grauen Alltag an Schwung verliert, tendiert sie zu Verdruss zu werden. Politikverdrossenheit ist also Wut in eine bestimmte und doch nicht ganz genau definierbare Richtung, aber abgeschwächt und passiv. Im Duden wird politischen Skandalen, zweifelhaften Vorkommnissen oder ähnlichem die Schuld an steigender Politikverdrossenheit gegeben. Aber ist es wirklich so einfach: Politiker baut Scheiße; Bürger regt sich auf; Bürger denkt, er kann nichts bewegen, verschränkt die Arme wie ein schmollendes Kind und macht dann einfach nicht mehr mit?

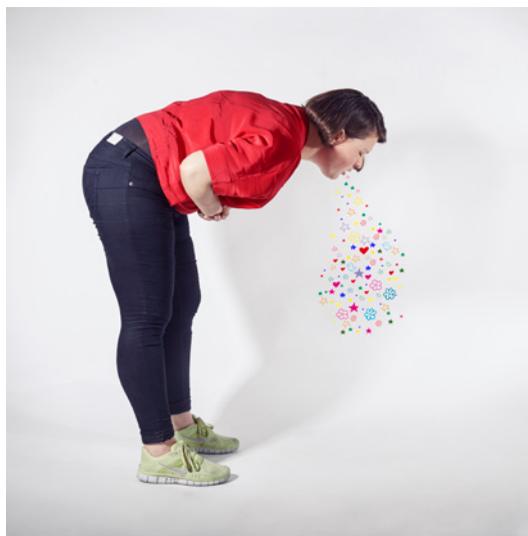
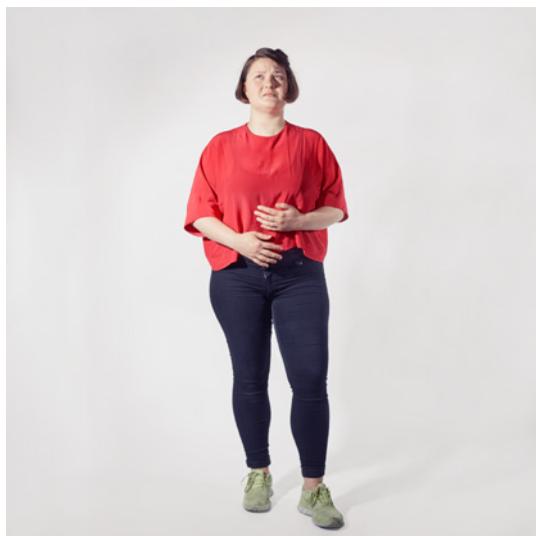
Denn: Mit dem Begriff Politikverdrossenheit wird das Wort Nichtwähler oft in einem Atemzug genannt. Der ominöse Nichtwähler sei ja politikverdrossen und gehe deswegen auch nicht mehr wählen. Keinen Bock mehr.

FRIEDEN UM JEDEN PREIS

Ortswechsel: Tröglitz. Ein Dorf mit 2.816 Bewohnern, an der südlichen Spitze Sachsen-Anhalts. Die Wahlbeteiligung bei der letzten Landtagswahl, also 2011, lag bei knappen 50 Prozent – und galt damit schon als überdurchschnittlich hoch. Fünf Jahre lang war Markus Nierth hier ehrenamtlicher Ortsbürgermeister, eine Position die zwischen Tröglitzer Bürgern und »denen da oben« vermitteln sollte. Das ist dem parteilosen Nierth lange gelungen. Bis zu dem Tag als Tröglitz 50 Flüchtlinge aufnehmen sollte.

Nierth ist evangelischer Trauerredner. Als junger Mann ist er mit seiner Familie dem DDR-Regime entflohen und nach der Wende zurück in den Osten, genauer gesagt nach Tröglitz, gegangen. Dort lebt er mit Frau und Kindern. Fragt man Markus Nierth, warum er in die Politik gegangen ist, sagt er, er hätte etwas zurückgeben wollen. Auch wenn es wie ein Klischee klingt, einen besseren Grund gibt es wohl kaum. Als Ortsbürgermeister ist Nierth eher ein ausführendes Organ. Er äußert sich regelmäßig im Gemeindeblatt und versucht mit seinen Mitbürgern zu kommunizieren.

Heute sagt Nierth, er lasse die Ausrede nicht mehr gelten, man könne sowieso nichts verändern als einfacher Bürger. Man könne den Weg der unteren politischen Ebene wählen und durchaus mitgestalten, sagt er. Aber das werde und wolle einfach nicht gesehen werden. Bei vielen Nichtwählern ist er sogar froh, dass sie nicht wählen gehen. Er befürchtet, ►



dass die schweigenden Massen radikaler wählen würden, als einem Demokraten lieb sein könnte.

Die schweigende Masse in seinem Ort, den er nach wie vor liebt und in Schutz nimmt, überrascht ihn bis heute. Naiv hatte er geglaubt, dass sich die Mehrheit der Menschen, die sich vornehmlich menungslos gaben, irgendwann besinnen und Flagge zeigen würden. Doch das sei nicht geschehen. Stattdessen wollten sie nach den Vorkommnissen ganz schnell ihre Ruhe haben. Diesen Frieden um jeden Preis versteht der ehemalige Kommunalpolitiker bis heute nicht.

DER NICHTWÄHLER, EIN KOMPLEXES WESEN

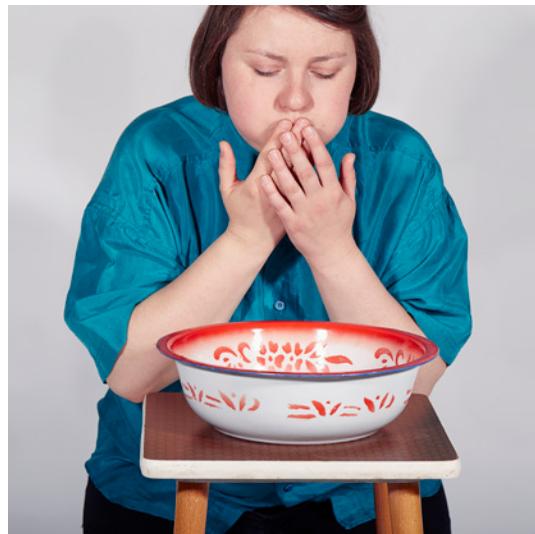
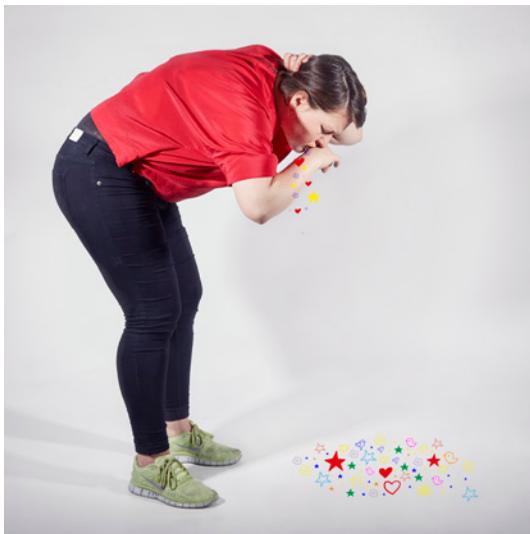
Doch sind alle Teilnahmslosen auch wirklich politikverdrossen? Vielleicht hilft es, das schöne Unwort unschön zu verhackstückeln. Aus Politikverdrossenheit wird dann Politikerverdrossenheit – also sind nicht alle Schuld, sondern nur der Wulff, die Merkel oder der Gabriel. Oder man ist parteiverdrossen, findet also die Grünen zu öko, die SPD im Kern entleert, die CDU nicht mehr wirklich christlich, dafür wischiwaschi, die FDP nur um sich selbst kreisend und die Linke sowieso zu links. Manche gründen dann auch gern mal eine neue Partei, die sie dann nach endlosen internen Streits auch doof finden und schließlich verlassen (siehe Piraten oder AfD). Ach, wäre das doch schön, wenn man König wäre. Geht in 'ner Demokratie aber schlecht.

Der Nichtwähler ist dabei ein komplexes Wesen. Ihn zu entschlüsseln, hat sich Manfred Güllner für

die Friedrich Ebert Stiftung zur Aufgabe gemacht. Güllner ist nicht nur Soziologe und Betriebswirt, er ist auch Gründer und Geschäftsführer von forsa, einem der größten deutschen Meinungsforschungsinstitute. Der deutsche Wähler ist Herrn Güllner also bekannt und das sogar ziemlich gut. Der Nichtwähler ist dagegen eine graue Eminenz, gefürchtet und sagenumwoben. Die Studie beschäftigt sich dabei vor allem mit Deutschland. Denn: Nicht in ganz Europa sind ähnliche starke Rückgänge bei den Wahlbeteiligungen zu beobachten wie hierzulande. Deutschland führt zusammen mit Portugal die Statistik an und in den skandinavischen Ländern wie Dänemark oder Schweden gibt es sogar wieder einen Wählerzuwachs.

ARM UND UNZUFRIEDEN

Was fehlt den deutschen Nichtwählern also und wer sind die überhaupt? Ich selbst habe in der Schule gelernt, dass das Nicht-Wählen keine Option und sogar gefährlich ist. Denn man gibt hier einen wichtigen Teil als Souverän freiwillig ab. Ja, liebe Kinder, wir das Volk sind der Souverän, nicht die Angie. Die meisten Nichtwähler verzichten auf ihre Ansprüche als Mitbestimmer aus politischen Gründen. Sie sind also tatsächlich unzufrieden mit der gemachten Politik und den Akteuren, die da oben für sie regieren. Dabei fühlen sich die kleinen Lämmchen nicht gehört und verstanden. Hier stellt sich sofort folgende Frage: Kann Politik, die von vielen, also dem Volk, gemacht wird,



überhaupt allen gefallen? Ganz klare Antwort: Nein. Jeder der schon mal im Freundeskreis abgestimmt hat, wo man grillt, auf welches Festival man geht oder welchen Sportkurs man zusammen macht, und dann der Partei der Unterlegenen angehört hat, weiß wovon ich rede. Wenn eine Gruppe eine Entschei-

KANN POLITIK, DIE VON VIELEN, ALSO DEM VOLK, GEMACHT WIRD, ÜBERHAUPT ALLEN GEFALLEN?

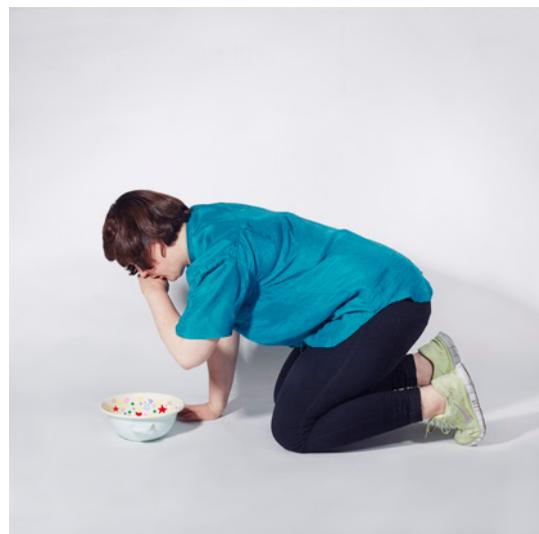
dung trifft, kann es einem ziemlich schnell passieren, überstimmt zu werden. Das ist nicht schlimm, es ist sogar gesund. So lernt man nämlich, dass man nicht allein auf der großen weiten Welt ist und auch andere ein Stimmrecht haben, das genau so viel zählt wie das eigene. Auch hier könnte man sagen: Ach wäre das doch schön wenn man König wäre. Geht in 'ner Demokratie aber immer noch schlecht.

Doch abgesehen davon, hat Wahlenthaltung nicht nur mit einer bewussten Entscheidung gegen ein System zu tun, von dem man enttäuscht ist. Ein überproportionaler Teil der Nichtwähler kommt aus nicht-privilegierten Schichten. Ist man also arm und nicht gut ausgebildet, bleibt man eher zu Hause – aus

Frust. Was dazu führt, dass genau diese Gruppe, die eigentlich Hilfe und Unterstützung in einer sozialen Demokratie bekommen sollte, ihre Souveränität nicht wahrnimmt und somit noch mehr an Mitsprache über ihre Situation abgibt. Eine Lobbyfindung für genau diese Gruppe fehlt, was sie noch ungehörter und dadurch noch frustrierter macht. Noch führt das nicht zu radikalem Wahlverhalten, hält Manfred Güllner in seiner Studie fest. Betrachtet man aber ebensolche Bürgerbewegungen wie bei den Gegen-Islamisierern und Abendlandverfechtern, kann schon die Befürchtung geäußert werden, dass dies nicht unbedingt viel länger so bleibt. Dauernichtwähler entwickeln sogar eine Demokratiedistanz. Churchills Spruch, den Du werter Leser, ein paar Seiten weiter vorne lesen kannst, würden demnach nicht alle unterschreiben. Das spiegelt den angesammelten Frust gegen ein System wider, an dem der oder die Nichtwählerin zweifeln.

DU BIST TRÖGLITZ!

Frust war auch in Tröglitz der Motor der Ereignisse. Die Vermutung von Ex-Ortsbürgermeister Nierth: Die Mehrzahl der Tröglitzer, die auf den Anti-Asylanten-Demos dauerhaft mitlaufen, etwa 30 Leute, sind Nichtwähler. Nierth nennt sie Wutbürger, manchmal auch Frustrierte. Nicht, dass er nicht versteht, wo sie herkommen: Als Nierth mitgeteilt wird, dass Flüchtlinge im Dorf untergebracht werden sollen, geht dieser – wohlgermerkt als Erster – an die Öffentlichkeit. Nierth wendet sich via ►



Kommunalblatt an sein Dorf, zeigt sich besorgt, fordert aber zu Besonnenheit, Solidarität und vor allem Herzenswärme auf. Es ist ein langer, sehr persönlicher Brief, den er an seine Gemeinde schreibt. Ob ihn jemand liest, weiß er nicht.

Es vergeht nicht viel Zeit, da zeigen sich die ersten Bürger ebenfalls besorgt. Ihre Reaktion ist aber eine etwas andere als die von Nierth. Sie wollen eine Demo anmelden. Geht ja nicht, dass man da einfach so in ihr Dorf irgendwelche fremden Leute reinbringt. Da sich die besagten Bürger selbst nicht zutrauen eine Demo anzumelden, rufen sie bei ihren Freunden bei der NPD an. Die machen dann klar, dass Wutbürger inklusive Nazis im Dörfchen Tröglitz Sonntagsspaziergänge absolvieren. Als Gegenveranstaltung wird von Nierth und Co. zum Friedensgebet aufgerufen. Dann wird auf dem neu gegründeten Facebook-Profil der Asylantengegner mit dem Namen »Der Tröglitzer« gehetzt und zwar was das Zeug hält. Der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt, zumindest für Bürgermeister Nierth, ist ein Foto, auf dem ein sechsjähriges Mädchen von Islamisten geköpft wird. Zynische Unterschrift: War wohl nur ein Versehen? Der Beitrag ist auf Facebook nicht mehr auffindbar, dafür eine direkte Stellungnahme von Nierth auf einer Gegenseite zum Tröglitzer mit dem Namen »Du bist Tröglitzer«.

Nierth wendet sich erneut auch via Kommunalblatt an seine Bürger, um dann zu erfahren, dass die NPD vor seinem Privathaus das Ende ihrer Demo angemeldet hat und dort Kundgebungen veranstalten will. Als Politiker ist Nierth davor nicht geschützt. Er lebt in dem Haus mit Ehefrau und Kindern und

sieht deren Sicherheit nicht mehr gewährleistet. Polizeischutz wird zugesichert. Aber allein der psychische Stress, dem vor allem seine Kinder ausgesetzt werden würden, ist ihm zu viel. Er tritt zurück. Die NPD ändert die Route von selbst, sieht sich als Sieger. Aus dem ganzen Land schallt Bedauern nach Tröglitz über den Rücktritt eines Ortsbürgermeister, welcher sich anders nicht mehr zu helfen wusste. Die Flüchtlinge werden trotzdem kommen, ob sie wollen oder nicht. Ein abgebranntes Haus und offenkundiger Hass kann das nicht verhindern. Gäbe es nicht den Ex-Ortsbürgermeister und einige Verbündete, könnten die Flüchtlinge einem Leid tun.

EMPATHIE NICHT HASS

Die Nichtwähler-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung stellt zum Schluss fest, dass sich die Nichtwähler im allgemeinen nach einer kümmernden Politik sehnen. Wäre hiermit also Merksels Erfolg zu erklären? Die Mutti, die alles richtet und von der man weiß, wie sie's macht, ist einfach eine, der man alles in die vertrauenswürdigen Hände legen kann – oder etwa nicht?

Ok, halten wir also fest: In Deutschland wählen viele Menschen nicht, weil sie sich auf die ein oder andere Weise abgehängt fühlen. Sie sind jedoch das Volk oder zumindest ein ziemlich großer Batzen davon, wenn man sich vor Augen hält, dass die sogenannte Partei der Nichtwähler die größte in ganz Deutschland ist. Sie wollen, dass es ihnen besser geht und dass sich die da oben gefälligst um sie kümmern. Doch ist das schon des Rätsels Lösung?



Auch Markus Nierth sieht Politikverdrossenheit als Problem, ist aber inzwischen immun gegen Ausreden. Die Hetze gegen ihn und seine Familie hat nicht aufgehört. Die Medien schauen nur nicht mehr so

ANGST FÜHRT ZU WUT, WUT FÜHRT ZU HASS, HASS FÜHRT ZU UNSÄGLICHEM LEID

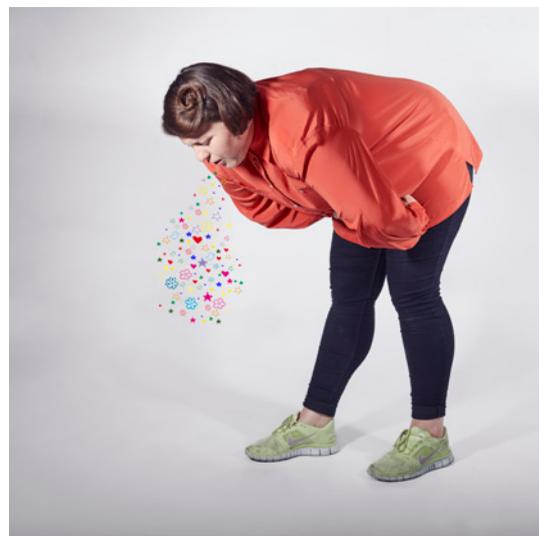
genau hin. Nierth ist herzensoffen geblieben, trotz allem, und hat verstanden, was eigentlich jeder, der in unserer popkulturell geprägten, dekadenten, westlichen Welt aufgewachsen ist, wissen sollte: Angst führt zu Wut, Wut führt zu Hass, Hass führt zu unsäglichem Leid! Halte dich fern von der dunklen Seite der Macht, sonst endest du zum Schluss noch in einem schwarzen Plastiksarg und hast eindeutig asthmatische Probleme.

Auf die Frage, wie man diese Probleme lösen könne, sagt Nierth etwas sehr Kluges: Es gehe nicht darum, jemanden mitzunehmen, sondern um Empathie, um ein Verständnis eines Mehr-als-ich. Viele Menschen, die auf den Gidas dieser Welt wie hasszerfressene Zombies umhertaumeln, sehen meist nur sich, ihre Familie, ihre eigenen Probleme, aber sicher nicht, dass es ihnen verglichen mit vielen Menschen da draußen sehr gut geht. Oder sie sehen genau das und haben Angst auf der anderen Seite zu

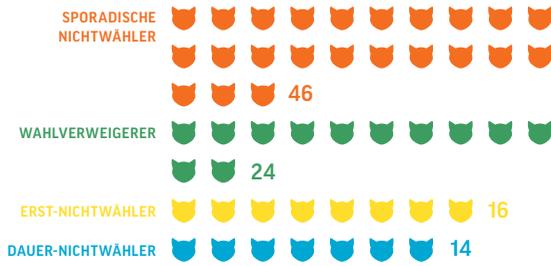
landen. Natürlich sinken die Renten, braucht unser Schulsystem neue Ansätze und dafür Geld, sollten Kinder nicht unter der Armutsgrenze leben. Aber das ändert sich nicht, indem man Minderheiten ausgrenzt, Menschen hasst, die vor Elend und Leid fliehen, und bloß nichts abgibt. Ganz im Gegenteil. Nierth ist müde geworden und er ist enttäuscht. Er und seine Familie lieben Tröglitz. Aber liebt Tröglitz sie zurück? Immerhin hat die Facebook-Seite »Du bist Tröglitz«, die sich selbst als »eine Seite für alle, denen Tröglitz am Herzen liegt und die selbst etwas positiv verändern wollen« bezeichnet, mehr Fans als die Hetz-Facebook-Seite Der Tröglitzer. Immerhin. Aber auch dort wird gehetzt, geschimpft, beleidigt. Ob sich die Leute beim Bäcker in die Augen sehen können?

ENGAGIER DICH!

Ja, es stimmt: Die Wahlbeteiligung nimmt in Deutschland stetig ab. Es stimmt auch, dass wir in einem aufgeklärten Land leben und wie Markus Nierth sagt, die Ausrede man könne sowieso nichts verändern, nicht zählt. Trotzdem gibt es sie da draußen: die Unzufriedenen. Wie können wir sie erlösen? Die Unzufriedenen sind nämlich selbst sehr ansteckend. Es reicht schon ein Besuch beim Jobcenter und man droht einer von ihnen zu werden. Peter Sloterdijk sagte in einem Interview: »Wenn Verlierer Unternehmer werden wollen, dann werden sie radikal.« Hat er Recht? Und warum sind sie Verlierer? Wer macht sie dazu? Wir müssen wieder die Handhabe über solche Begriffe erlangen. Jeder hat schon ►



NICHTWÄHLER 2012



Wahlberechtigte, die sich nach der Bundestagswahl 2009 und im Jahr 2010 selbst als »Nichtwähler« deklariert hatten; Durchführungszeitraum: 10. Oktober bis 10. November 2012; Anzahl der Befragten: 3.501 Die befragten Nichtwähler können wegen der durch die beschriebene Art der Rekrutierung wahrscheinliche Untererfassung des tatsächlichen Anteils der Nichtwähler bei den zurückliegenden Wahlen nicht im lupenreinen Sinne als repräsentativ für alle Nichtwähler der Wahlen 1998, 2002, 2005 und 2009 angesehen werden. Da aus den verschiedensten Gründen – nicht zuletzt auch wegen der immer stärkeren Restriktionen der Datenschutzbehörden – andere Rekrutierungswege nicht zur Verfügung stehen, dürfte die befragte Stichprobe der Nichtwähler dennoch einen wichtigen Teil dieser Gruppe abbilden. Über die Gesamtheit der Nichtwähler und deren Zusammensetzung liegen zudem keinerlei Informationen vor.¹

RÜCKGANG DER WAHLBETEILIGUNG



Rückgang der Wahlbeteiligung in ausgewählten Ländern seit 1983.¹

mal verloren, und wenn's nur beim Mensch-Ärger-Dich-nicht war. Sloterdijk sagt auch, das wir ein fundamentales Missverständnis im 20. Jahrhundert entwickelt haben, dass zur Freiheit dazu gehöre andere zu verletzen und zu beleidigen. À la: Das wird man doch noch sagen dürfen. Jeder darf gern alles in sein Tagebuch schreiben, eine Veröffentlichung dieses Tagebuchs ist eine völlig andere Sache. Freiheit ist auch die Freiheit der anderen.

Die Antwort auf die Frage nach Erlösung liegt in ihr: Es ist das Wir. Das Jeder-gegen-Jeden muss aufhören. Wir heißt nicht: Wir in Abgrenzung zu irgendwelchen anderen. Wir heißt: Wir und zwar als Weltgemeinschaft. Dazu bedarf es eines Dialogs. Und Beispiele, wie offene Bürgerbüros oder das Zugehen von Politikern wie Sigmar Gabriel auf frustrierte Bürger, beispielsweise in Dresden, zeigen: Man kann miteinander reden und an Lösungen arbeiten. 2010 veröffentlichte der französische Philosoph und ehemalige Résistance-Kämpfer Stephan Hessel sein

2009 BLIEB BEI DEN BUNDESTAGSWAHLEN JEDER DRITTE DER WAHL FERN. BEI LANDTAGSWAHLEN BETEILIGEN SICH ZWISCHEN 47,7 (SACHSEN-ANHALT 2011) UND 62,7% (RHEINLAND-PFALZ 2011). AUF KOMMUNALER EBENE BETEILIGEN SICH SOGAR NUR ZWISCHEN 35 UND 45 %.¹

Essay *Empört euch!*. Der Titel kann dabei schnell in die Irre führen. Hessel fordert nämlich nicht, sich über den stinkenden Müll des Nachbarn aufzuregen und diesem Mal aufs Dach zu steigen, sondern gemeinsam Probleme anzupacken, die größer sind als man selbst. Er plädiert für Gewaltlosigkeit und Respekt. Empörung heißt nicht Beleidigung. Empörung heißt nicht Hass. Engagiert euch – so heißt auch Hessels zweiter Essay – aber versucht auch immer die andere Seite zu sehen. Seid empathisch. Kotzen ist durchaus erlaubt und manchmal auch sehr nötig, wenn der Körper vergiftet ist. Am Ende muss die Kotze aber von irgendwem auch wieder aufgewischt werden. •

- LESEEMPFEHLUNGEN:
***STEPHAN HESSEL:**
 EMPÖRT EUCH! (2010) UND ENGAGIERT EUCH! (2011)
***MANFRED GÜLLNER:**
 NICHTWÄHLER IN DEUTSCHLAND (FRIEDRICH EBERT STIFTUNG) (2013)



DAS LEBEN AUS EIGENER KRAFT ANPACKEN

Ein utopisches Interview mit Markus Nierth,
Ex-Ortsbürgermeister von Tröglitz

VON ELISA BILKO

Markus Nierth möchte an das Gute im Menschen glauben, auch wenn er ihn in seinem eigenen Dorf anders erlebt hat. Dass die Probleme tiefer liegen, als die Politik greifen kann, erläutert er in unserem Gespräch und zeigt Ansätze auf, wie wir unsere Gesellschaft zum Besseren verändern können.

KATER DEMOS *Laut einer Studie kommen Nichtwähler eher aus sozial benachteiligten Schichten. Wäre es nicht hier auch Aufgabe der Politik aufzuklären, also genau solche Sachen zu kommunizieren wie, »Wie melde ich eine Demo an?« oder »Wie kann ich als einfacher Bürger helfen?«. Wird da in der Kommunalpolitik genug gemacht? Wird genug eingebunden?*

MARKUS NIERTH Hier muss ich deutlich sagen: Das ist unsere gesamtgesellschaftliche Verantwortung. Das kann man nicht einfach zur Politik hinschieben. Ich möchte ganz drastisch sagen: Wenn jemand seinen Handyvertrag nicht auf die Reihe kriegt; wenn jemand seinen Besuch beim Job-Center nicht hinbekommt; oder die einfachsten Dinge, wie seine eigenen Finanzen, der wird erst recht kein Interesse an einer Demonstrationsanmeldung haben. Die Leute, die in Tröglitz die Demonstrationen angestoßen haben, hätten sich schon mit ein bisschen Willen dahinterklemmen können und anfragen können, wie das denn geht. Aber warum das in dem Fall nicht genug war... Wahrscheinlich Unsicherheit und schlichtweg Angst vor dem Umgang mit den Behörden.

KD *Wie kann man solche Leute mitnehmen? Müsste man nicht eigentlich schon in der Schule damit anfangen, politische und soziale Kompetenz zu lehren?*

MN Ich glaube wir müssten – und das mag jetzt theologisch klingen – aber wir müssten viel tiefer ansetzen. Viele der Menschen, die hier unzufrieden sind, auch viele der Jugendlichen, die ich hier zum Teil seit Jahren begleite, kommen aus schwierigen Familienverhältnissen, wo sie wenig Aufmerksamkeit, wenig Beachtung, wenig Anerkennung und wenig Liebe bekommen haben. Wo sie emotional und zum Teil auch sozial verwaist sind. Sie sind eben nicht finanziell benachteiligt. Es gibt aber keinen inneren Anspruch, sich zu bewegen und aus dem eigenen Leben mehr zu machen. Mein Ansatz ist einfach der, dass das Grundgefäß, also das Herz, bei vielen schon früh kaputt gemacht und nicht geformt wurde, um genügend eigene Bestätigung und eigene Liebe aufzunehmen und dann das Leben aus eigener Kraft und in Eigenverantwortung anzupacken.

Markus Nierth, 46, ist evangelischer Theologe und Kommunalpolitiker. Von 2009 bis 2015 war er Ortsbürgermeister in Tröglitz. Im März 2015 legte er sein Amt nieder. Der Grund: Rechtsextreme Demonstranten planten Kundgebungen gegen Asylbewerber vor Nierths Privathaus, für die sich dieser in den Wochen davor stark gemacht hatte. Nierth wollte das seiner Familie, vor allem seinen sieben Kindern, ersparen und entschloss sich zum Rücktritt. Nach wie vor setzt sich Nierth für die Asylbewerber ein und hat in Tröglitz ein Patenprogramm für Flüchtlinge ins Leben gerufen.

KD *Denken Sie, dass solche Fälle wie in Tröglitz durch direktere Demokratie, durch mehr Teilhabe, durch mehr Bürgerverantwortung ausgehebelt werden könnten? Oder befinden wir uns jetzt einfach in Zeiten des Abwartens und die Radikalen besetzen politische Themen für sich, weil alle andern die Füße stillhalten. ►*

WIR SELBST MACHEN JA NICHT VIEL, WIR GEBEN AUS TRÄGHEIT UNSERE VERANTWORTUNG AN WENIGE AKTIVE AB.

MN Es würde schon reichen, wenn die Politik wirklich offensiv, ehrlich, rechtzeitig und vor allem durchsichtig handeln würde. Das war sicher auch bei uns der Fehler, der vom Landratsamt eingestanden wurde. Man hätte früher reagieren sollen. Man hätte transparent sein sollen, und eben nicht alles möglichst lange verschweigen wollen. Der Erste, der sich öffentlich gemeldet hat, das war ich als kleiner Ortsbürgermeister, um eben der Verdrossenheit vorzubeugen. Politiker müssten viel öfter sagen: Leute, ich gebe mich hier in gefährliches Fahrwasser und mache mich angreifbar, aber das sind die Fakten. Natürlich ist das Gemotze groß, aber so etwas müssen Politiker auch offensiver und ehrlicher angehen. Auch die Bevölkerung muss sich mal an der eigenen Nase greifen und bemerken: Wir selbst machen ja nicht viel, wir geben aus Trägheit unsere Verantwortung an wenige Aktive ab. Sicher kam von Kritikern die Frage: »Na Leute, wenn wir hier ehrlich abstimmen könnten, wie viele Leute wären denn wohl gegen das Asylbewerberheim?« Also ich kann natürlich nur schätzen, aber ich vermute, dass 60, 70 Prozent sich wohl dagegen ausgesprochen hätten, das ahnt die Mehrheit der Leute. Und das macht es nicht einfacher.

KD *Meinen Sie, dass, würde man den Menschen die Gelegenheit geben, die andere Seite kennenzulernen, auch viele Ängste wegfallen würden?*

MN Absolut. Das Kennenlernen »der Fremden« ist sehr wichtig. Wir hatten hier beispielsweise ein syrisches Paar, gebildete Leute. Es war beschämend, wie herzenlos sie waren, trotz der ganzen Dinge, die sie in ihrer Heimat erleben mussten, trotz der unfreundlich-abweisenden Gesichter von manch Einheimischem. Deshalb müsste auch schon viel früher angesetzt werden. Ausländische Kultur sollte praktisch erlebbar werden. Bei uns gibt es wenige »fremdländische« Schüler. Man könnte Menschen einladen und sie von ihren Erlebnissen erzählen lassen.

Aber das Hauptproblem vermute ich noch wo anders: Wenn man in Deutschland eine große Umfrage machen würde, würde sich wohl ein Großteil der Leute gegen Asylbewerber aussprechen. Und der Knackpunkt ist der – das muss ich so direkt sagen – eine ziemliche Undankbarkeit im Angesicht der eigenen guten Lebenssituation und das Verges-

sen der eigenen Geschichte. Man hat sich in einem »Dauermaulen« eingerichtet, ob man jetzt Hartz IV bekommt, Arbeiter oder Gutverdiener ist und einfach nur seinen Besitzstand wahren möchte. Diese Hartherzigkeit, das werde ich nicht durch politische Aufklärung wegstreichen.

Wenn man dann vergleicht und in Länder wie Libyen, Libanon und Jordanien blickt, in denen viel mehr Flüchtlinge aufgenommen werden, kann man sich schon fragen: Warum klappt es dort einigermaßen, obwohl die Leute dort wesentlich weniger, zum Teil auch gar nichts haben? Es ist die Herzenswärme und nicht die politische Aufklärung, die fehlt.

KD *Könnten Sie sich eine Art politisches Frühwarnsystem vorstellen, mit dem man die sogenannten Wutbürger besser auffangen kann? Ein System etwa, das vereinfachen könnte, Missfallen in bestimmten Fällen frühzeitig zu sammeln und dafür entsprechende Anlaufstellen bietet?*

MN Das klingt an sich sehr gut, aber ich wüsste nicht wie das funktionieren sollte. Ich habe beobachtet, dass die entschlossenen Wutbürger, die dann wirklich offensiv auf die Straße gehen, in ihrer Meinung schon vorgefestigt sind und nur bedingt belehrbar. Der eigene Unwille, die inneren Probleme, die Ängste, die in der Bevölkerung vorhanden sind, werden umgelenkt auf Verschwörungstheorien und draußen platt an den Mann gebracht.

Meine Erfahrung ist, dass die Aktiven gar nicht unbedingt die Ängstlichen sind, sondern die, die endlich ihren Frust rauslassen wollen. Aber: für die breite, schweigende Mitte, dort die Ängste frühzeitig zu erkennen, zu nehmen und damit auch ein weiteres Anwachsen einzudämmen, da wäre eine Art Frühwarnsystem völlig wichtig. Überall, wo im ländlichen Raum Flüchtlinge untergebracht werden sollen, müsste man die in der Kommune Verantwortlichen mit gutem Infomaterial und Beratern

DER BÜRGER MUSS SELBST WIEDER IN SEINEM UMFELD VERANTWORTUNGEN ÜBERNEHMEN UND LERNEN, DASS ER SO DURCHAUS MITGESTALTEN KANN.

auf mögliche Proteste vorbereiten, ihnen bei der Argumentation helfen und dann die einfachen Bürger ehrlich und frühzeitig informieren, damit die Rechten dies nicht ausnutzen können.

KD *Was kann die große Politik am Beispiel Tröglitz lernen?*

MN Zum einen bedarf es einer neuen Politikkultur. Das muss natürlich auf eine friedliche, vertrauensvolle Weise geschehen, also auch parteiübergreifend, dass man sagt: Wir öffnen uns für eine neue Kultur, in der wir auch Fehler zugeben und auch um Verzeihung bitten können. Wenn heute jemand einen Fehler macht, dann muss er ihn verstecken, sonst wird er gnadenlos von seinen Gegnern mit Worten niedergeknüppelt. Bei dieser Unbarmherzigkeit und diesem Mangel an Fehler(zu)geständnis bräuchte es eine neue Umgangskultur.

Das zieht sich auch in die Gesellschaft hinein, die unter einem unwahrscheinlichen Erfolgsdruck leidet und kaum noch zum Nachdenken kommt. Und dann geht es weiter zum einzelnen Bürger, der sich eben nicht nur billig rausreden darf nach dem Motto: »Die Politiker machen alles falsch und sind alle korrupt«. Der Bürger muss selbst wieder in seinem Umfeld Verantwortungen übernehmen und lernen, dass er so durchaus mitgestalten kann. Schon auf Gemeindeebene gibt es dazu viele Möglichkeiten. Das wäre auch ein Mittel gegen Politikverdrossenheit.

Aber es geht noch weiter. Ich bin ja als ehemaliger oppositioneller DDR-Bürger Diktatur-geschädigt und dadurch natürlich auch DDR-Pädagogik-geschädigt. Mich hat damals sehr wütend gemacht, wie systematisch der eigene kreative Geist und die Individualität möglichst klein gehalten und kaputt gemacht wurden. Man sollte möglichst zu einem funktionierenden Zahnrad erzogen werden, das arbeitet, aber nicht nachdenkt. Was mich nun entsetzt, ist, dass in unserer heutigen und von mir geliebten

Demokratie durch ungeheuren Leistungsdruck und andauernde Rastlosigkeit in den Schulen wieder Individualität zerstört und verhindert wird. Ein aufbegehrendes, kreatives, noch mit leuchtenden Augen eingeschultes Kind, wird durch Druck und Stress zurechtgepresst, damit es das Leistungsschema hoffnungslos überfüllter Lehrpläne pro Forma erreicht, und das bis hoch in die Gymnasialstufe, wo die Jugendlichen sinnlos und ohne Herz büffeln, das auch genauso wahrnehmen und nicht mehr den Sinn und Bezug zum Leben sehen. Das finde ich sehr traurig. Ich würde mir wünschen, dass viel lockender und offener unterrichtet werden würde. Dass nicht nach Schema F Wissen in die Köpfe gepresst wird, sondern von mit Begeisterung ansteckenden Lehrern ein Hunger nach Wissen automatisch entsteht. Und dass dabei wirklich auch Sozialkompetenzen eine Rolle spielen, und nicht nur trocken gelerntes Wissen. Es braucht viel mehr freien Raum und Freizeit für die eigene Persönlichkeitsentwicklung, so dass die jungen Menschen auch stolz darauf werden, dass Sie so einmalig originell sind. Sonst müssen Sie irgendwelchen fremden, übergestülpten Idealen nachlaufen, die ihnen gar nicht entsprechen und lassen sich verführen. Wir sind durch Erfolgs- und Zeitdruck viel zu gleichgeschaltet. Das ist wirklich schlimm.

KD *Herr Nierth, wir Danken Ihnen für das Gespräch.*

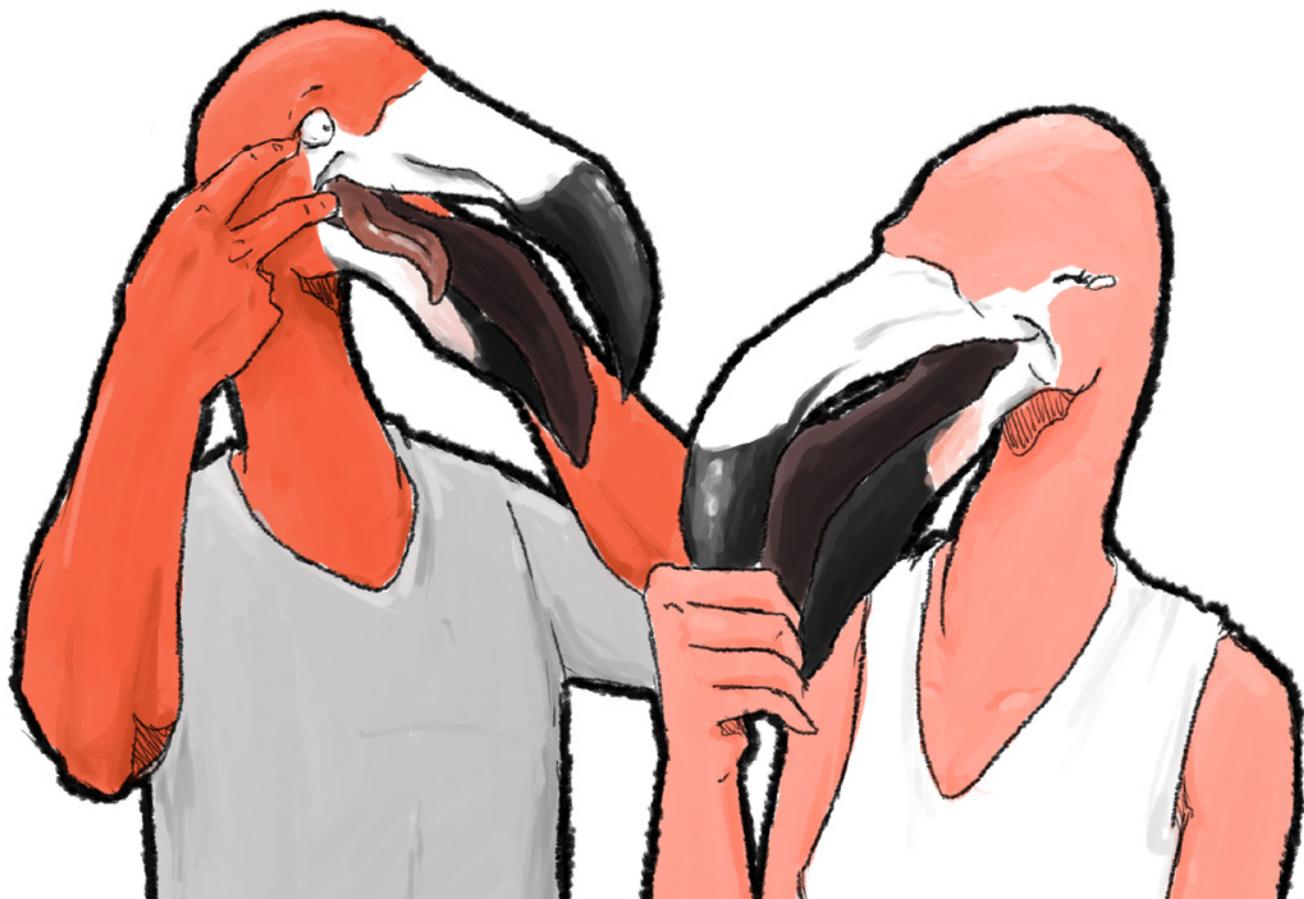


ELISA BILKO MAG INTERVIEWS. FÜR IHRE MASTERARBEIT ZUM THEMA ART BASEL HAT SIE GLEICH SIEBEN MEINUNGEN EINGEHOLT. MIT LEUTEN ZU SPRECHEN TUT IHR IMMER GUT, DENN SIE FINDET ZUHÖREN SEHR WICHTIG. ZUHÖREN GEPAART MIT EMPATHIE WÜRDIG WAHRE WUNDER BEWIRKEN, DENKT SIE. ABKOTZEN KANN SIE AUCH. AUF DEN SCHÖNEN FOTOS HIER TUT SIE ABER NUR SO.

THERE ARE SOME FUNNY PARTIES GOING ON

Versprechungen zu machen, die eh nicht eingehalten werden, gehört zum festen Politiker-Handwerk. Sogenannte Spaßparteien sind ganz besonders gut darin und schaffen es gleichzeitig noch, ernsthaften politischen Protest auszudrücken.

TEXT SARA LIENEMANN
ILLUSTRATION MARC HEINRICH





Ganz in Shakespeares Sinne »Ist dies schon Wahnsinn, so hat es doch Methode« hat sich die ein oder andere Spaßpartei das mit den offensichtlich absurden Forderungen und Versprechungen von etablierten Parteien abguckt und fordert unter anderem Sachen wie: die Wiedereinführung der Gurkenkrümmungsverordnung, allerdings für Exportwaffen, eine 99-Pence-Münze gegen das nervige Wechselgeld, endlich ein Eisbär für den Reykjaviker Zoo oder die Zuschüttung der britischen Seite des Eurotunnels. Spaßpartei wird eine Partei dann genannt, wenn sie den Fokus eher auf ihren Unterhaltungswert als auf ihre Inhalte legt. Nimmt man aber dieses als entscheidendes Kriterium für die Nicht-Ernsthaftigkeit von Parteien und wirft einen Blick auf die Wahlkämpfe der näheren Vergangenheit, steht so manche etablierte Partei schnell als Spaßpartei da. Und zählt eigentlich nur als Spaßpartei, wer sich selbst nicht für voll nimmt oder auch, wer einfach nicht ernst zu nehmen ist? Immerhin stößt man beim Googeln des Begriffs zu aller erst einmal auf die FDP. Da das aber zu weit führt, wird hier nun eine kleine Auswahl an Spaßparteien, und zwar solchen, mit bewusster satirischer Herangehensweise, vorgestellt – natürlich ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit. Nur weil eine Partei als Spaßpartei durchgeht, heißt das übrigens nicht, dass sie keine Wählerstimmen bekommt. Aber dazu mehr in den einzelnen Texten.

GROSSBRITANNIEN: KATZEN AN DIE MACHT

Dass Katzen die Weltherrschaft an sich reißen wollen, ist kein großes Geheimnis. In Großbritannien hätte es eine beinahe geschafft, bevor sie 2002 in einem Autounfall verstarb. Die Rede ist von Cat Mandu, ehemalige gewählte Parteivorsitzende der **OFFICIAL MONSTER RAVING LOONY PARTY** und rothaarige Tabby-Katze. Bis zu ihrem Tod teilte Mandu sich die Parteispitze mit Alan »Howling Laud« Hope. Die beiden traten 1999 die Nachfolge des Parteigründers David Edward »Screaming Lord« Sutich an, nachdem dieser sich das Leben genommen hatte. 1982 hatte der Rockmusiker die **OMRLP** gegründet. Obwohl diese es trotz einiger kommunaler Erfolge nie ins UK-Parlament schaffte, wirkte sich ihre Anwesenheit stark auf die britische Politiklandschaft aus. Sutich, der seinem Namen offiziell den Lord hinzugefügt hatte, und seine kostümierten Parteifreunde mischten über Jahre die Wahlkämpfe auf, irritierten andere Kandidaten und erfreuten das Wählervolk. »Ohne ihn«, sagte der damalige Premierminister Tony Blair nach Sutichs Tod, »werden die Wahlen nie wieder so sein, wie sie waren«. Immer wieder erinnerte ihr Humor dabei an Monty Python. Studiengebühren sollten zum Beispiel abgeschafft werden – zumindest für alle, die Grant mit Nachnamen heißen (Grant bedeutet nämlich auch Stipendium). Eine Frage, die Sutich zu Lebzeiten nicht los ließ, wird von der Partei noch immer gestellt: warum gibt es eigentlich nur eine einzige Monopolaufsichtsbehörde? So abwegig scheinen die Ideen der **OMRLP** übrigens gar nicht gewesen sein, denn einige sind mittlerweile UK-Gesetz, wie das Wahlalter von 18 Jahren, die Abschaffung der Sperrstunde in Kneipen und Pässe für Haustiere. ▶



BELGIEN: EINFACH MAL »NEE« SAGEN

Eine andere Forderung der OMLRP, nämlich die nach einer Möglichkeit, auf dem Wahlzettel »None of the above« anzukreuzen, für den Fall, dass man halt ganz einfach keiner der Auswahlmöglichkeiten seine Stimme schenken möchte, findet sich gleich im Namen der belgischen Partei **NEE** (auf deutsch nein) wieder. Da in Belgien gesetzliche Wahlpflicht herrscht, schuf sich 2005 eine Möglichkeit, durch die die Verpflichteten auf dem Stimmzettel ihren Protest ausdrücken können, eben Nee sagen zum bestehenden Angebot. Aufmerksamkeit erregte **NEE** als Kandidatin Tania Derveaux 2007 nackt auf einem Wahlplakat zu sehen war und 40.000 Jobs versprach. Damit wollte die Partei die absurden Ankündigungen anderer Parteien persiflieren. Aus den Jobs wurden dann irgendwie recht schnell Blowjobs, die eine Schauspielerin als Tanias Blowjob Assistant dann pantomimisch in einem Video erledigte.

DEUTSCHLAND: TÖTET KOHL

»Scheitern als Chance«, der viel zitierte Slogan, stammt von niemand geringerem als Christoph Schlingensief. Der war 1998 mit seiner Partei **CHANCE 2000**, auch bekannt unter dem Namen Partei der letzten Chance, zur Bundestagswahl angetreten. Der Theatermacher fand, Politiker seien in einer dauernden Inszenierung und Kostümen gefangen. Wie durch so viele seiner Projekte – bei der Documenta X 1997 in Kassel hatte er zum Beispiel ein Schild mit der Aufschrift »Tötet Kohl« benutzt und war daraufhin verhaftet worden – wollte der große Künstler die Grenzen zwischen Kunst und Realität verschwimmen lassen. Die Parteigründung wurde als Wahlkampfzirkus bezeichnet und mit Artisten und Zirkusnummern gefeiert. Zur Aktion Kanzlerbaden im Wolfgangsee wurden alle deutschen Arbeitslosen eingeladen, in besagtem See zu baden, um somit den Wasserspiegel zu erhöhen und das Ferienhaus Helmut Kohls an dessen Ufer zu überfluten, es kamen allerdings nur recht wenige. Unter ihrem Motto »Wähle dich selbst« erreichte die Partei immerhin über 28.500 Zweitstimmen. **CHANCE 2000** war offen für alle; wer wollte, konnte sich unter dem Namen Chance Müller oder Müller Chance als Direktkandidat aufstellen und sich dann selbst wählen. Schlingensief war vermutlich der erste und einzige Parteigründer, der jemals seine Partei verhöckern wollte. Sie häufte einen riesigen Berg an Schulden an, den auch eine großzügige Spende von Wolfgang Joop nicht tilgen konnte. Der Verkauf wurde schließlich nicht gestattet, weswegen ein Verein gegründet wurde, der die Schulden übernahm, Mitglieder waren neben Schlingensief selbst unter anderem Tom Tykwer und Alfred Biolek.



ISLAND: DIE BESTE ALLER PARTEIEN

Hausbau, dickes neues Auto, Eigentumswohnung: Frisch privatisierte Banken und einfach zugängliche Kredite lösten 2004 in Island einen wahren Konsumrausch aus. Bis dann 2008 alles in sich zusammen fiel, Banken verstaatlicht werden mussten und der kleine Inselstaat bis unters Kinn in der Finanzkrise versank. Der Kurs der isländischen Krone sank tiefer denn je, ein Staatsbankrott konnte nur knapp mit Hilfe des Internationalen Währungsfonds (IWF) verhindert werden. Vom Highlife in die Schuldenfalle also. Das Vertrauen der resignierten Isländer in die Politik war hinüber. Das in die Kunst hingegen schien Hoffnung gesendet zu haben, denn die gut 118.000 Einwohner Reykjaviks wählten 2010 Jón Gunnar Kristinnson (Jón Gnarr) – bis dato Komiker, Musiker und Schriftsteller – zum Bürgermeister. Seine Partei, die **BESTI FLOKKURINN** (deutsch: beste Partei) forderte im Wahlprogramm 2009 offene statt heimliche Korruption, kostenlose Handtücher fürs Schwimmbad, besagten Eisbären für den Zoo und generell mehr Spaß. Gleichzeitig kündigten sie

an, alle Versprechen im Falle eines Wahlsieges zu brechen. Gnarr, heute 48, nennt seine Partei »anarcho-surrealistisch« und hat außerdem einmal verkündet, nur mit jemandem koalieren zu können, der alle Staffeln von The Wire gesehen habe. Inzwischen ist seine Amtszeit beendet, eine Zweite lehnte er ab und behauptet noch immer, kein Politiker zu sein.

Trotzdem: während seiner Amtszeit blieb ihm nichts anderes übrig, als es wirklich zu versuchen. Mit Erfolg. Denn neben einigen spaßigen Aktionen wie dem Aufkleben von Smileys auf Ampeln oder der Einführung des Guten-Tag-Tages für bessere Stimmung, hat Gnarr einiges bewirkt. So sanierte die Partei unter anderem die Stadtfinanzen, sorgte für weniger Korruption und rettete den größten

Energiekonzern des Landes. Während seiner Arbeit gab Gnarr, Sohn eines Polizisten, als »schwer erziehbar« geltender Schulabbrecher und fünffacher Vater, immer wieder zu, von bestimmten Themen keine Ahnung zu haben. Eine Ehrlichkeit, an der sich viele Politiker ein Vorbild nehmen könnten. ►

**KOSTENLOSE
HANDTÜCHER FÜRS
SCHWIMMBAD UND
GENERELL MEHR
SPASS.**



DEUTSCHLAND: ENDLAGER PRENZLAUER BERG

Mit dem Trend der Zeit gehen und Inhalte überwinden. Im Oktober 2014 wurde Martin Sonneborn für **DIE PARTEI** (partei für arbeit rechtsstaat tierschutz elitenförderung und basisdemokratische initiative) mit gerade einmal 0,6 Prozent der Stimmen ins EU-Parlament gewählt. Eigentlich hatte der ehemalige Titanic-Chefredakteur vor, in den fünf Jahren Legislaturperiode 60 seiner Parteimitglieder je einen Monat lang den Sitz in Brüssel innehaben und das Gehalt kassieren zu lassen, was aber nicht funktionierte, weswegen er vorerst wohl der einzige Parteiler in Brüssel bleibt. Übrigens ist er fraktionslos und Mitglied im Ausschuss für Kultur und Bildung sowie der Delegation für die Beziehung zur koreanischen Halbinsel. Die Partei wurde 2004 gegründet und tritt seit 2005 zu Wahlen an. Unter ihren Forderungen finden sich offensichtlich satirische (z. B. der Bau einer Mauer um Deutschland oder auch um die Schweiz herum, gegen Globalisierung und unkontrollierte Finanzströme oder »Markus Lanz soll ab sofort Kinderpornos moderieren. Damit sie niemand mehr schaut«) aber auch ernstere wie »Fuck the Freihandelsabkommen!«. Als sie bei der Bundestagswahl 2009 nicht zur Wahl zugelassen wurde, unter anderem wegen mangelnder Ernsthaftigkeit, erhielt sie unerwartete Unterstützung von Wahlbeobachtern der OSZE und sorgte im Endeffekt 2012 für





eine Änderung von Grundgesetz und Bundeswahlgesetz. **DIE PARTEI** greift immer wieder Kommunikationsstrategien anderer Parteien auf und führt sie ad absurdum. Ihre Wahlkämpfe sind Karikaturen, so forderte sie beispielsweise bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus ein »Endlager Prenzlauer Berg« für Atommüll.

Was Spaßparteien insgesamt können, ist, der Wirklichkeit einen Spiegel vorzuhalten und so durch Satire echtes Politikinteresse zu erzeugen. Benedikt Porzelt, der an der Uni Marburg zum Thema Politik und Komik forscht, spricht von ihnen als Protestparteien. »Das Wählen solcher Parteien«, sagt er, »kann ein Zeichen von Protest sein. Sie setzen sich oft kritisch und überspitzt mit Konventionen auseinander und verlachen das, was sie an der aktuellen Politik schlecht finden. Sie hinterfragen politische Strukturen auf unterhaltsame Weise.« Die so genannten Spaßparteien sind also nicht zu verachten und auch nicht zu unterschätzen. Denn es kann der Demokratie ja nur helfen, wenn festgefahrene Strukturen und Prozesse in der Politiklandschaft hinterfragt und angeprangert werden. Und somit wird dann auch das Wort »Spaß« in ihrem Namen irgendwie hinfällig. •

SARA LIENEMANN SCHREIBT EIGENTLICH ZIEMLICH GERN TEXTE. DESWEGEN HAT SIE AUCH KULTURJOURNALISMUS AN DER UDK BERLIN STUDIERT. WAS SIE ALLERDINGS ÜBERHAUPT NICHT GERN SCHREIBT, SIND DIESE KLEINEN VORSTELLUNGSTEXTE ÜBER SICH SELBST. DIE FALLEN IHR IRGENDWIE RECHT SCHWER UND WERDEN MEISTENS AUCH ECHT NICHT SO GUT. WIE DIESER HIER. ABER NAME UND STUDIENGANG SIND IMMERHIN ENTHALTEN.

EXTREMISMUS- FORSCHUNG: MUNI- TIONSFABRIK DER KONSERVATIVEN

In einer pluralistischen Gesellschaft ringen progressive Strömungen stets um die gesellschaftliche Öffnung, während konservative Kräfte ihre traditionellen Werte zu behaupten versuchen. So schwer dieser Streit bisweilen ist, so notwendig ist er auch. Doch mit der Extremismusforschung hat sich die konservative Politik gemeinsam mit dem Verfassungsschutz ihre ganz eigene ideologische Theorienschmiede eingerichtet. Die offensichtlichen Gegner: Links-Partei, Antifas und Kapitalismuskritiker. Die angeblich unsere demokratische Grundordnung abschaffen wollen.

EXTREME EXTREMISMUSFORSCHER

Diese unzureichende Unterscheidung erklärt Jesse folgendermaßen:

**»EXTREMISMUS IST NICHT NUR
KEIN RECHTSBEGRIFF, ER IST EIN
POLITISCHER BEGRIFF FÜR EIN REAL
GAR NICHT EXISTIERENDES
PHÄNOMEN!«**

STREITSCHRIFTEN GEGEN DIE ANTIFA

Im letzten Jahr veröffentlichte die Politologin Bettina Blank ein Buch mit dem plakativen Titel »Deutschland, einig Antifa?«. Darin findet sich die steile These, »Linksextremisten« würden unter dem Deckmantel des Antifaschismus eine »Macht-ergreifung über die Köpfe« anstreben. Als Akteure nennt sie (natürlich) die Links-Partei und sogar die »Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes«. Selbst die konservative FAZ verriss das Werk als eine »politische Streitschrift mit Sehschwäche«. Es ist schon krass ideologisch verblindet, anti-faschistischen Initiativen im Kampf gegen Neonazis »eine gezielt betriebene Einflussnahme des öffentlichen Bewusstseins mit dem Ziel der Systemüberwindung« vorzuwerfen. Was Blank in ihrem Buch verschweigt, ist ihre Arbeit beim Verfassungsschutz in Baden-Württemberg.

Das Buch erschien in der Schriftenreihe »Extremismus & Demokratie«, herausgegeben von den beiden Extremismusforschern Eckhard Jesse (ehemals TU Chemnitz) und Uwe Backes (TU Dresden). Die beiden Professoren propagieren einen Extremismusbegriff, der als hochumstritten gilt, denn er sieht die demokratische Ordnung gleichermaßen von links und rechts bedroht.

Doch genau diese Auffassung, linke Kapitalismuskritiker mit Nazis gleichzusetzen, kritisieren Sozialwissenschaftler wie Alex Demirovic als demokratiegefährdend: »Diejenigen, welche die gegenwärtige Form der Demokratie für unzureichend halten, werden als Extremisten mit den Rechten gleichgesetzt und von den braven Demokraten geschieden.« Jesse hingegen hält schon Sitzblockaden gegen Nazi-Aufmärsche für undemokratisch.

Dazu kommt eine konsequente Verharmlosung rechter Ideologie: »Die NPD ist keine Neonationalsozialistische Partei«. Politologen attestierten Jesse und Backes daher schon mehrfach ein verstörendes Verständnis der Neuen Rechten. Der Historiker Prof. Wolfgang Wippermann nannte deren ganze Extremismusforschung gar einen »Politologentrug«, als er urteilte: »Extremismus ist nicht nur kein Rechtsbegriff, er ist ein politischer Begriff für ein real gar nicht existierendes Phänomen, das von einigen Politologen erfunden wurde, die diese ihre Erfindung auch noch völlig unzureichend begründet haben.«.

GREGOR GYSI DIE LINKE



Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Bundestag, Rechtsanwalt und Oppositionsführer

EXTREMISMUS DER MITTE

Das Modell leugnet außerdem, dass extreme Überzeugungen auch in der Mitte der Gesellschaft existieren. Es erklärt nicht den extremen Fremdenhass gegen Asylsuchende, wie er im sächsischen Freital zu beobachten ist. PEGIDA oder die AfD, deren Initiatoren sich zur fdGO bekannten, werden immer wieder in die extrem rechte Ecke geschoben, wo sie als bürgerliche Bewegungen nicht hingehören.

»SOZIALE MITTE HEISST NICHT ZWINGEND AUCH DEMOKRATISCH,« FOMULIERTE ES GESINE SCHWAN EINMAL.

Wer so etwas anmerkt, der macht den Extremismus begriff unbrauchbar und »delegitimiert gar den demokratischen Verfassungsstaat«, sagt Jesse. Aber der will auch gar keine unabhängige Wissenschaft betreiben, sondern »Impulse für den Praktiker (Politiker, Ministerialbeamte, Sicherheitskräfte, Pädagogen usw.) anbieten«. Bodo Ramelow (LINKE), vor seiner Zeit als Ministerpräsident vom Thüringer Verfassungsschutz überwacht, bezeichnete Jesse in einem offenen Brief einmal als »Haus- und Hoftheoretiker und Stichwortlieferanten der CDU und der Sächsischen Landesregierung«.

NEUESTE STUDIEN BELEGEN

Wie weit man es treiben kann im Kampf gegen Links, belegt eine neue Studie des Forschungsbundes SED-Staat an der FU-Berlin. 1400 Teilnehmer wurden befragt, ob sie verschiedenen linksextrremen Einstellungsmustern zustimmen. Die Autoren warnen: »Linksextrême Einstellungen sind weit verbreitet«.

Aber man muss sich ansehen, was die Forscher abfragten: Die in Deutschland »praktizierte Demokratie« ist keine echte, weil der Einfluss der Wirtschaft zu stark ist. Das denken mehr als 60 Prozent. Gleichviele Ostdeutsche halten den Sozialismus immer noch für eine gute Idee – bisher nur schlecht ausgeführt. Halb Deutschland befürchtet eine zunehmende Überwachung linker Systemkritiker. Auch nur die Hälfte will das Gewaltmonopol »auf jeden Fall« behalten. Bei jedem Dritten führt Kapitalismus zwingend zu Armut und Hunger. Anhand solcher Aussagen bescheinigen die Autoren überraschenden 17 Prozent der Bevölkerung eine linksextrême Einstellung. Wenn das alles wirklich so ist, geht die Revolution sicher bald los – denn für die waren immerhin schon 20 Prozent.

DER ROTE FADEN

- I. Unsere fdGO S. 28
- II. Geschichte der fdGO S. 46
- III. Definition S. 60
- IV. Kampf für die fdGO S. 76
- V. Extremismusforschung
- VI. Der Verfassungsschutz S. 110

1 Bspw. vertritt der Politikwissenschaftler Prof. Richard Stoss ein zweidimensionales Modell, das die politische Realität zwischen sozialer Gerechtigkeit und Markttreue sowie Autoritarismus und Liberalismus unterscheidet.
2 Die Studie war ein Überbleibsel von Ex-Familienministerin Schröders umstrittener Linksextrismusprävention (Roter Faden #4).

BLA

BLA

BLA

WAS ICH EIGENTLICH SAGEN WOLLTE...

ÜBER DIE HOMO-EHE

BLA
BLA

BLA

TEXT JOHANNES HEIM

ILLUSTRATION ALEXANDER SÄNGERLAUB,
STEFFEN GORSKI

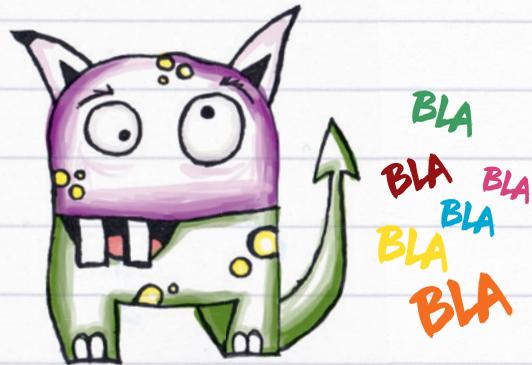
EHRlichkeit

In keiner Regierungsform spielt die Ehrlichkeit von Politikern so eine große Rolle wie in der Demokratie. Letztendlich sind Wahlversprechen und Parteiprogramme das, wonach der Bürger bei der Wahl seine Entscheidung fällt. Jedenfalls wäre das eine gute Möglichkeit, seine politische Entscheidung nach bestem Gewissen und Wissen [sic!] zu fällen. Wäre ein absolutistischer König an erster Stelle im Staat, er müsste es mit der Ehrlichkeit nicht so genau nehmen. Wiederwahlen sind nämlich nicht Teil seiner Sorgen, nur die göttliche Gunst hält ihn im Amt – unterstützt von gehorsamem Militär.

Durch ihre Relevanz wird Ehrlichkeit gleichzeitig auch der Auslöser für den meisten Frust in Demokratien. Unehrllich sind »die da oben« doch alle, so der Volksmund. Nur wiedergewählt wollen sie werden. So schwenkt Herr Maas auf einmal in seiner Meinung zur Vorratsdatenspeicherung durch die stichhaltigen Argumente Gabriels um. So etwas wie: »Seid ihr dagegen, dann trete ich zurück!«, hat der Vizekanzler wohl gesagt. Bei Angela Merkel geht das inzwischen mit der Fähnchen-im-Wind-Meinung soweit, dass man ihr Bild sicherlich im Wörterbuch unter »Opportunismus« findet. Und ausgerechnet in der Debatte um die Homo-Ehe macht Merkel nun das, was die übrigen Gegner sich nicht trauen und sie sich sonst nie traut. Sie ist ehrlich: »Ich sage Ihnen ganz ehrlich, dass ich mich schwer tue mit der völligen Gleichstellung [...] Ich weiß, dass das für viele gleichgeschlechtliche Paare schwer ist, aber ich bin mir einfach nicht ganz sicher, ob wir nicht versuchen sollten, doch dann die Adoption nicht so gleichzustellen wie bei Paaren mit Männern und Frauen.« gesteht sie in der Wahlarena vor der letzten Bundestagswahl.

Merkel, und mit ihr so ziemlich allen Homo-Ehen-Gegnern ist unwohl bei dem Gedanken daran. Zwar lassen sich alle noch halbwegs validen Argumente gegen die Homo-Ehe rational entkräften, hier sei die eigens vom Justizministerium in

Auftrag gegebene Studie von 2009 genannt, aber es reicht nicht. Die Gegner entscheiden aus dem Bauch heraus und führen irgend etwas ins Feld, was so am Stammtisch herumgeht. Gleichsetzung mit Sodomie, Vielehe und was Politiker wie die saarländische Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer eben mit dem Untergang des Abendlandes verbinden. Betreffen wird es ihn zwar nicht und es nimmt ihm auch nichts weg, aber irgendwie ist es ihm doch unwohl dabei.



GEFÜHLE UND POLITIK

Sollen wir uns jetzt freuen, dass Politiker auch nur Menschen sind und emotionale Entscheidungen treffen und nicht zwangsläufig rationale? Oder wussten wir das schon immer? Wir wollen sicher kein utilitaristisches Automaton als BundeskanzlerIn, aber kann es und darf es sein, dass Bauchgefühl und Emotionalität bestimmen, was in einer Demokratie passiert? Oder haben wir dann nur eine Art von Absolutismus, wo wir uns den Irren, dem wir auf Gedeih und Verderb ausgeliefert sind, selber aussuchen und nicht die göttliche Vorsehung?



Umfragen belegen, dass die Mehrheit der Deutschen für eine Homo-Ehe ist. Und der Mehrheitswille bestimmt auch, wer uns regiert. Denn wir leben in einer D-e-m-o-k-r-a-t-i-e (sic!). Aber man wählt eben nicht einzelne Positionen, sondern Meinungsansammlungen, die die Form von Parteien annehmen. Was ist nun der demokratische Weg? Wäre eine Volksabstimmung hier endlich einmal angebracht? Sicher nicht zu alles und jedem Thema, dann brauchen wir keine Parteien zu wählen, sondern nur Leute, die Volksabstimmungen organisieren und deren Ergebnis dann umsetzen. Wenn nicht Bauchgefühl sondern Rationalität das Ruder in die Hand nimmt, dann wäre so etwas bei diesem Thema aber nicht nötig.

POLITISCHER SUBTEXT

Der Koalitionspartner gibt natürlich auch nicht zu, dass er zu feige ist es bei so einem Thema auf einen richtigen Streit ankommen zu lassen. Berlin enthielt sich diesen Juni beim Bundratsentwurf. Und Müller, der sich nicht traute den Koalitionspartner CDU zu verärgern, drehte den Spieß um und sagte, »die Tür [der SPD] bliebe der CDU bis zur letzten Minute offen«, was so viel heißt wie »Ich traue mich nicht, stark und mutig zu sein, traue euch doch bitte und seid nicht so kindisch.« Aber kein Appell von Herrn Müller macht das Duckmäsertum in diesem Thema bei der SPD besser, auch wenn natürlich vor allem die CDU/CSU hier Schuld auf sich lädt. Schuld, sich den rational-argumentativen Meinungen zu verschließen und vor allem Schuld gegenüber der Demokratie, die in diesem Fall unmissverständlich nicht nur sagt, was der Wille des Volkes ist, sondern auch, dass man hier nicht aus einem Gefühl heraus sich dem Zeitgeist verschließen kann. Ganz zu schweigen von den sukzessiven Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, das der Politik in regelmäßigen Abständen via

Gerichtsbeschluss auf die Füße tritt. Andreas Baum von den Piraten fasste im Berliner Senat zusammen, was alle Homo-Ehe-Gegner verbindet: »Sie erheben das Bauchgefühl zum Maßstab politischer Handlungen. Die Welt von heute vertreten Sie nicht mehr«. In so einer Demokratie wollen wir aber nicht leben. Wenn die Ehe nur aus Mann und Frau bestehen darf und Kinder zeugen muss, dann wollte da jemand eigentlich nur zum 100sten Male sagen, dass er sich vor Homosexuellen doch irgendwie ekelt, Angst vor Veränderung hat oder irgend etwas anderes Kleinbürgerliches. Das einzig Positive ist, dass man einmal nicht eruieren muss, was Politiker eigentlich sagen wollten: Dass Frau Merkel einmal einfach sagt, was sie denkt. Wenn das auch zeigt, wie emotional viele ihrer Entscheidungen und von Politikern generell oft nur sind.



JOHANNES HAT PHILOSOPHIE UND GESCHICHTE STUDIERT, UM DIE ARBEITSSUCHE NACH DER UNI ETWAS HERAUSFORDERNDER ZU GESTALTEN. JETZT OPTIMIERT ER WEBSEITEN ALS BERUF UND ÜBERSETZT FÜR KATER DEMOS POLITIKERZITATE INS DEUTSCHE. WER WÄRE BESSER GEEIGNET ALS EIN PHILOSOPH?

AUF ENTZUG

Meinungsforschung in Deutschland ist eine boomende Industrie.
Sie sagt uns nicht nur, was wir denken, sondern auch, was uns fehlt.

TEXT CHRISTOPH ZEIHNER

Wir haben wie immer

Wir sind für die Homo-Ehe, gegen Werbeagenturen, haben tiefstes Vertrauen in die Polizei, würden aber unsere NATO-Partner im Stich lassen, wenn's hart auf hart kommt.

Das sind wir. Und das ist nur ein Bruchteil dessen, was die Deutschen in diesem Jahr scheinbar so alles gedacht haben. Ganz gleich ob BILD, ZEIT oder SPIEGEL: Die Meinung der Bürger wird immer wichtiger. »Viele Deutsche wollen einen Schlussstrich unter die NS-Vergangenheit,« titelte der Tagesspiegel vor einiger Zeit.

Welchen Effekt aber haben solche Schlagzeilen? Von der Wiedergabe von Meinungen ist es nicht mehr weit, den Inhalt dieser Meinungen auch als Tatsache zu verkaufen. Auch wenn das nicht die Absicht der Zeitungsmacher ist.

Immerhin ist laut Presserecht die Verbreitung einer Beleidigung oder die Behauptung falscher Tatsachen von Dritten strafbar. Heißt: Die Zeitung muss dafür haften, wenn sie ein Zitat abdruckt, dass falsche Tatsachen behauptet. Da reicht ein bloßes »Er sagte ...« nicht aus, um sich zu distanzieren. Solche Regelungen scheinen nötig zu sein, angesichts der

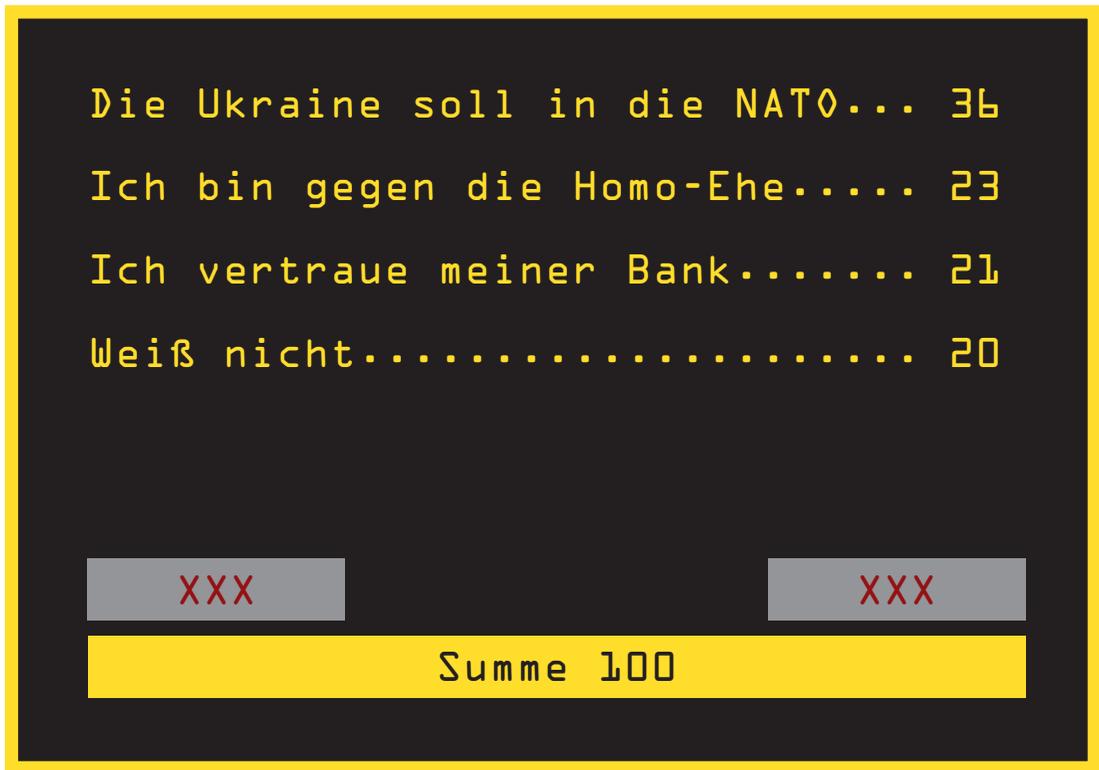
Tragweite, die eine bloße Wiedergabe von Meinungen haben kann.

Wenn ich wieder und wieder lese, was die Mehrheit meiner Mitmenschen scheinbar für richtig hält, macht das etwas mit mir. Ganz gleich, welche Schlüsse ich daraus ziehe. Meinungsumfragen können nicht nur Einstellungen abbilden – und nur wenige tun das tatsächlich –, sondern auch Meinungen bilden.

Das soll nicht heißen, dass es ausnahmslos unsinnig oder gefährlich ist, sich über Meinungen in der Bevölkerung zu informieren. Ganz im Gegenteil. Es lohnt sich aber oft, die Zahlen etwas genauer unter die Lupe zu nehmen.

Bleiben wir doch mal beim Beispiel des Tagesspiegel-Artikels. Zunächst ist es interessant zu wissen, wie viele Menschen denn »viele Deutsche« überhaupt sind. In diesem Fall waren das gerade mal ganze 1.000 Befragte in Deutschland und 1.000 in Israel.

Knapp 60 Prozent der Befragten in Deutschland möchten der Umfrage zufolge, die von der Bertelsmann-Stiftung durchgeführt wurde, einen »Schlussstrich unter die Vergangenheit [...] ziehen« – tat-



100 Leute gefragt_

sächlich so in der Studie formuliert –; 600 Menschen sind das. Und das sind also »viele Deutsche«? Wissenschaftlich mag das ausreichend sein. Aber ist das wirklich repräsentativ?

Es ist ein Allgemeinplatz, dass immer weniger Menschen zur Wahl gehen. So allgemein die Aussage ist, so richtig ist sie aber leider auch. Dafür werden wir immer häufiger befragt. Schätzungen gehen von einem Jahresumsatz von rund 2,5 Milliarden Euro in der Branche der Markt- und Sozialforschungsinstitute aus. Auch wenn der Anteil politischer Umfragen nur bei rund 10 Prozent liegt und der Rest aus Umfragen für Konsum- und Gebrauchsgüter besteht. Wirksam sind sie allemal.

»Vom Volumen ist die Politik- und Wahlforschung ein relativ kleines Stück, aber durchweg sehr publikumswirksam«, sagt Hartmut Scheffler, Geschäftsführer der TNS Infratest Holding, gegenüber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Womit wir es bei vielen dieser Umfragen zu tun haben, ist nichts anderes als eine Ventil-Funktion. So wie die BILD-Zeitung durch angebliche Tabubrüche à la »Das wird man ja wohl noch sagen dürfen« die Lufthoheit über den Stammtischen erobert, so ver-

leihen uns die 600 Befragten das Gefühl, selbst auch einmal gefragt worden zu sein. Das beruhigt.

Es ist eine Ersatzdroge. Und wir merken gar nicht, dass wir schon lange auf Entzug sind. Auf Demokratie-Entzug. Selbst verschuldet natürlich. Niemand zwingt uns, nicht zur Wahl zu gehen. Wenn man aber einmal durchschaut hat, wie kalkuliert in diesem Land nach Meinungsumfragen Politik gemacht wird, scheint die Forschungsgruppe Wahlen doch ein adäquater Ersatz zu sein für das Wahlbüro um die Ecke.

Wer sich dennoch vor Augen führen will, wie viel Meinungsumfragen mit der tatsächlichen Stimmung der Bevölkerung zu tun haben, dem sei noch mal die Elefantenrunde aus dem Jahr 2005 empfohlen, in der Gerhard Schröder Endorphin getrieben zum Großangriff bläst. Da ist alles dabei: Falsche Prognosen und herrliche Unterhaltung.

Und noch mal zur Erinnerung: Am Ende entscheiden immer noch die Wähler und nicht bloß 1.000 Befragte. Das sind dann zwar immer noch nicht alle Deutschen. Aber tatsächlich doch schon ziemlich »viele«.

MEHR DIREKTE DEMOKRATIE BITTE

Die direkte Demokratie ist auf dem Vormarsch. In einigen Bundesländern wie Bayern, Berlin und Hamburg wird alle ein bis zwei Jahre ein Volksbegehren eingeleitet. Regelmäßig stimmt die Bevölkerung dort zu wichtigen politischen Themen ab. Trotzdem sperren sich andere Bundesländer weiterhin einer Lockerung ihrer direktdemokratischen Verfahren und machen diese praktisch unmöglich. Im Bund blockiert die Union grundsätzlich deren Einführung. Mitbestimmung wird

daher als demokratischer Grundwert konsequent ausgeblendet. Was ist da los?

Jan Drewitz ist unzufrieden mit unserem parlamentarischen System. Er sitzt im zweiten Stock des Hauses der Demokratie und Menschenrechte im Prenzlauer Berg, Berlin. Auf dem riesigen Eingangsschild im Hof liest man die Namen von Amnesty International, open Petition und etwa 70 weiteren politischen NGOs. Drewitz engagiert sich hier im Verein *Mehr Demokratie*.

Was er denn gegen den Parlamentarismus habe? Der hat doch 66 Jahre lang funktioniert, für Stabilität und Aufschwung gesorgt. Sogar die Wiedervereinigung haben wir damit erreicht.

»Ja, nichts!«, sagt Drewitz: »Es

ist nur endlich Zeit, dass die Leute auch selbst über bestimmte politische Themen entscheiden können.«

Dafür setzt er sich ein bei *Mehr Demokratie*, für mehr direkte Demokratie, vor allem in Form von Volksabstimmungen. Auf die spannende Frage, welcher demokratische Wert ihm am wichtigsten ist, antwortet er sofort: »Ich will Selbstbestimmung.«

Die Möglichkeit zur politischen Teilhabe sei grundsätzlich notwendig für eine erfolgreiche Demokratie. »Daran muss sie auch wachsen können.«

EINE FRAGE DER SELBSTBESTIMMUNG

Genau das ist das Problem. In Sachen politischer Selbstbestimmung und Beteiligung ist unsere politische Grundordnung ziemlich knauserig. Denn viel Vertrauen in ihr eigenes Volk hatten die Mütter und Väter des Grundgesetzes nicht. Adenauer soll gesagt haben, er glaube nicht an den Menschen. Politik sollte man jenen Leuten mit politischem Verstand überlassen. So kurz nach dem Krieg war das sicher kein dummer Gedanke.

Die Frage nach mehr Mitbestimmung wurde damals diskutiert. Das war 1948 im Parlamentarischen Rat. Theodor Heuss, später erster Bundespräsident, warnte davor, mit Volksbegehren »die künftige Demokratie zu belasten«. Volksentscheide seien »eine Prämie für jeden Demagogen«. Man entschied sich also für ein repräsentatives System mit einem starken Parlament. Nicht einmal das Grundgesetz brachten sie zur allgemeinen Abstimmung.

»Ich will den Abgeordneten nicht ihre Arbeit abnehmen«, sagt Drewitz, »Die sollen ihren Job weiterhin ordentlich machen.« Die meisten Themen eigneten sich eh nicht für direkte Demokratie. Aber die Bevölkerung über die eigene Verfassung abstimmen zu lassen, wäre doch ideal gewesen für ein solches Anliegen. Aber nicht einmal zur Wiedervereinigung ist man darauf eingegangen.

VON WAHLEN UND ABSTIMMUNGEN

Bis in die achtziger Jahre war eine Diskussion um bundesweite Volksabstimmungen praktisch unmöglich. Verfassungsrechtler meinten vorschnell, das Grundgesetz erlaube sie nur, wenn es darum ging, das Bundesgebiet neu aufzuteilen. So wurde auch abgestimmt – im weitesten Sinne – bei der Fusion



HOW TO DO A VOLKSABSTIMMUNG

Direkte Demokratie ist komplizierter, als viele denken. Jedes Bundesland stellt eigene Regeln auf und manche der Begriffe klingen zum Verwechseln ähnlich. Aber nicht verwirren lassen, mit Kater Demos bist du fit für deine nächste Volksabstimmung!

INITIIERENDE VOLKSGESETZGEBUNG: Ist der Kern der Sache: Hier entscheidet die Bevölkerung ausnahmsweise selbst über Gesetze, denn die Initiative geht von der Basis aus. Dadurch kann die Bevölkerung eigene Vorstellungen in die Gesetzgebung einbringen. Die vergleichbaren Verfahren der kommunalen Ebene heißen Bürgerbegehren bzw. Bürgerentscheid.

ERSTE STUFE: VOLKSINITIATIVE

Der Auftakt des Verfahrens wird auch »Antrag auf Volksbegehren« genannt. Dazu schreiben die Initiatoren zunächst einen Gesetzentwurf und sammeln eine recht geringe Anzahl an Unterschriften. Lehnt das Parlament den Entwurf dann ab, kann das Anliegen in die zweite Runde gehen.

ZWEITE STUFE: VOLKSBEGEHREN

Hier fängt die Arbeit erst richtig an. Die Initiatoren werben weiter für ihr Anliegen, aber sie müssen nun wesentlich mehr Unterschriften in einer bestimmten Zeit sammeln. Meistens läuft das Verfahren nun schon seit über einem halben Jahr. Sofern die Initiatoren energisch bleiben und das Thema interessant ist, haben sie mit der zweiten Runde bereits ausreichend Aufmerksamkeit erzeugt für die dritte Stufe.

DRITTE STUFE: VOLKSENTSCHEID

Alle (die dürfen) sind nun aufgerufen, über den Gesetzentwurf abzustimmen, um diesen anzunehmen oder abzulehnen. Nimmt eine ausreichende Mehrheit den Gesetzentwurf an, kann sich das Parlament nur noch mit größtem Ärger dagegenstellen. Der abgestimmte Entwurf ist dann Gesetz.

QUORUM: Viele Initiativen scheitern an den sogenannten Quoren. Unter einer bestimmten Mindestbeteiligung wird der Volksentscheid automatisch abgelehnt. Dieses Abstimmungsquorum verhindert nicht repräsentative Mehrheiten. Sonst könnte eine kleine aber gut organisierte Gruppe schon bei geringer Beteiligung ihre speziellen Interessen durchsetzen. Die Hürden der ersten Stufen werden Unterschriftenquoren genannt.

THEMAUSSCHLUSS: Grundsätzlich muss sich eine Volksinitiative an die zuständige Gebietskörperschaft richten. Die Bevölkerung einer Kleinstadt kann nicht ein Bundesgesetz ändern wollen. Zudem darf der Antrag nicht der freiheitlich demokratischen Grundordnung widersprechen. In einigen Ländern sind noch Themen ausgeschlossen wie Steuer, Verwaltungs- und Haushaltsfragen. Aber auch Spaßanträge wie solche zum Schutz der Steinlaus werden leider abgelehnt.

TEXT ROMAN OBST
FOTOS ME CHUTHAI

Baden-Württembergs 1952 und der Angliederung des Saarlandes 1955/57.

Wer sonst mehr direkte Demokratie wünschte, der musste schon das Grundgesetz umschreiben. Dort steht eindeutig: Gesetze werden von der Bundesregierung vorgeschlagen (Art. 76 Abs. 1 GG) und vom Bundestag beschlossen (Art. 77 Abs. 1 GG). Zwischen diesen beiden Institutionen sei kein Platz für mehr Demokratie. Die Diskussion war beendet, bevor sie begonnen hatte.

Mit dem Vertrauen in unser politisches System stieg auch das Selbstbewusstsein. Seit den neunziger Jahren wird eine kleine Formel des Grundgesetzes immer lauter ausgesprochen. Da heißt es (Art. 20 Abs. 2), dass die Staatsgewalt »vom Volke in Wahlen und Abstimmungen« ausgeübt wird.

Von Wahlen wissen wir bereits. Aber was ist mit den Abstimmungen? Es ist nur ein Wort. Aber dieser Artikel 20 ist nach den Menschenrechten einer der Höhepunkte unseres Grundgesetzes. Dort steht auch, dass Deutschland ein demokratischer und sozialer Bundesstaat ist. Alles was danach kommt – und das sind immerhin 126 weitere Artikel –, baut darauf auf. Wer hier nicht aufpasst, kann den ganzen Rest vergessen.

ENGAGEMENT BEWIRKT VERÄNDERUNG

Unsere Staatsrechtler haben den Ruf nach Abstimmungen längst beantwortet. Niemand muss ein neues Grundgesetz schreiben, um eine direktere Demokratie zu ermöglichen. Aber wir sind so daran gewöhnt, andere für uns entscheiden zu lassen, dass wir diese Antwort einfach überhört haben.

Der Streit dreht sich heute vor allem um zwei Fragen: Da ist erstens die Lockerung der teilweise unfairen Vorgaben in den Bundesländern und zweitens die Einführung von Volksabstimmungen auf Bundesebene. Wir Deutschen durften als einziges EU-Mitglied noch keine einzige landesweite Volksabstimmung durchführen. ▶

WER ZAHLT? Die Kosten der Aktion (Listen, Anmeldung, Broschüren) müssen die Initiatoren selbst tragen. Sie dürfen aber Spenden sammeln. Die Prüfungen und die Abstimmung bezahlt der Staat.

DATENSCHUTZ: Wer ein Volksbegehren unterstützen will, muss sich eigenhändig mit Namen, Anschrift, Geburtsdatum und Unterschrift auf den Formularen eintragen. Denn zur Überprüfung werden sie mit den Melderegistern abgeglichen. Die Formulare werden anschließend, unabhängig vom Ausgang der Initiative, vernichtet.



JAN DREWITZ UND ANNE DÄNNER

Dafür engagieren sich Leute wie Jan Drewitz und rund 8.000 weitere Mitglieder von Mehr Demokratie. Das bürgerliche Bündnis versteht sich als parteiübergreifend und finanziert sich komplett aus Spendengeldern. Die 14 Landesverbände führen eigenständig Kampagnen durch. Sie gehen auf die Straßen um aufzuklären, sie sprechen direkt mit Politikern um zu überzeugen und betreiben vor allem Öffentlichkeitsarbeit im Internet.

»Jüngster Erfolg sind die über zwei Millionen gesammelten Unterschriften gegen TTIP und CETA«, sagt Pressesprecherin Anne Dänner: »So groß war noch keine europäische Bürgerinitiative.« Im Bündnis »STOPP-TTIP!« kämpfen sie mit über 480 Organisationen aus allen EU-Staaten gegen das Freihandelsabkommen, welches sie entschieden als undemokratisch kritisieren.

UNFAIRE REGELN IN DEN LÄNDERN

Außer in Bayern, wo es eine freistaatliche Tradition zur Volksgesetzgebung gibt, fing direkte Demokratie in den meisten Bundesländern praktisch erst mit den Neunzigern an. In den 44 Jahren vor der Wiedervereinigung fanden in allen Bundesländern zusammen lediglich 46 direktdemokratische Verfahren statt – in den letzten 25 Jahren waren es 355. Ähnlich bei den Kommunen, wo die Hälfte der rund 3.200 Bürgerentscheide allein in den letzten zehn Jahren passierte.

Mittlerweile haben alle Bundesländer die »dreistufige Volksgesetzgebung« eingeführt (siehe Kasten). Direkter als die *initiiierende Volksinitiative* geht Demokratie nicht mehr. Durch sie kann die Bevölkerung an die Stelle des Gesetzgebers treten. Sie ist daher auch das Hauptanliegen von Mehr Demokratie.

Trotzdem schneiden die Bundesländer im bundesweiten Vergleich weiterhin sehr unterschiedlich ab, wenn es um tatsächlich durchgeführte Volksentscheide geht: die Hamburger sind derzeit Spitzenreiter, Berlin holt seit zehn Jahren auf. Ganz hinten liegen das Saarland und Baden-Württemberg, wo es bisher kein einziges Verfahren über die erste Stufe geschafft hat.

★ Im Schnitt scheitern 64 % der antretenden Initiativen bereits an den Unterschriftenhürden und Sammelfristen.

In Hessen müssen 20 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung ein Volksbegehren unterstützen, damit es zu einer Abstimmung kommt. Das bedeutet innerhalb von zwei Monaten 870.000 Unterschriften

REFERENDUM: Das Referendum kennen wir vor allem aus der Schweiz. Ein bereits beschlossenes Gesetz wird nochmals einer Volksabstimmung unterworfen. Referenden können von der Bevölkerung zur Korrektur eines unbeliebten Gesetzes initiiert werden. Meistens aber gehen sie von staatlichen Organen aus, um umstrittene Vorgaben zu legitimieren. Die Politik übt einen großen Einfluss auf die Formulierung der Abstimmung aus. Deshalb zählen eingefleischte Fans der *direkten Demokratie* solche Referenden nur eingeschränkt zum Repertoire.

(ONLINE-)PETITIONEN: Die Online-Petition ist ein preiswertes Instrument, um eine politische Forderung schnell und effizient publik zu machen. Das Petitionsrecht garantiert jedem, sich mit einer Bitte oder Beschwerde an ein Parlament oder eine Behörde zu wenden. Der Bundestag unterhält dafür eigens eine Petitions-Website. Wer hier binnen eines Monats 50.000 Unterstützersammelt, wird vom Petitionsausschuss eingeladen. Petitionen sind unabhängig von ihrem Erfolg für den Gesetzgeber unverbindlich. Daher haben sie faktisch kaum Einfluss auf die Gesetzgebung.

zu sammeln – das hat noch niemand geschafft. Zum Vergleich: in Schleswig-Holstein sind es 80.000 (3,6 Prozent) in sechs Monaten und seit 1990 kamen hier von fünf Versuchen zwei zur Abstimmung.

Im bundesweiten Schnittpunkt bereits an diesen Unterschriftenhürden und Sammelfristen. Aber es müssen auch nicht alle Ideen für einen Volksentscheid erfolgreich sein – wer mit guten Argumenten für eine gute Sache eintritt, wird umso wahrscheinlicher ausreichend Unterstützer finden.

Unerhört aber findet Drewitz die Vorgabe in einigen Ländern, dass die Listen zum Unterschreiben ausschließlich auf öffentlichen Ämtern ausliegen dürfen. Das will er unbedingt ändern. Dafür engagiert er sich derzeit im Landesverband Brandenburg. »Jeder kann sich vorstellen«, sagt er: »wie wichtig es für ein politisches Anliegen ist, auch in den Fußgängerzonen, auf Marktplätzen und Veranstaltungen Unterschriften sammeln zu dürfen.« Gerade in einem Bundesland wie Brandenburg, wo das nächste Amt nicht überall »um die Ecke« liegt.

In Brandenburg hat es trotz zahlreicher Versuche noch nie einen Volksentscheid gegeben und nur ein Volksbegehren (gegen Fluglärm) war bisher erfolgreich. »Die Parteien verstecken sich zum Wahlkampf auch nicht in einer brandenburgischen Amtsstube«, so sieht es Drewitz.

Mehr Demokratie hat zahlreiche eigene Initiativen gestartet, um solche Hürden abzubauen. Dafür sammeln die Mitglieder selbst Unterschriften für Volksbegehren und Verfassungsbeschwerden zum Ausbau der direkten Demokratie. Wo es aber um konkrete Sachfragen geht, sind sie nur beratend tätig. Dann erklären sie Bürgerinitiativen, wie direkte Demokratie in ihren jeweiligen Ländern und Gemeinden funktioniert, wenn diese ein umstrittenes Vorhaben stoppen oder ihre Infrastruktur ausbauen wollen.

JA ZU BUNDESWEITEN VOLKSABSTIMMUNGEN

Der Vereinsname erinnert zufällig an eine Aussprache von Willy Brandt, der bereits zu seinem Regierungsantritt »mehr Demokratie wagen« wollte. In derselben Rede sagte er auch: »Wir stehen nicht am Ende unserer Demokratie, wir fangen erst richtig an.« Das war 1969.

Eine solche Chance wurde erneut nach der Bundestagswahl 2013 vertan. Im Wahlkampf hatte die SPD noch mit der Einführung bundesweiter Volksabstimmungen geworben. Doch in den Koalitionsverhandlungen war Sigmar Gabriel schließlich eingeknickt, nachdem Angela Merkel dem Vorhaben eine klare Absage erteilt hatte. »Seit über 60 Jahren verhindert die CDU den bundesweiten Volksentscheid!«, schimpften sie damals bei Mehr Demokratie.

Bemerkenswert an der Debatte um direkte Demokratie auf Bundesebene ist, dass sie inhaltlich eigentlich abgeschlossen ist. Zu jedem ersten Argument dagegen, findet sich ein guter Grund dafür. Es ist längst eine Frage der Umsetzung. Trotzdem gibt es einige nennenswerte Punkte.

Natürlich kann direkte Demokratie als Störfaktor missbraucht werden. Aber eine aufgebrachte Opposition verfügt auch jetzt schon über ausreichend Blockademittel, indem sie beispielsweise vor dem Bundesverfassungsgericht klagt. Selbst Verfassungsgerichtspräsident Andreas Voßkuhle hegt keine Einwände, wenn er öffentlich sagt: »Eine Ergänzung durch plebiszitäre Elemente halte ich für sinnvoll.«

Das Bundesverfassungsgericht kann die Grundrechte von Minderheiten genauso vor »böswilligen« Volksbegehren schützen, wie es sie heute schon vor so manchem ultrakonservativen Parlamentarier schützt. Ein Volksbegehren zum Minarettverbot, wie in der Schweiz, wäre damit kaum denkbar. Genauso wenig die Einführung der Todesstrafe. Ein Plebiszit ist kein wütender Mob.

Wo direkte Demokratie mutmaßlichen Populisten die Türen öffnet, tun das die Parlamentarier für Lobbyisten. Vor beiden schützen nur Aufklärung und Transparenz. Ansonsten gibt es keine Garantie. ►

Extreme Positionen oder spezielle Einzelinteressen setzen sich aber vielleicht schwerer durch, wenn zur Abstimmung die ganze Bevölkerung aufgerufen ist.

Dass sich gebildete Schichten politisch stärker engagieren und benachteiligte Milieus inhaltlich ausgrenzen, ist problematisch auch bei Volksabstimmungen. Aber es ist schon sehr leichtgläubig anzunehmen, Parlamentarier würden die Interessen desinteressierter Nichtwähler beachten, während sie ihre Wähler mit Wahlversprechen gewinnen.

Beteiligung weckt Interesse. Direkte Demokratie kann sich positiv auf die politische Bildung auswirken. Statt mit Wahlen nur alle vier Jahre zur politischen Orientierung aufzurufen, müssten bundesweite Volksabstimmungen bereits im Vorfeld debattiert und über ihre Themen aufgeklärt werden. Es ist bemerkenswert, dass die Petitions-Website des Bundestages gleichzeitig auch das größte deutsche Politikforum ist.

Es ist auch immer wieder zu hören, dass wir die direkte Demokratie der Länder nicht einfach auf den föderalen Bund übertragen können. Auch dafür gibt es eine Lösung nach dem Vorbild der Schweiz – die ist schließlich auch ein Bundesstaat.

Bei einer gut ausgebauten direkten Demokratie würde der Bundestag weiterhin 98 Prozent der Gesetze beschließen, so sieht man es auch bei Mehr Demokratie. Die Bevölkerung erhält zwar einen stärkeren Einfluss auf die Politik, aber dieser müsste noch nicht einmal ständig ausgenutzt werden. Bereits die Möglichkeit einer korrigierenden Volksabstimmung würde die Abgeordneten dazu bewegen, uns im Vorfeld mehr zu erklären und weniger über die Köpfe zu entscheiden.

*** So wird unsere repräsentative Demokratie repräsentativer.**

DAS SAGEN DIE EXPERTEN

Auch Politologen und Demokratieforscher sind sich nicht einig, wenn es um die Ausweitung *direkter Demokratie* geht. Wolfgang Merkel vom Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) spricht sich klar gegen bundesweite *Referenden* aus: »Weil hier die Beteiligungsrate deutlich unter denen bei Parlamentswahlen liegt.« Wo es häufig *Referenden* gibt, sinkt die Beteiligung, was wiederum deren Legitimation in Frage stellt. Das ist auf Landesebene ironischerweise unproblematisch für Wolfgang Merkel, der diese Expertise für die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung abgibt (zur SPD siehe auch oben Koalitionsverhandlung 2013).

Bei der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung geht man noch einen Schritt zu weit. Dort verdreht man den allgemeinen Ruf nach direkter Demokratie zum »Kampfbegriff« gegen den Parlamentarismus. Durchweg optimistisch äußert sich dagegen eine Befragungsstudie der Bertelsmann Stiftung aus dem letzten Jahr.

Welchen positiven Effekt *Volksabstimmungen* auf die politische Zufriedenheit einer Bevölkerung haben, zeigte längst ein internationaler Vergleich der Berner Universität zwischen 24 demokratischen Ländern. Bemerkenswert ist, der positive Effekt wirkt selbst bei den Verlierern einer Abstimmung. *Direkte Demokratie* macht zufriedener. Das stärkt die politischen Institutionen.

Am wichtigsten aber ist, dass das Grundgesetz die *Abstimmungen* ermöglicht und dass die Bevölkerung diese will. 60 Prozent der Berliner wünschen sich mehr *Volksentscheide*. Das ergab erst im Mai eine von der Berliner Zeitung in Auftrag gegebene Forsa-Umfrage. 61 Prozent sind sogar dafür, dass auch Menschen ohne deutschen Pass mitmachen sollen, sofern sie fest in der Stadt leben. Vergleichbare Befragungen kommen regelmäßig zu ähnlichen Ergebnissen.

DER ZYNISMUS DER GEGNER

Bei uns wird der Ruf nach politischer Selbstbestimmung oft als Angriff auf die offizielle Politik verstanden. Das ist Teil eines grundsätzlichen Problems. Die Regierung ignoriert die Vorschläge der Opposition häufig schon deshalb, weil sie von der Opposition kommen. So ungefähr verhält es sich auch mit Vorschlägen aus der Bevölkerung.

Wenn sich die Verantwortlichen schon nicht auf eine initiierte Volksgesetzgebung einigen wollen, könnten sie wenigstens beginnen, bundesweite Referenden (Erklärung siehe Kasten) zu diskutieren. Hier gibt es starrsinnige Gegner und Befürworter. Welche gesellschaftspolitische Ausstrahlung solche Referenden haben können, hat erst kürzlich das katholische Irland mit der Abstimmung zur Homo-Ehe vorgezeigt. Es gibt Menschen, denen so etwas wichtig ist!

Mich stört der Zynismus mancher Gegner. Hier sprechen oft gestandene Vertreter unserer Bürgergesellschaft, die mit einem Argument weiten Teilen der Bevölkerung eben dieselbe bürgerliche Verantwortung in Abrede stellen, die sie für sich selbst als hohes persönliches Gut beanspruchen. Es entgeht ihnen völlig, dass sie auf die gleiche Weise die Machtlosen diskreditieren, in der die wahren Demagogen gewöhnlich die Mächtigen anprangern. Das ist keine ernsthafte Sorge um politische Stabilität. Hier entlarvt sich die Angst vor einem Verlust des Status quo.

Diese Angst ist feige. Adenauer mochte vom Menschen nicht viel gehalten haben. Das geht sicher vielen so. Aber er war ebenso für seine politische Weitsicht bekannt. Er sagte auch: »Das Volk ist politisch reif, in dem sehr viele in der Lage sind, sich eine eigene unabhängige Meinung über die wesentlichsten politischen Angelegenheiten zu bilden. Jedenfalls ist das Volk nicht politisch reif, das die Politik ausschließlich denjenigen überlässt, die sich dauernd, ich möchte fast sagen berufsmäßig, damit beschäftigen.«

Immer mehr Menschen sehen das genau so. Es ist Zeit für mehr Demokratie. Dann ist auch Jan Drewitz wieder zufrieden mit unserem parlamentarischen System.

* Demokratieverdrossenheit klingt anders!

LESEEMPFEHLUNGEN:

MEHR DEMOKRATIE VERÖFFENTLICHT REGELMÄSSIG BERICHTE ZU DEN JÜNGSTEN ENTWICKLUNGEN DIREKTER DEMOKRATIE. SIE ENTSTEHEN HÄUFIG IN WISSENSCHAFTLICHER ZUSAMMENARBEIT MIT DEN FORSCHUNGSSTELLEN ZU BÜRGERBETEILIGUNG UND DIREKTER DEMOKRATIE DER UNIVERSITÄTEN MARBURG UND WUPPERTAL. AKTUELL IST DER VOLKSBEGEHRENSBERICHT VON 2015:

***MEHR DEMOKRATIE:**
VOLKSBEGEHRENSBERICHT (2015)
WWW.MEHR-DEMOKRATIE.DE

***TOBIAS MONTAG:**
DIREKTE DEMOKRATIE UND PARLAMENTARISMUS.
ARGUMENTE UND POSITIONEN (2011)

***BERTELSMANN STIFTUNG:**
VIELFÄLTIGE DEMOKRATIE. KERNERGEBNISSE DER STUDIE
»PARTIZIPATION IM WANDEL – UNSERE DEMOKRATIE ZWISCHEN WÄHLEN, MITMACHEN UND ENTSCHEIDEN« (2014)

***WOLFGANG MERKEL:**
DIREKTE DEMOKRATIE. REFERENDEN AUS DEMOKRATIE-THEORETISCHER UND SOZIALDEMOKRATISCHER SICHT.
INTERNATIONALE POLITIKANALYSE (2014)

***JULIAN BERNAUER UND ADRIAN VATTER:**
CAN'T GET NO SATISFACTION WITH THE WESTMINSTER MODEL? WINNERS, LOSER, AND THE EFFECTS OF CONSENSUAL AND DIRECT DEMOCRATIC INSTITUTIONS ON SATISFACTION WITH DEMOCRACY (2012)

DER VERFASSUNGS- SCHUTZ*

DER ROTE FADEN

- I. Unsere fdGO S. 28
- II. Geschichte der fdGO S. 46
- III. Definition S. 60
- IV. Kampf für die fdGO S. 76
- V. Extremismusforschung S. 98
- VI. Der Verfassungsschutz

ARGUMENT DER GEHEIMDIENSTARBEIT

Als die Bundesrepublik entstand, galt ein effizientes Überwachungssystem gegen die Bedrohungen des demokratischen Rechtsstaates als notwendig. Selbst wenn dadurch Freiheitsrechte eingeschränkt würden. Heute besitzt Deutschland eine vergleichsweise stabile demokratische Kultur. Trotzdem nutzt der Verfassungsschutz die freiheitliche demokratische Grundordnung (fdGO) weiterhin als Argument seiner Geheimdienstarbeit.

Seit Ende 2011 stehen die Verfassungsschutzämter des Bundes und der Länder in der Kritik. Nachdem relativ schnell bekannt war, wie sehr sie bei der Verhinderung der Mordserie durch den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) versagt haben, mussten fünf Verfassungsschutz-Präsidenten und ein Stellvertreter aus ihren Ämtern gehen. Das hindert den derzeitigen Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen trotzdem nicht daran, kritische Netz-Journalisten des Landesverrats anzuzeigen, bloß um Informanten im eigenen Hause in den Griff zu kriegen. Diese letzte Posse belegt erneut ein grundlegendes Problem mit dem Verfassungsschutz. Dem sind seine Geheimdienstaktivitäten wichtiger als die Freiheitsrechte, die er eigentlich schützen sollte.

90 PROZENT WENIGER LINKE GEWALTÄTÄTER

Zwar stuft der Verfassungsschutz »Kapitalismuskritiker, die grundsätzliche Zweifel an der Struktur unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung äußern« nicht mehr als Extremisten ein¹. Trotzdem warnt der Verfassungsschutz in diesem Zusammenhang immer wieder vor politisch motivierten »Gewalttätern«.

MIT DEM VERFASSUNGSSCHUTZ WILL EINE STAATLICHE BEHÖRDE BESTIMMEN, WAS DEMOKRATISCH IST.

Dabei hat das Innenministerium jahrelang Demonstranten unrechtmäßig in der Kriminaldatei »linke Gewalttäter« erfasst, u. a. weil diese an legalen Sitzblockaden teilgenommen haben. Als die Sache dieses Jahr bekannt wurde, sank die Statistik gewaltbereiter Linker plötzlich um 90 Prozent auf überschaubare 331 Personen. Es reicht bisweilen also, sich aktiv für linke Politik einzusetzen, um als gewaltbereit zu gelten.

FABIO DE MASI DIE LINKE



Mitglied des Europäischen Parlaments
seit 2014 Volkswirt und Mitglied
beim FC St. Pauli

AUF DEM RECHTEN AUGE BLIND

Es wird dem Verfassungsschutz häufig nachgesagt, er sehe nur auf dem linken Auge scharf und sei auf dem rechten Auge blind. Schließendlich wäre es seine Aufgabe gewesen, die bundesweite Mordserie durch den NSU zu verhindern und die Aufenthaltsorte von Mundlos und Bönnhardt zu ermitteln. Stattdessen wurden Hinweise zurückgehalten, angeblich um V-Leute zu schützen, die für exakt solche Situationen auf die rechte Szene angesetzt waren. Mit Geldern des Verfassungsschutzes wurde der Thüringer Heimatschutz aufgebaut. Zwei Jahrzehnte lang ver-harmloste die beim Verfassungsschutz angegliederte politische Forschung den militanten Rechtsextremismus. Es schien bisweilen, als habe die NPD den Verfassungsschutz unterwandert. Die taz nannte es einen »Fehler im System«.

Der Verfassungsschutz verdiene es nicht, reformiert zu werden, behaupten die Autoren Claus Leggewie und Horst Meier. Sie argumentieren seit 20 Jahren für dessen Abschaffung. Die Arbeit dieses »deutschen Sonderwegs« kann auch von den Kriminalämtern übernommen werden. Deren Möglichkeiten zur verdeckten Ermittlung wurde ausreichend ausgebaut. Wenigstens wären diese der Öffentlichkeit rechenschaftspflichtig. Der Verfassungsschutz kann selbst gegenüber dem Parlament eine Auskunft verweigern, wenn er meint, es schade dem Wohle des Staates?. Doch ein Geheimdienst,

der sich abschottet, statt sein Wissen zu teilen, wenn es von zuständigen Stellen verlangt wird, ist ein Problem für die Demokratie. Das gilt insbesondere für einen Inlandsgeheimdienst.

ALLES SUPER BEIM VERFASSUNGSSCHUTZ

Die im Juli verabschiedete Reform des Verfassungsschutzgesetzes wird daran nicht viel ändern. Das Gesetz weise »in mehrfacher Hinsicht erhebliche verfassungsrechtliche Mängel auf«, schrieb Rechtswissenschaftler Matthias Bäcker bereits vorab. Die sonst eher zurückhaltende Bundesdatenschutzbeauftragte Andrea Voßhoff (CDU) befürchtet gar einen schrankenlosen Umgang mit Personendaten - dafür wurde sie von ihrer eigenen Fraktion gemobbt. Auch zukünftig dürfen V-Leute »szenetypische Straftaten« begehen - jetzt staatlich sanktioniert. Die Kontrollmöglichkeiten durch das Parlament wurden nicht verbessert. Dafür bekommt der Dienst 261 neue Stellen und jährlich 17 Millionen Euro dazu. Die Leute beim Verfassungsschutz haben also alles richtig gemacht, um weiterzumachen wie bisher.

**Der Autor bekennt sich in vollem Umfang zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland.*

1 Bis in die siebziger Jahre genützte eine kommunistische Überzeugung, um als nicht-verfassungstreu zu gelten. Durch die »Radikalehrer« waren vor allem Lehrer und Postangestellte von Berufsverboten bedroht. Seither differenziert der Verfassungsschutz zwischen »radikalen« und »extremistischen« Einstei-
lingen.
Wie netzpolitik.org im August berichtet, fand beim Verfassungsschutz im Untereichsenfeld im BKA keinelei-
Früfung statt, ob die Daten gspw. zu »linken Gewalttätigern« rechtmäßig gespeichert sind. Einer parlamen-
tarischen Anfrage zur Zahl gespeicherter Personen verweigert der Geheimdienst die Auskunft.

CITROYENS DORNRÖSCHEN SCHLAF

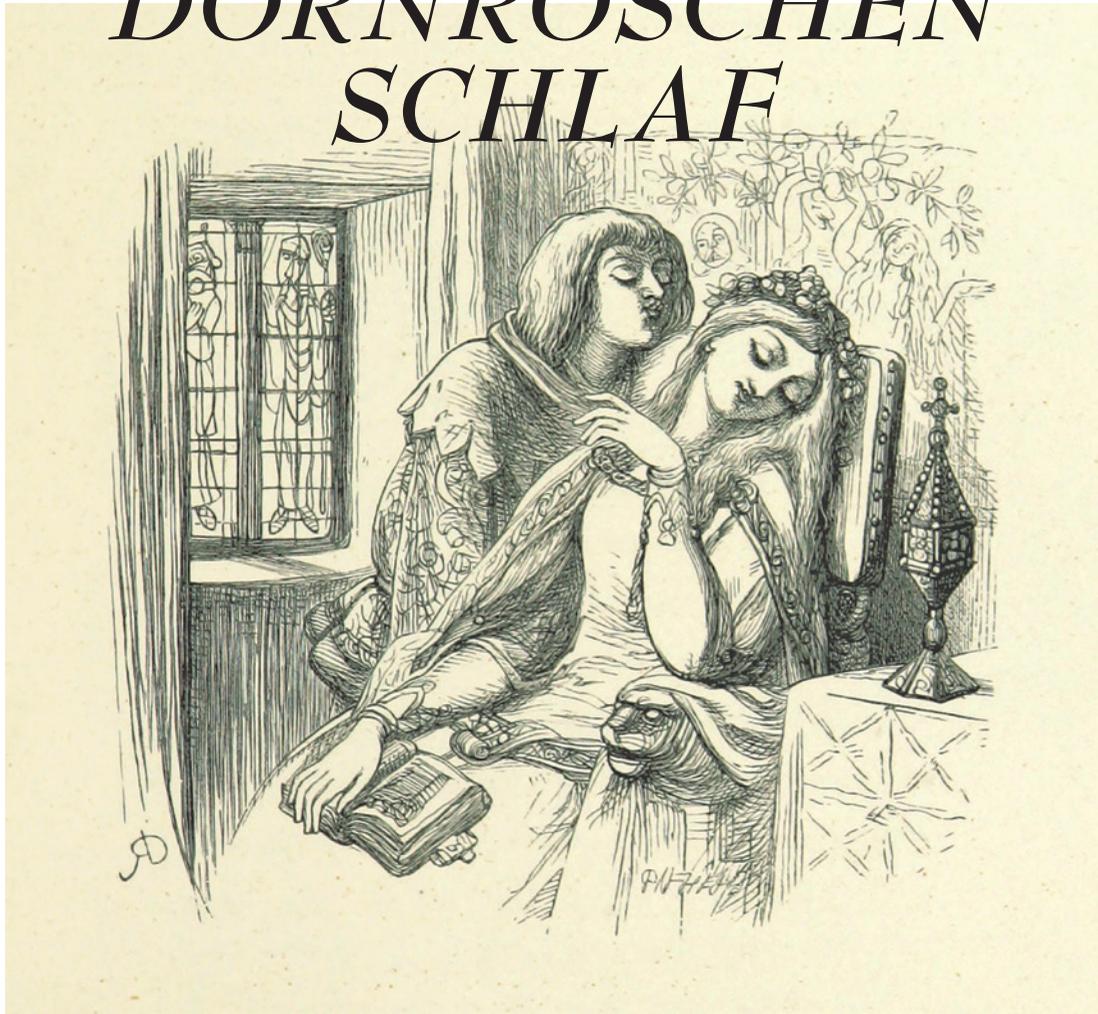


BILD: AN OLD FAIRY TALE (THE SLEEPING BEAUTY) TOLD ANEW IN PICTURES AND VERSE BY R. DOYLE AND J. R. PLANCHÉ. THE PICTURES ENGRAVED BY THE BROTHERS DALZIEL.

TEXT ALEXANDER SÄNGERLAUB

Es war einmal ein wunderschönes, demokratisches Königreich, in dem frisches Wasser durch die Täler und kühles Bier durch die Zapfhähne floss, die übriggebliebenen Bienen die Blüten bestäubten und es manchmal im Sommer mehrere Tage hintereinander Sonnenschein gab.

In diesem Land lebten die Minenbesitzer, die durch den Betrieb ihrer großen Klunkerminen reich und fett geworden waren. Sie säuselten dem Parlament der kleinen Könige sowie dem Regierungschef, dem Großkönig, wunderschöne Versprechungen von sagenumwobenen Schätzen und Edelsteinen ins Ohr, die sie staunen ließen und folgsam machten.

Die einfachen Menschen im Königreich hingegen schufteten tagein, tagaus, damit die dicken Minenbesitzer und Könige ein angenehmes Leben führen konnten. Zwei Drittel sogar länger, als das goldene Buch der Rechte zuließ. Dabei waren sie es doch, die den Wohlstand herbeibrachten, in dem sich die anderen suhlten. Doch sie beschwerten sich nicht, schließlich lebten sie in einer königlichen Demokratie und waren verzaubert vom königlichen Mindestgold, das man ihnen versprach – oder einfach zu beschäftigt, um tiefer über den Sinn der Zustände im Königreich nachdenken zu können.

Nur alle vier Jahre löste die böse Hexe den Zauber des trüben Nebels, damit die einfachen Menschen am

königlichen Wahlabend entscheiden konnten, welchen der kleinen Könige sie zu ihrem Großkönig machen wollten. Die Hexe zauberte den kleinen Königen bunte Farben, damit sie unterscheidbar waren. Da gab es schwarze kleine Könige, rote, grüne, gelbe, ja sogar blaue, tiefrote, orangene und manchmal sogar ekelig braune kleine Könige, zwischen denen sich die einfachen Menschen entscheiden konnten. Diese wählten brav, wie ihnen befohlen war, nach dem Zufallsprinzip oder nach ihrer Lieblingsfarbe, bevor die Hexe wieder den dunklen Zauber der Verschleierung sprach und alle eingelullt von BILDreichen Geschichten hinter dem Schleier des Desinteresses und der seichten Empörung verschwanden.

Fernab all des Scheins, des bunten Trubels und der ausgelassenen Festgelage der Minenbesitzer im Palast des Königs, schlummerte aber ein gut versteckter Skandal. Prinz Citoyen, der rechtmäßige Herrscher über das Königreich war von der bösen Hexe mittels einer Rautenspindel in einen unheilvollen Tiefschlaf versetzt worden. Eine kleine Gruppe Abtrünniger, die dem Zauber der Hexe widerstanden, machten sich auf die Suche, um den Prinzen von der dunklen Magie zu befreien, doch sie konnten ihn nicht finden! Die Gruppe Abtrünniger war schon der Verzweiflung nah, bis eines Tages ein mit Goldfeder geschmückter Kater des Weges kam. »Ihr lieben Leut', seid nicht verzagt, die Lösung liegt vor euch parat!«, sprach er, weil er sah, was sie nicht sahen.

Entsetzt schauten die Abtrünnigen sich gegenseitig an und dann fiel es ihnen wie Schuppen von den Augen! Der Prinz, den Citoyen, den gab es gar nicht, denn sie alle waren Prinzen und Prinzessinnen, sie alle, die einfachen Leute, die Abtrünnigen, die kleinen Könige und sogar die böse Hexe. Sie alle waren Teil des Königreichs und hatten alle Anspruch auf das Gold, das sich die Minenbesitzer einverleibten. Schnell machte die sagenhafte Entdeckung der Abtrünnigen die Runde. Ein Raunen und Staunen entfachte die einfachen Menschen, sodass nicht einmal der Zauber der Hexe noch hielt.

Sie erhoben sich gegen die kleinen Könige, den Großkönig und die Minenbesitzer, verbannten die BILDreichen Geschichten aus dem Königreich und verteilten das Gold unter ihnen gerecht und frei. Und weil sie schlauer und edler waren als all die, die sie regiert hatten, teilten sie auch mit den Königen und Minenbesitzern ihr rechtmäßiges Gold, aber stellten sie, auch wenn sie ihnen die Freiheit ließen, unter kritische Beobachtung. Danach retteten sie die Bienen und Blüten, weil sie wussten, dass diese wichtig für sie waren,

achteten auf die Sauberkeit ihrer Bäche und Biere und versuchten so vielen einfachen Menschen anderer Königreiche zu helfen, wie sie konnten. Und wenn sie nicht gestorben sind, regieren sie sich noch heute selbst und leben glücklich und zufrieden bis an der Welten Ende.

So, Märchenstunde vorbei! Manchmal hilft ja ein wenig Überspitzung und Vereinfachung, um Dinge klar zu sehen. Die Realität ist sowieso immer komplexer, als man sie jemals darstellen könnte. Der Sinn von Utopien, den Nicht-Orten dieser Welt ist es, politische Visionen zu spinnen, die einerseits von fantastischen Welten erzählen, in denen utopische Überlegungen vielleicht an einem fantastischen Ort oder in vielen hundert Jahren Alltag sind. Aber auch ganz konkrete Leitplanken zu skizzieren, wie wir unser Zusammenleben politisch, sozial, ökonomisch, privat oder sonst wie gestalten wollen. Und zwar nicht erst in vielen hundert Jahren, sondern schon heute!

GRIECHKÄPPCHEN UND DER BÖSE DEUTSCHE WOLF

Ob unsere eigene Demokratie utopisch oder dystopisch ist bzw. wird, entscheiden wir selbst. Meinungs-, Presse-, Wahl-, Versammlungsfreiheit und viele weitere Grundrechte sind dafür die Grundlage – und alles andere als selbstverständlich. Das beweist der Blick nach Ungarn: Dort hat sich die Regierung von Viktor Orbán kurzerhand, dank kruder Wahlarithmetik und daraus resultierender Zweidrittelmehrheit, eine neue Verfassung gegeben, die Gewaltenteilung neu geordnet und dem Präsidenten so mehr Macht verliehen, die Pressefreiheit beschnitten und vieles mehr; oder nach Spanien, wo die Regierung Rajoy nun existenzbedrohend hohe Strafen für das Demonstrieren vor dem Parlament oder das Fotografieren von Polizisten im Einsatz festsetzt. Das ist eine massive Einschränkung der Demonstrationsfreiheit im Herzen unseres Kontinents.

Wer zwischendrin vergessen hat, in welchen Zeiten wir leben, erinnert sich in der Eurokrise wieder ziemlich genau daran: im Zeitalter des Neokapitalismus. Die Griechenlandkrise und die Eurokrise sind eigentlich eine Krise der Banken und Finanzmärkte. Länder wurden gerettet, weil die Banken gerettet werden mussten, weil diese heute »systementscheidend« sind. Ob Griechenland das auch ist? Mit der Bewertung tut sich die Politik der Eurogruppe schon ►

**SARA LIENEMANNS UTOPIE FÜR DEN
UMGANG DER POLITIK MIT DEM WÄHLER:
EHRENWORTE KOSTEN WENIG. TROTZDEM MÜSSTE ES DAZU
KOMMEN, DASS MAN DEN WAHLVERSPRECHEN EINES TAGES
GLAUBEN KANN.**

Freut euch daher auf die nächsten 10 Ausgaben des Katers. Einen Schwerpunkt widmen wir auch den politischen und wirtschaftlichen Machtstrukturen dieser Welt: »Wer regiert uns wirklich?« (AT)

schwerer. Zynische Beobachter stellen fest, dass die Menschen in Griechenland wohl nur relevant zu sein scheinen, sofern es der Stabilität der Banken nützt. Gerettet werden vor allem die eigenen (deutschen) Zinsen und Verbindlichkeiten der Banken, des Staates und der Unternehmen, die Geld nach Griechenland verliehen haben. Ein altes Sprichwort sagt: Bei Geld hört die Freundschaft auf. Für die europäische Solidarität gilt ähnliches. Was in mühseliger Arbeit als europäische Idee von Frieden und Wohlstand 2012 in Oslo mit dem Friedensnobelpreis geehrt wurde, wird durch den Umgang in der Krise miteinander geradewegs verspielt. Deutschlands neue Rolle als Zuchtmeister wirkt dabei nicht nur innerhalb unserer Grenzen befremdlich. Nationale Parlamente und Regierungen verlieren zunehmend ihre Handlungsfähigkeit, wenn ESF, IWF und EU, besser bekannt als die »Troika« Gesetze diktieren bzw. sich diese absegnen lassen. Demokratie ging irgendwie anders.

Die pure Verachtung die teilweise der Syriza-Regierung entgegen schlägt, zeigt, dass es hier aber um mehr geht als um die Rettung eines Landes, das gerade mal drei Prozent des europäischen Bruttosozialproduktes ausmacht. Hier prallen zwei Welten aufeinander: Ein neokapitalistisches Europa unter der Führung Merkels und ein neuer, sozialistisch angehauchter Regierungsstil à la Tsipras. Dabei sind rationale, wirtschaftswissenschaftliche Argumente gegen die Austeritätspolitik und für einen Schuldenschnitt schon längst verschrien. Denn: Die Gläubiger und Banker diktieren die Politik der Europäischen Union.

Das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Politik verdient ohne Zweifel eine eigene Ausgabe.¹ Hier schauen wir heute klar in die Dystopie. Dass zunehmende Transparenz, wie die Offenlegung von Nebentätigkeiten von Abgeordneten im Bundestag oder Karenzzeiten zwischen politischer Arbeit und neuen Tätigkeiten in der Wirtschaft, durchgesetzt wird, sollte demokratische Selbstverständlichkeit sein. Stattdessen sind das lange und hart erkämpfte Prozesse. Ein Tropfen auf den heißen Stein. Vor allem im Vergleich zur Geschwindigkeit und zu den Möglichkeiten, die Konzerne und Banken haben. Und dass diese nicht dem Allgemeinwohl, sondern ihren eigenen Interessen folgen, braucht wohl nicht extra erwähnt zu werden.

FUCHS, DU HAST DIE DATEN GESTOHLEN

Auch was andere Politikbereiche betrifft, haben wir als Redaktion eher den Gesichtsausdruck von Grumpy Cat. Die zunehmende Überwachung gefährdet unsere Grundrechte genauso wie die freiheitlich demokratische Grundordnung an sich. In dem Moment, in dem wir uns bei Facebook oder per SMS austauschen und ein diffuses Gefühl von »da liest doch jemand mit« verspüren, en-

det bereits die Freiheit im Kopf. Big Data mag in vielen Dingen ein Segen sein. Die daraus entstehende Automatisierung der Arbeit mag neue Utopien schaffen. Der Zugriff der Geheimdienste und Regierungen auf diese Daten aber ist genau das Gegenteil von Freiheit. Spionage mag so alt sein wie die Staaten selbst, die Ausmaße sind heute dank technischer Möglichkeiten jedoch andere als in der Vergangenheit. Ohne Übertreibung lässt sich sagen: Noch nie in der Geschichte gab es einen derart mächtigen Geheimdienstapparat wie heute. Dabei ist die deutsche Politik genauso betroffen wie Wirtschaft oder Wissenschaft – vor allem sind es aber wir selbst. Trotzdem hat man den Eindruck, dass es in der Öffentlichkeit alle nicht all zu sehr empört. Uns fuchst das Thema aber so sehr, dass wir uns in der vierten Ausgabe dem Schwerpunkt Überwachung widmen wollen.

DAS TAPFERE BÜRGERLEIN

Wird alles dystopisch? Nein. Natürlich nicht. Im Gegenteil. Wir leben heute schon in völlig utopischen Zuständen und das hat zu großen Teilen mit dem Segen der Demokratie zu tun. Diese lässt Raum für ganz individuelle Gestaltungsmöglichkeiten unserer persönlichen Freiheit. Die Dinge gehen voran, auch wenn es dem ein oder anderen zuweilen zu langsam gehen mag. Aber im Vergleich zu vor 50 Jahren ist viel in der Gleichberechtigung der Geschlechter, der Toleranz und Offenheit der Gesellschaft, für die Umwelt, die Transparenz von Behörden und Institutionen, das Reisen, die Ernährung und die Gesundheit entwickelt, gekämpft, gedacht und getan worden. Wir werden heute alle älter (und auch dicker) als jemals zuvor.

Je weiter wir historisch zurückschauen, desto größer scheinen die Erfolge. Und zwar weil Menschen sich heute engagieren und auf die Straße gehen können und gehört werden: ein klarer Vorteil zu absolutistischen Regimen, wie in Saudi-Arabien oder anderen autoritären Staaten. Dieses »Können« zu verschwenden ist mit das Sträflichste, was der aufgeklärte, vernunftbegabte Mensch tun kann. ►

RAIMON KLEINS DYSTOPIE ZU TTIP IN EINER NICHT WEIT ENTFERNTEN ZUKUNFT:

TTIP WAR NUR DER ANFANG. NACH DER EINFÜHRUNG DES FREIHANDELSABKOMMENS IM JAHRE 2017 FOLGTEN WEITERE HANDELSVEREINBARUNGEN ZWISCHEN DER EU, DEN USA, CHINA UND SOGAR RUSSLAND. DENN DER MACHT VON ERDGAS- UND MINERALÖLUNTERNEHMEN, BANKEN UND SONSTIGEN MULTINATIONALEN KONZERNEN WIE GAZPROM, SINOPEC, NESTLÉ, MONSANTO ODER DER BANK OF AMERICA KANN UND WILL SICH KEINE REGIERUNG WIDERSETZEN. ZU HOCH SIND DIE GEWINNE FÜR GROSS-UNTERNEHMEN, WAS WIEDERUM MEHR GELD FÜR LOBBYMASSNAHMEN ABWIRFT UND POLITIKERN IHREN NÄCHSTEN WAHLKAMPF FINANZIERT. EINE ÄNDERUNG ZURÜCK ZUM STATUS QUO VOR TTIP IST NICHT ZU ERWARTEN – ZU STARK IST UNTERDESSEN DIE MACHT DER KONZERNE ANGEWACHSEN, DIE NACH MILLIARDENSCHWEREN SCHADENS-ERSATZFORDERUNGEN PRÄZEDENZFÄLLE GESCHAFFEN UND SO DIE STAATSLENKER DER GROSSEN WIRTSCHAFTSNATIONEN ERFOLGREICH EINGESCHÜCHTERT HABEN. DER NORMALE KONSUMENT HAT SICH LÄNGST AN DIE NEUEN GEGEBENHEITEN GEWÖHNT: ER SITZT IN SEINEM DURCH CHINESISCHES ERDGAS BEHEIZTEN WOHNZIMMER, MAMPFT FLEISSIG CHLORHUHN MIT GENMAIS UND TRINKT EINEN SCHLUCK MILCH VON HORMONBEHANDELTEN KÜHEN.

CHRISTOPH ZEIHERS UTOPIE FÜR EIN FREIES NETZ:

WIR HABEN HEUTE DIE TECHNISCHEN MÖGLICHKEITEN, EINEN VOLLKOMMEN GLEICHBERECHTIGTEN, ÖFFENTLICHEN DISKURS ZU FÜHREN. DAS IST DIE GRUNDLAGE FÜR JEDE DEMOKRATIE. NATÜRLICH GIBT ES INTERESSEN, DAS ZU VERHINDERN. ABER WENN WIR ES SCHAFFEN, DEN ÖFFENTLICHEN (DIGITALEN) RAUM FÜR UNS IN ANSPRUCH ZU NEHMEN, KÖNNEN WIR SO VIEL MEHR ERREICHEN, ALS WIR UNS ES UNS HEUTE VORSTELLEN KÖNNEN. EIN FREIES INTERNET, DAS IST MEINE UTOPIE.

**CHOLEDA JASDANYS UTOPIE FÜR
EINE TOLERANTE GESELLSCHAFT:**

IN EINER UTOPISCHEN WELT WUNDERN SICH KINDER NICHT MEHR ÜBER PIPPI LANGSTRUMPF. SIE WUNDERN SICH ÜBER TOMMY UND ANNIKA. DIE KINDER FRAGEN: »MAMA, WARUM TRAUEN SICH TOMMY UND ANNIKA NIE ETWAS? WAS IST DARAN BESONDERS, SO ANDERS ZU SEIN? BEI UNS IN DER KITA SIND ALLE ANDERS.«

2 Auf dem Weltwirtschaftsforum im Januar dieses Jahres in Davos beschwert sich Sigmar Gabriel über die Art und Weise wie die Menschen auf TTIP reagieren: »Vielleicht ist die Debatte in Deutschland manchmal schwieriger als in anderen Ländern, weil wir ein Land sind, das reich und hysterisch ist.«

Klar essen wir genauso gern Kartoffelchips im Bett, gucken amerikanische Serien und klauen Papier aus dem Kopierer im Büro. Wir können ja auch nicht den ganzen Tag Wale retten. Vielleicht aber zumindest einen Tag in der Woche?

Politiker sind weder die besseren, noch die schlechteren Menschen, sondern vermutlich ein ziemlich genaues und durchschnittliches Abbild unserer Gesellschaft. Mutti Merkel bedient unser Bedürfnis nach Sicherheit und Kümmern. Bei ihr fühlen sich auch die politisch Desinteressierten in sicheren Händen: »Wird doch alles gut. Mutti wird es schon richten.« Schäuble gibt den strengen Vati, der die unerzogenen Nachbarskinder in die Schranken weißt. Die schräge Tante von der Linken mahnt uns regelmäßig, dass es eigentlich auch ganz anders und manchmal auch besser geht. Die grünen Nichten erinnern uns daran, auch mal an die Umwelt zu denken. Und dann ist da noch Onkel Sigggi, der uns alle für »hysterisch« hält.² Nur die FDP hat sich im post-neoliberalen Zeitalter zurecht völlig überflüssig gemacht, auch wenn einem manchmal der gelbe Opa, der in Zeiten von NSA und PRISM mal wieder an die gute, alte Freiheit erinnert, fehlt.

Wer heute zu weiten Teilen abwesend ist, ist der *Citoyen*. Dieser engagierte, Wale-rettende Bürger, den Jean Jaques Rousseau so verehrte. Der im Geiste der Aufklärung aktiv und verantwortungsbewusst am gesellschaftlichen Leben teilnimmt und dieses mitgestaltet. Schwierig, wenn man sich den ganzen Tag von Konsum und Kapital blenden lässt. Denn genau das ist das Gegenteil des *Citoyen*, der Bourgeois. Und hier ist die Zwickmühle, in der wir uns momentan befinden: Die Politik hält weite Teile der Bevölkerung für zu blöd, um wichtige Entscheidungen zu treffen. Andersherum ist es genauso. Dass Politik auch alles andere als unfehlbar ist, zeigen die Gesetze, die das Bundesverfassungsgericht in letzter Zeit einkassiert hat: Erst hatten wir kurz vor der Bundestagswahl kein gültiges Wahlrecht, davor musste Schwarz-Gelb beim Abschuss von Passagiermaschinen an §1 im Grundgesetz erinnert werden und gerade erst wurde das leidige Betreuungsgeld der CSU vom obersten deutschen Gericht einkassiert.

Politik sollte ja durchaus Angst vor dem Volk haben. Aber nur aufgrund seines wachen, kritischen Geistes. Finden wir einen Kompromiss! Volksentscheide auf Bundesebene müssen ja nicht alles entscheiden: Weder sollte so der Bundeshaushalt abgesegnet, noch über Auslandseinsätze entschieden werden – diese Sachen sollten der Politik vorbehalten werden. Doch den Bürgern könnten Fragen gesellschaftspolitischer Relevanz überlassen werden, wie die Frage zur Gleichstellung der Ehe. Mehr direkte Demokratie wagen! Das ist ein Fazit unserer ersten Ausgabe.

**ELISA BILKOS UTOPIE VON EINEM BILDUNGSSYSTEM,
DAS LAUTER KLEINE CITOYENS HERANZIEHT:**

MORGENS HALB ZEHN IN DEUTSCHLAND: NEIN, ES GIBT KEIN KNOPPERS-FRÜHSTÜCK. DIE KINDER IN KLASSE 2A HABEN GERADE EMPATHIE-UNTERRICHT UND LERNEN IN ROLLENSPIELEN, DURCH DIE PFLEGE VON TIEREN UND DURCH AUSFLÜGE, WIE MAN NETT ZU ANDEREN MENSCHEN IST UND NICHT IMMER NUR SICH SELBST IN DEN MITTELPUNKT STELLT. HEUTE STEHT NOCH EIN AUSFLUG INS ALTERSHEIM AN. DIE KINDER IN 4B HABEN GERADE BÜRGERKUNDE UND LERNEN WELCHE RECHTE ABER AUCH WELCHE PFLICHTEN MAN ALS BÜRGER HAT. ZUR ÜBUNG WIRD GEWÄHLT, WOHIN ES BEIM NÄCHSTEN WANDERTAG GEHEN SOLL. DAVOR SOLLTEN SICH DIE KINDER IN KLEINGRUPPEN MÖGLICHE ZIELE ÜBERLEGEN UND AN EINER ARGUMENTATION ARBEITEN. IN KLASSE 8A WIRD GERADE FLEISSIG RECHERCHIERT. THEMA: WIE MELDE ICH EINE DEMO AN? MATHE, DEUTSCH, PHYSIK STEHEN EBENFALLS AUF DEM LEHRPLAN SIND ABER ANWENDUNGSORIENTIERT. EIGENES DENKEN WIRD ERMUTIGT, AUSWENDIGLERNEN IST SCHON LANGE NICHT MEHR LEHRSTOFF. DIE KLASSENSTÄRKE LIEGT BEI ZEHN KINDERN. DURCH DIE AUTOMATISIERUNG IN DER WIRTSCHAFT UND EINE HÖHERE WELTWEITE BESTEUERUNG DERSELBEN, IST MEHR GELD FÜR BILDUNG DA. WÄHLEN KANN MAN JETZT MITHILFE EINES FINGERABDRUCKS AUF DEM SMARTPHONE ODER AN DAFÜR VORGESEHENEN STATIONEN. WOHLHABENDE BÜRGER HABEN PATENSCHAFTEN FÜR WIRTSCHAFTLICH SCHWÄCHERE IN IHREM DIREKTEN UMFELD. DIE WAHLBETEILIGUNG LIEGT BEI 95 PROZENT – AUCH AUF KOMMUNALER EBENE. DARAUF EIN KNOPPERS!

DAS GOLDENE AUTOMATEN-KALB

Bildung ist eine der großen Grundvoraussetzungen einer funktionierenden Gesellschaft.³ Sind unsere alten Ideen und Konzepte vom Lernen in einer Wissensgesellschaft vielleicht überholt? Kaum etwas hat besser das Rumoren im Bildungssystem symbolisiert, als die Aufregung um den Tweet der 17-jährigen Naina aus Köln, einer Schülerin, die unter dem Namen *nainablaba* twitterte: »Ich bin fast 18 und habe keine Ahnung von Steuern, Miete oder Versicherungen. Aber ich kann 'ne Gedichtsanalyse⁴ schreiben. In 4 Sprachen.«

Vielleicht haben wir die angehenden *Citoyens* schon irgendwo beim Büffeln zwischen Physik und Französisch, oder viel früher, verloren? Vielleicht sind die *Citoyens* da draußen unter all ihrer Arbeit begraben? Hier kann die Automatisierung vielleicht helfen sie wieder auszubuddeln und ihnen Muße und Zeit für die Beschäftigung mit dem Politischen zu beschaffen:

Denn gerade im Bereich der Arbeit wird sich durch die zunehmende Automatisierung der Arbeit, sei es beim Ernten auf dem Feld, am Fließband in der Fabrik, bis hin zur Mikrotechnik im Operationsaal oder sogar dem Roboterjournalisten aus Blech und Metall, eine Menge ändern, verbessern und vereinfachen. Im Bestfall sogar für alle. Unter der Voraussetzung, dass Politik und Wissenschaft nicht nur staunend am Rande stehen, sondern die Entwicklungen begleiten und sich neue Ideen einfallen lassen. Was muss beispielsweise ein Sozialstaat in einer Wohlstands- und Wissensgesellschaft, in der wohlmöglich über 50 Prozent der heute bekannten Jobs in 10–20 Jahren so nicht mehr existieren werden, anbieten? Und wie kann sicher gestellt werden, dass die Unternehmen, die Menschen durch Roboter ersetzen, nicht die einzigen Profiteure der Automatisierung sind?

Der Weg dahin ist ein langer. Heute machen noch immer über 60 Prozent aller Beschäftigten regelmäßig Überstunden und in Großstädten entwickeln sich dank rasanter Mietsteigerungen und Niedriglöhnen zunehmend immer prekärer werdende Arbeits- und Lebensbedingungen – auch bei Akademikern. Dabei gibt es tolle Konzepte – wie das bedingungslose Grundeinkommen oder den 6-Stunden-Tag in Teilen Schwedens –, die in wissenschaftlichen Studien sagenhafte Erfolge erzielen. Das ganze Thema finden wir so unfassbar spannend, dass wir uns ihm in der zweiten Ausgabe von Kater Demos widmen wollen. Bis dahin halten wir unsere Herzen und unseren Verstand offen für frische Ideen und vor allem – Alternativen.

Wir hoffen ihr seid dabei bei den nächsten Ausgaben. Das wäre doch ein ganz eigenes Märchen. •

ALEXANDER SÄNGERLAUBS UTOPIE FÜR FRAU L., DIE DEMOKRATIE UND ÜBERHAUPT:

FRAU L. LIEGT IN DER SONNE VON WARNEMÜNDE UND SCHLÜRFT EINEN COCKTAIL, WÄHREND R2D2 IM IKE 893 (INTERKONTINENTALEXPRESS) NACH KOBLENZ DIE FAHRKARTEN KONTROLLIERT. SIE ARBEITET NUR NOCH 15 STUNDEN DIE WOCHE ALS »HUMANE BEGLEITEINHEIT« IM IKE DER EUROPÄISCHEN BAHN UND HAT 40 KG ABGENOMMEN. MIT DEM EIN IHR SORGENFREIES LEBEN ERMÖGLICHENDEN GEHALT, GENANNT »WOHLVERDIENTES GRUNDEINKOMMEN« REIST SIE AM LIEBSTEN AN DIE OSTSEE. DIE FREIE ZEIT, DIE SIE JETZT HAT, NUTZT SIE SONST ÜBERWIEGEND FÜR IHR EHRENAMTLICHES ENGAGEMENT, ABER AUCH UM IHRE KRANKEN ELTERN ZU PFLEGEN. DABEI HILFT IHR SAMIRA, EINE JUNGE GEFLÜCHTETE AUS SYRIEN, DIE BEI FRAU L. WOHNTE UND VON IHR DEUTSCH LERNTE. EINEN TAG DIE WOCHE LIEST FRAU L. VIEL ÜBER POLITIK, UM SICH »FIT ZU MACHEN«, WIE SIE SAGT. DENN EINMAL IM QUARTAL SIND DIE GROSSEN VOLKSABSTIMMUNGEN, BEI DENEN IN GANZ EUROPA WICHTIGE POLITISCHE FRAGEN VIA VOLKSENTSCHEID ABGESTIMMT WERDEN. »JANZ NEUES, ABER ICK FIND DIT JUT SO, WIE'S IS. WENIGER SORGEN UND MEHR ZEIT FÜR MIR UND DEN JARTEN.« FRAU L. IST GLÜCKLICH.

3 Klar widmen wir uns daher dem Thema auch in einer der ersten 10 Ausgaben für Euch.

4 Nein, wir haben hier keinen Rechtschreibfehler gemacht. Die junge Dame schreibt im Original auch »Gedichtsanalyse«.

DAS TEAM DER ERSTEN AUSGABE



ALEXA
EVENT



ALEX
CHEFREDAKTEUR



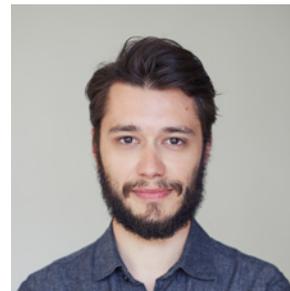
FRANZISKA
KOMMUNIKATION/MARKETING



ARNE
REDAKTEUR



CHOLEDA
REDAKTEURIN



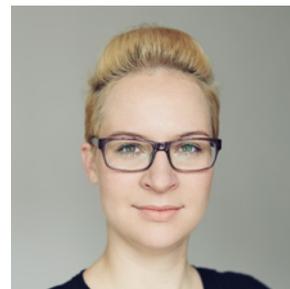
CHRISTOPH
STELLV. CHEFREDAKTEUR



ELISA
REDAKTEURIN, VERLAGSLEITUNG



FRANZISKA
REDAKTEURIN



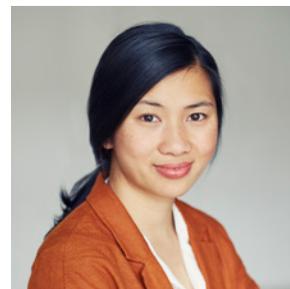
ANNE
EVENT



KARSTEN
FINANZEN



MARION
LEKTORIN



ME
FOTOGRAFIN



SILVA
LEKTORIN



LEA
ART DIRECTORIN



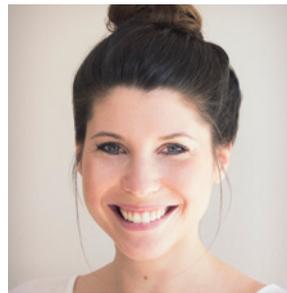
THOMAS
REDAKTEUR, LEKTOR



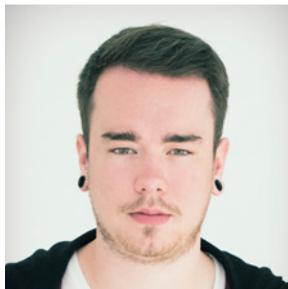
STEFFEN
KREATIVDIREKTOR



SIMA
FOTOGRAFIN



JANA
ILLUSTRATORIN



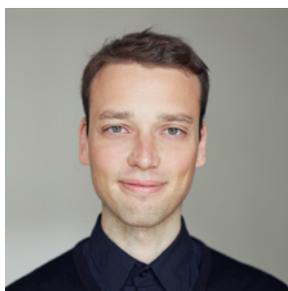
MARC
ILLUSTRATOR



RIBANNA
ART DIRECTORIN



JOHANNES
REDAKTEUR



RAIMON
REDAKTEUR



ROMAN
REDAKTEUR



SARA
REDAKTEURIN



DENKARIUM

JEDES THEMA, DAS WIR IN DER REDAKTION UND MIT DEM TEAM BEARBEITEN, STIMMT AUCH UNS SELBST NACHDENKLICH. WELCHEM GEDANKEN ZUR AUSGABE DEMOKRATIE HABEN WIR BESONDERS LANGE NACHGEHANGEN ODER WELCHER HAT UNS SELBST BESONDERS BEWEGT? DIE BESCHÄFTIGUNG MIT EINEM THEMA VERÄNDERT MANCHMAL AUCH EINEN SELBST UND MAN FINDET ZU NEUEN STANDPUNKTEN UND IDEEN. EINEN BLICK IN UNSERE GEDANKEN MÖCHTEN WIR DAHER MIT EUCH IM DENKARIUM TEILEN.

INNENPOLITIK? GÄHN! ICH LAS SCHON LANGE NUR NOCH AUSLANDSNACHRICHTEN, REISEBLOGS UND DEN GUARDIAN. DIE VORRATSDATENSPEICHERUNG KANN MICH MAL, DIE GROKO ERST RECHT. ABER DANN: DER BERLINER VOLKSENTSCHEID ÜBER DAS TEMPELHOFER FELD. RANDBEBAUUNG DES ALTEN FLUGHAFENGELÄNDES? ICH KONNTE MICH LANGE NICHT ENTSCHEIDEN. SO SCHAUTE ICH MIR DIE ARGUMENTE BEIDER SEITEN AN, LAS SOGAR DIESEN ÖDEN GESETZESTEXT. ICH FAND DAS THEMA SPANNEND. DOCH SCHON DREI TAGE NACH DER ABSTIMMUNG WAR ALLES VERFLOGEN. MIT DER ARBEIT AN DIESER AUSGABE ERLEBTE ICH ES ERNEUT, MIT DEN MENSCHEN, DIE ICH INTERVIEWTE, DIE DIE MÜHE DER EBENE NICHT SCHEUEN, UND MIT LEIDENSCHAFT IM KLEINGEDRUCKTEN ZU HAUSE WAREN, WEIL SIE DIE GROSSEN ZUSAMMENHÄNGE SAHEN. DURCH DIESE MENSCHEN VERSTAND ICH, DASS POLITISCHE SELBSTBESTIMMUNG NICHT EINMALIG BLEIBEN MUSS. ES IST MÖGLICH, DIESES GEFÜHL DAUERHAFT ZU ERLEBEN. EGAL DURCH WELCHE FORM POLITISCHEN ENGAGEMENTS. SEITHER LESE ICH WIEDER DEN INLANDSTEIL – AUCH WENN ICH IHN WEITERHIN ÖDE FINDE.

ROMAN

ANFANGS HATTE ICH ANGST DAVOR, MICH IRGENDWIE POLITISCH POSITIONIEREN ZU MÜSSEN, ABER NACH UND NACH VERLOR ICH SIE UND AUCH DIE UNSICHERHEITEN, DENN ICH MERKTE, DASS ICH IN DIESER OFFENEN RUNDE FRAGEN STELLEN KONNTE, OHNE DIE ANTWORTEN DARAUF ZU KENNEN.

CHOLEDA

»TO VIEW THE OPPOSITION AS DANGEROUS IS TO MISUNDERSTAND THE BASIC CONCEPTS OF DEMOCRACY. TO OPPRESS THE OPPOSITION IS TO ASSAULT THE VERY FOUNDATION OF DEMOCRACY.« (AUNG SAN SUU KYI)

DENKE ICH AN DEMOKRATIE, ASSOZIIERE ICH ZUALLERERST PERSÖNLICHKEITEN, DIE FÜR EINEN POSITIVEN WANDEL IN IHREM LAND GESORGT HABEN. ZUM BEISPIEL: AUNG SAN SUU KYI (*1945). FÜR IHREN EINSATZ FÜR EINE GEWALTLOSE DEMOKRATISIERUNG IHRES HEIMTLANDES ERHIELT SIE 1991 DEN FRIEDENSNOBELPREIS. SIE GLAUBT WEITER AN DEN WANDEL, AUCH WENN SICH BIRMA NUR LANGSAM VERÄNDERT. **ME**

DU KANNST NICHT NICHT POLITISCH SEIN. WENN WIR DEMOKRATIE WOLLEN, MÜSSEN WIR IHR BAHN BRECHEN AN DEN ORTEN UND BEI DEN GELEGENHEITEN, WO WIR ES VERMÖGEN. WIR KÖNNEN WÄHLEN GEHEN ODER SELBST PARTEIEN GRÜNDEN MIT ODER OHNE SPASS. WIR KÖNNEN DIE RICHTIGEN ENTSCHEIDUNGEN TREFFEN, DEMONSTRIEREN UND SCHREIEN, PERFORMEN, SINGEN ODER SCHREIBEN FÜR EINE BESSERE WELT. ICH HAB MAL GELERNT, DASS ALLES IN DER KLEINSTEN ZELLE BEGINNT, DER FAMILIE. ALSO MUSS ICH MICH DOCH DRINGEND FRAGEN: WIE IST MEIN EINFLUSS AUF DIE POLITIK? WELCHE POLITISCHEN ENTSCHEIDUNGEN TREFFE ICH BEI DER AUSWAHL MEINER TOMATE, MEINES FERNSEHGERÄTS, MEINER BANK...? BIN ICH SELBST EIN DEMOKRAT? WELCHE HERRSCHAFTS- UND VERHALTENSFORMEN HABE ICH INNERHALB MEINER FAMILIE, IN DIE ICH HINEINGEBOREN WURDE, KENNENGELERNT, WELCHE HABE ICH SELBST IN MEINE ANGESTAMMTE EINGEBRACHT UND WELCHE IN MEINE NEUE FAMILIE? **MARION**

DURCH DIE AUSEINANDERSETZUNG MIT MEINEM ARTIKEL IST MIR BEWUSST GEWORDEN, WIE SELBSTVERSTÄNDLICH WIR UNSERE STANDARDS BEI LEBENSMITTELN, UMWELT- UND VERBRAUCHERSCHUTZ SOWIE EINE UNABHÄNGIGE GESETZGEBUNG UND RECHTSPRECHUNG NEHMEN. ES IST WIE MIT ALLEN DINGEN IM LEBEN: ERST WENN WIR ETWAS VERLOREN HABEN, ERKENNEN WIR SEINEN WAHREN WERT.

RAIMON

DEMOKRATIE SCHEINT MIR WIE EIN KAUGUMMI: SCHÖNE VERPACKUNG, ZUNÄCHST LECKER IM GESCHMACK. ABER NACH EINIGER ZEIT VERLIERT ER SEIN AROMA UND ZUM SCHLUSS FRAGT MAN SICH, WAS MAN DA EIGENTLICH KAUT... **KARSTEN**

DIE ERSTE KATER DEMOS-AUSGABE STELLTE MICH BESONDERS VOR DIE FRAGE, IN WELCHER FORM DER DEMOKRATIE ICH LEBEN MÖCHTE UND WIE VIEL (IN-)TRANSPARENZ UNSERE GESELLSCHAFT EIGENTLICH VERTRÄGST. **SILVA**

DAS WORT DEMOKRATIE SOLLTE WIEDER MIT MEHR INHALT GEFÜLLT UND ZU SEINER EIGENTLICHEN BEDEUTUNG ZURÜCK GEFÜHRT WERDEN: DIE HERRSCHAFT DES VOLKES. **THOMAS**

RADIKALITÄT IST EINE KOMPLIMENT, DAS VIEL ZU OFT ALS SCHIMPFWORT GEBRAUCHT WIRD. **CHRIS**

DEMOKRATIE – UTOPISCH? IM KATER DEMOS TEAM FUNKTIONIERT SIE. DER POLITISCHE ALLTAG FÜHLT SICH ALLERDINGS FÜR MICH NICHT SEHR DEMOKRATISCH AN - WARUM EIGENTLICH? DIE ARBEIT AN DER ERSTEN KATER DEMOS-AUSGABE ZUM SCHWERPUNKTTHEMA DEMOKRATIE HALF MIR, MÖGLICHE URSACHEN UND ERKLÄRUNGEN ZU FINDEN. **ALEXA**

MEINE ELTERN SIND 1987 AUS EINEM AUTORITÄREN REGIME GEFLOHEN. DAMALS WAR ICH GERADE DREI. ALS KIND HABE ICH DEN UNTERSCHIED NIE WIRKLICH VERSTANDEN, ZWISCHEN MEINEM ZUHAUSE DEUTSCHLAND – ALSO EINER DEMOKRATIE – UND POLEN, DAS GERADE MIT DEM GESAMTEN OSTBLOCK DEN WEG IN RICHTUNG DIESER STAATSFORM AUFGENOMMEN HATTE. MIR FIEL NUR AUF, DASS MAN RELATIV LANGE IN POLEN KEINE MILKA-SCHOKOLADE KAUFEN KONNTE UND ALLES RECHT GRAU WAR. DEMOKRATIE IST NICHT EINFACH. SIE IST SCHWIERIG UND VOLLER REIBUNG. SIE IST EIN STREITGESPRÄCH, DASS NIEMALS MIT EINEM KONSENS BEENDET WERDEN WIRD. UND DANN SOLL MAN DA AUCH NOCH MITREDEN? JA, MUSS ICH KLAR ANTWORTEN UND SCHIMPFE MEINEN POLITIKVERDROSEN VATER, WENN ER MAL WIEDER NICHT WÄHLEN GEHT. DENN NUR DURCH KOMMUNIKATION WERDEN WIR ZU EINER GEMEINSCHAFT, DIE ZUKUNFTSFÄHIG IST. ZU KOMMUNIKATION GEHÖRT ABER AUCH ZUHÖREN. ICH HOFFE DAS SCHAFFEN WIR HIER, UM DANN MIT DER GANZEN WELT ZU TEILEN, WAS WIR GEHÖRT, GESEHEN UND WAS WIR DARAUS GEZOGEN HABEN. **ELISA**

KEINE PARTEI IST ABSURDER ALS DIE ANDERE. **SARA**

IM ZUGE MEINER RECHERCHEN BIN ICH ÜBER DAS ZITAT DES IRISCHEN LITERATEN GEORGE BERNHARD SHAW GESTOLPERT, DASS »DEMOKRATIE EIN VERFAHREN IST, DAS GARANTIERT, DASS WIR NICHT BESSER REGIERT WERDEN, ALS WIR ES VERDIENEN.« ERST HIELT ICH SHAWS AUSSAGE FÜR ZYNISCH, DOCH DANN ERSCHLOSSEN SICH MIR DIE PARALLELEN ZU CHURCHILLS ZITAT. IM GEGENSATZ ZU TOTALITÄREN STAATSFORMEN, LIEGT ES IN EINER ECHTEN DEMOKRATIE AN UNS, DEN BÜRGERN, WAS WIR AUS IHR MACHEN. **ALEX**

ICH HABE ZWAR VON DER SPD KEINE ANTWORT BEKOMMEN, DAFÜR FLATTERT JETZT REGELMÄSSIG DER NEWSLETTER DER »FREUNDE DES WILLY BRANDT HAUSES« IN MEIN EMAILPOSTFACH. IMMERHIN! **ARNE**

DEMOKRATIE IST WERTVOLL UND JEDEN WAHLGANG WERT. **FRANZI**

UND JETZT KOMMST DU!

Du willst selbst aktiv werden und etwas tun?

Jeder kann eine Veränderung bewirken – und sei es durch eine noch so klitzekleine Aktion. In dieser Rubrik geben die Autoren der Ausgabe ihre eigenen Ideen, Anregungen, Ratschläge und Lesetipps, um der Utopie ein Stück näher zu kommen.



Raimon zu
»Ausverkauf der Demokratie«

Bildet Euch! Engagiert Euch! Auf Demonstrationen, mit Petitionen und allgemeinem Ungehorsam gegenüber TTIP und dem intransparentem Verhandlungsprozess. Dazu kann man sich den Kampagnen und der Arbeit vieler Organisationen und Verbände anschließen – etwa Campact, Foodwatch, BUND, Change.org und zahlreichen weiteren kleineren Initiativen und Netzwerken:

- www.bund.net/ttip
- www.foodwatch.org/de/informieren/freihandelsabkommen
- www.campact.de/ttip
- stop-ttip.org
- ttip-demo.de
- www.ttip-leak.eu



Arne zu
»XOXO«



Du denkst, dass wir von Opportunisten regiert werden und Du nur den Farbton der Politik bestimmen kannst, die eh schon feststeht? Dann gründe einfach selbst eine Partei! Es bedarf keiner staatlichen Genehmigung. Auf der Webseite des Bundesinnenministeriums gibt es Informationen zur Parteigründung (<http://bit.ly/1L6YrtC>). Vielleicht findest Du ja auch im Artikel über Spaßparteien ein wenig Inspiration. Wissenswertes zu Parteibeitritt und -mitgliedschaft im Wandel der Zeit gibt es auf der Webseite der Bundeszentrale für politische Bildung: <http://bit.ly/1Hus4Rv>



Johannes zu
»Was ich eigentlich sagen wollte«

Demokratie ist, wenn die Meinungsbildung des Einzelnen wichtig ist. Dafür ist es oft relevanter, dass man sich Verständnis schafft für andere Positionen, als die eigene Meinung noch mehr zu stärken – wenn schon keine Akzeptanz der Gegenseite möglich ist. Daher empfiehlt es sich, gerade die Parteiprogramme derer anzuschauen, die man eigentlich nicht wählen will. Was wir brauchen, sind weniger politische Gegner und mehr gemeinsame Lösungen mit fließenderen Koalitionen. Konstruktive Politik statt Parteiengezänk.

Link zu den Programmen der politischen Parteien:
<http://www.bundestagswahl-bw.de/wahlprogramme1.html>



Christoph zu
»Nicht öffentlich«



Stimmt mit den Füßen ab. Das heißt: Geht zu Demos. Zeigt, dass Ihr nicht mehr so weiter machen wollt. Und dann: Macht auch nicht so weiter! Mail-Anbieter, Browser, Chatprogramme – zu allem gibt es Alternativen. Wenn der ökonomische Druck da ist und die Menschen als selbstbewusste Konsumenten entscheiden – erst dann setzt auch ein Umdenken ein.



Choleda zu
»Alter Schwede«

So desillusioniert wir heute auch sein mögen, scheint die im Demokratie-Ranking hoch angesiedelte schwedische Demokratie doch vielerorts durch eine rosarote Wolke wahrgenommen zu werden. Man sollte mal einen kritischen Blick auf die Statistiken werfen und sich fragen, was hinter dem dritten Platz im Global Democracy Ranking steckt (<http://democracyranking.org/wordpress>). Nur durch einen offenen Umgang mit Problemen können diese gelöst werden. Die Online-Datenbank <https://sweden.se/migration> gibt umfassende Informationen rund um das Thema Migration in Schweden.



Roman zu »Mehr Demokratie bitte«



Alle vier Jahre zur Wahl gehen, reicht Dir nicht. In eine Partei eintreten, ist dir zu viel des Guten. Aber für mehr Demokratie willst du dich gerne einsetzen. Es gibt viele Möglichkeiten, sich auch ohne Parteibuch für eine eigene Politik zu engagieren. Als die »Mutter aller NGOs« wurde einmal der gemeinnützige Verein »Mehr Demokratie« bezeichnet. Die rund 6.000 Mitglieder setzen sich für eine direktere Demokratie in Deutschland mittels Volksbegehren und Bürgerentscheiden ein. Die 14 Landesverbände verantworten kontinuierlich eigene Themen zur Förderung demokratischer Strukturen, etwa in Nordrhein-Westfalen mit dem Projekt »NRW blickt durch« für mehr Transparenz in Behörden.

www.mehr-demokratie.de

Ein zentraler Blick auf die meisten deutschen NGOs bietet sich im »Haus der Demokratie und Menschenrechte« in Berlin. Das Projekthaus im Ortsteil Prenzlauer Berg ist quasi die Schaltzentrale der deutschen NGOs. In den drei Innenhöfen arbeiten über 70 Organisationen, darunter auch bekannte NGOs. Bereits beim Lesen des Klingelschildes, läutet das politische Bewusstsein. Es finden regelmäßig Veranstaltungen statt, Besucher sind zumeist willkommen. Es gibt übrigens auch in Leipzig ein solches Haus der Demokratie (www.hddl.de). Und schau mal nach, bestimmt auch in Deiner Stadt!

www.hausderdemokratie.de

Einen Überblick zu NGOs in Deutschland gibt es im »Lexikon der Nachhaltigkeit« der Aachener Stiftung Kathy Beys www.nachhaltigkeit.info oder beim Institut für Menschenrechte: www.institut-fuer-menschenrechte.de. Mein persönlicher Buchtipps ist die (preiswerte) Buchreihe zur politischen Theorie im Schmetterling Verlag auf www.theorie.org.

Elisa zu »Einfach zum Kotzen«



Das Demo Einmaleins – alles was Du zur Anmeldung einer Demo wissen musst

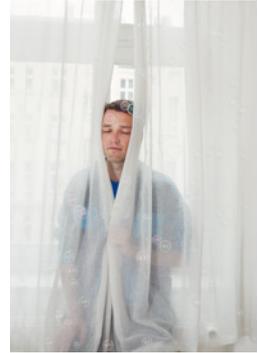


- **Die Gesetze:** Das Wichtigste für das Anmelden einer Demonstration ist im Grundgesetz festgelegt. In Artikel 8 heißt es: (1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
- **Das Verbot:** Es gibt verschiedene Gründe, warum Demonstrationen verboten werden können. Grundsätzlich lassen sich jedoch zwei Arten unterscheiden: Zum einen geht es um Sicherheit – entweder um die Gefährdung der öffentlichen Ordnung oder die Sicherheit der Demonstranten. Zum anderen geht es um den Verfassungsschutz, wie etwa beim Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen oder bei Volksverhetzung.
- **Die Anmeldung:** Eine Demonstration ist anmeldepflichtig, spätestens 48 Stunden vor Bekanntgabe des Demotermins muss die Anmeldung erfolgen. Du kannst deine Veranstaltung postalisch, per Fax, telefonisch oder via E-Mail anmelden, mittlerweile haben auch viele Behörden spezielle Online-Formulare.
- **Der Leiter:** Dieser ist für den ordnungsgemäßen Ablauf der Versammlung und das Einhalten von eventuellen Auflagen verantwortlich.
- **Die Auflagen:** Auflagen werden verhängt, wenn zwischen dem Versammlungsgrundrecht und anderen Rechten oder Sicherheitsrisiken abgewogen werden muss. Sie schränken die Freiheit der Versammlung ein und müssen deswegen gut begründet und verhältnismäßig sein. Sie dürfen die Versammlung jedoch nicht unmöglich machen.
- **Die Dokumentation:** Die Polizei darf eine Demonstration dokumentieren, wenn eine begründete Annahme vorliegt, dass erhebliche Gefahren von der Versammlung für öffentliche Sicherheit und Ordnung ausgehen. Hierfür muss es nachvollziehbare Anhaltspunkte geben.
- **Die Auflösung:** Am Ende einer jeden Demo wird diese von den Leitern offiziell beendet. À la: »Die Versammlung ist beendet.« Damit ist der Leiter für alle weiteren Vorkommnisse auch nicht mehr verantwortlich. Die Polizei kann bei schwerwiegenden Vorfällen eine Demonstration auch vorzeitig beenden. Nach dem Ende einer Versammlung verlieren die Teilnehmer ihre besonderen im Versammlungsrecht festgeschriebenen Rechte und unterliegen wieder dem Ordnungsrecht.



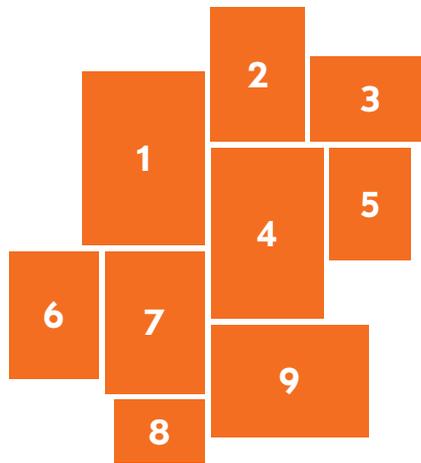
*PEER STEINBRÜCK (2009)

**WENN DU DICH NICHT
UM MICH KÜMMERST,
DANN VERLASSE ICH DICH...
DEINE DEMOKRATIE.***



WAR'S DAS JETZT? NOCH LANGE NICHT!

HUHU, DU JA, DU! DU LESER DU. DU BIST GERADE DURCH MIT DER ALLERALLERALLERERSTEN AUSGABE VON KATER DEMOS. WIR HOFFEN ES HAT DIR GEFALLEN. WENN JA, SCHÖN! SCHREIB UNS GERN AN. WENN NICHT, SCHREIB UNS AUCH GERN: REDAKTION@KATERDEMOS.DE.

**DAS TEAM (IN AUSZÜGEN):**

- 1 REDAKTEURIN ELISA
- 2 LEKTORIN MARION
- 3 EVENTMANAGERIN ANNE
- 4 CHEFREDAKTEUR ALEX
- 5 REDAKTEUR RAIMON
- 6 STELLV. CHEFREDAKTEUR CHRISTOPH
- 7 FOTOGRAFIN ME
- 8 EVENTMANAGERIN ALEXA
- 9 KOMMUNIKATION/MARKETING FRANZISKA

UND NUN? GEHT ES JETZT EIGENTLICH WEITER? JA KLAR!

Wir haben da nämlich noch ein ganzes Katzenfüllhorn voller Ideen: Da wäre z. B. unser journalistisches Debatten-Format der Katzentisch. An diesem nehmen zwei bis vier richtige Menschen teil, die etwas zu sagen und eine Meinung haben, um über unser Schwerpunktthema und weitere brennende Fragen zu diskutieren.

Und weil man sich das am liebsten auch mit Bild und Ton anschaut, wenn Serdar Somuncu auf Farin Urlaub trifft und mit Peter Tauber und Constanze Kurz über die zunehmende Überwachung in unserer Gesellschaft diskutieren, würden wir das Ganze gerne für Euch aufnehmen und online zur Verfügung stellen.

Überhaupt soll unser oldschool Printmagazin noch um einiges digitaler werden: wer uns lieber auf seinem Tablet oder auf dem Smartphone liest, soll uns auch bekommen. In Form einer Digital-Ausgabe als schicke App.

Und wo wir schon online sind, würden wir euch auch gerne ein ultrahyperhochmodernes Online-Archiv bauen, in dem man nicht nur alte Ausgaben kostenlos nachlesen, sondern auch Utopien diskutieren kann, die wiederum ihren Weg zurück ins Heft finden.

Wir haben noch einen ganzen, riesengroßen Katzenkorb voller journalistischer, produktiver, digitaler, bewegender, politikverändernder, utopischer und euch miteinbindender Ideen in der Hand, aber: diese können wir nur mit Euch gemeinsam verwirklichen.

Gut gemachter Journalismus kostet Geld – vor allem, wenn er unabhängig und werbefrei sein soll. Die einzige Abhängigkeit, in die wir uns begeben wollen, entsteht durch die Bindung an Euch, unsere Leser: Die uns Feedback geben, mit uns diskutieren oder einfach mit uns gemeinsam über Politik nachdenken und streiten, um etwas zu bewegen und zu verändern.

Unsere Vision von einer politischen Debattenkultur mit einer aufgeweckten und kritischen Öffentlichkeit, in der wir gemeinsam um gute Ideen ringen und streiten, in der wir uns engagieren, um etwas zu bewegen, bringen wir mit **KATER DEMOS** zu Papier. Aber das ist nur der erste Schritt. Die nächsten können wir nur mit Euch gemeinsam gehen: Unser Kater wird Euer Kater.

Unterstützt uns mit dem Abschluss eines Abonnements, damit wir für Euch ein Jahr lang 10 Ausgaben utopischen Politikjournalismus machen können. Dafür brauchen wir 15.000 Abonnenten, um Redaktion und Kreation, Marketing und Vertrieb und den Internetanschluss bezahlen zu können.

Weitere Informationen
findet ihr auf
katerdemos.de/crowdfunding

*Alexander Sängerlaub & Franziska Teubert
sowie Euer KATER DEMOS Team:*

Alexa Kern, Andreas Paus, Anne Schulze, Arne Siegmund, Christoph Zeiher, Choleda Jasdany, Elisa Bilko, Franziska Knupper, Jana van Thiel, Jennifer Fluck, Johannes Heim, Joscha Malburg, Karsten Heilemann, Lea Wigger, Marc Heinrich, Marion K. Sängerlaub, Me Chuthai, Raimon Klein, Ribanna Clemens, Roman Obst, Sara Lienemann, Silva Moderzinski, Sima Ebrahimi, Steffen Gorski, Thomas Mautrich

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Kater Demos Verlag

CHEFREDAKTEUR

Alexander Sängerlaub

REDAKTION

Elisa Bilko, Johannes Heim, Choleda Jasdany, Raimon Klein,
Franziska Knupper, Sara Lienemann, Thomas Mautrich, Roman Obst,
Arne Siegmund, Christoph Zeiher (stellv. Chefredakteur)

GASTAUTORIN (IN DIESER AUSGABE)

Thamy Pogrebinschi

LEKTORAT

Thomas Mautrich, Silva Moderzinski, Marion K. Sängerlaub

KREATIVDIREKTOR

Steffen Gorski

FOTOGRAFIE

Me Chuthai, Sima Ebrahimi

ILLUSTRATION

Ribanna Clemens, Marc Heinrich, Andreas Paus, Jana van Thiel

GESTALTUNG UND SATZ

Steffen Gorski, Ribanna Clemens, Lea Wigger

LEITUNG KOMMUNIKATION

Franziska Teubert

EVENTS

Alexa Kern, Anne Schulze

CROWDFUNDING-VIDEOTEAM

Jennifer Fluck, Joscha Malburg, Rainer Oleak

VERLAGSLEITUNG

Elisa Bilko

FINANZEN

Dr. Karsten Heilemann

GESCHÄFTSFÜHRUNG

Alexander Sängerlaub, Franziska Teubert

DRUCK

Konigsdruck GmbH

KATER DEMOS VERLAG UG (haftungsbeschränkt)

Frankfurter Allee 43, 10247 Berlin

WIE DU UNS ERREICHST

Leserbriefe an: redaktion@katerdemos.de

Facebook: www.facebook.com/katerdemos

Twitter: www.twitter.com/katerdemos

Fragen zu Artikeln

redaktion@katerdemos.de

Abonnement

abo@katerdemos.de



SORTE
DEMOKRATIE

Zutaten

Wahlbeteiligung (72% gesättigte Bundestagswahlen, 48% ungesättigte Europawahlen), Brot, Spiele, reich an Verdrossenheit, 100% christlich-weiße Soße, kann Spuren von Korruption und Medienhysterie enthalten.

Für Staatsbürger unter 18 ungeeignet.

**JETZT MIT
50% MEHR
ÜBERWACHUNG**

**Service-Hotline:
+49 (0)30 227 0**

**Bei Rückfragen und Beschwerden:
Europäische Kommission (in Dtl.),
Unter den Linden 78
10117 Berlin**